DER SPIEGEL

Nr. 42/15.10.07
Deutschland: 3,50 €



PRINTED IN GERMANY

Ungarn Ft 1.250,– Zypern CYP 3,20 (€ 5,47)

Spanien / Kanaren € 4,70 Thailand Baht 380,– Tschech. Republik Kc 165,– Türkei YTL 10,–

Schweden skr 49,– Slowakei Sk 205,– Slowenien € 4,50 Spanien € 4,50

Japan (inkl. tax) Yen 1.764 Norwegen NOK 47,– Polen (ISSN 00387452) Zl 22,– Portugal (cont.) € 4,50

Griechenland € 5,10 Großbritannien £ 3,50 Hongkong HK$ 70,– Italien € 4,50

BeNeLux € 4,– Dänemark dkr 39,– Finnland € 5,95 Frankreich € 4,50

Österreich € 3,80 Schweiz sfr 6,50

Deutsche Forschung

Zurück zur Weltspitze

www.spiegel.de


DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Hausmitteilung

15. Oktober 2007 **Betr.: Titel, Wachkoma, Buchmesse**

Den Nobelpreis für Physik erhält Peter Grünberg, 68, den für Chemie Gerhard Ertl, 71 – der deutsche Doppelschlag auf dem Olymp der Wissenschaft nährte vergangene Woche den Glauben, die Forschung hierzulande sei weitaus besser als ihr Ruf. Die Titelautoren Alexander Jung, 41, und Julia Koch, 35, zeichnen ein widersprüchliches Bild der Lage: Außerhalb der Universitäten, in der Max-Planck- und der Fraunhofer-Gesellschaft sowie in der Helmholtz-Gemeinschaft, wird tatsächlich auf Weltniveau geforscht, an den Hochschulen aber ist die Lage alarmierend. „Viele Wissenschaftler", sagt Koch, „hoffen auf eine Aufbruchstimmung durch den Exzellenz-Wettbewerb der Bundesregierung, mit dem die besten Unis gefördert werden sollen." Die deutschen Nobelpreisträger indes stehen vor ganz anderen Herausforderungen. Peter Grünberg verriet SPIEGEL-Redakteur Manfred Dworschak, 48, dass er in seinem Heimlabor gerade prüfe, ob sich der Magnetismus hauchdünner Metallschichten für Bewegungssensoren in Golfschlägern nutzen lässt. Der Forscher und Freizeitmusiker Gerhard Ertl erzählte SPIEGEL-Mann Hilmar Schmundt, 40, dass er „dringend" einen Cembalisten suche, der ihn am 13. Dezember bei einem Konzert in Berlin vertritt. Ertl will dann lieber in Stockholm sein – zur Verleihung der Nobelpreise (Seite 152).

Wie verzweifelt müssen Menschen sein, die ihr Kind sterben lassen wollen, um ihm weitere Qualen zu ersparen? Monatelang haben Claudia B., 34, und Sascha Olaf R., 34, mit Behörden und vor Gerichten für den Tod ihrer Tochter Jule, 4, gekämpft. Sie lag seit einer missglückten Untersuchung fast ein Jahr lang im Wachkoma, ohne Aussicht auf Besserung. SPIEGEL-Redakteurin Caroline Schmidt, 31, recherchierte bei behandelnden Ärzten wie Wolfgang Boksch, 54, Chef der Kinderabteilung in der Reha-Klinik Holthausen im westfälischen Hattingen, sie fragte beim zuständigen Jugendamt nach und sprach mit den Eltern über den Leidensweg der Familie. „Ihr zweites Martyrium begann, als sie die lebenserhaltenden Maßnahmen einstellen lassen wollten und ihnen daraufhin das Sorgerecht entzogen wurde", sagt Schmidt. Erst in zweiter Instanz, vor dem Oberlandesgericht in Hamm, sprachen die Richter den Eltern das Recht zu, über das Leben ihrer Tochter zu verfügen (Seite 44).


NORBERT ENKER

Schmidt, Boksch

Das Hotel Hessischer Hof ist der Horst, von dem sie ausschwärmen, und wenn sie sich Rechte an einem Nobelpreisträger greifen, haben sie beste Beute gemacht: In der für die Allgemeinheit unzugänglichen Halle 6.2 der Frankfurter Buchmesse liegt das Jagdrevier der internationalen Literaturagenten. SPIEGEL-Reporter Alexander Smoltczyk, 48, hat beobachtet, wie sie Netze legen und Gerüchte streuen, um mit Verlagen erfolgreich um Lizenzen zu feilschen. Er machte Bekanntschaft mit dem Rechtehändler Andrew Wylie, 59, der in der Szene „Schakal" genannt wird, und er wurde Zeuge, wie dessen Kollege Ed Victor, 67, den Hype um die Memoiren des Rolling-Stones-Gitarristen Keith Richards, 63, inszenierte. „Um das Exposé wurde eine Geheimniskrämerei veranstaltet wie bei einem Papst-Konklave", sagt Smoltczyk, SPIEGEL-Korrespondent für Italien mit Sitz in Rom (Seite 68).


MAURICE WEISS / AGENTUR OSTKREUZ

Smoltczyk, Victor

In diesem Heft

Titel

Doppelsieg in Stockholm – wie deutsche Forschung zurück an die Weltspitze kommt 152
Interview mit Chemie-Nobelpreisträger Gerhard Ertl über seinen Weg zum Erfolg 160
Der Physik-Nobelpreisträger Peter Grünberg und die staunenswerte Geschichte seiner Erfindung 164

Deutschland

Panorama: China setzt Menschenrechtsdialog aus / Bundesregierung subventioniert Kellerkraftwerke und Öko-Autos / RAF in Stammheim umfangreich abgehört 16
Sozialdemokraten: Kurt Becks erfolgreicher Machtkampf gegen Franz Müntefering 22
SPIEGEL-Gespräch mit Finanzminister Peer Steinbrück über seine Position im Konflikt um die Sozialreformen 26
Kabinett: Konkrete Schritte im Kampf gegen Bürokratie 30
Geiselnahmen: Sündenfall in Afghanistan 34
Europa: Geschacher um Spitzenposten 38
Hauptstadt: Millionen für die Merkel-Oper 42
Ethik: Wann dürfen Eltern ein Koma-Kind sterben lassen? 44
Minderheiten: Gezerre um die Sorben-Förderung 50
Talkshows: Die Skandalwoche der Eva H. 51
Der Fall Barschel (II): Das seltsame Doppelleben und der merkwürdige Tod 52

Gesellschaft

Szene: Sachbuch über Gottes Rolle im Holocaust / Wer sind die übelsten Lobbyisten? 65
Eine Meldung und ihre Geschichte – über einen Indiostamm, der 50 Jahre verschollen war und plötzlich wieder auftaucht 66
Geschäfte: Die Jagd der Literaturagenten nach Autoren, Rechten und Honoraren 68
Ortstermin: Modenschau in einer Berliner Justizvollzugsanstalt 74

Wirtschaft

Trends: Lokführer erhalten eigenen Vertrag / Neuer RWE-Chef plant Übernahme / Audi vertreibt Vertriebsvorstand 77
Sozialstaat: Wie gerecht ist die Arbeitslosenversicherung? 80
Handel: Fragwürdige Geschäfte mit Rubinen aus Burma 84
Konzerne: SPIEGEL-Gespräch mit Airbus-Chef Thomas Enders über angebliche Insider-Geschäfte und den Umbau des Flugzeugbauers 86
Stromkonzerne: Wie Vattenfall versucht, das Vertrauen der Kunden zurückzugewinnen 90
Weltwirtschaft: Warum die Börse die Kreditkrise ignoriert 92
Investoren: Die Regierung will umstrittene Firmenkäufe künftig rückgängig machen können ... 94

Serie

Der Deutsche Herbst (VI): Ein infamer Verrat – der Mord an Bankier Jürgen Ponto 98
Bei der „Offensive 77“ spielten RAF-Frauen die Hauptrollen 106

Sport

Szene: Karriereknick des Golf-Wunderkindes Michelle Wie / Radsport-Krisengipfel in Paris 111
Formel 1: Das schwierige Jahr des McLaren-Mercedes-Teamchefs Ron Dennis 112
Fußball: Polit-Skandal um den deutsch-iranischen Junioren-Nationalspieler Ashkan Dejagah 116

Suche nach Gerechtigkeit

Seiten 22, 80



HENNING SCHACHT / ACTION PRESS

Seit SPD-Chef Kurt Beck erstmals dafür plädierte, älteren Erwerbslosen länger Arbeitslosengeld I zu zahlen, ist die Debatte um soziale Gerechtigkeit neu entbrannt. Beck hat vor dem Hamburger Parteitag eine Mehrheit in der SPD auf seiner Seite – aber Vizekanzler Franz Müntefering, Regierungschefin Angela Merkel und viele Experten gegen sich. Er wird den Machtkampf gegen Müntefering gewinnen, aber Blessuren hinnehmen müssen.

Merkel, Müntefering

Todesurteil für ein Kind

Seite 44

Monatelang rang ein Ehepaar aus Westfalen mit Ärzten und der Justiz, weil die beiden ihre kleine Tochter sterben lassen wollten. Ein Gericht in Hamm erlaubte es ihnen schließlich. Das vierjährige Mädchen hatte fast ein Jahr im Wachkoma gelegen.

Blutige Steine aus Burma

Seite 84

Das brutale Militärregime in Burma finanziert sich unter anderem mit dem Handel von Edelsteinen. In den Minen werden unter unmenschlichen Bedingungen teure Rubine gefördert und weltweit verkauft – auch nach Deutschland. Top-Juweliere und Handelsfirmen machen mit den blutigen Steinen gute Geschäfte. Kritiker rufen zum Boykott auf.



RICHARD BICKEL / CORBIS

Edelsteinhändler in Burma



LACI PERENYI / SPORTPHOTO-PERENYI.DE

Meistermacher

S. 112

Im Formel-1-Spionageskandal wurde McLaren-Teamchef Ron Dennis bloßgestellt, jetzt will er sich mit einem WM-Triumph von Jungstar Lewis Hamilton für die Schmach revanchieren. Dennis hat Hamiltons Karriere zielgerichtet aufgebaut – der Titel wäre der Beweis, dass Dennis nicht nur den besten Rennwagen produzieren kann, sondern auch den besten Rennfahrer.

Hamilton, Dennis



PETER SCHNEIDER / KEYSTONE SCHWEIZ

Blocher

Schweizer Unruhestifter

Seite 130

Bei den Parlamentswahlen dreht sich aller Streit nur um Justizminister Christoph Blocher, die Galionsfigur der Rechten. Der Wahlkampf wird so erbittert geführt wie noch nie, sogar die jahrzehntealte Regierungskoalition steht auf dem Spiel.

Expedition in die Klimageschichte

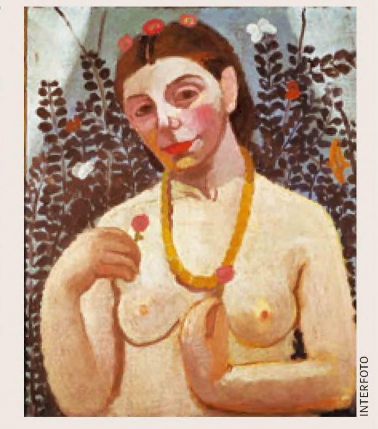
Seite 170

Forscher unternehmen eine Zeitreise in die Klimavergangenheit: In Tropfsteinhöhlen ist archiviert, wie Temperatur und Niederschlag im Laufe der Jahrtausende schwankten. Lässt sich so enträtseln, warum in heutigen Wüsten einst Wälder wuchsen?

Weibliche Ausnahme

Seite 180

Paula Modersohn-Becker, zu ihren Lebzeiten völlig verkannt, ist die berühmteste deutsche Künstlerin. Doch entdeckt die Fachwelt erst jetzt, 100 Jahre nach ihrem Tod, die ungeheure Modernität und Ausdruckskraft ihrer Malerei. Solche weiblichen Erfolgsgeschichten in der Kunst bleiben bis heute die Ausnahme. Die Künstlerin Josephine Meckseper, die in New York lebt, konstatiert im Interview sogar einen Rückschritt.



INTERFOTO

Modersohn-Becker-Selbstbildnis (1906)





C. JENTZ/GAMMA/EYEDEA PRESSE (L.); CAROLYN KASTER/AP (R.)

Pfeiffer, Pitt

Last des Ruhms

Seiten 188, 192

Michelle Pfeiffer und Brad Pitt, Lieblinge Hollywoods, äußern sich in SPIEGEL-Interviews zu ihren neuen Filmen, über Spaß und Last des Ruhms und den Ehrgeiz, ihre Popularität für die Kunst zu nutzen.

Medien

Trends: Goldenes Netz für Verlagsmanager / Post zieht Werbung bei Springer zurück 119
Fernsehen: Vorschau / Rückblick 120
Fußballrechte: Leo Kirchs spektakulärer Bundesliga-Coup 122

Ausland

Panorama: Britischer Premier Brown kupfert Ideen der Opposition ab / Neue US-Botschaft in Bagdad bricht alle Rekorde / Streit in der Führung der libanesischen Hisbollah 127
Schweiz: Alle gegen Blocher 130
Frankreich: Scheidung auf Französisch 134
USA: Die Fremdenlegionäre des Pentagon 136
Kriegsverbrechen: Die Chefanklägerin des Haager Jugoslawien-Tribunals, Carla Del Ponte, über die mangelnde Hilfe des Westens bei der Suche nach den Verantwortlichen 138
Polen: Boomstadt Danzig pfeift auf die Kaczyńskis 142
Global Village: Der Kinostart eines Afghanistan-Films wird verschoben, weil die Schauspieler um ihr Leben fürchten 146

Wissenschaft · Technik

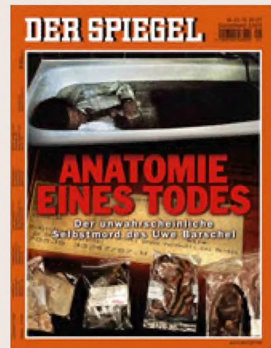
Prisma: Fruchtbarkeit macht sexy / Beuteltier übersteht ein Jahr Winterschlaf 149
Todesstrafe: Lassen sich Mörder human hinrichten? 167
Klima: Wie ein Schweizer Geologe in Tropfsteinhöhlen das Klima im Garten Eden erforscht 170
Luftfahrt: Die fliegenden Seifenkisten des Ingenieurs Rafi Yoeli 174

Kultur

Szene: Streit um das Carl-Orff-Erbe / Neue Runde in der Auseinandersetzung um den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses 177
Kunst: Die Malerin Paula Modersohn-Becker wird zu ihrem 100. Todestag als Ausnahmeerscheinung gefeiert 180
Die Künstlerin Josephine Meckseper über die Benachteiligung der Frauen 182
Literatur: Nobelpreis für die Britin Doris Lessing 186
Gregor Gysi über seine berühmte Tante 186
Schauspieler: Interview mit Michelle Pfeiffer über ihr Hollywood-Comeback 188
Film: Ang Lees Melodram „Gefahr und Begierde“ – eine Liebesgeschichte im japanisch besetzten Shanghai 190
Stars: Interview mit Brad Pitt über Schauspieler-Ruhm und seinen Jesse-James-Film 192
Buchmesse: Der Autor Thomas Glavinic über seine Erlebnisse im Frankfurter Trubel 194
Bestseller 195
Geistesgrößen (XII): Die Germanistin Heike Wiese untersucht das „Kiez-Deutsch“ der Jugendlichen 196
Nahaufnahme: Wie junge Musikerinnen im Beisein einer Überlebenden das Frauenorchester von Auschwitz nachstellten 198

Briefe 8
Impressum, Leserservice 200
Chronik 201
Register 202
Personalien 204
Hohlspiegel / Rückspiegel 206

Titelbild: Fotos Thomas Pflaum / Visum, dpa, Astrofoto. Collage: DER SPIEGEL



SPIEGEL-Titel 41/2007

„Nach 1987 hieß meine Hypothese: Es war Selbstmord, der inszeniert war wie ein als Selbstmord getarnter Mord. Heute könnte sie umgekehrt lauten: Es war Mord, der inszeniert war wie ein als Mord getarnter Selbstmord."

René Leudesdorff aus Flensburg zum Titel „Anatomie eines Todes – Der unwahrscheinliche Selbstmord des Uwe Barschel"

Vor einem völlig anderen Hintergrund

Nr. 41/2007, Titel: Anatomie eines Todes – Der unwahrscheinliche Selbstmord des Uwe Barschel

In „seinem" Interesse hoffe ich, dass Barschel die Konsequenz aus dem falschen Ehrenwort durch Freitod zog und damit seine Ehre post mortem wiederherstellt. Denn ein Ehrenwort, wenn es nicht die gleiche Belanglosigkeit haben soll wie etwa Wahlversprechungen, muss zwingend diesen Ausgang bei Falschheit bedeuten! Ein Ehrenwort ist viel mehr als eine rechtswirksame eidesstattliche Versicherung.

MAINZ — JOACHIM NEUSSER

Die Behauptung des damaligen Genfer Generalstaatsanwalts Bernard Bertossa, man habe ja gar nichts über Barschels Leben gewusst, ist lächerlich: Ende September, Anfang Oktober 1987 wurde in allen größeren Zeitungen unserer Nachbarländer und besonders in der Schweiz über den Barschel-Pfeiffer-Engholm-Komplex berichtet. Dass Bertossa nun kühn behauptet, von Barschel überhaupt nichts gewusst zu haben, stellt ihn und die Schweizer Justiz in ein äußerst ungünstiges Licht.

LÜBECK — MARTIN THOEMMES

Wenn Sie Licht in den Fall Barschel bringen wollen, müssen Sie zunächst das tun, was schon vor 20 Jahren notwendig gewesen wäre: von zwei getrennten Fällen mit gleichem Hauptdarsteller ausgehen, die eigentlich nichts miteinander zu tun haben. Diese Trennung wurde angesichts der damals verbreiteten Engholm-Besoffenheit unterlassen. Eigentlich wussten auch alle, die ihn kannten: Selbstmord passt nicht zu ihm. Spätestens angesichts der Konsequenz, mit der die Ermittlungen massivst behindert wurden, war eigentlich klar, dass der Mord an Barschel Fakt und vor einem völlig anderen Hintergrund zu sehen ist. Angesichts eines sehr SPD-fixierten Presseklüngels rund ums Kieler Landeshaus war es aber über längere Zeit schlicht unzulässig, Zweifel an der offiziellen Engholm-Barschel-Saga öffentlich zu äußern. Und wenn einem selbstbekennend SPD-nahen Staatsanwalt heute untersagt wird, seine nicht ins amtliche Bild passenden Erkenntnisse zum Mordfall Barschel zu veröffentlichen, dann stellen sich mir noch ein paar Fragen mehr.

HOMFELD (NIEDERS.) — HANS-JÜRGEN WACHHOLZ

Selbst nach so langer Zeit geht das Eingeständnis, dass die damals durchgesetzte Selbstmordversion angesichts einer Flut von gegenteiligen Indizien nicht mehr aufrechterhalten werden kann, einher mit der pietätlosen Anschuldigung, der vierfache Familienvater und Workaholic Barschel, habe ein Doppelleben geführt und sei nur auf der Suche nach schnellem Sex gewesen. Damals wurde Uwe Barschel vom SPIEGEL politisch vernichtet, und heute wird auch noch sein Andenken beschädigt. Es sollte eher im Vordergrund stehen, dass Barschel im zweiten Untersuchungsausschuss des Kieler Landtags von allen Anschuldigungen freigesprochen wurde.

TRIER — HOLGER ALISCH



STERN / PICTURE PRESS

Politiker Barschel in Genf (10. Oktober 1987)
Noch ein paar Fragen mehr

Für mich bleibt seit dem Geschehen nur ein Rätsel offen: Wer ist der Mörder? Denn dass es Mord war, steht wohl unzweifelhaft fest.

BERLIN — CHRISTA MÜLLER

Ein Jahr vor seinem Tod habe ich in einem Leserbrief geschrieben, dass den ewig gestrigen Uwe ein Querschläger treffen wird, wenn er so weitermacht. Barschel war schon zu Schulzeiten ein sozialer Selbstmörder.

HAMBURG — MANFRED ALBERTI

In Maßen gestattet

Nr. 40/2007, Bundeswehr: Alkoholexzesse im afghanischen Kandahar – der peinliche Auftritt der KSK-Truppe

Ganz offenbar hat sich die Heimlichtuerei der Bundesregierung verselbständigt, auf nachgeordnete Ebenen in Verteidigungsministerium und Truppe ausgeweitet und dort mit dem vielzitierten Korpsgeist des KSK eine verhängnisvolle Melange gebildet. Dem Parlament wird so der Zugriff auf Informationen versperrt, die für eine verantwortungsvolle Entscheidung über die Fortsetzung von Einsätzen unabdingbar sind. Die Bundesregierung befindet sich damit in offenem Widerspruch zum Parlamentsbeteiligungsgesetz – daran würde auch die Schaffung eines etwas umfassender zu informierenden Aufsichtsgremiums nichts ändern. Um wieder auf den Boden des Gesetzes zu kommen, müsste die Bundesregierung künftig jeden Einsatz von Spezialkräften ankündigen, über den Verlauf des Einsatzes und über die Entwicklung im Einsatzgebiet regelmäßig berichten und einen Abschlussbericht erstellen, der im Plenum des Bundestages diskutiert wird.

BERLIN — PAUL SCHÄFER
VERTEIDIGUNGSPOL. SPRECHER DER FRAKTION DIE LINKE, OBMANN IM VERTEIDIGUNGSAUSSCHUSS

1996 arbeitete ich mit „Ärzte ohne Grenzen" in Uruzgan, nördlich von Kandahar. Die Lebensumstände unserer afghanischen und internationalen Kollegen waren ähnlich wie die der KSK Soldaten 2001/2002 bei Kandahar. Wir hatten jedoch vorher keine dreimonatigen Auswahlverfahren oder Spezialausbildungen erfahren, erledigten aber unsere Aufgaben – Fortbildung von Hebammen und Wiederaufbau zweier Polikliniken – ohne Bier oder Bratwürste.

BISCHKEK (KIRGISIEN) — STEFAN RECKER

Vor 50 Jahren

DER SPIEGEL vom 16. Oktober 1957



Grundpfeiler der westdeutschen Außenpolitik in Gefahr Probefall Tito. **Kriegsrichter** Anklage gegen Generalfeldmarschall Ferdinand Schörner. **Serie: „Die Papiere des Herrn von Holstein"** Teil 7. **Eifersüchteleien bei der US-Raketenentwicklung** Private wirtschaftliche Interessen von Regierungsmitgliedern. **Studentenunruhen in Polen** Gomulka hält starr am Parteisystem fest. **Sowjetischer Erdsatellit** Präzise Berechnung von Fernwaffen-Flugbahnen.
Diese Artikel sind im Internet abzurufen unter **www.spiegel.de** oder im Original-Heft unter Tel. 08106-6604 zu erwerben.

Titel: Raumfahrtmediziner Professor Heinz Haber

Die Ballett-Truppe KSK war, ist und bleibt überflüssig, nicht nur in Afghanistan, dort aber insbesondere aufgrund des amerikanisch-deutschen Gesprächsstillstandes. Mit deutschem Bier als „Geheimwaffe“ kann der Michel eben nur in den Krieg ziehen unter dem Motto: Freibier für alle. Den Krieg gewinnen kann er freilich nicht, sondern nur Schaden an Leib und Leben nehmen! Die Angehörigen und der Steuerzahler werden es nicht verstehen, hoffentlich auch nicht verzeihen!

BERLIN KLAUS KATZUR, DR. MICHAEL POHLY



PIERS BENATAR / PANOS

KSK-Kräfte in Kandahar
Verhängnisvolle Melange

Die Hauptschuldigen für eventuelles Fehlverhalten sind Ex-Verteidigungsminister Struck, der die Soldaten unvorbereitet in den Krieg geschickt hat, und die militärische Führung, die nicht das Rückgrat hat, Missstände anzusprechen und abzustellen. Der Zustand der Streitkräfte in Bezug auf Ausrüstung, Einsatzfähigkeit und Motivation wird durch das „Schweigen der Generäle“ völlig falsch eingeschätzt. Unsere Politiker verfahren nach dem Prinzip: Soldaten in den Krieg – vor Ort im Stich lassen – bei erster Gelegenheit in den Rücken fallen.

BALGACH (SCHWEIZ) WALTER A. SCHWAEBSCH
OBERSTLEUTNANT DER RESERVE

Was mich immer wieder stutzig und empört gemacht hat, ist die Tatsache, dass die Angehörigen des Verbandes im Einsatz, die so kritisch und gleichsam so anonym derartige Vorwürfe äußern und erhärten, offenbar während des Einsatzes oder in direktem Anschluss an den Einsatz keine weiteren Schritte ergriffen haben.

KÖLN SEBASTIAN POTSCHKA

Erzählt es der Welt!

Nr. 40/2007, Burma: Die Generäle ersticken den Aufstand der Mönche

Vor sieben Jahren habe ich Burma als Rucksackreisende besucht. Etwas geschockt war ich, als ich wegen des Visums ein Formular unterschreiben musste, in dem es hieß, ich hätte mit schwersten Strafen zu rechnen, wenn ich mich in die Politik einmischen würde. Im Land selber fragten mich Einheimische, sich verstohlen umblickend, wie Ostdeutschland es geschafft hätte, sich vom Kommunismus zu befreien. Wir sahen eine Militärparade mit erzwungenem Publikum, wir sahen kahlgeschorene Häftlinge mit schweren Eisenketten an den Füßen, wir hörten von willkürlichen Verhaftungen und immer wieder die Bitte: „Erzählt es der Welt!“

FILDERSTADT (BAD.-WÜRTT.) MONIKA PELIKAN

Die Kehrseite der Medaille

Nr. 40/2007, Bürgertum: Wie reiche Prominente aus dem Westen Potsdam zur heimlichen Hauptstadt Deutschlands machen

Auch zu DDR-Zeiten gab es engagierte Menschen, ein „Bürgertum“, das aber weder die politische Macht, die finanziellen Mittel noch die Verfügungsgewalt über die „Baubilanzen“ hatte, um den Verfall von Potsdam bis 1989 verhindern zu können. Stellvertretend möchte ich sechs Personen nennen, die damals wie heute einen guten Ruf in Potsdam genießen: Saskia Hünecke und Hans-Joachim Giersberg von der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, Wieland Eschenburg und Matthias Platzeck, die schon zu DDR-Zeiten die Initiatoren für die Rettung des Belvedere auf dem Pfingstberg im Norden der Stadt waren – heute ein touristisches Highlight – sowie Andreas Kitschke und Christian Wendland, die sich ebenfalls damals wie heute für die Wiedererrichtung historischer Bausubstanz in der Innenstadt einsetzen.

POTSDAM WOLFRAM MAEDE

Erstaunt es wirklich, im ehemals preußischen Potsdam eine legendär bräsige Stadtverwaltung zu erleben? Und die selbstbewussten „Neubürger“ sind sicher keine besonders duldsame Klientel. Da wirken Besuche des Stadtoberhauptes auf den Sommerfesten der „guten Täter“ doch eher kontraproduktiv auf die Leistungsbereitschaft der städtischen Mitarbeiter. Schließlich wird der OB eingeladen in der Hoffnung, über den direkten Draht Probleme im Sinne der Gastgeber gelöst zu sehen?!



MICHAEL TRIPPEL / OSTKREUZ

Villen am Heiligen See in Potsdam
Dem Gemeinwohl dienendes Bürgertum?

Mit einem Bürgertum, das dem Gemeinwohl seiner Stadt dient, hat das ja offensichtlich nichts zu tun. Wohl eher mit gutbetuchten Schickimickis, die demokratische Spielregeln und Gesetze nur akzeptieren, solange sie ihre Pläne nicht behindern!

NORDERSTEDT (SCHL.-HOLST.) MAREN PLASCHNICK

Ja, die guten Täter, die gibt es. Was im Bericht aber fehlt, ist die Kehrseite der Medaille, zum Beispiel die Vernachlässigung des Potsdamer-Lindenstraße-Folterhauses mit schrecklicher Geschichte (Stasi, NKWD und sowjetisches Militärtribunal, NS-Erbgesundheitsgericht). Bis 2005 dümpelte da nur eine schlecht gemachte Darstellung der Stasi-Zeit. Dann forderten Zeitzeugen aus der NKWD-Periode mehr Beachtung, aber ein Stadtverordnetenbeschluss über die Finanzierung des Umbaus wurde bis heute nicht umgesetzt.

ERBACH – ODENWALDKREIS (HESSEN) PETER RUNGE

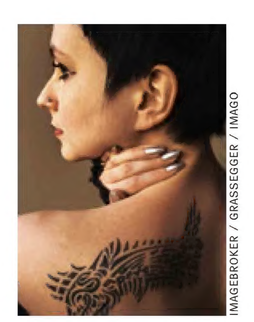
Eine äußerst plumpe Variante

Nr. 40/2007, Panorama: Ärzte sollen Piercing-Opfer melden

Wer zieht die Grenze zur „selbstverschuldeten Erkrankung"? Tattoo und Piercing sind erst der Anfang, sozusagen der Versuchsballon einer allumfassenden Gesundheitsüberwachung. Dieses Gesetz offenbart die markantesten Merkmale dieser Regierung: Kontrollwahn und Regelungswut. Wobei der Gesetzesentwurf lediglich eine äußerst plumpe Variante darstellt.

DALLGOW-DÖBERITZ DR.MED. FRANK KRIMPHOVE
AG HAVELLÄNDISCHER ÄRZTINNEN UND ÄRZTE

Der Schönheitswahn hat durch die Folgeschäden die Solidargemeinschaft bereits mit Millionen Euro belastet. Nun wollen aber die Ärzte ihre Patienten bei den Krankenkassen nicht anschwärzen. Eine Lösung könnte die Anwendung des Verursacherprinzips sein. Die Durchführung der Schönheitsoperation sollte von der Einverständniserklärung des Patienten zur Weitergabe der Informationen an die Krankenkassen abhängig gemacht werden.



IMAGEBROKER / GRASSEGGER / IMAGO

Tätowierte Frau
Erst der Anfang

HAMBURG ELISABETH BETTERAAŸ

Die Folgekosten nicht zu übernehmen ist das eine; wichtiger wäre, eine gute Ausbildung für Tätowierer und Piercer zu fordern.

HAMBURG FRANK HAAMANN

Peepshow im Bajuwaren-Look

Nr. 40/2007, Gastronomie: Bei Jugend wie Unternehmen erlebt das Münchner Oktoberfest einen neuen Boom

Glauben Sie wirklich, dass es irgendwen außerhalb der Promi-Inseln interessiert, mit wem Boris Becker den Abend verbringt? Meinen Sie im Ernst, dass ein Australier, Amerikaner, Kanadier, Japaner oder Chinese scharf darauf ist, deutschen Jungschauspielern im Rausch auf dem Klo zu begegnen? Die Wiesn-Schickeria hegt und

pflegt sich als Käfer-Biotop – und nimmt sich selbst so wichtig, weil es sonst keiner tut. Damit immerhin ist sie erfolgreich.

LANDSHUT (BAYERN) TONI GREIM



ALEXANDRA BEIER / REUTERS

Hacker-Bierzelt auf dem Oktoberfest
Feiern, Spaß haben, Leute kennenlernen

Ihre Behauptung, das gemeine Volk würde durch „Prominente" wie Boris B. auf die Wiesn gezogen, ist geradezu lachhaft. Es geht vielmehr darum, mit seinen Freunden zu feiern, Spaß zu haben und Leute kennenzulernen. Denn nirgends ist das so einfach wie auf dem Oktoberfest, das übrigens noch nie ein altbackenes Image hatte. Warum sollen das Hippodrom, die Käferschänke und das Weinzelt die „angesagtesten" Orte auf den Wiesn sein. Bei den Jugendlichen sind das Hacker-, das Schottenhamel- und das Armbrustschützenzelt am beliebtesten, und bei den alteingesessenen Bayern ist das Augustinerzelt der Favorit.

OBERHACHING (BAYERN) CLAUS U. HANNES DIETZ

Münchner Oktoberfest wieder chic! Warum nur? Früher durften die neugierigen Münchner auf ihren Wiesn Liliputaner-Stadt, Kuriositäten-Kabinett und Völkerschau bestaunen. Was bleibt heute für die globalen neuen Wilden und ihre neugierigen Fans in den Bussi-Bussi-Tempeln übrig, als dort einer staunenden Gesellschaft Peepshow im Bajuwaren-Look mit Nabelpiercing zu präsentieren. Auch Uttenhofen und Tuntenhausen wollen schließlich das All schön grüßen! Die wippenden Gamsbärte auf den grünen Hüten signalisieren bei der Gaudi, dass in manch alter Lederhosen die Post noch mal abgeht und der Teufel los ist. Und die Magnum von Veuve Clicquot unterm Arm demonstriert der Weltökonomie doch wohl: „Money makes the world go round." Auch in Bavaria.

MÜNCHEN DR. KLAUS HILFER

Der Weg macht süchtig

Nr. 40/2007, Mystizismus: Rückkehr der Pilger – deutsche Sinnsucher auf dem Jakobsweg in Nordspanien

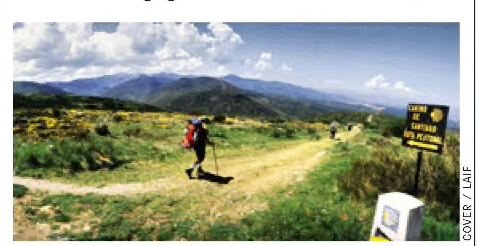
Mag sein, dass Ihre Beschreibung auf manche Pilger zutrifft. Auf meiner Wanderung habe ich nur Menschen kennengelernt, die sich füreinander interessierten und geholfen haben. In einer stark materiell geprägten Welt sind es genau diese Erfahrungen, die besonders junge Leute suchen: Gleichgesinnte treffen, sich austauschen, einen sinnvollen Weg für das Leben finden. Die Wanderung durch wunderschöne Landstriche bietet zudem die Möglichkeit, unspektakulär Distanz zum Alltag zu entwickeln und, im besten Sinne, zu sich selbst zu finden.

MÜNSTER CLAUDIA DONAJKOWSKI

Als wir uns in Roncesvalles nach dem Pilgersegen zu einem Umtrunk fanden, stellten wir fest, dass von uns neun deutschen Pilgern acht evangelischen Glaubens waren und einer ohne Religionszugehörigkeit. Fehlen uns Protestanten Mysterien? Wir werden uns sicher wieder auf den Weg machen. Denn der Weg macht süchtig.

ESTENFELD (BAYERN) GERTIE UND JULIA KLAFKE

Wieso stellen Sie alles so als Leiden dar? Kerkeling schreibt in seinem Buch ja zum Teil auch so, aber gespickt mit Humor: „muffeln, Schnarchkonzert, Zehen blutig". Jeder kann auf diesem Weg suchen und finden, was er will. Es gibt keine Vorschriften, auch die Wegzeiger sind nur freiwillig bereitgestellte Hilfen. Ich kann mich um meine Bedürfnisse kümmern oder jammern, dass sie mir niemand erfüllt. Mein Ziel ist gerade nicht der Schmerz, sondern die Lust, das eigene Sein zu enträtseln in der großen Freiheit der Zeit eines langen Weges. Kein Alltag, kein Beruf, kein Konsum, keine Beziehungen … Der Weg bietet mir freiwillig Schutz, weil ihn so viele gehen, er bietet mir Überraschungen, weil ich so vielem begegne. Aber beschweren? Kasteien? Der Weg hat mir ganz viel Freude gebracht, mich viel gelehrt über das Leben, für das Leben.



COVER / LAIF

Pilger auf dem Jakobsweg in Nordspanien
Die Lust, das eigene Sein zu enträtseln

BETZENDORF (NIEDERS.) IRMTRAUT WINTER

Ob Freudenmädchen am Wegesrand winkten, kann dahingestellt bleiben. Wir haben jedenfalls viele in Palas de Rey in der Nähe von Santiago gesehen, die Pilger wuschen sich erst in Lavacolla in Sichtweite der Kathedrale, ein Ort, der deshalb so heißt. Dazu ein Pilgerzitat: „Wer in Compostell tritt in die Capell, der fährt nicht in die Höll."

LANGNAU (SCHWEIZ) DR. PETER METZGER

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

MENSCHENRECHTE

Nachhaltige Auswirkungen

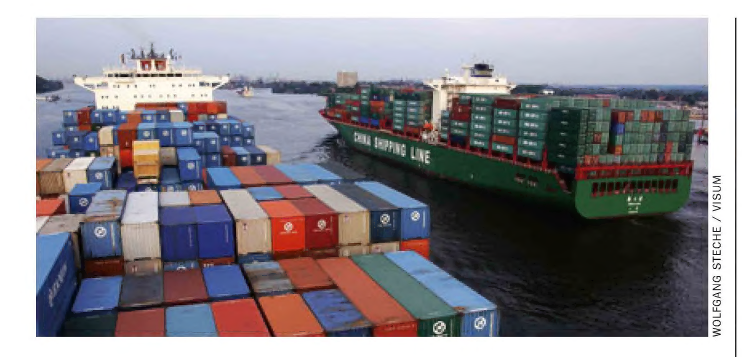
Pekings Zorn über den Empfang des Dalai Lama durch Kanzlerin Angela Merkel im September reicht offenbar weit tiefer als bisher angenommen. Vergangenen Donnerstag sagte die chinesische Regierung den für Dezember in Peking geplanten Menschenrechtsdialog mit Deutschland ab – ausdrücklich unter Hinweis auf das Gespräch der Kanzlerin mit dem obersten tibetischen Würdenträger. Ein früheres deutsch-chinesisches Treffen war noch – diplomatisch verbrämt – „aus technischen Gründen“ storniert worden.

Beim jährlichen Menschenrechtsdialog legen hohe deutsche Diplomaten unter anderem eine Liste mit konkreten Fällen von Verhaftungen und Misshandlungen vor und drängen auf Abhilfe. Derweil verbreiten Pekinger Funktionäre, der Empfang im Kanzleramt vom September werde „nachhaltige Auswirkungen“ auf die deutsch-chinesischen Beziehungen haben. Die notwendige Vertrauensbasis sei zerstört. Nach Auskunft von Diplomaten in Peking ist die Regierung besonders darüber empört, dass Merkel das geplante Treffen bei ihrer China-Reise Ende August nicht angekündigt hatte. Die Unabhängigkeit Tibets und Taiwans gilt in China als größte Bedrohung der nationalen Souveränität; Peking bezeichnet den Dalai Lama als Separatisten. Mit seinem Empfang habe Kanzlerin Merkel eine „rote Linie“ passiert, verdeutlichten die Chinesen der Botschaft. Nun müsse die Bundesregierung „Schritte unternehmen“, um den Schaden zu beheben.

Nach Ansicht von Eberhard Sandschneider, Forschungsdirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, fällt die Kritik Pekings am Treffen mit dem Dalai Lama besonders scharf aus, weil man „das von Deutschland nicht erwartet“ habe – anders etwa als von den USA. Kein Bundeskanzler vor Merkel hatte bisher den Friedensnobelpreisträger empfangen.


Dalai Lama, Merkel

SEAN GALLUP / ACTION PRESS



WOLFGANG STECHE / VISUM

KONJUNKTUR

Schwächer im kommenden Jahr

Die Bundesregierung wird ihre Konjunkturprognose für dieses Jahr anheben, für das kommende Jahr senken. Darauf haben sich Fachleute der Bundesministerien für Wirtschaft, Finanzen und Arbeit verständigt. Für dieses Jahr erwarten die Regierungsexperten nach gegenwärtigem Stand ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent. Bislang waren sie von 2,3 Prozent ausgegangen. Ursache dafür sind der boomende Export und ein besonders kräftiges Wachstum im dritten Quartal. Für 2008 korrigieren die Konjunkturfachleute ihre Wachstumserwartung von 2,4 Prozent nach unten Richtung 2 Prozent. Die Abschwächung sei auf die Auswirkungen der Finanzmarktkrise und den starken Euro zurückzuführen, heißt es. Die Bundesregierung veröffentlicht ihre Konjunkturprognose Ende Oktober.

REGIERUNG

Subvention für Kellerkraftwerke

Um die von Bundeskanzlerin Angela Merkel gesetzten Klimaschutzziele zu erreichen, plant die Große Koalition ein neues Subventionsprogramm für umweltfreundliche Produkte. Insgesamt 400 Millionen Euro sollen bereits im kommenden Jahr zusätzlich in die Förderung von Öko-Technologien fließen. Geplant ist unter anderem ein „100 000-Keller-Programm“, das die Anschaffung von Kleinstkraftwerken begünstigt. Auch beim Kauf von besonders umweltverträglichen Autos und Kühlschränken soll es staatliche Förderung in Form von Zuschüssen und zinsverbilligten Darlehen geben. Das von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) vorbereitete Konzept für eine „Klimaschutzinitiative“ sieht weiterhin vor, eine Reihe von kommerziellen Projekten zu unterstützen, etwa einen Windpark in der Ostsee oder ein Verfahren zum sparsamen Verbrauch von Chemikalien. Das Förderprogramm soll aus dem Verkauf von Verschmutzungsrechten finanziert werden und hat eine Laufzeit bis zum Jahr 2012. „Um Mitnahmeeffekte zu begrenzen“, heißt es in einer Vorlage des Umweltministeriums, sollten einige Subventionen allerdings „zeitlich und/oder volumenmäßig begrenzt werden“.



Gabriel

HENNING SCHACHT / ACTION PRESS

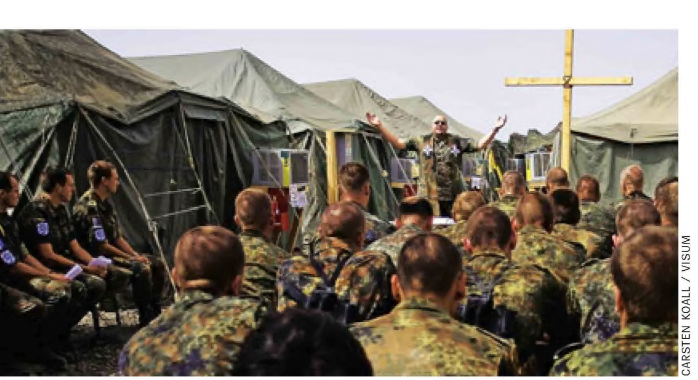
KLIMASCHUTZ

Großverdiener Gore

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) hat nach der Auszeichnung des ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore mit dem Friedensnobelpreis erneut dessen Klimafilm „Eine unbequeme Wahrheit“ als Unterrichtsmittel unterstützt. Stets hatte Gabriel gelobt, der Film stelle die Gefahren des Klimawandels in verständlicher Weise dar. Der Umweltminister hatte bereits im Frühjahr 6000 DVDs des Dokumentarstreifens an Schulen verteilen lassen. In Großbritannien darf nach einem aktuellen Gerichtsurteil Gores Film Schülern nur noch mit einem Warnhinweis gezeigt werden, da er angeblich in neun Punkten Detailfehler enthält. Wissenschaftler kritisieren an dem Film unter anderem eine Grafik über den Zusammenhang von Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre und den globalen Temperaturen in den vergangenen 650 000 Jahren. Gores Schlussfolgerung, dass eine höhere CO_2-Konzentration einen Temperaturanstieg auslöse, sei nicht richtig, so seine Kritiker. Zumindest bei den letzten globalen Erwärmungen habe es zuerst einen Temperatur- und dann einen CO_2-Anstieg gegeben. Die Bundesregierung sieht jedoch keinen Anlass, den Film für Schüler zu kommentieren. „Fehler im Detail sind kein Grund, den Film als ganzen schlechtzumachen. Wir gehen davon aus, dass Lehrer ihre Schüler zu einer kritischen Sicht ermuntern“, heißt es im Bundesumweltministerium. Im Hamburger Senat herrscht indes Verärgerung über die Gepflogenheiten der dänisch-deutschen Agentur Skandiaweb, die für Gore eine Klimaschutz-Veranstaltung in Hamburg kommende Woche ohne Begründung absagte. Zuvor hatte der Skandiaweb-Geschäftsführer über einen offiziellen Besuch bei Bürgermeister Ole von Beust verhandelt, der auch Klimaschutz-Beauftragter der CDU ist. „So geht man nicht mit einem deutschen Länderchef um“, klagt ein Senatsbeamter. Ende Oktober tritt Gore bei einem Klimakongress des Energiekonzerns EnBW in Berlin auf – gegen ein Honorar von rund 180 000 Euro.


DANIEL AGUILAR / REUTERS

Gore


CARSTEN KOALL / VISUM

Soldatengottesdienst in Prizren (2006)

KIRCHE

Militärseelsorger gesucht

Die katholische Kirche will verstärkt um Pfarrer werben, die deutsche Soldaten bei ihren Auslandseinsätzen begleiten. Von den bundesweit 90 Planstellen in der Militärseelsorge sind derzeit ein Dutzend offen. Mit dem internationalen Engagement der Bundeswehr habe sich das Tätigkeitsfeld der Seelsorger erheblich erweitert, heißt es aus dem Berliner Militärbischofsamt. Nach einem Gespräch mit Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) über den personellen Engpass suchen die katholischen Bischöfe nun „nach einsatztauglichen jüngeren und flexiblen Pfarrern und Pastoralreferenten“. Gesucht werden auch Frauen, die als theologisch ausgebildete Pastoralreferentinnen gemeinsam mit einem Pfarrer – wie bereits im Kosovo – ihren Dienst absolvieren. Laut Auskunft des Katholischen Militärbischofsamts sind etwa ein Drittel der Militärseelsorger in die viermonatigen Auslandseinsätze oder deren Vorbereitung involviert. Die Evangelische Kirche konnte durch gezielte Werbung in den vergangenen Monaten ihre rund hundert Stellen voll besetzen. Im bayerischen Hammelburg werden Protestanten wie Katholiken gemeinsam mit Soldaten auf ihre Einsätze in Afghanistan, Bosnien, im Kosovo oder auf Kriegsschiffen im Nahen Osten vorbereitet.

BUNDESHAUSHALT

Weniger Minus

Nur noch rund 14 Milliarden Euro an neuen Schulden muss Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) in diesem Jahr aufnehmen. Das geht aus dem Nachtragshaushalt für 2007 hervor, der an diesem Mittwoch vom Bundeskabinett verabschiedet wird. Im bislang gültigen Haushaltsplan hatte Steinbrück eine Nettokreditaufnahme von 19,6 Milliarden Euro vorgesehen. Dank sprudelnder Steuereinnahmen hätte der Finanzminister die Neuverschuldung noch viel weiter senken können. Doch Steinbrück entschied sich dafür, Privatisierungserlöse in großem Umfang in die Zukunft zu verschieben. Diese Maßnahme macht es ihm in den nächsten Jahren möglich, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, auch wenn die Konjunktur nicht mehr so gut laufen würde wie derzeit. Der Nachtragshaushalt war nötig geworden, weil die Bundesregierung neue Ausgaben beschlossen hatte, die noch nicht etatisiert waren.


HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

Steinbrück

INNERE SICHERHEIT

„Keine Technik, die Privates aussortiert“



Frank Rosengart, Sprecher des Chaos Computer Clubs, über den Schutz des privaten Kernbereichs bei Online-Durchsuchungen

SPIEGEL: Die Karlsruher Verfassungsrichter haben vergangene Woche durchblicken lassen, dass sie Online-Durchsuchungen von Computern allenfalls eingeschränkt billigen werden – was zum privaten Kernbereich gehört, soll die Polizei nichts angehen. Wie können Ermittler erkennen, ob es sich um einen Liebesbrief oder um eine Bombenbauanleitung handelt, bevor sie eine Datei auf einer heimlich ausgespähten Festplatte öffnen?
Rosengart: Gar nicht. Es gibt keine Technik, mit der die Fahnder vor dem Lesen oder Anschauen aussortieren können, was privat und deshalb für sie absolut tabu ist.
SPIEGEL: Wie steht es mit Filterprogrammen, die auf Schlüsselbegriffe reagieren?
Rosengart: Die sind unbrauchbar. Da müssten Terroristen doch nur in jeden Anschlagsplan die Wörter „Liebe“ oder „Sex“ hineinstreuen, schon hätten sie die Ermittler ausgetrickst.
SPIEGEL: Und umgekehrt – Programme, die nur auf verdächtige Suchbegriffe anspringen wie „Bombe“ oder „Zünder“?
Rosengart: Wer etwas zu verbergen hat, wird für so etwas ohnehin Code-Wörter haben. Und noch schwieriger wird es, wenn Sie es mit einer Fremdsprache zu tun haben.
SPIEGEL: Bei CDU und SPD kursiert die Vorstellung, dass zunächst alles kopiert und einem Richter übergeben wird. Erst wenn der alles Private aussortiert hat, dürfen die Ermittler lesen. Wie praktikabel ist solch ein Vorschlag?
Rosengart: Übliche Festplatten haben heute 300 Gigabyte; das entspricht rund 60 DVDs. Da brauchte ein Richter Wochen, um alles zu sehen, erst recht, wenn das nicht auf Deutsch ist und er noch einen Übersetzer benötigt. Dazu kommt: Wenn Verdächtige private Dateien versteckt abgelegt haben, dann findet sie natürlich auch kein Richter, zumindest nicht beim groben Drüberlesen. Im Übrigen wäre der private Kernbereich aber schon in dem Moment verletzt, in dem die Ermittler die Dateien vom Computer abziehen, um sie dem Richter zu übermitteln.

KOALITION

Neuer Krach um das Betreuungsgeld



DOMINIK BUTZMANN / LAIF

Der Großen Koalition droht ein neuer Grundsatzstreit um das Betreuungsgeld. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) will die von der Union geforderte Leistung für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen, nicht bezahlen. Das Betreuungsgeld „würde eine jährliche Belastung für den Haushalt von 2,5 bis 3 Milliarden Euro bedeuten und ist für den Bundeshaushalt keinesfalls darstellbar“, heißt es in einem Brief der Parlamentarischen Staatssekretärin im Finanzministerium Barbara Hendricks an Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen. Eine Verankerung des Betreuungsgeldes im Sozialgesetzbuch VIII, wie sie das Familienministerium anstrebe, sei nicht akzeptabel. Sollten die Länder eine derartige Leistung einführen wollen, so stehe ihnen dies selbstverständlich frei. Die Union will dem von der SPD geforderten Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz nur zustimmen, wenn sich der Bund gleichzeitig zur Zahlung eines Betreuungsgeldes verpflichtet. „Es bleibt bei dem vereinbarten Junktim zwischen Rechtsanspruch und Betreuungsgeld“, sagt der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe Hartmut Koschyk.



Gekapertes Flugzeug in Entebbe (1976)



STERN (L.); CIRA MORO / VISUM (R.)

Justizvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim

STAMMHEIM

RAF während Flugzeugentführung abgehört

Die Abhörmaßnahmen gegen die in Stammheim einsitzende RAF-Führung waren Mitte der siebziger Jahre offenbar umfangreicher, als von den beteiligten Behörden bisher eingeräumt wurde. Dies geht aus einem seit 31 Jahren geheim gehaltenen Dokument hervor, das im baden-württembergischen Innenministerium liegt. Es weist auf eine Lauschaktion im Zusammenhang mit der Entführung einer französischen Linienmaschine im Sommer 1976 nach Entebbe, Uganda, hin. Offenbar ging es dem Landeskriminalamt darum, aus den Gesprächen von Andreas Baader und Gudrun Ensslin mit ihren Verteidigern Hinweise auf die Planungen der Hijacker zu erhalten.

An der Kaperung durch ein Kommando der palästinensischen Terrororganisation PFLP waren auch zwei Mitglieder der mit der RAF gelegentlich kooperierenden Revolutionären Zellen, Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann, beteiligt. Die beiden Deutschen sorgten in Uganda für die Selektion der 97 jüdischen Fluggäste unter den insgesamt 245 Passagieren. Während die übrigen Passagiere freigelassen wurden, drohten die Terroristen mit der Ermordung ihrer jüdischen Geiseln. Bei der gewaltsamen Befreiung durch ein israelisches Spezialkommando wurden drei Geiseln und sieben Terroristen getötet, darunter auch die beiden Deutschen.

Bisher hatten Justiz- und Innenministerium in Stuttgart behauptet, dass es nur zwei Abhöraktionen im siebten Stock in Stammheim gegeben habe: während des Überfalls auf die deutsche Botschaft in Stockholm 1975 und nach der Festnahme des früheren RAF-Verteidigers Siegfried Haag zum Jahreswechsel 1976/77. Seit der SPIEGEL (37/2007) beide Ministerien mit Aktenfunden konfrontierte, die nahelegen, dass die Lauschaktionen noch bis zu den Selbstmorden der RAF-Führungsspitze am 18. Oktober 1977 fortgesetzt wurden, sind nun Beamte dabei, bisher verschlossene Geheimarchive in Stuttgart zu durchforsten. Neben dem Entebbe-Dokument wurden weitere Akten gefunden. Diese würden allerdings nicht belegen, dass es eine Abhöraktion gegeben habe, teilte das Justizministerium auf eine Anfrage des SPD-Landtagsabgeordneten Rainer Stickelberger mit.

AUSSENPOLITIK

„Andere profitieren“

BASF-Vorstand Eggert Voscherau, 64, über die Russland-Politik der Bundeskanzlerin

SPIEGEL: Herr Voscherau, die Kanzlerin kritisiert Russland, der Außenminister plädiert für mehr Verflechtung. Was bedeutet das für die deutsche Wirtschaft?

Voscherau: Die deutsche Russland-Politik ist nicht mehr so homogen wie zu Zeiten Bismarcks oder der Kanzler Helmut Kohl und Gerhard Schröder. Wichtig ist hier der gesamtheitliche Ansatz. Andere Länder profitieren davon, wie der Besuch des französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy in Moskau vorige Woche zeigt. Wir haben die Tür aufgestoßen, aber andere gehen durch.



TIM BRAKEMEIER / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

Voscherau

SPIEGEL: Schnappen die Franzosen den Deutschen Aufträge weg?

Voscherau: Tatsache ist, Frankreich hat einen 25-prozentigen Anteil am großen Schtokman-Gasfeld in der Barentssee bekommen.

SPIEGEL: Kostet Merkels Politik die Wirtschaft Aufträge?

Voscherau: Präsident Putin hat ein emotional sehr positives Verhältnis zu Deutschland. Deswegen gibt es keine kurzfristigen Auswirkungen, das sieht man auch an der Handelsbilanz. Auf lange Sicht ist nicht auszuschließen, dass andere Felder besetzen, die wir besetzen könnten.

SPIEGEL: Die Wirtschaftsinteressen dürfen die Bundesregierung doch nicht daran hindern, die rechtsstaatlichen und demokratischen Defizite Russlands zu benennen.

Voscherau: Natürlich nicht, aber es kommt auf die Art und Weise an. Das darf nicht belehrend und von oben herab geschehen.

SPIEGEL: Aber dass Russland zunehmend autoritär gelenkt wird, muss doch Sorge bereiten.

Voscherau: Natürlich – wenn wir so strenge demokratische Maßstäbe anlegen, müssten wir das überall tun, und dann würden einige Partner durch den Rost fallen.

SPIONAGE

Ärger über Algerier

Eine neue Spionageaffäre belastet derzeit das deutsch-algerische Verhältnis. Die Bundesanwaltschaft wirft dem algerischen Auslandsgeheimdienst DDSE vor, in den vergangenen Monaten versucht zu haben, Polizei und Nachrichtendienste in Deutschland zu infiltrieren. Der Deutsch-Algerier Abdelnacer Z., 47, soll sich gezielt als Übersetzer beim Bundeskriminalamt, dem Bundesnachrichtendienst und dem Verfassungsschutz beworben haben – im Auftrag der DDSE, wie die Ermittler vermuten. Ziel sei es gewesen, an sensible Informationen zu gelangen. Nach Erkenntnissen der Bundesanwaltschaft soll Abdelnacer Z. engen Kontakt zu einem Militärangehörigen in der algerischen Botschaft in Berlin gehalten haben. In einem weiteren Spionageverfahren hat die Bundesanwaltschaft Ende September Anklage gegen einen Angestellten der Botschaft erhoben, der einen algerischen Oppositionellen in Deutschland überwacht haben soll.



ANDREAS ALTWEIN / DPA

Restaurant Mykonos (1992), Darabi

ATTENTÄTER

Olmert interveniert bei Merkel

Israel versucht mit allen Mitteln, die Freilassung des iranischen Terroristen Kazem Darabi aus deutscher Haft zu verhindern. Darabi, der wegen der Planung des tödlichen Attentats 1992 auf vier kurdische Exilpolitiker im Berliner Restaurant Mykonos zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, soll im Dezember nach Verbüßung von 15 Jahren Haft nach Teheran abgeschoben werden. Jerusalem drängt darauf, Darabi erst freizulassen, wenn Iran Informationen über den Verbleib des israelischen Soldaten Ron Arad geliefert hat. Arad war 1986 mit seinem Kampfjet über dem Libanon abgestürzt. Es gilt als sicher, dass entweder Iran oder die mit Teheran verbündete libanesische Hisbollah das Schicksal des Israeli aufklären könnten. Die Bundesrepublik hatte 2004 selbst angeboten, Darabi gegen Informationen freizulassen, doch die Hisbollah ließ den Deal platzen. Um Darabis Auslieferung zu verhindern, intervenierte Israels Premierminister Ehud Olmert letzte Woche telefonisch bei Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sie erklärte jedoch, die Freilassung sei allein Sache der Justiz. Einen letzten Versuch will jetzt Arads Tochter unternehmen. Für Dienstag ist ein Treffen mit der deutschen Generalbundesanwältin Monika Harms geplant.

SOZIALDEMOKRATEN

Koch und Kellner der Partei

Beim Streit zwischen SPD-Chef Beck und Vizekanzler Müntefering geht es um mehr als nur die Arbeitslosenversicherung. Beck hat die Machtfrage gestellt und will seinen Gegenspieler in die Schranken weisen. Am Ende wird er sich durchsetzen – ein Sieg mit Makeln.

Es sind liebe, gute Freunde, die am vergangenen Donnerstagmorgen in der ersten Reihe sitzen und ihrem Franz zujubeln. Der Peter ist da, die Elke, der Ludwig und all die anderen Getreuen, die es sich nicht nehmen lassen wollen, dem Franz in dieser für ihn persönlich so schwierigen Stunde ihre Verbundenheit zu demonstrieren.

Vizekanzler Franz Müntefering gibt im Bundestag eine Regierungserklärung zur Arbeitsmarktpolitik ab, und der SPD-Fraktionschef breitet seine Arme beim Applaus im Überschwang aus wie ein Albatros seine Schwingen. Es ist jener Peter Struck, der im Machtkampf zwischen Müntefering und Parteichef Kurt Beck um das Arbeitslosengeld vor Genossen seufzte: „Der Franz muss sich bewegen.“

Neben ihm klatscht mit Inbrunst seine Stellvertreterin, die Parteilinke Elke Ferner, die voller Vorfreude bekennt, sie sei sich „vollkommen sicher“, dass Becks Attacke gegen Müntefering auf dem SPD-Parteitag Ende des Monats eine „große Mehrheit“ finden werde. Ihr Co-Vize Ludwig Stiegler wird wenig später ans Rednerpult treten und den Genossen loben und preisen: „Franz Müntefering hat die beste Bilanz vorgelegt, die ein Bundesarbeitsminister seit 20 Jahren präsentiert hat!“ Es ist derselbe Stiegler, der zwei Tage zuvor eben jenem Bundesarbeitsminister

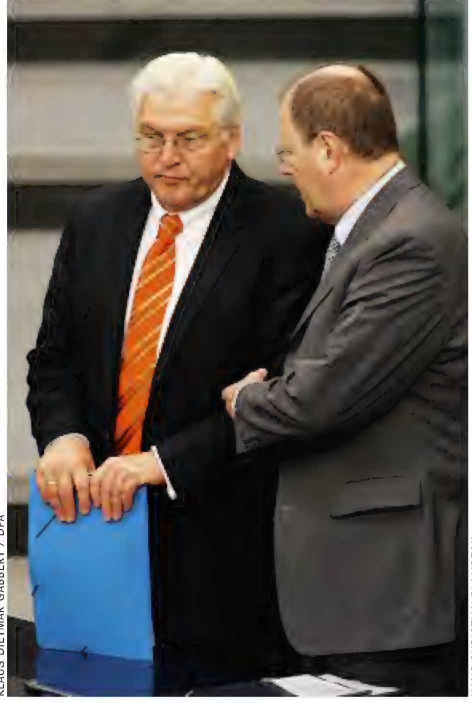


GÖTZ SCHLESER

SPD-Vorsitzender Beck: *Die härteste Auseinandersetzung seit den Gefechten zwischen Schröder und Lafontaine*



KLAUS DIETMAR GABBERT / DPA



HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

Koalitionäre Merkel, Struck, Müntefering, Steinmeier, Steinbrück: *Die Kanzlerin ist an einem Kompromiss interessiert*

prophezeit hat, er werde als „Demokrat in einer demokratischen Partei eine Abstimmungsniederlage erleiden".

Müntefering weiß, dass in der ersten Reihe die Bataillone des Gegners sitzen. Beck hat vorgeschlagen, dass Ältere ohne Job bis zu 24 Monate lang Arbeitslosengeld I bekommen sollen. Es war ein Frontalangriff auf Müntefering, der 2003 zusammen mit dem damaligen Kanzler Gerhard Schröder gegen erbitterten Widerstand der Partei die Bezugsdauer auf maximal 18 Monate verkürzt hatte.

Kurz nach seiner Attacke verabschiedete sich Beck in den Urlaub. Die brennende Sommersonne verträgt er nicht so gut, deshalb hat sich der Parteichef im Herbst mit seiner Frau im Fünf-Sterne-Hotel Barrosa Palace an der südspanischen Atlantikküste einquartiert. „Gäste können im Fitnessraum trainieren", wird das Hotel beworben, „eine Wellness- oder Schönheitsbehandlung genießen, sich am Pool entspannen oder Cocktails auf der Terrasse zu sich nehmen."

Beck wird das Angebot kaum nutzen können. Während seines einwöchigen Urlaubs hat er keine Muße. In Berlin und Mainz warten seine Truppen auf Kommandos aus dem fernen Andalusien. Für Beck geht es um viel. In seinen anderthalb Jahren an der Spitze der Sozialdemokraten ist die Partei in den Umfragen abgestürzt, seit Wochen dümpelt sie bei Werten um 25 Prozent. Laut einer Forsa-Umfrage wünschen sich nur noch 14 Prozent der Deutschen den Mainzer Ministerpräsidenten als Bundeskanzler.

Auch in der eigenen Partei ist Becks Stellung noch nicht gefestigt. An der Basis ist der joviale Pfälzer zwar beliebt, doch die selbstbewusste Regierungs-SPD in Berlin will sich von dem Mann aus der Provinz keine Vorschriften machen lassen. Keiner demonstrierte das in den vergangenen Monaten so offen wie der Vizekanzler. Müntefering ließ keine Gelegenheit aus, um klarzumachen, was er von dem Parteichef hält. Viel ist es nicht.

Beck will sich das nicht länger gefallen lassen. Ein für alle Mal soll nun klargestellt werden, wer in der Partei Koch ist und wer Kellner. Lange hat er nach einer Möglichkeit gesucht, Müntefering öffentlich in die Schranken zu weisen. Sein Vorstoß, die Zahlungen für ältere Arbeitslose zu verlängern, soll die Entscheidung bringen. Beck weiß, dass er die öffentliche Meinung auf seiner Seite hat. In Umfragen halten 84 Prozent der Befragten den Vorschlag für richtig, den gleichzeitig die meisten Ökonomen ablehnen, weil er die Altersarbeitslosigkeit eher verlängere als verkürze (siehe Seite 80).

UMFRAGE: REFORM-ERFOLG

„Welchen Anteil haben die Arbeitsmarktreformen der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung, beispielsweise die Hartz-Gesetze, an der derzeit guten Wirtschaftskonjunktur?"

Antwort	Prozent
großen Anteil	26 %
kleinen Anteil	48 %
gar keinen	18

TNS Forschung für den SPIEGEL vom 10. und 11. Oktober; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht"/ keine Angabe

Doch um Inhalte ging es von Anfang an kaum. Beck hat die Machtfrage gestellt, und Müntefering nahm sie an. Seit den Gefechten zwischen Schröder und Oskar Lafontaine Anfang 1999 hat die SPD keinen Machtkampf ihrer Spitzenleute erlebt, der so unversöhnlich und mittlerweile so offen ausgetragen wird wie diese Auseinandersetzung. Selbst für sozialdemokratische Schwergewichte wie die Minister Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier ist da nichts zu vermitteln.

Am Ende wird Beck gewinnen, so viel steht fest, denn nach vier Vorsitzenden innerhalb von nur vier Jahren gibt es für den Pfälzer keinen Ersatz. Beck muss gewinnen, denn ohne ihn ist die SPD führungslos.

Müntefering will Beck den absehbaren Sieg vergiften und ihn beschädigen. Der Parteichef soll als Populist erscheinen, der sich gegen den Rat der Fachleute durchgesetzt hat. Und er soll davon abgehalten werden, weitere Teile der Agenda 2010 auch nur anzutasten. Um jeden Preis will Müntefering verhindern, dass es zu einem, wie manche in der SPD spotten, „Roll Beck" kommt.

In der vergangenen Woche erreichte der Machtkampf einen Höhepunkt. Vor der SPD-Bundestagsfraktion hatte Müntefering zur Erleichterung aller verkündet, er wolle einen Kompromiss mit dem Parteichef, da griff er schon zum Telefon und ließ sich mit Beck im Barrosa Palace verbinden. Schnell war das Gespräch beendet, und Müntefering kündigte einen Vorschlag für den kommenden Tag an. Doch was dann folgte, war in Becks

Augen kein Entgegenkommen, sondern eine Provokation. Rasch hatte Müntefering auf zwei Seiten seine Position niedergeschrieben, die er am Mittwoch nach Andalusien faxte.

Einer Verlängerung der Bezugsdauer könne er nur zustimmen, wenn diese an schärfere Auflagen für die Arbeitslosen geknüpft würden, las Beck. Diese müssten sich qualifizieren, anderswo eine Stelle annehmen oder hätten mit Sanktionen zu rechnen. 24 Monate Arbeitslosengeld komme im Übrigen nur für Menschen ab 55 in Frage, davon soll ihnen für sechs Monate eine Arbeit zugewiesen werden. Zudem sei es sinnvoll, die Frage des Arbeitslosengeldes mit möglichen Änderungen am Rentenrecht zu verknüpfen. Müntefering will die Möglichkeit der Frühverrentung ausschließen und schließlich einen Ausgleich herstellen zwischen Regionen mit hoher und niedriger Arbeitslosigkeit.

Das „Angebot“ des Vizekanzlers wurde vom Beck-Lager umgehend als „bodenlose Frechheit“ qualifiziert. Der Parteichef entschied sich, auf die Provokation mit einer Provokation zu antworten. Statt selbst zur Feder zu greifen, schrieb er ins Müntefering-Papier kurzerhand den DGB-Vorschlag hinein und faxte die Seiten nach Berlin. Die Forderung der Gewerkschafter aber war von Beginn an die Grundlage für seinen eigenen Vorstoß gewesen. So bekam Müntefering einen Vorschlag, den er schon lange kannte.

Beide Kontrahenten fühlen sich gut gerüstet für ihren Kampf, sie strotzen vor Entschiedenheit.

Müntefering hat die Agenda 2010 mitentwickelt, nun will er das Erbe angemessen verwalten. Es geht ihm nicht allein um das Arbeitslosengeld, es geht ihm auch um einen wichtigen Teil seiner Biografie.

Beck hingegen baut auf die Basis. Parteifreunde, die noch vor kurzem über seine Bräsigkeit spotteten, sehen ihn plötzlich als Anwalt der sozialen Gerechtigkeit. Fast alle Landesverbände stehen hinter ihm, auf dem Hamburger Parteitag darf er mit einer überwältigenden Mehrheit rechnen.

Das Unversöhnliche an diesem Streit ist nicht der Streit in der Sache. Beck und Müntefering haben völlig unterschiedliche Vorstellungen davon, welche Rolle die SPD in Zukunft spielen soll.

In ihrem Kampf um die Agenda 2010 hatten Schröder und Müntefering die eigene Partei aus dem Blick verloren. Ihnen ging es um das Land, die Partei durfte der Regierung folgen, oder sie durfte schimpfen. Nur bestimmen durfte sie nicht.

Müntefering will auch heute keine Rücksicht auf seine traditionsverhafteten Parteifreunde nehmen, Becks Führungsstil findet er dilettantisch. Sein Vorbild ist er selbst. Der Partei dürfe man nicht zu sehr nachgeben, glaubt er, die Zügel müssten straff gehalten werde, einen Richtungswechsel dürfe es nicht geben, denn „sonst ist klar, dass da viele mitgehen“.



OLIVER LANG / DDP

Designierter bayerischer Ministerpräsident Beckstein*: *Sympathie für Becks Vorstoß*

Beck setzt andere Prioritäten. Er will den anhaltenden Mitgliederschwund stoppen und der SPD zu Identität und Selbstbewusstsein verhelfen. Geht es nach ihm, sollen Sozialdemokraten wieder in erster Linie für eine moderne Form sozialer Gerechtigkeit stehen. Für ihn kommt, zumindest auf absehbare Zeit, erst die Partei und dann der Staat.

Eine sehr persönliche Note prägt diesen Konflikt ebenfalls. Beck und Müntefering verbindet eine lange Geschichte gegenseitiger Kränkungen, Verletzungen und Rempeleien, die eine Verständigung kaum noch möglich macht.

So wirft Beck dem Vizekanzler bis heute vor, seinen Landtagswahlkampf 2006 massiv gestört zu haben. Sieben Wochen vor der Wahl hatte Müntefering gefordert, die Heraufsetzung des Rentenalters auf 67 Jahre vorzuziehen. „Warum konnte er damit nicht bis nach der Wahl warten?“, fragen Becks Vertraute noch heute. Beck bekam in seiner Staatskanzlei einen Wutanfall. Es sollte nicht der letzte bleiben.

Wenn er sich fortan öffentlich zu Wort meldete, war der Vizekanzler meist nicht weit. Als Beck im Herbst 2006 die „Unterschicht“ thematisierte, fuhr ihm Müntefering über den Mund: „Wir sind keine Schichtenpartei, wir sind eine Volkspartei.“ Auch bei der Parteiarbeit wollte er mitreden. Eigenhändig korrigierte Müntefering Vorarbeiten des Willy-Brandt-Hauses oder kassierte einen Unterschriftenaufruf von SPD und Gewerkschaften zum Mindestlohn ein.

* Auf dem CSU-Parteitag am 29. September in München.

Müntefering hat Beck bis heute nicht verziehen, dass der vor zwei Jahren ausgerechnet in einem Moment nach Südspanien fuhr, als Müntefering von der Partei-Linken Andrea Nahles eine so empfindliche Niederlage beigebracht wurde, dass er vom Parteivorsitz zurücktrat. „Ich weiß, wer im Urlaub war und wer nicht“, sagte Müntefering später einmal vor den Genossen der NRW-Landesgruppe. Es war ein Satz, in dem viel Verbitterung steckte. Und die Lust auf Rache.

Münteferings Wirken als Vizekanzler lässt sich auch als der ständige Versuch lesen, dem Parteichef das Leben schwer zu machen. Statt seiner hat nun Beck „das schönste Amt neben dem Papst“ inne, und so muss er seinem Nach-Nachfolger immer wieder zeigen, dass der es nicht kann.

Besonders publikumswirksam demütigte er Beck auf einer Dampferfahrt des „Seeheimer Kreises“ in diesem Mai. Der Parteichef hatte eine 08/15-Ansprache gehalten, er hatte den Spargel gelobt und das gute Bier. Müntefering wunderte sich über den unpolitischen Auftritt. Ein Chef muss führen, glaubt er, und Beck führte nicht.

Kurzerhand hielt Müntefering die politische Rede des Abends, voller Leidenschaft und Kampfesmut. Die Genossen müssten auch jetzt wieder „Ellenbogen ausfahren“, sich „gerade aufstellen“ und gute Politik machen: „Das können wir, das haben wir ein paarmal bewiesen, die werden sich wundern, was dabei herauskommt.“ Der Vergleich der Ansprachen offenbarte einen Klassenunterschied, und Müntefering wusste es.

So ging es weiter. Fast im Wochentakt stichelte der Vizekanzler gegen seinen Parteichef. Kaum hatte Beck ein Interview


HANS-CHRISTIAN PLAMBECK / LAIF

SPD-Linke Nahles (l.)*: *Empfindliche Niederlage für Müntefering*

gegeben, widersprach ihm Müntefering in aller Öffentlichkeit. Er distanzierte sich von Becks Vorschlag für ein NPD-Verbot, er hielt in den Westbundesländern Koalitionen mit der Linken für möglich – die Beck zuvor ausgeschlossen hatte. Er widersprach der Rentenerhöhung, die Beck in Aussicht gestellt hatte. Seine Interviews hatten stets die gleiche Überschrift: Ich weiß es besser.

Vor vier Wochen dann stellte Beck im SPD-Vorstand die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe zur Rente mit 67 vor. Staatssekretäre aus Münteferings Ministerium hatten daran teilgenommen. Dem Arbeitsminister aber passte das Ganze nicht, und so erweckte er vor dem Vorstand den Eindruck, als habe er von der Existenz der AG nie gehört. „Ich habe zur Kenntnis genommen, dass es eine Arbeitsgruppe gibt", knurrte er.

Spätestens seit diesem Zeitpunkt glaubt Beck nicht mehr daran, dass mit Müntefering eine Einigung möglich ist. Seinen Vorschlag zum Arbeitslosengeld versuchte er deshalb erst gar nicht mit ihm abzustimmen. Wozu auch, wo er den Streit in diesem Fall doch ausdrücklich wollte – um Müntefering endlich zu zeigen, dass er sich durchsetzen kann.

Doch der Vizekanzler denkt bislang nicht daran, nachzugeben. Am vorvergangenen Samstag hatte er sich zwar mit Beck telefonisch auf eine Strategie der Deeskalation verständigt. Aber der Deal hielt nicht lange. Schon am Tag darauf forderte Müntefering, man dürfe „diesen Schwenk jetzt nicht machen". Er rate „dringend davon ab".

* Mit den SPD-Abgeordneten Kerstin Griese und Niels Annen, 2005 in Berlin.

UMFRAGE: SPD-FÜHRUNG

„Wer sollte den größeren Einfluss auf die Politik der SPD haben?"

	Gesamt	Anhänger von CDU/CSU	SPD	FDP	Die Linke
Kurt Beck	23 %	16	34	9	39
Franz Müntefering	17 %	22	19	12	4
Klaus Wowereit	15 %	10	16	14	34
Frank-Walter Steinmeier	14 %	18	15	23	6
Peer Steinbrück	13 %	20	9	40	3

TNS Forschung für den SPIEGEL vom 10. und 11. Oktober; 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht"/keine Angabe

In der vergangenen Woche verschärfte er seinen Werbefeldzug noch. Er absolvierte fünf öffentliche Auftritte, er gab Interviews, er hielt eine Regierungserklärung im Bundestag. Er nutzte die Abwesenheit seines Konkurrenten, der weit weg in Andalusien saß, zu weit, um schnell reagieren zu können. Vor der Fraktionssitzung am Dienstag frotzelte er, dass er eigentlich nicht viel sagen wolle, „wenn der Kurt nicht da ist. Der ist ja im Urlaub, den hat er ja auch verdient".

Doch dann legte er los. In kühlem Stakkato erläuterte er seine Sicht der Dinge. „Wir sollten an dieser Stelle eine klare Linie halten", rief er den Abgeordneten zu, „in der Sache bringt es nichts, und die Arbeitslosigkeit wird dadurch nicht weniger werden." Er halte den Vorschlag für falsch: „Stellt euch mal einen Augenblick vor, wir würden den Kanzler stellen!" Niemand würde dann auf die Idee kommen, „dass das Willy-Brandt-Haus vorschreibt, wie es gehen soll. Ich habe da ja auch lange genug gesessen".

Ganz abgesehen davon, wie der Vorschlag von Beck lanciert worden sei: „In halböffentlichem Kreis" habe er erstmals von den Absichten erfahren, kritisierte Müntefering. In der Sitzung des Parteipräsidiums am 1. Oktober habe er „eine oder zwei Minuten" gehabt, „nix zu sagen oder eine Entscheidung zu treffen". Tatsächlich aber hatte Beck bereits eine Woche zuvor, am 24. September, in kleiner Runde im Willy-Brandt-Haus über seinen Plan gesprochen, das Arbeitslosengeld zu verlängern. Müntefering widersprach, doch Beck vermied eine Debatte: „Da müssen wir noch einmal drüber reden."

Noch am selben Abend stellte er seine Überlegungen den Landes- und Bezirksvorsitzenden der Partei vor. Am Wochenende danach, noch vor der Präsidiumssitzung am 1. Oktober, berichtete der SPIEGEL (40/2007) über Becks Absichten. Müntefering hatte also deutlich länger als ein bis zwei Minuten Zeit, seine Haltung zu klären.

Wenig spricht dafür, dass Müntefering und Beck in den nächsten Tagen ihren Streit wirklich beilegen werden – obwohl sie nach Becks Rückkehr aus dem Urlaub an diesem Montag rasch zu einem von Peter Struck moderierten Krisengespräch zusammentreffen wollen. Und so wird der Parteitag in Hamburg wohl einen Beschluss fassen, der ganz im Sinne Becks ausfällt.

Anders als die meisten Parteitagsbeschlüsse wird dieser Folgen haben. Denn auch die Union will seit ihrem Parteitag vor einem Jahr in Dresden an Ältere länger Arbeitslosengeld auszahlen, allerdings ohne zusätzliche Ausgaben. Das Wort „kostenneutral" gilt in der Union als Zauberformel, allen konkreten Fragen auszuweichen. So fiel es auch dem gerade ins

Amt gekommenen bayerischen Ministerpräsidenten Günther Beckstein (CSU) leicht, grundsätzlich Sympathie für Becks Vorstoß zu zeigen.

Dabei glaubt kaum jemand, dass eine Reform, die angeblich nichts kostet, politisch durchsetzbar ist, denn bei irgendwem müsse ja schließlich gestrichen werden. Im geschäftsführenden Fraktionsvorstand der Union wurde die Frage in der vergangenen Woche heftig diskutiert. Ja, man werde das hinbekommen, beteuerte CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla. „Kann man die Berechnungen denn mal sehen?“, fragte Fraktionsvize Wolfgang Bosbach. Das gehe derzeit leider nicht, antwortete Pofalla, und die Runde grinste hämisch.

Am vergangenen Montag skizzierte Kanzleramtschef Thomas de Maizière zum ersten Mal eine mögliche Lösung. Eine Senkung des Arbeitslosenbeitrags auf 3,5 Prozent, wie die Union sie fordert, lasse sich auch bei einer schwächer werdenden Konjunktur aus den Zuschüssen der Bundesagentur für Arbeit finanzieren. Nach den Berechnungen des Kanzleramts bliebe noch rund eine Milliarde Euro übrig, mit der zum Beispiel die Verlängerung des Arbeitslosengeldes bezahlt werden könnte.

Die Kanzlerin ist an einem Kompromiss mit den Sozialdemokraten interessiert. Auch einen Terminplan gibt es bereits. Auf der Sitzung der Unionsministerpräsidenten am vergangenen Donnerstag vereinbarte man, möglichst schon beim Treffen des Koalitionsausschusses Anfang November eine Lösung mit der SPD zu finden. Damit könnte das Thema aus den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen Ende Januar herausgehalten werden.

So könnte es sein, dass SPD-Chef Beck zwar einen Kompromiss mit der Union, nicht aber mit dem eigenen Vizekanzler findet. Der jedenfalls gab sich auch am Ende der vergangenen Woche kämpferisch. „Wir dürfen nicht wieder in die unsäglich falsche Entscheidung der Frühverrentung hineingehen“, rief er am Freitagnachmittag beim Bund Katholischer Unternehmer auf der Essener Zeche Zollverein: „Das sage ich auch meinen Freunden. Fangt das nicht wieder an.“

Die Unternehmer feierten den Sozialdemokraten als einen Helden. „Wir haben alle Hochachtung für das, was Sie zurzeit durchstehen“, lobte die Vorsitzende Marie-Luise Dött, „ich wünschte, alle Sozialdemokraten wären so wie Sie.“

Am Ende überreichte sie dem Vizekanzler eine Flasche Likör. „Wenn Sie einmal Magengrummeln haben, weil es nicht so gut läuft oder es Probleme gibt.“ Müntefering konterte kühl wie immer: „Dann habe ich die aber bald leer.“

Markus Feldenkirchen, Konstantin von Hammerstein, Horand Knaup, Roland Nelles, Ralf Neukirch, Christoph Schwennicke

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Ein ständiger Spagat“

Bundesfinanzminister und SPD-Vize Peer Steinbrück, 60, über den Richtungsstreit um die Agenda 2010, die Konkurrenz mit der Linken und seine Kritik an sozialdemokratischen „Heulsusen“


HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

Sozialdemokrat Steinbrück: *„Es wird keine Abkehr geben“*

SPIEGEL: Herr Steinbrück, wir möchten mit Ihnen über Zumutungen reden. Kann es sein, dass die SPD den Bürgern und ihren Mitgliedern mit der Agenda 2010 zu viel zugemutet hat?

Steinbrück: Objektiv gesehen, nein. Wir haben einen großen Beitrag zur Modernisierung des Landes geleistet. Aber nun muss die SPD feststellen, dass ihr das keineswegs gedankt wird.

SPIEGEL: Und deshalb will die SPD ihre Reformen nun wieder rückgängig machen?

Steinbrück: Nein, der überwiegende Teil der SPD weiß, dass die Agenda 2010 notwendig war. Sie hat das Land im wirtschaftlichen, demografischen und globalen Wandel besser aufgestellt. Und das zahlt sich allmählich aus.

SPIEGEL: Aber nicht für die SPD.

Steinbrück: Leider nicht. Die SPD ist darüber in eine schwierige Lage geraten. Wir haben Probleme mit unseren traditionellen Anhängern, die sich in diesem Wandel als Verlierer sehen.

SPIEGEL: Kurt Beck hält diesen Anhängern jetzt einen Köder hin, die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I für Ältere. Ist diese Abkehr von der Agenda-Politik keine Zumutung für Sie, den glühenden Reformer?

Steinbrück: Es wird keine Abkehr geben. Es geht darum, für schwierige, auch schmerzhafte Reformschritte Legitimation zu schaffen. Diesen Einsatz von Kurt Beck kann ich verstehen und mitmachen, wenn damit kein Kurswechsel verbunden ist. Da müssen wir aufpassen. Die Kürzung der Zahldauer des Arbeitslosengeldes hatte ja hohen Symbolwert, sie steht auch für einen Mentalitätswandel. Mit ihr haben wir den verhängnisvollen Trend zur massenhaften Frühverrentung zum Wohle der Älteren gestoppt und dem „Prinzip Fördern und Fordern“ Ausdruck gegeben.

SPIEGEL: Viele Menschen empfinden diese Kürzung als Bedrohung, nicht als Mentalitätswandel.

Steinbrück: Dafür habe ich Verständnis. Viele fürchten, dass sie dem Risiko einer Deklassierung, eines sozialen Absturzes ausgesetzt werden, dass sie also schnell in die alte Sozialhilfe abrutschen. Das ist für Millionen eine Horrorvorstellung. Dieser

Sorgen hat sich Kurt Beck angenommen. Das darf er, das muss er als Parteivorsitzender sogar.

SPIEGEL: Der einst so forsche Reformer Steinbrück ist aber verdammt vorsichtig geworden.

Steinbrück: Der Reformer ist auch stellvertretender Parteivorsitzender und hat eine Verantwortung für seine Partei. Das bedeutet, dass ich auch für Zusammenhalt, Strategiefähigkeit und Wählbarkeit der SPD sorgen muss. Ich wäre ein schlechter Vertreter meiner Partei, wenn dies nicht auch mein Ziel wäre.

SPIEGEL: Wir halten fest: Eigentlich finden Sie Becks Vorstoß falsch, halten ihn aber dennoch für richtig. Das nennt man ein „entschiedenes Sowohl-als-auch".

Steinbrück: Ich will mithelfen, lose Kanonen wieder an Deck festzuzurren. Dass das Ganze inzwischen fast den Charakter eines Showdowns wie in einem Western bekommen hat, ist bedauerlich. Wir müssen das Prinzip des Forderns und Förderns aufrechterhalten. Wir müssen aber auch den Abstiegsängsten entgegenwirken. Und gleichzeitig müssen wir verhindern, dass Unternehmen wieder massenhaft ältere Arbeitnehmer rausschmeißen.

SPIEGEL: Wie soll das denn gehen?

Steinbrück: Daran arbeiten wir. Sie dürfen sicher sein, dass wir bis zum Parteitag eine Lösung finden, einen Kompromiss, der den Namen verdient.

SPIEGEL: Warum leidet die SPD unter einer Maßnahme, die sich nach Einschätzung aller Experten bewährt hat? Die Arbeitslosigkeit der über 50-Jährigen sinkt viel schneller als bei anderen Altersgruppen.

Steinbrück: Stimmt objektiv. Wir haben heute 200 000 Arbeitslose in dieser Altersgruppe weniger als noch vor einem Jahr. Dem stehen aber subjektiv enorme Abstiegsängste gegenüber. Diese Ängste spielen für die Zustimmung zur Politik eben auch eine Rolle.

SPIEGEL: Sie meinen: für die Zustimmung zu Ihrer Partei.

Steinbrück: Sie können der SPD nicht auf Dauer abverlangen, dass sie der Reformmotor der Republik ist, aber darüber ihre Identität verliert und auf Größenordnungen schrumpft, die es ihr unmöglich machen, künftig ihre Politik durchzusetzen.

SPIEGEL: Man könnte auch sagen: In Zeiten schlechter Umfragen verfällt die SPD dem Populismus.

Steinbrück: Das wäre aber nicht zutreffend. Wir müssen jetzt darauf achten, dass wir den Kurs, den wir für richtig halten, wieder mit einer größeren Zustimmung ausstatten können. Ich kann wunderbar recht haben. Das nützt mir nur nichts, wenn ich nicht auch demokratisch legitimiert recht bekomme.

SPIEGEL: Franz Müntefering sagt, dass man auch bereit sein müsse, Politik zu machen, die unpopulär ist, wenn man meint, dass es die richtige Politik sei.



ARIS

Linke-Politiker Lafontaine: *„Der karikiert sich selbst"*

Steinbrück: Er hat recht. Die SPD hat bewiesen, dass sie dies als einzige politische Kraft des Landes zu tun in der Lage ist. Ich sage: Wir brauchen Reformen. Aber man kann von der SPD auch keinen kollektiven Selbstmord erwarten.

SPIEGEL: Werden der SPD Zumutungen stärker übelgenommen als den anderen Parteien?

Steinbrück: Absolut. Vor allem, wenn wir der Bevölkerung sagen, ihr müsst den Gürtel enger schnallen, und gleichzeitig die Wohlhabenden ihren Gürtel immer weiter lockern wollen. Die Schere zwischen Reichen und Schwachen geht immer noch weiter auseinander. Das ist es, was viele wütend macht. Sie wissen zwar, dass es zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht weitergehen kann wie in den neunziger Jahren. Sie wollen aber auch nicht die einzig Dummen sein.

SPIEGEL: Da könnte die SPD sich einhaken.

Steinbrück: Das tun wir. In Zeiten der Globalisierung muss die SPD zwei Dinge leisten: Sie muss treibende Kraft für Wirtschaftsleistung und Wettbewerbsfähigkeit in einer sich rasant wandelnden Welt sein. Und sie muss dafür sorgen, dass die Gesellschaft zusammenbleibt. Beides zusammen ist ein Alleinstellungsmerkmal der SPD. Aber es ist auch ein ständiger Spagat, eine Zerreißprobe.

SPIEGEL: Warum quält sich Ihre Partei noch immer so? Die Agenda 2010 ist immerhin schon seit viereinhalb Jahren auf dem Markt.

Steinbrück: Weil es für die Partei ein Paradigmenwechsel war, verbunden mit vielen Emotionen. Er hat viel Kraft gekostet.

SPIEGEL: Was fänden Sie schlimmer: einen Linksruck der SPD oder weitere Wahlniederlagen?

Steinbrück: Wenn die SPD ihren Charakter als Fortschrittspartei aufgäbe und eine strukturkonservative Gruppierung wie die Linkspartei würde, fände ich das viel schlimmer, als eine Wahl zu verlieren.

SPIEGEL: Es geht nicht um eine Wahl. Die SPD hat seit Beginn der Agenda-Politik 15 Landtagswahlen und eine Bundestagswahl verloren.

Steinbrück: Was den Vorwurf des reinen Populismus wohl widerlegt. Trotzdem: Die SPD muss Fortschrittspartei bleiben. Sie muss auf der Höhe der Zeit bleiben, wie ein kürzlich unter anderem von mir herausgegebenes Buch tituliert ist. Dabei bleibe ich.

SPIEGEL: Sie glauben also nicht, dass man mit weiteren Schritten nach links der Partei Die Linke Wähler wegnehmen kann?

Steinbrück: Nein. Wenn die SPD versuchen würde, die Linkspartei zu kopieren, wird sie in der Mitte der Gesellschaft mehr verlieren, als sie hinzugewinnt. Die SPD darf nicht auf andere schielen, um ihre Position zu definieren, weder auf die rechte Seite noch auf die linke Seite. Sie muss ihren eigenen Kurs festlegen und diesen Kurs mit Stehvermögen vertreten.

SPIEGEL: Sie haben keine Angst vor Oskar Lafontaine?

Steinbrück: Der karikiert sich selbst.

SPIEGEL: Und vor seiner neuen Partei?

Steinbrück: Der PDS? Auch nicht. Ich glaube, es war eher untypisch, dass wir, an-

ders als andere Länder, in den ersten Jahrzehnten der Republik keine Linkspartei am äußersten Rand hatten. In anderen Demokratien in Europa war und ist das eine Selbstverständlichkeit.

SPIEGEL: Viele in der SPD sehen Die Linke immer noch als Übergangsphänomen, das man nur scharf genug bekämpfen muss, damit es wieder verschwindet.

Steinbrück: Die sind kein Übergangsphänomen, sie werden sich wohl dauerhaft auf niedrigem Niveau etablieren. Wir müssen uns darauf einstellen, dass das Parteienspektrum in Deutschland bunter geworden ist.

SPIEGEL: Wo liegt denn Peer Steinbrücks Schmerzgrenze mit der SPD?

Steinbrück: Wenn die SPD an alte Ufer zurückgeführt würde. So würden wir auch keine Mehrheiten mehr bekommen. Die SPD muss auch künftig bereit sein, sich auf die Veränderungen in dieser Gesellschaft einzulassen. Deshalb dürfen wir die Agenda 2010 auch nicht grundsätzlich in Frage stellen.

SPIEGEL: Genau das tun jetzt aber viele in Ihrer Partei, allen voran der linke Flügel.

Steinbrück: Was wäre, wenn Teile der SPD glaubten, diese Debatte über das Arbeitslosengeld sei quasi die Safetür, die nur geknackt werden muss, um dann die ganze Agenda rückgängig zu machen? In diesem Fall hätten wir den wahren Konflikt. Die SPD wird nicht ins Jahr 2003 zurückkehren können, also die Zeit vor der Agenda.

SPIEGEL: Was darf aus diesem Safe auf keinen Fall herausgeräumt werden?

Steinbrück: Vor allem jene Teile, die dazu beigetragen haben, dass Mentalitäten sich

„Wenn es wirklich um Popularität ginge, wären Donald Duck und die Muppets längst im Bundestag.“

ändern. Die Qualität des Sozialstaats besteht nicht darin, dass man Arbeitslosigkeit finanziert, sondern Voraussetzungen schafft, damit die Leute einen Job finden. Die Qualität des Sozialstaats misst sich nicht an der Höhe der Sozialtransfers, sondern an dem, was wir bewirken, damit Menschen gar keine erhalten müssen. Das ist ein Paradigmenwechsel, der sehr schwer in die Köpfe hineingeht.

SPIEGEL: Viele in Ihrer Partei stören sich auch an der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67. Sie würden auch hier gern Entscheidungen rückgängig machen.

Steinbrück: Die Lebenserwartung bei Frauen und Männern liegt heute eher bei 80 Jahren, nicht mehr bei 65. Das Berufseintrittsalter ist gestiegen, die Lebensarbeitszeit auch. Das hat unabweisbare Folgen. Deshalb ist es richtig, das Renteneintrittsalter formal zu erhöhen. Allerdings gibt es



MARTIN MEISSNER / AP

Genossen Schröder, Steinbrück*
„Prinzip Fördern und Fordern“

auch Menschen, die sagen: Ich würde ja gern bis 67 arbeiten, aber ich kann es aufgrund der Beschädigungen und der Belastungen, die ich vorher in meinem Arbeitsleben erfahren habe, nicht. Das müssen wir auch berücksichtigen.

SPIEGEL: An welchem Punkt würden Sie sagen: mit mir nicht?

Steinbrück: Wenn jemand den Konsolidierungskurs in Frage stellen würde. Wir müssen die historische Chance nutzen, um die Nettokreditaufnahme auf null zu bringen und die Generation unserer Kinder und Enkel von den Schulden entlasten. Auch das ist für mich soziale Politik.

SPIEGEL: Es geht in dieser Debatte auch um Ehrlichkeit. Wie glaubwürdig ist der Vorstoß von Kurt Beck beim Arbeitslosengeld I? Noch vor einem Jahr hat er Änderungen daran als „systematisch falsch“ und als Mogelpackung bezeichnet.

Steinbrück: Sie können jeden Menschen mit Sätzen aus der Vergangenheit buchstäblich ans Kreuz nageln. Aber was haben Sie davon? Sie müssen uns Politikern schon eine gewisse Lernfähigkeit und Veränderungsfähigkeit zugestehen. Wenn Kurt Beck zu dem Ergebnis kommt, dass der SPD die Zustimmung fehlt, die sie braucht, dann muss er daraus Konsequenzen ziehen. Sie vertreten hier die Auffassung: Du musst im Zweifelsfall prinzipientreu und heroisch auf der politischen Bühne dahinsinken. Ja, dann findet das Stück künftig ohne Sie statt.

SPIEGEL: Lernt auch Peer Steinbrück?

* Auf einem Containerkran in Duisburg 2005.

Steinbrück: Das will ich hoffen.
SPIEGEL: Lernen Sie auch, auf die Empfindsamkeiten und die Verunsicherung der SPD mehr Rücksicht zu nehmen? Sie haben Ihre Genossen schon das ganze Gespräch lang nicht als „Heulsusen" beschimpft. Immerhin.
Steinbrück: Das mit den „Heulsusen" war als Bild sehr provokativ. Als Zustandsbeschreibung war es richtig. Ich kann und werde nicht buhlen, weil das viele zu Recht als klebrig, als taktisch empfinden würden, nur um auf dem Parteitag viel Zustimmung zu bekommen. Es muss in der Politik so etwas wie Selbstachtung geben. Beliebtheit kann kein Kriterium für Wahlen in der Politik sein. Wenn es wirklich um Popularität ginge, wären Donald Duck und die Muppets längst im Deutschen Bundestag.
SPIEGEL: Ihr Parteifreund Wolfgang Clement bekam vor vier Jahren bei seiner Wahl zum Parteivize magere 57 Prozent. Wäre ein solches Ergebnis auch für Sie akzeptabel?
Steinbrück: Ich will nicht über Prozentsätze spekulieren. Aber es gibt für jeden persönliche Grenzen, die etwas mit der schon genannten Selbstachtung zu tun haben.
SPIEGEL: Für einige in der SPD sind Sie eine Zumutung. Sie ärgern sich nicht nur über Ihre Positionen, sondern auch über Ihre ruppige Art.

„Ich habe gelernt, dass es nicht auf das Gutgemeinte ankommt, sondern auf das Gutgemachte."

Steinbrück: Die einen nennen es ruppig, die anderen nennen es Klartext. Auch auf die Gefahr hin, dass es eitel klingt: Ich bin seit fast 14 Jahren Mitglied in Kabinetten. Es hat in dieser Zeit viele gegeben, die mir eine gewisse Wirkungskraft für die SPD und über die Grenzen der SPD hinaus zugesprochen haben.
SPIEGEL: Vielleicht sind Sie für eine sensible Partei wie die SPD nicht sensibel genug.
Steinbrück: Das mag sein. Aber andere in der SPD und auch viele Bürger sagen: Ich habe lieber einen, von dem ich weiß, woran ich bin, als einen, der so blumig, unklar und undeutlich redet, dass ich erst einen Decoder brauche, um zu wissen, was er politisch will.
SPIEGEL: Sie bewundern Helmut Schmidt. Was fasziniert Sie an diesem Politikertypus?
Steinbrück: Erstens sein Arbeitsethos, zweitens sein Pflichtgefühl und drittens gutes Regierungshandwerk. Ich habe in der Politik zunehmend gelernt, dass es nicht auf das Gutgemeinte ankommt, sondern auf das Gutgemachte. Davon haben wir zu wenig.


HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

Steinbrück, SPIEGEL-Redakteure*: *„Wir brauchen Reformen"*

SPIEGEL: Über Schmidt wurde auch gesagt: Guter Mann, leider in der falschen Partei.
Steinbrück: Wenn die SPD Schwierigkeiten damit hat, ein breites Spektrum politischer Typen, Begabungen, Eigenschaften abzubilden, dann verliert sie den Charakter der Volkspartei. Jemand, der wie ich inzwischen fast 40 Jahre in der SPD ist, weiß, warum er in die SPD gegangen ist.
SPIEGEL: Was waren denn die Gründe?
Steinbrück: Erstens eine gewisse Bigotterie des bürgerlichen Lagers in der späten Adenauer-Zeit. Zweitens die Realitätsferne der Konservativen in der Deutschlandpolitik. Drittens eine so charismatische Figur wie Willy Brandt. Mir ging auch gegen den Strich, wie die angeblich so wohlerzogenen Kreise diesen Mann als unehelichen Sohn und Exilanten diffamierten.
SPIEGEL: All diese Gründe spielen heute ja keine Rolle mehr.
Steinbrück: Ich habe aber über die Jahre das gute Gefühl bekommen, in einer Fortschrittspartei zu sein, die gleichzeitig ein Gespür dafür hat, wo die Gesellschaft auseinanderfliegt.
SPIEGEL: Sie haben also noch nie an Austritt gedacht?
Steinbrück: Ich bin stellvertretender Vorsitzender und möchte das auch bleiben. Ich will für die SPD dort etwas bewirken, wo nach wie vor Wahlen entschieden werden: in der Mitte.
SPIEGEL: Würden Sie heute noch einmal in die SPD eintreten?
Steinbrück: Ja. Aber von Beruf würde ich dann eher Steuerberater.
SPIEGEL: Herr Steinbrück, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Georg Mascolo, Christian Reiermann und Markus Feldenkirchen in Berlin.

KABINETT

Schneise im Dschungel

Erstmals haben Fachleute errechnet, mit welchen Summen die Wirtschaft durch staatliche Bürokratie belastet wird. Nun sollen die Kosten deutlich sinken.

Daniel Vorgrimler und Angela Merkel haben etwas gemeinsam. Der junge Referatsleiter vom Statistischen Bundesamt und die Bundeskanzlerin mögen gute Nachrichten – und sie arbeiten daran.

Monatelang hat der Statistiker gezählt und gerechnet. Das Ergebnis will Merkel am Mittwoch kommender Woche im Kabinett absegnen lassen, es ist der erste Bericht einer Bundesregierung zum Bürokratieabbau. Erstaunliches Fazit des Kompendiums: Deutschlands staatliche Bürokratie wuchert nicht stärker und lastet auf der Wirtschaft nicht schwerer als die anderer europäischer Länder.

Reformen sind dennoch nötig. Bis Ende 2011 sollen laut Berichtsentwurf die „unnötigen Bürokratiekosten" der Unternehmen um ein Viertel verringert werden. Damit könnte Deutschlands Wirtschaft rund sieben Milliarden Euro jährlich sparen. Ein ehrgeiziges Ziel, das die Kanzlerin bereits am Ende des Wahljahres 2009 zur Hälfte erreicht haben will.

Bisher war nur zu vermuten, wie viel Zeit und damit Geld die Firmen des Landes für ihre gesetzlich vorgeschriebenen Informationspflichten aufbringen müssen, zum Beispiel für Steuererklärungen oder Betriebstagebücher, für das Weiterleiten der Meldebögen von Hotelgästen oder für die Abrechnung von Arzneimitteln in Apotheken.

Die Spitzenverbände der Wirtschaft wurden nicht müde, vor der angeblich „überbordenden Bürokratie" zu warnen. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag beklagte vermeintliche Kosten in Höhe von 80 Milliarden Euro.

Das war weit überzogen. Daniel Vorgrimler und rund 120 Mitarbeiter des Statistischen Bundesamts haben Tausende Gesetze und Vorschriften durchforstet. Insgesamt 10 900 Informationspflichten für die Wirtschaft identifizierten sie, die Kosten summieren sich auf rund 30 Milliarden Euro.

Diese Bilanz bestätigt, was Forscher der Universität Potsdam kürzlich in einer Studie herausfanden. „Im internationalen Vergleich liegt Deutschlands Bürokratisierung durchaus im Mittelfeld", sagt der Verwaltungswissenschaftler Werner Jann.

einheitlichen, das Agrarministerium möchte die hohe Zahl statistischer Erhebungen reduzieren. Der Einspareffekt in beiden Fällen ist derzeit nicht bezifferbar.

In den nächsten Monaten sollen die Ministerien systematisch die 50 teuersten Vorschriften unter die Lupe nehmen und deren Vereinfachung prüfen. Darauf will Merkel ihre Ministerriege festlegen.

Ganz oben auf der Liste der Kostentreiber steht die Pflicht der Betriebe, sämtliche Rechnungen zehn Jahre lang aufzubewahren, das verschlingt allein 6,2 Milliarden Euro jährlich. Womöglich lässt sich die Frist etwas verkürzen.

Nicht immer wird man viel verändern können. So gehört die Abrechnung von Arzneimitteln durch Apotheker mit einer Belastung von 445 Millionen zu den zehn teuersten Informationspflichten der Wirtschaft. Das liegt nicht an aufwendigen Formularen. Die Abrechnung ist in einer Minute erstellt, an die Krankenkasse verschickt und abgespeichert, ermittelten die Statistiker. „Die hohe Gesamtsumme erklärt sich durch die hohe Fallzahl“, heißt es im Bericht: Die Apotheker rechnen jährlich 590 Millionen Medikamente ab.

Viele Bundesregierungen hatten angekündigt, der Bürokratie zu Leibe zu rücken, und sind doch gescheitert. Dass der Abbau erstmals vorankommt, liegt vor allem auch an dem rührigen Normenkontrollrat (NKR). Das achtköpfige Gremium, eine Art unabhängiger Verordnungs-TÜV, prüft seit Ende 2006 bei jedem Entwurf einer Verordnung oder eines Gesetzes die neuerdings ausgewiesenen Bürokratiekosten. Knapp 800 Millionen Euro an Entlastungen haben die Experten vorgeschlagen.

„Langsam ändert sich die Gesetzgebungskultur in Deutschland“, schwärmt der NKR-Vorsitzende Johannes Ludewig, der von 1997 bis 1999 Bahnchef war. Zahlen sind im Internet einsehbar, eine öffentliche Debatte über eventuelle Alternativen ist möglich.

Den Nutzen hat bisher allerdings nur die Wirtschaft. Das hatte die Koalition vor zwei Jahren so beabsichtigt, schon wegen der damals schwachen Konjunktur. Bis zum kommenden Frühjahr jedoch sollen die Experten Vorschläge entwickeln, wie auch die Bürger von unnötigen Pflichten spürbar befreit werden könnten. „Da brauchen wir bald einen Durchbruch“, drängte die Bundeskanzlerin beim Treffen mit dem NKR.

Merkel weiß, dass ein milliardenschweres Entlastungsprogramm für die Wirtschaft ohne gleichzeitige Erleichterungen für die Bürger in der Öffentlichkeit nicht gut ankäme.

Schon gar nicht im heraufziehenden Bundestagswahlkampf. „Man darf nicht nur oben eine Oper inszenieren“, sagt Ludewig, der 22 Jahre in Bundesregierungen saß, „es muss auch unten was ankommen.“ PETRA BORNHÖFT



PETER GRANSER / LAIF

Aktenlager (im Arbeitsamt Heilbronn 2004): *10 900 Informationspflichten für Firmen*



HERBERT KNOSOWSKI / AP

Bundeskabinett: *Stärker auf Online-Verfahren setzen*

Im Berichtsentwurf der Regierung heißt es jetzt, „dass die deutsche Wirtschaft in ähnlicher Intensität durch Berichts- und Informationspflichten belastet wird wie die Wirtschaft in den Niederlanden, in Dänemark und in Großbritannien“.

Das ist kein Grund zur Euphorie: „Wir sind nicht besser, sondern ebenso schlecht wie andere Industrienationen“, sagt ein Regierungsmitglied. Alle Ministerien haben begonnen, stärker auf Online-Verfahren zu setzen und zugleich zahlreiche Vorschriften zu vereinfachen. Beispielsweise

- ▶ sind rund 800 Millionen Euro für die Arbeitgeber entfallen, weil Arbeitnehmerdaten elektronisch an die Sozialversicherung gehen;
- ▶ wird ab 2011 die Einführung der elektronischen Steuerkarte die Unternehmen um 263 Millionen Euro entlasten;
- ▶ sollen Banken den Verdacht der Geldwäsche dem Bundeskriminalamt elektronisch anzeigen;
- ▶ brauchen die Fahrer von Kleinlastern bis 3,5 Tonnen demnächst nicht mehr die Lenk- und Ruhezeiten aufzuzeichnen – vermutliche Ersparnis für Transportfirmen: knapp 37 Millionen Euro;
- ▶ müssen Tiertransporteure künftig bei innerstaatlichen Viehtransporten keinen Rinderpass mehr mitführen und sparen deshalb etwa 16 Millionen Euro.

Die Lichtung des Paragrafendschungels hat erst begonnen. Ein Programm, mit dem das ehrgeizige Abbauziel zu erreichen wäre, kann die Große Koalition noch nicht vorlegen. Bei zahlreichen Projekten sind die finanziellen Folgen nicht absehbar.

Das Umweltressort will zum Beispiel die Zulassungsverfahren für Investoren ver-





Geisel Blechschmidt in den afghanischen Bergen, Kanzlerin Merkel*, Bundeswehrsoldaten auf Patrouillenfahrt bei Kabul: *Deutschland ist aus*

GEISELNAHMEN

Hinterhalt in Kabul

Der in Afghanistan verschleppte Ingenieur Rudolf Blechschmidt ist frei – aber für einen hohen Preis: Der Krisenstab musste Lösegeld an Mörder zahlen und mehrere Gefangene austauschen.

Am Mittwochnachmittag vor gut zwei Wochen denkt Rudolf Blechschmidt, dass er jetzt sterben muss: Einer seiner Entführer hat sich mit einer Kalaschnikow vor ihm aufgebaut, gerade ist die mühevoll ausgehandelte Übergabe der Geisel gescheitert. Statt eines Koffers voller Dollar ist in den Bergen von Wardak eine Meldung eingetroffen, die auf die Entführer wie ein Schock wirken muss: Der afghanische Geheimdienst hat die Lösung, die der deutsche Krisenstab mit den Entführern vereinbart hatte, torpediert, er ließ die beiden Geldboten in Kabul festnehmen.

Der Paschtune, der vor Blechschmidt steht, ist außer sich vor Wut. Er lädt das Sturmgewehr durch, er legt an.

Dass Rudolf Blechschmidt, 62, noch lebt, hat er einem afghanischen Arzt zu verdanken, den die Entführer in die Berge gebeten hatten, um die malade Geisel aus Deutschland zu untersuchen. Ingenieur Blechschmidt hat Herzprobleme, er braucht regelmäßig Betablocker, und dass sie 150 Kilometer marschiert sind seit der Entführung am 18. Juli, hat dem Herz nicht gutgetan.

Der Arzt tritt vor den Geiselnehmer und hebt die Arme, er beschwört den Bewaffneten, die Waffe zu senken. Der zögert. Dann ist die Gefahr gebannt.

Seit Mitte vergangener Woche ist Rudolf Blechschmidt wieder in Freiheit, aber der Preis dafür war hoch. Erstmals seit 1975, als die „Bewegung 2. Juni“ sieben Aktivisten für den Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz freipresste, hat der Krisenstab in Berlin einem Deal zugestimmt, bei dem Geiseln gegen Geiseln ausgetauscht wurden: fünf Komplizen der Kriminellen aus Kabuler Gefängnissen und mehrere hunderttausend Dollar Lösegeld gab es im Tausch gegen Blechschmidt sowie fünf seiner afghanischen Mitarbeiter. Gegen 19 Uhr Ortszeit am Mittwoch vergangener Woche traf der Konvoi mit dem befreiten Deutschen in der Botschaft in Kabul ein; ein Bundeswehrarzt legte dem Ingenieur einen Tropf gegen die Dehydrierung. Am Abend aß Blechschmidt Pasta mit dem Botschafter Hans-Ulrich Seidt, am Donnerstag nahm er die erste Maschine in die Heimat.

Für den Bauingenieur ist die Freilassung das Ende eines fast dreimonatigen Martyriums – für die Bundesregierung aber ist sie Erfolg und Rückschlag zugleich: Der Krisenstab hat das Leben des Deutschen retten können, doch der Austausch von Geld und Gefangenen konterkariert nicht nur die von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wie ein Mantra zitierte politische Prämisse, wonach „die Bundesregierung nicht erpressbar“ sei – in Afghanistan weiß man nun, dass Berlin sehr wohl erpressbar ist, in Extremsituationen jedenfalls.

Die Geiselkrise am Hindukusch hat auch die Hoffnung der Bundesregierung zerstört, dieses Mal müsse sich der Krisenstab nicht die Hände schmutzig machen, dieses Mal könne man als Mittler auftreten, nicht als Großbank mit unbegrenztem Kredit für Kidnapper.

Vor allem Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) und sein Staatssekretär August Hanning hatten nach der millionenschweren Einigung mit den Entführern der im Irak verschleppten Leipziger Ingenieure Thomas Nitschke und René Bräunlich dafür plädiert, nicht mehr vorbehaltlos an Verbrecher zu zahlen, bei denen man „fürchten muss, dass sie weitere schwere Verbrechen begehen“, wie Altkanzler Helmut Schmidt es mit Blick auf die Lorenz-Entführung formulierte. Die Hoffnung aus Berlin ruhte darauf, dieses Mal den Betrag kleinhalten zu können, so klein, dass vielleicht die Familie ihren Angehörigen würde auslösen können.

Die Realität am Hindukusch sah freilich anders aus, und bei der Lösung dieser Krise musste sich die Bundesregierung die Hände vielleicht noch ein bisschen schmutziger machen als in früheren Fällen. Denn seit dem 20. Juli hatten es Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und der Krisenstab nicht nur mit Entführern zu tun, sondern zugleich mit Mördern: Zwei Garben aus einer Kalaschnikow hatten Rüdiger Dietrich durchsiebt, nachdem der zusammen mit Blechschmidt verschleppte Deutsche bei einem Marsch in den Bergen

* Links: am vorvergangenen Sonntag mit Entführern; Mitte: bei der Afghanistan-Entscheidung im Bundestag am vergangenen Freitag.





GEORG HILGEMANN / ACTION PRESS (L.); GÜNTHER MENN / AGENTUR FOCUS (R.)

Sicht der Entführer ebenfalls zum Feind geworden

einen Schwächeanfall erlitten hatte und ausgerutscht war. Die Paschtunen, denen der Krisenstab jetzt Geld gezahlt hat, werden parallel von der Bundesanwaltschaft als mutmaßliche Mörder gesucht.

Vergangene Woche aber ging es nicht mehr um diplomatisch saubere Lösungen, es ging um Blechschmidts Leben. Am Montag hatte der Chef der Entführer, ein Mann namens Nissam Udin, düster gedroht, Blechschmidt an die Taliban in Helmand zu verkaufen. Helmand ist weit entfernt von Kabul, eine Provinz, in der die Zentralregierung jegliche Autorität verloren hat. Für Blechschmidt wäre die Weitergabe womöglich einem Todesurteil gleichgekommen.

Im Krisenstab wusste man, dass die Geiselnehmer den Deutschen zunehmend als Last empfanden und dass das Vertrauen in die deutschen Verhandlungspartner rapide gesunken war, seit der afghanische Geheimdienst NDS an jenem Mittwoch vor knapp drei Wochen eingegriffen hatte. „Mullah Nissam", wie Udin genannt wird, hatte an diesem Tag zwei seiner Vertrauten nach Kabul geschickt: seine rechte Hand Hassan Gul und einen Medizinstudenten aus Kabul namens Abdul Wali, den sie den „Doktor" nennen und der angeblich enge Kontakte zu den Taliban unterhält.

Der Deal sah einen Zwei-Stufen-Plan vor: Das Geld sollte hinter den meterhohen Mauern der deutschen Botschaft in Kabul ausgezahlt, kurz danach Blechschmidt in den Bergen von Wardak Mitarbeitern des Roten Kreuzes übergeben werden. Doch der NDS verfolgte seine eigene Politik. Wochen zuvor schon hatte der Geheimdienst Nissams Vater in Sippenhaft genommen, eine sehr afghanische Variante, Druck auf die Entführer auszuüben. An diesem Mittwoch nun arrestierten die Geheimdienstler Gul und den „Doktor" – genau in jenem Moment, als das Duo das graue Tor der Botschaft passiert hatte. Die Entführer in den Bergen, von einem Komplizen über den Hinterhalt in Kabul unterrichtet, zerrten Blechschmidt wieder aus dem Rotkreuzwagen und brausten davon. Die Übergabe war geplatzt. In einem Telefonat mit seinem Sohn Markus, 32, spricht Blechschmidt später von „Verrat".

Absicht oder Dilettantismus – in jedem Fall ging es nun nicht mehr nur um Geld, nun ging es auch um Gefangene. Denn Nissam forderte die Freilassung seiner Männer, der afghanische Geheimdienst aber widersetzte sich einem Gefangenenaustausch: Hassan Gul sei ein Mann, der zur Terrorszene gehöre. Es sollte nicht so aussehen, als gäbe die Regierung erneut in einer Geiselfrage klein bei; nach dem Fall des italienischen Journalisten Daniele Mastrogiacomo hatte Hamid Karzai US-Präsident George W. Bush versprochen, einen solchen Tabubruch werde es nicht wieder geben. Dass auf deutscher Seite die in Kabul eingesetzten Beamten des Bundesnachrichtendienstes und des Bundeskriminalamts tief zerstritten waren und gegenseitig den Zwischenhändlern der jeweils anderen Behörde misstrauten, erschwerte die Verhandlungen zusätzlich.

Am Dienstag vergangener Woche schließlich spitzte sich die Lage dramatisch zu: Nissam hatte einer erneuten Übergabe zugestimmt, aber er wollte nicht mehr nach Kabul fahren. Diesmal sollte der Krisenstab Geld und Gefangene in die Berge schaffen, als Vorleistung. Erst dann komme Blechschmidt frei.

Für Steinmeier war es eine heikle Entscheidung: Durfte man dem Mullah in den Bergen trauen, der mit dem Geld einfach verschwinden könnte? Und würden Karzai und der afghanische Geheimdienst mitspielen und Nissams Komplizen freilassen?

Karzai zögerte am Dienstag, er zögerte am Mittwochmorgen, der geplante Abfahrttermin des Konvois um acht Uhr in der Früh war bereits verstrichen, der deutsche Botschafter Seidt hatte ergebnislos im Präsidentenpalast vorgesprochen. Da meldete Steinmeiers Büro bei Karzais Leuten ein persönliches Telefonat mit dem Präsidenten an, und diesmal öffneten sich die Gefängnistüren in Kabul.

Per Telefon konnte der Krisenstab später mithören, wie Nissam in den Bergen das Lösegeld abzählte, alles 100-Dollar-Noten. „Ich habe eine Schafherde gekauft", frohlockte der Mullah später, „und werde ein Haus für meine Familie bauen." Für Blechschmidt bedeutete es das Ende eines Dramas, das am 18. Juli, einem Mittwoch, in Wardak begonnen hatte, einer Provinz rund 100 Kilometer südlich von Kabul.

Der Ingenieur aus Deutschland war damals schon in den Morgenstunden aufgebrochen, der Polizeichef von Wardak hatte ihm am Tag zuvor versichert, die Gegend rund um den Band-e-Sultan-Staudamm sei sicher. In dem Bauwerk gibt es Risse, es geht um Stahlträger, die zur Absicherung eingezogen werden sollen; ausgelobt hatte den Auftrag das afghanische Energieministerium. Mit Blechschmidt unterwegs waren sein Partner Rüdiger Dietrich, ein afghanischer Geschäftsmann sowie fünf Mitarbeiter aus der Region.

Sieben Polizisten hatte der örtliche Polizeichef der Reisegruppe zur Seite gestellt – doch die vermeintlichen Beschützer entpuppten sich als Komplizen der Kidnapper: Als Blechschmidt mit der Vermessung des Staudamms begonnen hatte, stiegen die Entführer seelenruhig von einem Hügel herab, die Polizisten begrüßten sie freundlich. Dann wurden die beiden Deutschen und ihre Begleiter übergeben, und die Polizisten verschwanden.

Das ist die Realität im Afghanistan des Jahres 2007. Die Entführung ist auch ein Lehrstück über ein Land, in dem nichts ist, wie es scheint, schon gar nicht die staatlichen Autoritäten.

Rudolf Blechschmidt hat in Nigeria Brunnen gebaut, er hat in Jordanien gear-

beitet und in den siebziger Jahren auch in Saudi-Arabien, wo er mit der Familie Bin Laden Geschäfte machte. Einmal sogar traf er angeblich den jungen Osama Bin Laden. Passiert ist ihm all die Jahre nie etwas. „Er hat ein Faible für fremde Länder", sagt seine Ex-Frau Reingard, „er hat seinen Beruf immer mit vollem Einsatz gelebt."

Vor vier Jahren ist Blechschmidt nach Afghanistan gekommen, er hat Lager- und Kühlhallen gebaut und der deutschen Botschaft in Kabul den neuen Swimmingpool gefliest. In den Akten des Krisenstabs finden sich aber auch Hinweise auf geschäftliche Kontakte ins Rotlichtmilieu von Kabul.

Als die Geiselnehmer kamen, dachte Blechschmidt sofort: „Ich bin verkauft worden." Zwei Tage nach der Verschleppung klingelte bei seinem Sohn Markus, der mit seinem Vater die Kabuler Baufirma führt, das Telefon. Am Apparat war ein Afghane, der brüllte: „Kill, kill!" Die Botschaft war unmissverständlich.

Später berichtete Blechschmidt seiner Familie, die Geiselnehmer hätten ihn „anständig" behandelt, aber für einen Europäer bedeutet das trotzdem Magerkost: eine Scheibe Brot, zwei rohe Zwiebeln und ein Stück Melone pro Tag. Einmal, so Blechschmidt, sei er eine Woche lang in einer verschlossenen Felsspalte festgehalten worden, fast komplett in Dunkelhaft.

In den Wochen des Wartens rauchten die Wärter Haschisch und erzählten dem Gefangenen Geschichten vom Paradies, in dem man an flachen Tischen liege, bedient von Zwergen, die Krüge voll edlen Weins servierten. Blechschmidts Frage, ob die Zwerge ebenfalls Muslime seien, da nur Gläubige ins Paradies dürften, ließen die Paschtunen unbeantwortet. „Total fanatisiert" sei die Gruppe gewesen, wird Blechschmidt später angeben.

Der Krisenstab schätzt „Mullah Nissam" und seine Leute bis heute als eine Gruppe lokaler Krimineller ein, als Paschtunen mit Sympathien für die Taliban, die aber nicht zu den Kommandostrukturen der Aufständischen gehören; das ist der Hauptgrund, warum der Krisenstab einen Deal für legitim hält. Was Blechschmidt nach seiner Freilassung berichtete, ist allerdings nicht nur für die Lage in Afghanistan selbst besorgniserregend, sondern auch für die deutsche Innenpolitik.

Blechschmidts Bericht lässt Rückschlüsse auf die Folgen des Einsatzes der Bundeswehr am Hindukusch zu, er liefert eine Momentaufnahme, wie sehr sich das Ansehen der Deutschen verschlechtert hat – ausgerechnet in einer Situation, in der das Parlament am vergangenen Freitag das deutsche Afghanistan-Engagement um weitere zwölf Monate verlängert hat.

Der Einsatz der „Tornados", jener deutschen Kampfflugzeuge, die seit April für die internationalen Streitkräfte am Hindukusch fliegen, war laut Blechschmidt immer wieder Thema an den langen Abenden der Geiselhaft. Deutschland sei zum Feind geworden „wie die USA", hätten die Kidnapper gedroht. Die Deutschen seien mitverantwortlich für das Bombardement ganzer Dörfer und den Tod von Zivilisten.



Ingenieur Blechschmidt*: *„Kill, kill!"*

Nissams Leute redeten viel über die Taliban, denen Afghanistan „gehört", und über den Widerstand gegen die Besatzer. Es gehe darum, durch Überfälle und Entführungen wie diese Geld zu beschaffen, damit die Taliban im Frühjahr 2009 wieder Kabul einnehmen könnten.

Es sind solche Ansagen, die das Auswärtige Amt in Berlin fürchtet, weil sie die Debatte darüber anheizen, was Sinn und Folgen der deutschen Beteiligung an der „Operation Enduring Freedom" und dem Isaf-Mandat sind. Und sie werfen die Frage auf, wie hoch die Risiken für künftige Aufbauprojekte unter deutscher Beteiligung in Afghanistan werden dürfen. Blechschmidt jedenfalls riefen die Entführer noch hinterher, die Deutschen sollten „aufpassen".

Der einst schwergewichtige Ingenieur hat während der drei Monate 15 Kilogramm abgenommen, die Ärzte bescheinigten ihm nach seiner Freilassung bessere Cholesterinwerte als zuvor. Und Blechschmidt ist offenbar hart im Nehmen.

Sein Sohn Markus hatte sechs Wochen nach der Entführung in Kabul ausgeharrt und die Firma dann aufgelöst; er sagt, die Familie habe ohnehin überlegt, das Land zu verlassen, es sei zu gefährlich geworden. Blechschmidt aber öffnete mit dem Botschafter eine Dose Bier, und dann sagte er, er könne sich vorstellen weiterzumachen, vielleicht sogar im gefährlicheren Süden Afghanistans: „Da gibt es noch viel zu tun."

MATTHIAS GEBAUER, HOLGER STARK

* In den siebziger Jahren in Saudi-Arabien.



TORSTEN SILZ / DDP

EU-Partner Sarkozy, Merkel (im Juni in Brüssel)
Geschacher um Spitzenämter

EUROPA

Zwei links, zwei rechts

In der EU hat der Wettlauf um zwei wichtige neue Posten begonnen: Wer wird Präsident, wer Außenminister?

Seit seinem Rückzug aus der aktiven Politik ist Joschka Fischer nicht mehr leicht aus der Ruhe zu bringen. Er lässt Gesprächspartner ausreden, er argumentiert, statt andere zu beschimpfen. Wenn es aber um Europa geht, schnellt der Erregungspegel des ehemaligen Außenministers in altbekannte Höhen.

„Wir brauchen Führung“, schimpfte er am vorigen Mittwoch bei einer Diskussion auf der Frankfurter Buchmesse. Die EU müsse mit einer Stimme sprechen: „Wir brauchen den europäischen Außenminister, ob der so heißt, ist mir wurscht.“

Diese Woche könnte Fischer erhört werden. Die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitglieder treffen sich in Lissabon, um den Vertrag über die Reform der EU zu beschließen.

Aus der geplanten „Verfassung“ ist zwar ein unlesbares Paragrafenwerk geworden. Dennoch könnte es die Union zum Besseren verändern. Mehrheitsabstimmungen würden endlich zur Regel, das Parlament dürfte mehr mitbestimmen. Nach der langen Nacht von Brüssel Ende Juni ist das meiste jetzt unstrittig.

Fest verabredet sind zwei wichtige neue Führungsposten: Ein Präsident des Europäischen Rats soll die Gipfel der 27 Staats- und Regierungschefs leiten. Ein Außenminister, der allerdings nur verdruckst „Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik“ genannt werden darf, soll für die Union weltweit wirken.

Zu seinen aktiven Zeiten galt Fischer bei manchen als idealer Kandidat für diesen Posten – besonders überzeugt war er selbst. Doch als die EU-Verfassung 2005 am Votum der Franzosen und Niederländer scheiterte, zerbrach Fischers Traum.

Auch wenn er dieser Tage von seinem Glück als Privatmann und Buchautor schwärmt – am liebsten würde Fischer den Job, für dessen Schaffung er so eifrig wirbt, selber machen. Das Dumme ist nur, dass der Ex-Minister kaum eine Chance hat.

Die Deutschen werden beim EU-Postengerangel wohl insgesamt leer ausgehen. Dabei könnte Berlin mit einigem Recht einen Führungsanspruch geltend machen. Seit dem Rücktritt von Walter Hallstein als Kommissionspräsident 1967 hat kein Deutscher mehr einen Spitzenposten bekleidet.

Doch die Große Koalition scheint nicht in der Lage, eigene Kandidaten für das Rennen um die Spitzenplätze zu lancieren. Auf wen sollten sich die zerstrittenen Partner SPD und Union auch einigen? Nicht mal einen einfachen EU-Kommissarsposten könnte Berlin derzeit einvernehmlich besetzen, seufzt ein Vertrauter von Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD).

Vorigen Montag nahm sich ein kleiner Kreis von Christdemokraten in Berlin das brisante Thema vor. Zumindest einer von ihnen hatte zuvor mit Kanzlerin Angela Merkel das Terrain ausführlich inspiziert. Eigene Kandidaten, da war sich die Runde schnell einig, sollte Berlin weder für das Ratspräsidentenamt noch als Außenministeranwärter ins Rennen schicken. Die Personalplaner der CDU bevorzugen „einen wie Carl Bildt“. Der schwedische Chefdiplomat war früher sogar Ministerpräsident und hat Erfahrungen als Krisenmanager auf dem Balkan. Europas Sozialisten haben andere Pläne. Sie würden gern jemanden wie Bildts italienischen Kollegen Massimo D’Alema zum ersten EU-Außenminister machen.

Den Job des europäischen Ratspräsidenten würden Merkels Leute den Linken überlassen, schließlich hätte der Präsident als Vorsitzender der vierteljährlichen EU-Gipfel eher die Rolle eines Zeremonienmeisters. Als geeignet erscheint ihnen der frühere polnische Präsident Aleksander Kwasniewski, ein braver Transatlantiker.

Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy wirbt – bisher erfolglos – für den britischen Ex-Premier Tony Blair. Und eine bunte Fangemeinde quer durch Europa macht für Luxemburgs christdemokratischen Langzeit-Premier Jean-Claude Juncker Stimmung. Der spricht Deutsch so gut wie Französisch, ist in Berlin so populär wie in Paris und im Rest Europas sowieso.

Ziemlich unübersichtlich, wie es in der EU halt so zugeht. Vielleicht kann man die Sache auch noch anders betrachten – das findet jedenfalls Angela Merkel. Um Konflikte zwischen Konservativen und Sozialisten zu minimieren, überlegt sie, den Posten des EU-Kommissionspräsidenten und den des Parlamentspräsidenten gleich mit zu verrechnen. Vier Ämter, das wäre einfacher zu verteilen: zwei links, zwei rechts. Dann müssten die Personalfragen aber auf die Zeit nach der Europawahl im Juni 2009 verschoben werden. Erst danach kürt das neue EU-Parlament den Kommissions- und den Parlamentspräsidenten. Die Abgeordneten fänden die Verzögerung reizvoll, könnten sie doch um Außenamt und Ratsspitze mitfeilschen.

ANDERS WIKLUND/SCANPIX/PICTURE-ALLIANCE/DPA

Kandidat Bildt
Im Visier der CDU



GIULIO NAPOLITANO / AFP

Kandidat D’Alema
Mann der Sozialisten

Dem luxemburgischen Außenminister Jean Asselborn gefällt dieses Planspiel ebenfalls. Im Großherzogtum regiert wie in Berlin eine Große Koalition, und dort wird auch im Juni 2009 gewählt. „Wir sollten die EU-Personalfragen auf den 1. Juli 2009 vertagen“, verlangt Asselborn.

Der Vorstoß ist nicht frei von Eigennutz: Nebenbei könnte der sozialdemokratische Minister vielleicht seinen christdemokratischen Regierungschef Juncker verabschieden, als EU-Präsidenten nach Brüssel.

RALF BESTE,
HANS-JÜRGEN SCHLAMP



CHRISTIAN DITSCH / VERSION

Staatsoper Unter den Linden
„Nationales Projekt“?

HAUPTSTADT

Theater um die Oper

Seit Monaten feilschen Bund und Stadt um die Zukunft der Berliner Staatsoper – jetzt warten alle gespannt auf ein Gespräch zwischen Angela Merkel und Klaus Wowereit.

Wenn Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister Berlins, die Sache auf den Punkt bringt, geht das mit Sätzen, die keines Kommas bedürfen: „Dieses Problem könnten zwei Fahrer in einem Gespräch lösen.“

Das Problem, das er meint, stammt aus der Mitte des 18. Jahrhunderts und heißt „Staatsoper Unter den Linden“. Für Wowereit, Herr über einen Schuldenberg von 60 Milliarden Euro, ist das Haus ein Kostenfaktor von über 40 Millionen Euro jährlich, den er gern loswerden würde. Für die begeisterte Operngängerin Angela Merkel aber ist es ein „nationales Projekt“, wie sie früher sagte. 2003 unterzeichnete sie einen Antrag im Bundestag „für eine Übernahme der deutschen Staatsoper in eine bundeseigene Stiftung“.

Ruck, zuck hätte es also gehen können: Merkel könnte unter Verweis auf die neue „Hauptstadtklausel“ die Oper übernehmen. Der rote Klaus würde neben der schwarzen Angie stehend applaudieren, während Chefdirigent Daniel Barenboim den Taktstock schwingt.

Stattdessen wird nun seit Monaten ein Theater um die Zukunft der Oper inszeniert, als wollten die handelnden Akteure eine Vorlage für ein Lehrstück liefern – zum Thema Politikunfähigkeit. Derzeit laufen die Planungen für den letzten Akt der Vorstellung – ein Gespräch der Hauptakteure Merkel und Wowereit, bei dem sie einen Kompromiss verkünden wollen.



METODI POPOW / IMAGO

Partner Merkel, Wowereit: *200 Millionen auf einen Schlag*

Die erste Szene dieses seltsamen Polit-Theaters spielt im Oktober vergangenen Jahres: Dem Regiermeister Berlins wird vom Bundesverfassungsgericht bescheinigt, was er ohnehin wusste – dass er total pleite ist. Prompt fordert das Stadtoberhaupt die Übernahme der teuren Oper durch den Bund – in einem Tonfall, als ginge es um eine Pommesbude. Da betritt lärmend Darsteller zwei die Polit-Bühne: CDU-Mann Bernd Neumann. Merkels Kulturstaatsminister fühlt sich bemüßigt zurückzuschlagen. „Dreist“ und „schlicht“ schimpft er den Rathaus-Chef.

In Szene zwei wird geschwiegen, dafür fleißig geschrieben: Denn Darsteller drei, Kanzleramtschef Thomas de Maizière, bittet Berlin im Mai dieses Jahres um eine schriftliche Wunschliste. Lang und länger wird dieser Zettel, weil Wowereit auch mehr Geld etwa für erhöhte Sicherheitsleistungen in der Hauptstadt haben will. So viele Wünsche bringt er im Juni zu Papier, dass im nächsten Akt de Maizière, Finanzminister Peer Steinbrück, Innenminister Wolfgang Schäuble, Bauminister Wolfgang Tiefensee und Neumann mit Wowereit beraten müssen. Merkel hüllt sich derweil in Schweigen, was das eigentliche Streitobjekt, die Oper, betrifft.

Gewichtige Kleindarsteller laufen nun durchs Bild: Barenboim etwa, der Merkel die Oper ans Herz legt. Auch das Beamtenheer kommt auf der politischen Bühne zum Einsatz: Das des Kanzleramts fürchtet Ärger nach einer freundlichen Opernübernahme – soll man mit Opernsängern Tarifverhandlungen führen? Und was geschähe, wenn auf der verstaatlichten Staatsopern-Bühne Mohammed der Kopf abgeschlagen würde? Wäre Staatsopern-Oberhaupt Merkel dann noch in der Türkei gern gesehen?

Ein Ministerialer wirft am Verhandlungstisch im Kanzleramt vor wenigen Wochen zu allem Überfluss noch das Stichwort „Tempelhof“ in die Runde. Das Grundstück, von dem aus bislang noch Flugzeuge starten, gehört zum sogenannten Reichsvermögen, um das Bund und Berlin schon lange streiten. Könnte der Flughafen nicht Teil eines Berlin-Deals werden? Der Vorschlag wird abgelehnt.

Nebenbei liefern sich noch zwei Parteifreunde eine Szene: Besonders gern giften sich die Sozialdemokraten Wowereit und Steinbrück an, Letzterer hat sich über die nicht enden wollenden Berliner Geldforderungen informiert. „Warum stellt Berlin immer neue Forderungen?“, fragt Steinbrück, dem Wowereit neidet, dass er SPD-Vize ist.

Doch da gibt Neumann im September das Pokerface: Die Opernübernahme hat Merkel – nach langem Zaudern – endgültig verworfen. Kulturhoheit sei eben doch Ländersache, hat sie einen Vertrauten wissen lassen. Also wird Berlin – lediglich, aber immerhin – die überfällige Sanierung der maladen Opernimmobilie angeboten. 150 Millionen lautet die Zahl, die im Kanzleramt fällt. Neumann bufft Wowereit beim Hinausgehen nach dem letzten Treffen ganz kumpelhaft in die Seite – 200 Millionen könnten es am Ende werden. Doch den stört die Vorstellung, dass sich Merkel als Opernsaniererin hinstellen würde, genau wie das Kleingedruckte im Angebot – die Forderung des Bundes, Berlin möge im Gegenzug jährlich 10 Millionen Euro mehr der Staatsoper zuschießen.

200 Millionen auf einen Schlag – gegen 10 Millionen jährlich – ob das ein Deal ist, den Wowereit auf der Provinzbühne, dem Berliner Abgeordnetenhaus, als Erfolg verkaufen kann? „Eher ja“, lautet die Einschätzung im Roten Rathaus.

Also Auftakt zum letzten Akt: Man sucht derzeit nach einem Termin für jenes Gespräch, das angeblich zwei Fahrer kurz führen könnten, zwischen Merkel und Wowereit. Viel ist von Gesichtswahrung die Rede, für die Kanzlerin, die ihre eigene Forderung aufgegeben hat, für Wowereit, der sich nicht durchsetzen konnte.

In wenigen Tagen soll dann das Publikum trotzdem klatschen. STEFAN BERG





Kind Jule (2005), Komapatientin Jule: *„Wie sehr muss ein Mensch leiden, damit er sterben darf?“*

ETHIK

„Schlimmer als der Tod“

In Hamm hat ein Gericht Eltern erstmals erlaubt, ihr Kind sterben zu lassen. Die vierjährige Jule hatte fast ein Jahr lang im Wachkoma gelegen.

Sie wollte, dass ihre vierjährige Tochter stirbt. Aber erst in ein paar Tagen. Erst nach dem Abschied.

Doch als Claudia B. an diesem Donnerstag im Juni um 3.30 Uhr in der Frühe aufwachte, als sie hinunterging, um nach ihrer Tochter zu sehen, wusste sie schon auf der Treppe ihres Einfamilienhauses, dass es keinen Abschied mehr geben würde. Die schwerfälligen Atemzüge waren verstummt. Das kleine Mädchen lag in seinem sperrigen Krankenhausbett, die Bettwäsche war rosa, seine Lieblingsfarbe. „Sie sah so friedlich aus“, sagt die Mutter. So friedlich wie schon lange nicht mehr.

Die Eltern Claudia B., 34, und Sascha Olaf R., 34, hatten gekämpft für den Tod ihrer Tochter. Sie hatten mit Ärzten gerungen, mit dem Jugendamt, mit Anwälten und Richtern. Zehn Monate lang, seit einer verunglückten Atemwegsuntersuchung, hatte ihre Tochter Jule im Wachkoma gelegen; zu Bewusstsein gelangen würde sie nie wieder. Das war schon tragisch genug. Doch als die Eltern Jule im Januar sterben lassen wollten, schaltete die Klinik die Behörden ein.

Was folgte, war ein zehrender Kampf mit der Justiz. In erster Instanz verloren die Eltern vor dem Amtsgericht Minden. Erst einem Familiensenat des Oberlandesgerichts Hamm erschien am 24. Mai „die Entscheidung“ der Eltern, „einer Fortsetzung der lebenserhaltenden Maßnahmen nicht weiter zustimmen zu wollen, als einfühlbar und das Kindeswohl wahrend“.

Das Urteil ist ein Novum, und vielleicht hat es gar Vorbildcharakter. Denn erstmals gestattete ein deutsches Gericht Eltern, über den Tod ihres Kindes zu entscheiden. Es ist eine schwerwiegende Erlaubnis für die Lösung eines Problems, das heute immer häufiger vorkommt.

Dank einer Vielzahl neuer Medikamente und Methoden überleben heute Menschen Schlaganfälle oder Herzinfarkte, an denen sie vor ein paar Jahrzehnten gestorben wären. Das ist zunächst ein Glück. Doch dieses Glück kann grausame Folgen haben. Wenn ein Leben zu einer endlosen Spirale aus Leiden und Schmerzen wird, die nur eine Entscheidung durchbrechen kann. Eine Entscheidung, die unendlich schwerfällt: So weiterleben – oder lieber sterben?

Die Schmerzensschreie ihrer Tochter verfolgen Claudia B. bis heute in den Schlaf. „Wie sehr muss ein Mensch leiden, damit er sterben darf?“, fragt sie. Ihre Stimme klingt gefasst, beinahe lahm. Als sei ihr die Kraft für Gefühle in den vergangenen Monaten ausgegangen.

Jules Mutter hat blonde Haare und viele Sommersprossen auf Nase und Wangen. Sie hat schon einiges erreicht in ihrem Leben: Gemeinsam mit ihrem Mann hat sie eine Dachdeckerei gegründet, ein Haus gebaut und zwei Kinder in die Welt gesetzt. Aber jetzt ist das jüngere der beiden seit vier Monaten tot. Die Eltern breiten Fotos auf dem großen Esstisch aus. Auf den ersten Bildern ist ihre Tochter noch quicklebendig. Sie zeigen eine lachende Familie am Strand von Sylt.

Sie zeigen nicht, welche Sorgen sich Claudia B. und Sascha Olaf R. im Sommer 2006, in diesem letzten Urlaub zu viert, gemacht haben. Das kleine Mädchen mit den bunten Spangen in den blonden Haaren sprang durch den Sand wie eh und je. Aber bei jedem Atemzug ertönte ein merkwürdiges Rasseln, gegen das kein Räuspern half.

Die Ärzte diagnostizierten einen Tumor an den Bronchien. Jule müsse wohl operiert werden. Im Kinderzentrum des evangelischen Krankenhauses in Bielefeld sollte eine Computertomografie gemacht werden, um noch Details zu klären. Reine Routine, wie die Mediziner versicherten. Damit Jule die Aufnahmen nicht durch Luftzüge verwackle, müsse unter Narkose kurz ihr Atem angehalten werden.

Am 18. August 2006 lag das kleine Mädchen gegen Mittag auf einer Krankenhausliege, fertig zum Abtransport ins Untersuchungszimmer. Jule blickte noch einmal in die Augen ihres Vaters. Sie sagte: „Papa, du passt doch auf mich auf.“ Dann wurde sie weggeschoben. Es waren ihre letzten Worte.

Die Untersuchung sollte eine Stunde dauern. Die Eltern warteten neun Stunden. Es habe Komplikationen gegeben, teilte ihnen irgendwann irgendein Mediziner mit. Als die Eltern um 21 Uhr zu ihrem Kind durften, sah Jules Gesicht aus, als ob sie vor Erschöpfung in Ohnmacht gefallen wäre.

Die Ärzte hatten sie in ein künstliches Koma versetzt, damit ihr Körper sich erholte. Durch einen dicken weißen Schlauch wurde Sauerstoff in ihre Nase gepustet, auf dem Brustkorb klebten Elektroden. Die Eltern erschraken. „Dann dachten wir aber“, sagt die Mutter, „so schlimm kann es auch nicht sein, schließlich sind wir doch in einem Krankenhaus.“

Erst später hörten sie, dass der Arzt Fehler gemacht habe und ihr Kind bei der Untersuchung beinahe erstickt sei. Erst später erfuhren sie, dass Jule reanimiert worden war. Und erst viele Wochen später begriffen sie, dass Jule fortan unter einem apallischen Syndrom leiden wird, landläufig Wachkoma genannt. Ihr Gehirn war in weiten Teilen schwer geschädigt. Rückkehr ins bewusste Leben: ausgeschlossen.

Ärzte wie Eltern hofften aber zunächst, dass Jule den Sauerstoffmangel überstehen würde. Gehirne können wenige Minuten ohne Sauerstoff auskommen. „Man will ja nur das Gute glauben, man will nichts anderes hören“, sagt die Mutter. Bis heute ist umstritten, wie lange Jule zu wenig Luft bekam – die Klinik spricht von etwa zehn Minuten, die Eltern gehen von über einer halben Stunde aus.

Die Bielefelder Mediziner warteten einige Tage, dann fuhren sie die Medikamente zurück. Langsam erwachte Jule aus dem künstlichen Koma. Sie atmete wieder selbständig. Die Mutter und der Vater freuten sich über jeden Atemzug. „Jetzt dauert es noch ein paar Stunden“, dachten die beiden, „und dann haben wir sie wieder.“

Es kam aber anders: Plötzlich bogen sich Jules Füße nach vorn und die Arme nach hinten. Dann jammerte das Mädchen, aber nicht mit Jules Stimme. „Es war so unheimlich“, sagt die Mutter. Es waren Laute wie von einem Tier, regelmäßig wie ein Metronom. Die Ärzte versetzten Jule wieder ins künstliche Koma, gaben ihr starke Beruhigungsmittel.

Am 11. September 2006, dreieinhalb Wochen nach der schicksalhaften Untersuchung, wurde Jule in die Kinderabteilung der Klinik Holthausen in Hattingen verlegt, eine Fachklinik für neurochirurgische Rehabilitation. 24 Ärzte, 280 Krankenpfle-





FOTOS: NORBERT ENKER

Vater Sascha Olaf R., Mutter Claudia B., Arzt Boksch: *Zehrender Kampf mit der Justiz*

ger und 130 Therapeuten kümmern sich um Menschen wie Jule. Menschen, denen das Gehirn nach Schlaganfällen, nach einem Sturz von der Leiter oder Hirntumoren in Teilen ausgefallen ist. Sie bringen ihnen wieder Reden, Schreiben, Lesen und Laufen bei. Es gibt eine kleine Schule, einen Musikraum, ein Schwimmbad, ein Laufband, Rollstühle in allen Größen und Betten für 210 Erwachsene und 60 Kinder.

Jule bekam ein Bett am Fenster im zweiten Stock des Kindertraktes, Zimmer 414. Die Ärzte wirkten auf die Familie freundlich und kompetent. Man habe schon oft Kinder in einem ähnlichen Zustand aufgenommen. Über Jules Zimmernummer sprang ein Frosch im rosa Leibchen, darunter blühte eine blaue Blume.

Der Therapieplan klang verheißungsvoll: Es sollte mehrere Stunden täglich mit Jule gearbeitet werden; es gebe Krankengymnastik und Ergotherapie für sie, Spaziergänge und Sprachtherapie. Kosten für die Krankenkasse: 360 Euro am Tag. Die Eltern begriffen erst nach einer Weile, dass Sprachtherapie in Hattingen erst mal auch heißen kann, einem Patienten das Schlucken wieder beizubringen.

Sobald die Beruhigungsmittel nachließen, verschlechterte sich Jules Zustand. Sie hatte Fieber, ihre Haare waren oft nassgeschwitzt, ihr Puls raste, 180 Schläge in der Minute und mehr. Sie jammerte laut, manchmal so laut, dass jeder sie schon beim Betreten der Station hören konnte. „Wir haben das alles damals nicht mehr verstanden“, sagt die Mutter. „Jule hat die Augen weit auf, aber sie sieht uns nicht. Warum reagiert sie nicht? Warum lässt sie sich nicht mehr beruhigen?“

Jules Körper verdrehte sich mehr und mehr. Einmal versuchte der Vater, gegen die Spastiken anzudrücken. Er legte sich zu seiner Tochter ins Bett und hielt mit der einen Hand ihren Bauch fest, während er mit der anderen ihren Brustkorb nach hinten drückte. Sascha Olaf R. ist ein kräftiger Mann mit großen Händen. Nach zwei Stunden gab er, vor Erschöpfung zitternd, auf. Jule drückte noch drei Tage weiter, ohne Pause. Ein Arzt erklärte den Eltern später, Spastiken könnten so stark werden, dass ein Mensch sich selbst das Bein aus der Hüftpfanne dreht. In diesen Monaten wurde Jule Botox gespritzt, ein Gift, damit die Spannungen sich lösten.

Wirksamer jedoch, so rieten die Ärzte, sei eine sogenannte Baclofen-Pumpe. Das Gerät ist so groß wie eine Computermaus und wird unter die Bauchhaut implantiert. Ein Schlauch leitet das Medikament von dort aus direkt in den Rückenmarkskanal. Auch eine Magensonde wurde nötig – das Mädchen vertrug die Ernährung über einen dünnen Schlauch, der durch die Nase in den Magen führte, nicht mehr. Es erbrach sich häufig auf sein Kissen.

Für die geplanten Operationen kam Jule in die Düsseldorfer Universitätsklinik. Mitte Oktober sprachen die Eltern mit dem zuständigen Arzt. Vielleicht hatte es ihnen vorher keiner so deutlich gesagt, vielleicht hatten sie es nur nicht verstanden – erst jetzt begriffen sie: Ihre Tochter Jule würde nie wieder herumspringen, lachen oder reden. Sie fühlte wahrscheinlich nicht einmal mehr etwas. Auch die Muskelkrämpfe, die viele Wachkomapatienten haben, würden nie aufhören. Medikamente können sie nur lindern.

Die Eltern fuhren nach diesem Gespräch erstmals wieder gemeinsam nach Hause. Bislang waren sie abwechselnd in der Klinik geblieben. Sie durchkämmten das Internet nach Informationen über das apallische Syndrom. Sie überlegten: Was bedeutet Leben für uns? Etwas erleben oder bloß atmen? Sie dachten: Würde Jule so leben wollen, in einem Körper voller Schmerzen, aber ohne Bewusstsein? Was würde Jule sagen, wenn man sie das fragte? „Jule würde sagen: Ihr spinnt doch“, glaubt der Vater.

Am Sonntagabend hatten sie sich entschieden. Jule sollte keine Baclofen-Pumpe in den Bauch operiert werden und keine Sonde in den Magen. Zu den Ärzten sagten sie, Jules Leben dürfe nicht weiter „brutal verlängert werden“. Die Ärzte in Hattingen schienen sie zu verstehen. Die Eltern sollten aber noch vier Monate warten. Erst dann könne man bei Kindern sicher sein, dass sie nie wieder erwachten.

Am 22. Oktober vergangenen Jahres war Jules vierter Geburtstag. Ihr großer Bruder Jan, 8, wollte in der Hattinger Klinik feiern. Er glaubte, sie würde dann vor Freude aufwachen. Jule saß in einem Rollstuhl, ihre Augen blickten ins Leere. Der Kuchen auf dem Tisch hatte die Form eines Marienkäfers. Eine Krankenschwester habe sie in diesen Tagen gebeten, erinnern sich die Eltern, zu akzeptieren, dass ihre Tochter jetzt ein anderes Bewusstsein habe. „Ich dachte, es kann nicht mehr schlimmer werden“, sagt Sascha Olaf R. „Aber es wurde noch schlimmer.“

Am 22. Januar dieses Jahres, die vier Monate waren verstrichen, rief Jules Mutter in der Klinik an. Sie sagte, dass sie ihre Tochter in vier Tagen nach Hause holen wolle. Der Leiter der Kinderabteilung Wolfgang Boksch schaltete daraufhin die Behörden ein. „Jule war apallisch, sie wirkte oft gequält“, sagt Boksch. Das Mädchen habe aber auch ruhige Phasen gehabt. Boksch glaubt, dass sie manchmal sogar „auf Streicheln reagierte“ – was die Eltern freilich für Wunschdenken halten. Er fragt: „Haben Eltern dann wirklich das Recht, ihr Kind sterben zu lassen?“

Am 24. Januar erreichte die Familie ein Fax. Es war eine „einstweilige Anordnung“ des Amtsgerichts Minden. Die Richterin entzog den Eltern „zur Abwehr einer Kindeswohlgefährdung“ partiell das Sorgerecht; das Jugendamt sollte fortan über Jules Behandlung bestimmen.

Sieben Wochen später kam es zur mündlichen Verhandlung. Claudia B. und Sascha Olaf R. unterstützte Anwalt Wolfgang Putz von der Münchner Medizinrechtskanzlei Putz und Steldinger. Die Richterin blieb bei ihrer Meinung: „Jule ist nicht nur im biologischen Sinne noch am Leben.“ Die Eltern dürften das Mädchen nicht sterben lassen, auch wenn

„eine Verbesserung“ seines Zustands laut Boksch „höchstens bedeuten könne, dass mit Hilfe einer verbesserten Medikation der Teufelskreis von Schmerz und Spastik durchbrochen“ werde. Sollte das gelingen, könne Jule vielleicht auch mehr vom Leben erfühlen.

Sascha Olaf R. mähte gerade den Rasen, als Anfang April sein Handy klingelte. Ein Mitarbeiter des Jugendamts Minden teilte ihm mit, so berichtet er, dass sie nun die Baclofen-Pumpe in Jules Bauch implantieren ließen. Der Vater flehte ihn an, es nicht zu tun. Es half nichts. „Das Schlimmste war“, sagt Sascha Olaf R., „dass alle mit deinem Kind machen, was sie wollen.“

Einige Tage später wurde operiert. Als die Eltern danach die Kinderintensivstation der Düsseldorfer Uni-Klinik betraten, hörten sie ihre Tochter bereits. Jule schrie. Der Körper des Mädchens verrenkte sich wie ein gequältes Tier in einer Falle.

Die Beschwerde, die Anwalt Putz in diesen Apriltagen an das Oberlandesgericht Hamm versandte, liest sich wie ein Brandbrief. „Es geht in diesem Verfahren nicht darum, staatlich zu entscheiden, ob das Leben eines solchermaßen leidenden Wachkomapatienten lebenswert oder lebensunwert ist“, schreibt Putz. „Es geht in diesem Verfahren alleine darum, ob die Eltern mit der Entscheidung, Jule sterben zu lassen, ihren verfassungsrechtlich geschützten Entscheidungsspielraum überschritten haben.“

Jeder Erwachsene darf entscheiden, mit welchen Medikamenten und Methoden er behandelt werden möchte. Für Kinder entscheiden ihre Eltern. Der Staat muss erst dann einschreiten, wenn Eltern dieses Recht missbrauchen. Das ist etwa dann der Fall, wenn sie abwegige Schritte beschließen. So entzog ein Familiengericht Mitgliedern der Zeugen Jehovas schon mal partiell das Sorgerecht, als sie aus religiösen Gründen ihrem Kind eine lebensrettende Bluttransfusion verweigern wollten. Claudia B. und Sascha Olaf R. aber befänden sich mit ihrer Ansicht, „Jules Weiterleben als schlimmer als den Tod“ einzuschätzen, „im Einklang mit großen Gesellschaftsteilen“, schrieb Putz. Deshalb sei ihre Entscheidung „zu respektieren“.

Das Oberlandesgericht entschied im Sinne der Eltern. Die beiden holten ihre Tochter am 4. Juni nach Hause. Sie wollten noch eine Woche mit Jule verbringen, „es ihr so schön wie möglich machen“. Dann sollte der Hausarzt das Sterben einleiten, indem er keine Nahrung und immer weniger Flüssigkeit gibt. Morphin sollte dem Kind die Schmerzen nehmen. Die Eltern dachten, sie hätten Zeit.

Der Rechtsstreit aber war noch keineswegs zu Ende. Die Verfahrenspflegerin, die vor dem Familiengericht die Interessen des Kindes vertrat, hatte das Bundesverfassungsgericht eingeschaltet. Sie befürchtete, das Oberlandesgericht habe Jules „Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ sowie ihre „Menschenwürde“ nicht „ausreichend berücksichtigt“. Am 7. Juni sprang gegen Mittag das Fax bei den Eltern an. Sechs Seiten kamen heraus. Die beiden lasen und erstarrten: Die hohen Richter hatten das Sorgerecht in Gesundheitsfragen zunächst für maximal sechs Monate wieder auf das Jugendamt übertragen. Sie müssten den Fall erst einmal prüfen, schrieben die Karlsruher Juristen.

Die Entscheidung kam nach der Zeit. Das Mädchen war da schon tot, sein Leichnam bereits in der Gerichtsmedizin. „Manchmal fragt man sich, ob Jule sich extra beeilt hat“, sagt die Mutter.

Die Staatsanwaltschaft, so erfuhren die Eltern später, werde jetzt ein Ermittlungsverfahren gegen den Kinderarzt einleiten; man müsse klären, ob er grobe Fehler bei der Untersuchung des Bronchialtumors gemacht habe.

Jule starb wohl an den Folgen des Hirnschadens. Der vermeintliche Tumor hingegen war verschwunden. Das war offenbar nur eine gutartige Schwellung.

Caroline Schmidt



RALPH SONDERMANN / NRWBILD.DE

Oberlandesgericht Hamm: *Den Teufelskreis durchbrochen*

MINDERHEITEN

Sachsen für Sorben

Der Bundesrechnungshof attackiert die millionenteure Förderung der sorbischen Minderheit. Doch einflussreiche Politiker kämpfen gegen Kürzungen.

Er ist nicht gerade als Partygänger bekannt, der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU). Doch die mitunter pittoresken Kostümfeiern, zu denen das Völkchen der Sorben gern einlädt, verpasst er so gut wie nie. Zwischen dem Folklore-Ensemble Höflein und der Volkstanzgruppe Schmerlitz vergnügte sich Schirmherr Milbradt etwa im Juli beim VII. Internationalen Folklorefestival Lausitz 2007. Auch in seinem Wahlkreis in Kamenz sucht er gern Kontakt zu den Sorben, in deren Sprache die Stadt „Kamjenc“ heißt, was so viel wie „Kleiner Ort am Stein“ bedeutet.

Es ist nicht ganz klar, wie viele Sorben es überhaupt gibt, geschätzt sind es 20 000 in Brandenburg und 40 000 in Sachsen. Aber zumindest eines ist sicher: Milbradt ist derzeit ihr wichtigster Fürsprecher. „Wir sind ein Partner, der nie gewackelt hat“, erklärt er kämpferisch.

So markige Worte fallen, weil es um Geld geht, um viele Millionen Euro. Dem Freistaatregenten missfällt, wie zäh nun schon seit Monaten zwischen Bundesregierung, Sachsen und Brandenburg um die weitere Förderung der Sorben gefeilscht wird. Milbradt bat sogar Kanzlerin Angela Merkel schriftlich um Hilfe – deren Antwort aber blieb reichlich vage: Es bestünde „Dissens hinsichtlich der notwendigen Förderhöhe“, schrieb sie im Juli zurück, wenngleich der Bund „grundsätzlich“ bereit sei, die Mitfinanzierung „fortzuführen“.

Doch der Bundesrechnungshof hat den Millionentransfer heftig kritisiert, den ein Abkommen zwischen Bund, Sachsen und Brandenburg festschrieb. Der Vertrag, der Ende des Jahres ausläuft, regelt die Subventionierung einer „Stiftung für das sorbische Volk“: Rund 2,5 Millionen Euro jährlich zahlte Brandenburg, etwa 5,5 Millionen das Land Sachsen, dazu noch einmal knapp 8 Millionen der Bund – Jahr für Jahr also 16 Millionen, mit denen die Stiftung etwa ein Museum finanziert.

Ginge es nach den Sachsen, Brandenburgern und Sorben, würde der Vertrag verlängert. Mit Verve verweisen vor allem sächsische Ministerialen auf internationale Verpflichtungen, auf ein europäisches Abkommen zum Schutz von Minderheiten und warnen gar vor der „Entmündigung des sorbischen Volkes“, wie es Dresdens Kulturstaatssekretär Knut Nevermann arg dramatisch formulierte.

Erschwert wird die Einigung jedoch durch das Votum des Bundesrechnungshofes vom März. Die „Mitteilung über die Prüfung ausgewählter Aspekte des Zuschusses des Bundes an die Stiftung für das sorbische Volk“ ist ein verheerendes Zeugnis für Förderer wie Geförderte gleichermaßen: Über „die Gefahr von Ineffizienz und Unwirtschaftlichkeit“ klagen die Prüfer, seit 1994 habe es zudem „keine Untersuchung über die Entwicklung der sorbischen Kultur“ gegeben – ja, es fehlten sogar „zuverlässige Erkenntnisse“, wie viele Menschen die sorbische Sprache noch beherrschen.

Noch gestrenger allerdings gehen die Prüfer mit jenen ins Gericht, die theoretisch über die Förderung wachen sollen: Mit dem Schicksal der Minderheit befasst ist nicht nur ein Staatsminister für Kultur und Medien bei der Bundeskanzlerin – der ist zuständig für die Kulturförderung. Gefragt ist auch das Bundesministerium des Innern, verantwortlich für rechtliche Fragen des Minderheitenschutzes. Und schließlich gibt es noch einen Beauftragten der Bundesregierung für nationale Minderheiten, der ein Wörtchen mitzureden hat. Fazit des Rechnungshofes: „Die Vielzahl der Ansprechpartner auf Seiten des Bundes birgt nach unserer Auffassung die Gefahr gegenseitiger Behinderung und evtl. Blockaden.“ Der Bund sei „nicht einmal in der Lage, für zweisprachige Verkehrsschilder auf den Bundesautobahnen im Siedlungsgebiet der Minderheit zu sorgen“.

Eigentlich müsste das Votum der Kontrolleure eine Revision der Sorben-Förderung nach sich ziehen. Doch auf Reformen scheint in der Regierung niemand erpicht zu sein. Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) will die Förderung „abschmelzen“, wie es im Amtsdeutsch heißt, um einige hunderttausend Euro – wenn überhaupt.

Denn im Kanzleramt sitzt jemand, der sich den Sorben sehr verbunden fühlt: der bis heute in Sachsen wohnhafte Kanzleramtschef Thomas de Maizière (CDU). Aus der Ferne loben und preisen Sachsen wie Sorben ihn als Schutzpatron. „Kenntnisreich und hilfreich“, sei der Mann im Kanzleramt, freut sich Marko Suchy, Chef der Sorben-Stiftung.

De Maizières Interesse am Schicksal der Sorben hat ähnliche Ursachen wie das von Sachsen-Premier Milbradt: Bis zu seinem Wechsel ins Kanzleramt vertrat der damalige Innenminister den sächsischen Wahlkreis Bautzen I. In der Stadt hat die Stiftung für das sorbische Volk ebenso wie das Sorbische Institut ihren Sitz. In die Region könnte de Maizière als Wahlkämpfer zurückkommen, wenn der Wunsch vieler CDU-Landespolitiker in Erfüllung geht und er 2009 der nächste Spitzenkandidat wird. Insofern kann der Einsatz des Steuerzahlers für die Sorben durchaus auch eine Investition in die Zukunft de Maizières sein.

STEFAN BERG, STEFFEN WINTER

MATTHIAS HIEKEL / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

Sorbischer Prozessionszug*
Gefeilsche um Millionen

Sorbisches Siedlungsgebiet in Deutschland

BERLIN
BRANDENBURG
Spree
Guben
Cottbus
Niederlausitz
Hoyerswerda
25 km
Kamenz
Crostwitz
Oberlausitz
Bautzen
SACHSEN

Ein Drittel der rund **60 000** Sorben lebt in der Niederlausitz, zwei Drittel leben in der Oberlausitz.

* Am 7. Juni im ostsächsischen Crostwitz.

TALKSHOWS

Hermans Schlacht

Sie haben die Skandal-Woche von Eva H. verpasst? Hier alle relevanten Fakten inklusive einer wiederverwertbaren Meinung.

Gut, dass es noch die Nazis gibt – auch wenn man nach so einem Satz erst mal eine Pause einlegen muss. Erstens, um Ihnen, den Lesern, kurz Zeit zu lassen, den Gruselreflex zu verarbeiten. Zweitens, um sich beim Kollegen Henryk M. Broder (Achtung: jüdischer Publizist!) rückzuversichern: Darf man mit so einem Satz eine Geschichte über Eva Herman anfangen?

Kurze E-Mail an Broder, der antwortet: „Super Einstieg, wie geht's weiter?"

Puh, also: Gut, dass es noch die Nazis gibt, denn sonst wäre Deutschland um viele Gespensterdebatten ärmer. Was – zum Beispiel – wäre Frau Herman ohne ein bisschen Hitler-Gänsehaut? Eine verhaltensauffällige Ex-„Tagesschau"-Sprecherin, die Bücher schreibt gegen Kinderkrippen und 68er sowie für klassische Geschlechterrollen, denen sie als mehrfach geschiedene, berufstätige Ab-und-an-Alleinerziehende auch nicht hundertprozentig gerecht wird.

Aber dann hat sie zu ihrem jüngsten Werk auf einer Pressekonferenz einen Satz gesagt, der hier nicht wiederholt werden soll. Nicht, weil er so scheußlich war. Das heißt, scheußlich war er schon, scheußlich unverständlich und obendrein viel zu lang für das Seitchen hier. Der „Nationalsozialismus" tauchte darin irgendwie auf und die doofen 68er, was flugs in dem Verdacht kulminierte, sie verherrliche die NS-Familienpolitik. War alles ziemlicher Quatsch. Aber seither ist die Hölle los.

Erst kündigte ihr der NDR. Dann ruderte sie ein wenig hin und her und wieder hin, bis Johannes B. Kerner sie am Dienstag aus seiner ZDF-Talkshow („JBK") schmiss, nachdem sie sich über 50 Minuten lang partout nicht entschuldigen wollte, sondern sich immer nur falsch verstanden fühlte.

Unter PR-Gesichtspunkten wirkte der Abgang wie eine für beide Seiten super inszenierte Win-win-Situation: Um 17 Uhr wurde die Sendung aufgezeichnet. Um 20.09 Uhr lief die erste dpa-Meldung. Ab 22.45 Uhr wartete die Topquote von 2,65 Millionen Zuschauern auf den „Eklat", wie „Bild" das tags darauf nannte.

Dabei sind die Gegner von Frau Herman in ihrer reflexhaften Berechenbarkeit längst genauso anstrengend wie ihre wenigen Verteidiger. Einerseits keifte die schriftstellernde Feministin Thea Dorn schon vorher über das „Eva-braun-Prinzip", und Alice Schwarzer bemäkelte Hermans „Suada zwischen Mutterkreuz und Steinzeitkeule". Andererseits wollte die DVU gleich für Herman demonstrieren gehen und freute sich über das obligate Entsetzen der etablierten Parteien.



WOLFGANG LEHMANN / AP / ZDF

Talk-Partner Kerner, Herman: *Nicht jeder Idiot ist Nazi*

Ist „Trittbrettfahrer" eigentlich auch ein Nazi-Begriff? Bitte googeln!

Die Eskalationsstufen zündeten jedenfalls fröhlich: Nachdem Herman bei einem Katholikenforum auftreten durfte, empörte sich der Zentralrat der Juden in Deutschland, worauf sich wiederum der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, brüskiert zeigte.

Fast ein bisschen tragisch, dass Michel Friedman nicht mehr richtig mitspielen darf. Aber wenn's so weitergeht, wird Irans Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad der deutschen TV-Blondine bald eine Qaida-Ehrenmitgliedschaft antragen. Und eine Uno-Sonderresolution wird den Einsatz israelischer Mittelstreckenraketen im Großraum Hamburg verhindern. Was sagen eigentlich der Dalai Lama und Papst Benedikt XVI.?

Das alles sind Stellvertreterkriege, die sich um das Nichts gar nicht mehr scheren, das sie zugleich euphorisch umkreisen. Was beweist Herman, außer: Jeder Nazi ist ein Idiot, aber nicht jeder Idiot ist Nazi? Sie selbst ist mittlerweile vor allem Verschwörungsfanatikerin in eigener Sache.

Interessant ist, dass ausgerechnet die Gutmenschen sie in die Arme jener Rechtsausleger drängen, die ihr nun dankbar eine große politische Zukunft prophezeien. Hermans Apotheose zur multimedialen Märtyrerin wurde durch den „JBK"-Rausschmiss erst eingeläutet. Als dort auch noch das Eins-a-Reflex-Stichwort „Autobahn" fiel, hyperventilierten Margarethe Schreinemakers und Senta Berger derart empört, dass mancher Zuschauer sich beim Mitleid mit Herman ertappen musste. Und das will wirklich was heißen.

Ärgerlich ist, dass die eigentlich spannende familienpolitische Wertedebatte nun von einer unter Faschismusverdacht geratenen TV-Blinse dominiert und damit zugleich unmöglich gemacht wird. Wer traut sich künftig noch zu sagen, dass eine funktionierende Familie was ganz Schönes ist und man nicht immer nur an Krippen denken sollte, wenn von Kindern die Rede ist?

Zwölf Jahre NS-Wahnsinn sind hierzulande zwar allgegenwärtig, aber eben als sakrosanktes Tabu-Unikat, das auch im weiten Umkreis alles kontaminiert. So konnte selbst aus einer Herman eine intellektuelle Tiefflug-Fortsetzung des Historikerstreits mit den Mitteln des Boulevards werden. Kein Wunder, war sie „Bild" gleich vier Seite-eins-Schlagzeilen in Folge wert.

Am Donnerstag recherchierte das Blatt sogar der „FAZ"-Meldung hinterher, die Online-Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung" habe kurzfristig von Kerners „Volksgerichtshof" fabuliert. Mein lieber Scholli, jetzt wird's echt ernst. Als Nächstes ist der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter dran, der sich BDM abkürzt. Und auch Langneses „Brauner Bär" kann nicht länger sagen, er habe von nichts gewusst.

THOMAS TUMA

P. S.: SPIEGEL-Leser dürfen Autobahnen weiterhin prima finden, müssen aber natürlich für den Weltfrieden sein und alles!

Ministerpräsident Barschel bei Pressekonferenz am 18. September 1987: *„Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, dass die Vorwürfe haltlos sind“*

„Was macht so einer hier?“

Das seltsame Doppelleben und der merkwürdige Tod des Dr. Uwe Barschel (Teil II)

Kiel im Dezember 1986

DER NEUE IN DER STAATSKANZLEI

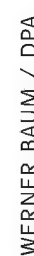
Die Weihnachtsfeier für die Mitarbeiter der Staatskanzlei findet in der Landtagskantine statt. Die Sekretärinnen haben Plätzchen und Kuchen besorgt, die Tische sind zusammengestellt, traute Runde. Ein Neuer sitzt dabei, er heißt Reiner Pfeiffer, Pfeiffer mit drei f, sagt er, es ist sein Standardspruch. Er hat eine leicht glänzende Stirnglatze und trägt mit Vorliebe Sakkos mit breiten Streifen. Er fällt auf, weil er lärmend von sich und seinen Großtaten redet. Je mehr er trinkt, desto lauter wird er, und er trinkt reichlich.

Am Tisch daneben sitzt ein Mann aus der Führungsriege. Er schaut Pfeiffer zu und geht zu Hanns-Günther Hebbeln, dem Chef der Staatskanzlei. „Der passt nicht hierher“, sagt er. „Was macht so einer hier?“ Hebbeln antwortet: „Rühren Sie nicht dran. Der Chef will diesen Pfeiffer. Und er will ihn unter allen Umständen.“

Pfeiffer ist 47 Jahre alt, er war Chefredakteur des CDU-nahen Anzeigenblattes „Weser Report“ in Bremen und hatte die Auflage von 20 000 auf 280 000 gesteigert. Nach einem Zerwürfnis mit dem Verlagschef verließ er das Blatt und verdingte sich als Verkäufer in der Eisdiele seiner Frau und als Grabredner. Außerdem schrieb er 1986 dem Hochstapler Gert Postel, der Aufsehen erregte, weil er es mit gefälschten Papieren zum Amtsarzt in Flensburg brachte, als Ghostwriter ein Buch.

In die Staatskanzlei kommt Pfeiffer auf Umwegen. Eigentlich hatte ihn der Springer-Verlag für eines seiner Projekte, eine neue Tageszeitung, im Herbst 1986 angeheuert. Daraus wird jedoch nichts, die eigens engagierten Mitarbeiter werden auf andere Redaktionen verteilt. Es fügt sich, dass Uwe Barschel den Springer-Vorstandschef Peter Tamm fragen lässt, ob er denn einen Mitarbeiter empfehlen könne: als Verstärkung im heraufziehenden Wahlkampf.

Im November trifft sich Staatssekretär Gerd Behnke im Springer-Verlagshaus mit Pfeiffer. Es ist ein kurzes Bewerbungsgespräch, Behnke verlässt sich auf die Empfehlung der Springer-Leute. Der Verlag hat einen Versorgungsfall weniger und schießt zum Kieler Gehalt von 6000 Mark noch einmal 3000 Mark pro Monat hinzu.





An den
Leiter der Steuerfahndungsstelle
beim Finanzamt Lübeck
über den Vorsteher des
Finanzamtes Lübeck
Herrn
Dr. Hans Henning Förster
Leitender Regierungsdirektor

Behördenhaus 1
Possehlstraße 4
2400 Lübeck

26. Januar 1987

Betrifft: Anzeige gegen Herrn Björn Engholm,
Jürgen-Wüllenwever-Straße 9, 2400 Lübeck,
wegen Steuerhinterziehung

Sehr geehrte Herren,

hiermit zeige ich Herrn Björn Engholm wegen fortgesetzter Steuerhinterziehung an.

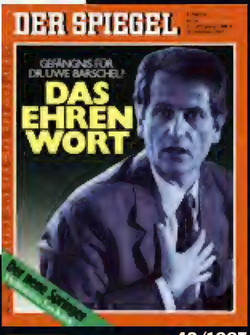
Sachverhalt: Herr Björn Engholm ist Abgeordneter des schleswig-holsteinischen Landtages seit dem 1. April 1983. Gemäß § 6, Abs. 1, des Abgeordneten-Gesetzes beträgt seine monatliche zu versteuernde Entschädigung derzeit DM 5 400,-. Darüber hinaus erhält er nach § 9, Abs. 2, eine zusätzliche nicht zu versteuernde "Unkosten-Pauschale" in Höhe von DM 1 800,- pro Monat. Da Herr Engholm zudem Fraktionsvorsitzender ist, bekommt er gemäß § 9, Abs. 2, eine weitere Unkosten-Pauschale von monatlich DM 1 200,-, die ebenfalls nicht zu versteuern ist.



39/1987



40/1987



42/1987

Anonyme Steueranzeige gegen Engholm, SPIEGEL-Titel

Im Dezember fängt Pfeiffer in der Staatskanzlei an. Bald äußern sich Ministerpräsident und Staatssekretär lobend über den Novizen.

Die Affäre kann beginnen.

Kiel im Januar 1987

BARSCHEL UND PFEIFFER

Am 9. Januar führt Pfeiffer sein erstes Gespräch mit dem Ministerpräsidenten unter vier Augen. Die beiden Männer könnten gar nicht verschiedener sein: Da ist der angeberhafte, etwas windige Medienreferent, der zufällig in den Dunstkreis eines Mächtigen geraten ist. Und da ist der hölzerne Uwe Barschel, immer noch jung, 43 Jahre alt, seit vier Jahren Ministerpräsident, eine Nachwuchsgröße in der CDU.

Barschel hat es im Wahlkampf mit einem Gegner zu tun, den er fürchtet, denn Björn Engholm hat, was Barschel nicht hat: Er zieht Menschen an, er verkörpert diesen neuen Typus in der Politik, der gern pfeiferauchend über Kultur philosophiert und Nachdenklichkeit zum persönlichen Stil erhebt.

Engholm ist der Anti-Barschel.

„Uwe fand das extrem ungerecht“, erinnert sich sein Freund Ulrich Matthée. „Engholm fiel all das, was ihn Schweiß und Arbeit kostete, einfach so zu.“ Die ersten Umfragen zeigen, dass die SPD gut im Rennen liegt, eine ungewohnte Lage für die CDU, die seit fast 40 Jahren Schleswig-Holstein regiert, beherrscht und politisch durchdringt. Pfeiffer soll helfen, das Image des Ministerpräsidenten aufzubessern. Das ist der Auftrag.

Aber was schließt der Auftrag ein? Heute gibt es zwei unterschiedliche Lesarten für die Kieler Affäre. Dass es sich um eine Affäre handelt, die der Ministerpräsident ausheckte, hat der erste Untersuchungsausschuss 1988 als Resümee festgehalten: Von Anfang an sei „Dr. Uwe Barschel an der Planung und Erstellung der Anzeige“ gegen Engholm und an anderen schmutzigen Tricks beteiligt gewesen.

Im Dezember 1995 kam der zweite Untersuchungsausschuss zu einem anderen Fazit – dass „es keinerlei Beweise für eine Mittäterschaft oder Mitwisserschaft“ Barschels an den Aktionen Pfeiffers gebe.

Es gibt immer alles zweifach in dieser seltsamsten aller Affären, die Deutschland je erlebte: Uwe Barschel führte ein Doppelleben. Sein Tod im Beau-Rivage lässt Zweifel daran, dass er Selbstmord beging, und nährt die Theorie, er sei Opfer eines Mordes, was die Familie Barschel immer schon für erwiesen hielt. Und die schmutzigen Tricks – gehen sie vom Chef oder vom Medienreferenten aus?

„Es ist halt nicht zu beweisen, dass Barschel einen Menschen anstellte, den er nicht kannte und dem er dann ein paar Tage später sagte: Nun lassen Sie mal den Engholm ausspionieren“, sagt Bernd Buchholz (FDP), der stellvertretende Vorsitzende im zweiten Untersuchungsausschuss.

Pfeiffer behauptet, der Ministerpräsident habe ihm am 9. Januar den Auftrag erteilt, er solle Engholms Steuererklärung prüfen lassen. Am selben Tag müsste ihm Barschel auch den Auftrag zur Beschattung gegeben haben. Denn so viel steht fest: Noch am 9. Januar ruft der Medienreferent einen Polizeibeamten in Bremen an und erkundigt sich nach einer Detektei.

Am 13. Januar meldet sich Pfeiffer bei der Detektei Piel, Ende Januar engagiert er sie für 14 Tage.

Nun beginnt die erste Phase der Observation. Pfeiffer empfängt einen Detektiv im Kieler Landeshaus und stellt ihn dem Pförtner als Praktikanten vor. Der Mann sitzt mit Walkie-Talkie auf der Fensterbank in Pfeiffers Büro oder besucht die Landtagssitzung, um Engholm im Auge zu be-


HENSE / IMAGO

Sozialdemokrat Engholm (1990): *Ein weniger unangenehmes Leben*

halten. Ansonsten fahren die Detektive ihm hinterher und stellen sich dabei ziemlich dämlich an, denn Engholm entwischt ihnen immer wieder in seinem Dienst-BMW. Die Observation wird deshalb abgebrochen und erst am 9. Februar, nach einem Anruf Pfeiffers bei Piel, wieder aufgenommen.

Außerdem diktiert Pfeiffer seiner Sekretärin Jutta Schröder die Steueranzeige. Als sie „Hemmungen zeigt, so etwas zu tun", sagt er: „Dr. Barschel wünscht das so." Die Angaben zu den Einkünften Engholms lässt sich Pfeiffer aus dem Finanzministerium geben. Zur Begründung sagt er, es liege eine Presseanfrage aus dem Bremer Raum vor.

Die Anzeige ist reichlich dilettantisch verfasst. Darin sind zum Beispiel Engholms Bezüge aus Bonner Zeiten als Bundestagsabgeordneter und Minister aufgeführt, die der Lohnsteuer unterliegen und sich zur Steuerhinterziehung nicht eignen. Einem ehemaligen Finanzminister wie Barschel – so folgerte der zweite Kieler Untersuchungsausschuss – wäre so ein Fehler kaum unterlaufen.

Pfeiffer zeigt später Notizen vor, die Barschel selbst aufgeschrieben hatte: Angaben über die Einkünfte Engholms. Das soll ein Beweis dafür sein, dass der Ministerpräsident den Auftrag für die Steueranzeige gegeben hat. Pfeiffer erzählt, Barschel habe ihm den Text für die Anzeige in Stichworten in seinem Büro diktiert und ihm geraten, er solle einen CDU-Mann finden, der das Papier unterschreibe. Als sich keiner bereitfand, habe Barschel angeordnet, sie anonym zu verschicken – mit Kopie an ihn persönlich.

Und dann inszeniert Pfeiffer noch die Anrufe bei Engholm als „Dr. Wagner" mit der Mitteilung, der SPD-Spitzenkandidat habe vielleicht Aids. Die Telefonate finden am 5. und 17. Februar 1987 statt. Damit sind drei der schmutzigen Wahlkampfaktionen schon Mitte Februar abgeschlossen. Was haben sie gebracht?

Nicht viel, die Steueranzeige verpufft wirkungslos, die Observation fördert weder bisexuelle Abenteuer noch außereheliche Affären zutage.

Der schleswig-holsteinische Wahlkampf von 1987 ist als einer der schmutzigsten und widerwärtigsten in die Geschichtsbücher eingegangen. Die CDU wirft Engholm vor, er trete für straffreien Sex mit Kindern ein, wolle Abtreibung bis zur Geburt legalisieren und blase im Übrigen „die Posaune des Ostens". Den Verlust ihres politischen Monopols vor Augen, war sich die CDU für keine Zuspitzung zu schade.

Jemand wie Pfeiffer passt da gut ins Konzept.

Aber eine Pfeiffer-Affäre? Wenn denn Barschel nichts von den Umtrieben seines Medienreferenten gewusst hätte, warum sollte er dann Mitarbeiter und Angehörige zu falschen eidesstattlichen Versicherungen anhalten?

Der stellvertretende Regierungssprecher Herwig Ahrendsen verschaffte ihm zum Beispiel das Alibi, er habe am Autotelefon mit Pfeiffer gesprochen, nicht Barschel – er habe „aus Mitleid und übertriebener Loyalität" gelogen, sagte er später. Die Alibis, gestand Barschels Sekretärin Ilona Oberstein ein, seien am Vorabend der „Ehrenwort-Pressekonferenz" „wie am Fließband produziert" worden.

Die Vorzimmerdamen mussten bezeugen, der Ministerpräsident habe nie eine Kopie der anonymen Steueranzeige erhalten. Als die Sekretärin Brigitte Eichler sich weigerte, die Falschaussage zu unterschreiben, habe Barschel sie gefragt, ob sie religiös sei. „Religiös wohl nicht", antwortete sie, „aber ich glaube an Gott." Darauf Barschel: „Ja, wollen Sie denn, dass die SPD an die Macht kommt?"

Kiel im Februar 1987

DAS NEUE PAAR

Im Februar gibt es neuen Klatsch auf den Fluren der Staatskanzlei: Reiner Pfeiffer und seine Sekretärin Jutta Schröder kommen morgens gemeinsam zur Arbeit. Sie sind jetzt ein Paar.

Pfeiffer erzählt seiner Freundin, was er in seiner Eigenschaft als Medienreferent mache, geschehe auf Anordnung des Ministerpräsidenten. Er lässt sie bei Telefongesprächen mithören. „Es gab zahlreiche Momente", sagt Schröder, „da war er wirklich glaubhaft verzweifelt, er wollte das nicht mehr mitmachen, was Barschel von ihm verlangte." Heute fragt sie sich, ob er sie eigentlich geliebt oder nur als Zeugin aufgebaut habe.

Schröder sei leicht zu beeindrucken, hat man zur Erklärung gesagt. Und Pfeiffer habe es vortrefflich verstanden, seine Erzählungen „subjektiv glaubhaft" zu machen.

Jutta Schröder pflegt gute Kontakte zu Renate Sadek, einer Sekretärin drüben in der Pressestelle der SPD. Vielleicht kommt sie deshalb auf die Idee, ihr Freund könne doch einmal mit den Sozialdemokraten reden. Aber mit wem? Pfeiffer wäre nicht Pfeiffer, wenn er nicht den Umweg über seine alte Heimat Bremen nähme. Am 22. April ruft er den Bremer Finanzsenator Claus Grobecker an. Der empfiehlt ihm Klaus Nilius, den Pressesprecher der SPD.

Nach wie vor geht Pfeiffer seinem Job nach. Am 1. Mai soll er in Barschels Privathaus nach Mölln kommen, eine Einladung, die sich vom Mittag bis in den frühen

Abend erstreckt, ein Zeichen für Vertrauen und Vertraulichkeit.

Pfeiffer behauptet später, Barschel habe viel über seine bundespolitischen Visionen geplaudert. Außerdem soll er eine neue Idee gehabt haben. „Barschel wollte sich entführen lassen, wie der CDU-Mann Lorenz damals, und an einen Baum gefesselt werden. Ich habe ihm diese Aktion dann ausgeredet."

Peter Lorenz, der Berliner Spitzenkandidat der CDU, war 1975 von Terroristen der „Bewegung 2. Juni" entführt und, nach der Freilassung inhaftierter Gesinnungsgenossen, in einem Park in Berlin ausgesetzt worden.

Barschel wiederum erzählte seinem Parteifreund Eberhard Dall'Asta kurz nach dem Treffen, Pfeiffer habe ihm angekündigt, er wolle im nächsten Kabinett gern Innenminister werden. „Barschel hat ihm dann gesagt, das kommt überhaupt nicht in Frage, nach dem Wahlkampf ist Schluss", berichtet Dall'Asta.

Es war die letzte längere Unterhaltung zwischen Barschel und Pfeiffer unter vier Augen.

30 Tage später, am 31. Mai, überlebt der Ministerpräsident als einziger Passagier den Absturz einer Cessna Citation 501, die bei schlechter Sicht den Flughafen Lübeck-Blankensee anflog und gegen einen Sendemast prallte. Er liegt viele Wochen im Krankenhaus, erst am 10. August kehrt er in die Staatskanzlei zurück. Pfeiffer hat in diesen 71 Tagen keinen Zugang zu seinem Chef.

Der Gedanke liegt nahe, dass sein erster Kontakt zur SPD in diese Zeit fiel. Pfeiffer sagt heute, er habe den SPD-Sprecher Nilius auf jeden Fall vor dem 16. Juli getroffen – dieses Datum nennt Nilius. Sie hätten sich in einer Kneipe Richtung Heikendorf, außerhalb von Kiel, miteinander verabredet, sagt Pfeiffer, nicht im Legienhof, wie Nilius behauptet.

Wem soll man glauben? Kein wichtiger Eckpunkt in dieser Affäre kann ohne einen Rest an Zweifel rekonstruiert werden.

Reiner Pfeiffer ist heute 68 Jahre alt und seit sieben Jahren Rentner. Am Ende seiner Karriere vermittelte er Kredite für einen Finanzdienstleister; als Journalist wollte ihn niemand mehr haben. Er ist hager geworden, spricht noch immer sonor und ohne eine Miene zu verziehen über die Affäre. Reue zeigt er in Maßen: „Ich habe bereut, dass dabei ein Mensch zu Tode gekommen ist. Wäre das absehbar gewesen, hätte ich es nicht gemacht."

Was hätte er nicht gemacht? Auch heute sagt Pfeiffer, Barschel sei die treibende Kraft gewesen. Seit Februar 1987 habe er aussteigen wollen: „Von da an habe ich mir gesagt, du merkst dir alles, zeichnest auf, sammelst Beweise, damit man später alles lückenlos nachvollziehen kann."

Pfeiffer legt Spuren. Er hebt die Wegskizze zu Barschels Privathaus auf, die ihm der persönliche Referent des Ministerpräsidenten, Gerd Friedersen, auf der Rückseite einer Pressemitteilung aufzeichnet, und zeigt sie später im Untersuchungsausschuss vor. Bestimmte Telefonate führt er gezielt von bestimmten Apparaten in der Staatskanzlei. Dort werden die Gespräche registriert.

Mit Nilius korrespondiert er über das Pressefach der SPD, Jutta Schröder ist die Botin. Sie bringt mehrmals verschlossene braune Umschläge zu ihrer Kollegin Sadek, die diese ungeöffnet ihrem Chef Nilius übergeben soll.

Über dieses Kuriersystem findet auch ein bewegender Brief zur SPD. Die Mutter des tödlich verunglückten Barschel-Piloten Michael Heise schreibt ihn. Sie macht den Ministerpräsidenten für den Tod ihres Sohnes verantwortlich: „Sie haben drei Menschenleben auf dem Gewissen" – weil er darauf bestanden habe, Lübeck trotz schlechter Sicht anzufliegen. Die Vorwürfe sind haltlos.

Nilius spielt den Brief im Juli dem „Stern" zu, der ihn veröffentlicht.





FRANK SCHUMANN

Informant Pfeiffer*: *„Wenn man was hat, muss man damit auch raus"*

* Oben: in Bremen; unten: am 9. September 1987 mit den SPIEGEL-Redakteuren Jochen Bölsche, Manfred Ertel und Dieter Uentzelmann in Hamburg.

Schon ab Mai kursieren in der SPD erste Gerüchte über schmutzige Tricks im Wahlkampf. Ab Mitte Juli nimmt Engholm Nachforschungen über die Steueranzeige und die Observation auf. Er ruft den inzwischen pensionierten Kriminaldirektor Schulz in Lübeck an und fragt ihn nach der Bespitzelung. Knapp zehn Tage später beauftragt er Nilius, die Vorgänge näher zu ermitteln. Am Sonntag, dem 2. August, ruft Engholm den Leiter des Lübecker Finanzamtes zu Hause an, um sich nach der anonymen Steueranzeige zu erkundigen.

Wieso fragt der SPD-Kandidat gerade jetzt intensiv nach, was es mit alldem auf sich hat? Weil er erst in jenen Tagen Hinweise auf beide Vorgänge erhalten habe, sagt Engholm heute: zum Beispiel von einer Nachbarin, die Leute vor seinem Haus beobachtete, und auch vom Finanzstaatssekretär Carl Hermann Schleifer, der ihn über die Anzeige informiert habe.

Schleifer wiederum sagt heute, Engholm habe ihn auf die Anzeige angesprochen, nicht umgekehrt.

Und wie so oft in dieser Affäre wird nur eines klar: Nur eine von beiden Versionen kann stimmen.

In der ersten Augusthälfte 1987 schaut sich der SPIEGEL-Reporter Hans-Joachim

Noack den SPD-Spitzenkandidaten im Wahlkampf an. Er will ein Porträt über ihn schreiben, er kennt ihn schon aus der Zeit als junger Minister im Kabinett Helmut Schmidts.

An einem sonnigen Sonntag, an das genaue Datum erinnert sich der Reporter nicht mehr, liest ihn Engholm in Wedel vor den Toren Hamburgs auf, und ab geht's Richtung Rendsburg. Der Kandidat ist guter Laune. Die Dinge laufen nicht schlecht, das Wetter ist fein, und da macht er den Vorschlag, in einem Landgasthof einzukehren, er könne auch eine interessante Geschichte erzählen.

Im Garten lassen sich die beiden auf einer Bank nieder. Engholm zieht zu Noacks Erstaunen Sakko samt Hemd aus und reckt den freien Oberkörper in die Sonne. Es gebe da eine konzertierte Aktion gegen ihn, beginnt er zu erzählen, der politische Gegner versuche ihm zu schaden, wo es nur gehe. Er erzählt von der Steueranzeige, von der Beschattung und auch vom Versuch, ihm homosexuelle Neigungen und Aids anzuhängen.



DPA



PROBST / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Abgestürzte Cessna, Patient Barschel (1987): *Vorwürfe der Pilotenwitwe*

Der SPIEGEL-Redakteur ist baff und fragt Engholm, warum er diese ungeheuren Vorgänge nicht an die große Glocke hänge. Das führe ja zu nichts, antwortet ihm Engholm sinngemäß. Wer so etwas behaupte, ohne den Beweis antreten zu können, stehe schlecht da und sei bald mittenmang in der Schlammschlacht.

Engholm bittet Noack um Verschwiegenheit.

In der SPD, so sagen es heute etliche Genossen, habe lange Zeit die Befürchtung vorgeherrscht, Pfeiffer oder die CDU oder beide gemeinsam würden der SPD eine Falle stellen, und deshalb hätten Engholm und die anderen erst einmal nichts unternommen. „Denen stand einfach der Angstschweiß auf der Stirn", sagt einer von ihnen im Rückblick.

Kiel, 1. September 1987

PFEIFFER UND DER SPIEGEL

In der Kieler Redaktionsvertretung des SPIEGEL am Niemannsweg klingelt am 1. September das Telefon. SPIEGEL-Redakteur Manfred Ertel kennt den Anrufer gut, minutenlang bleibt das Gespräch belanglos. Dann will er wissen, ob Ertel schon von den Detektiven gehört habe, die auf Engholm angesetzt worden seien. Oder von dieser Anzeige wegen Steuerhinterziehung. Da könne doch nur die CDU dahinterstecken.

Später outet sich Klaus Nilius als Anrufer. Ertel bleibt ratlos zurück, nichts habe er gehört, sagt er. Die Landtagswahl ist am 13. September, einmal wird der SPIEGEL vorher noch erscheinen. Er ruft drei Informanten an: einen gutvernetzten Rechtsanwalt in Kiel; einen hochrangigen Offizier des Geheimdienstes MAD; einen Freund im Sicherheitsapparat eines anderen Bundeslandes. Dann fährt er nach Hamburg und informiert seinen Ressortleiter Hans Werner Kilz über den mysteriösen Anruf.

Zwei Tage später bestätigt der Freund in der Sicherheitsbehörde, dass einige Zeit zuvor Bremer Detektive in Engholms Nähe aufgefallen seien. Es gebe ein Telex, das an mehrere Landeskriminalämter gegangen sei, um Hintermänner der Aktion ausfindig zu machen, er schicke eine Kopie.

Ertel und sein Kollege Dieter Uentzelmann rufen die Detektive an, die überrumpelt wirken und die Bespitzelung bestätigen. Am Freitagnachmittag rufen sie Engholm an, der am Telefon einen Tobsuchtsanfall bekommt: Man wolle ihm die Wahl versauen, ein Artikel werde nur Barschel nutzen. Dann lenkt er ein: „Ruft Nilius an, der soll euch eine Kopie der Steueranzeige zur Verfügung stellen."

Am Montag, dem 7. September 1987, erscheint der SPIEGEL mit dem Artikel „Spitzel gegen den Spitzenmann", der die Observation, ihre Finanzierung und die anonyme Steueranzeige beschreibt. Der Name Pfeiffer findet in diesem ersten SPIEGEL-Artikel keine Erwähnung, Ertel und Uentzelmann kennen ihn zu diesem Zeitpunkt nicht. Im Stück ist aber schon die Rede „von einem hochgestellten Informanten aus dem Kieler Regierungsapparat", dem die Sozialdemokraten einen Hinweis verdankten, „der ihrer Meinung nach den Hintergrund der Spitzelaffäre erhellen könnte".

Die Äffäre in der Provinz hat jetzt einen Namen: „Waterkantgate" – er ist vom „Watergate"-Skandal entlehnt, der US-Präsident Richard Nixon 1974 zum Rücktritt gezwungen hatte.

Am Montag, dem 7. September, ruft SPD-Pressesprecher Nilius morgens den Hamburger Rechtsanwalt (und ehemaligen SPD-Bürgermeister) Peter Schulz an, um ihm mitzuteilen, der Mann von der anderen Seite wolle sich jetzt mit hochrangigen Genossen treffen. Am Abend treffen sich Nilius, Schulz und der SPD-Landesvorsitzende Günther Jansen im Lübecker Lysia-Hotel mit Pfeiffer. Pfeiffer hatte vergebens darauf gedrängt, mit Engholm zu sprechen.

Pfeiffer erzählt von den Aktionen gegen Engholm. Schulz bittet ihn, eine eidesstattliche Versicherung abzugeben, Pfeiffer willigt ein und kündigt Jansen noch an diesem Abend an, es gebe einen neuen gravierenden Vorgang.

Nach dem Gespräch nimmt der Anwalt Jansen beiseite und sagt ihm, er müsse jetzt seinen Mandanten Engholm informieren. Jansen versucht ihn davon abzubringen, aber Schulz fährt nach Wedel, wo Engholm nach einer Veranstaltung übernachtet.

Spätestens seit dieser Nacht weiß also auch Engholm von Pfeiffer, aber das wird die Republik erst Jahre später erfahren.

Die Affäre nimmt nun Tempo auf. In der Nacht zum Mittwoch erhält SPIEGEL-Redakteur Ertel einen weiteren Anruf von Nilius: Der Mann, der die Aktionen für Barschel vollzogen habe, wolle reinen Tisch machen und sich dem SPIEGEL offenbaren, gegen 250 000 Mark, morgens früh um sechs Uhr könne man sich treffen. Ertel sagt, er müsse erst mit Chefredakteur Erich Böhme sprechen.

Am nächsten Morgen kommen Pfeiffer und Jutta Schröder in die Kanzlei von Peter Schulz, wo Nilius schon wartet. Pfeiffer hat einen Text formuliert mit dem abstrusen Titel „Entwurf für eine psychologisch-logische Diktion einer Aussage von P. gegenüber Medien". Ein Schreiben, in dem er sich als furchtlosen Helden darstellt:

„Ich betrachte diese Enthüllung als notwendig für die nachweislich getäuschten Bürger dieses Landes.“

Schulz setzt einen neuen Text auf. Er weigert sich auch, eine andere Intrige in die eidesstattliche Versicherung aufzunehmen, den angeblich neuen Plan Barschels, eine Wanze in sein eigenes Telefon einzubauen, um sich als Opfer der SPD-Umtriebe hinzustellen. Schulz hält das für abenteuerlich. Danach gehen Pfeiffer und seine Freundin zum Notar.

Zur gleichen Zeit sitzt der Redakteur Ertel bei Chefredakteur Böhme im elften Stock. „Kennst du den Kontaktmann, der dich angerufen hat?“, fragt Böhme. Ertel nickt. „Ist der vertrauenswürdig?“ – „Ja.“ – „Dann triff dich jetzt mit dem, aber rede nicht über Geld“, entscheidet Böhme.

Gegen Mittag begeben sich Ertel und Uentzelmann zum Haupteingang der St.-Jacobi-Kirche, um den Informanten aus der Staatskanzlei zu treffen.

„Reiner Pfeiffer, Medienreferent in der Staatskanzlei, und Jutta Schröder, Sekretärin in der Staatskanzlei“, stellen sich die beiden vor. Die vier gehen rüber zum SPIEGEL. In einem Konferenzsaal erzählt der Informant im Beisein eines SPIEGEL-Justitiars über mehrere Stunden seine Geschichte und legt handschriftliche Notizen Barschels vor. Die Schilderungen klingen schlüssig, sie passen ja auch zur gerade erschienenen SPIEGEL-Geschichte.

Aber Pfeiffer, das ist leicht zu erraten, ist eine zwielichtige Person. Seine Tricks haben, wie er es wollte, Spuren hinterlassen. Die Urheberschaft nun Barschel nachzuweisen ist ungleich schwieriger.

Die Redakteure befragen Barschels Sprecher Ahrendsen, sie sprechen mit Polizeibehörden und erneut mit den Bremer Detektiven. Sie fügen viele Wenn und Aber in ihre Titelgeschichte ein: „Wenn sämtliche Pfeiffer-Vorwürfe zutreffen“, steht da, „hat kein anderer Ministerpräsident je seine politische Macht und seine dienstlichen Möglichkeiten so raffiniert und so ungeniert eingesetzt.“

„Wir wollten, dass es vor der Wahl herauskommt, sonst hätten die Leser ja zu Recht gesagt, der SPIEGEL bescheißt seine Leser und enthält ihnen die Wahrheit vor. Außerdem habe ich immer die Devise gehabt: Wenn man was hat, dann muss man damit auch raus“, sagt Böhme heute.

Der Redakteur Uentzelmann recherchiert in Bremen Pfeiffers Vorleben. Kollegen erzählen ihm, Pfeiffer sei ein Angeber und Aufschneider, ein unmoralischer Mensch, aber auch ein gewitzter Journalist. Die Ergebnisse dieser Recherche finden keinen Eingang in die Titelgeschichte. Später wird man dem SPIEGEL zum Vorwurf machen, er habe sich nicht genügend von seinem Informanten distanziert.

Dieser SPIEGEL mit der Titelgeschichte „Barschels schmutzige Tricks“ wird unter besonderen Bedingungen auf den Markt gebracht: Entgegen den Gepflogenheiten gibt es am Samstag keine Vorabmeldungen; im Druckhaus Ahrensburg werden die Drucker beim Hinausgehen kontrolliert; als ein aufmerksamer SPIEGEL-Mann am Samstagmorgen feststellt, dass im Heft der Abdruck der handschriftlichen Notizen Barschels fehlt, werden alle Maschinen angehalten und die Ausgänge verbarrikadiert. Der Lkw mit den ersten 40 000 Exemplaren wird zurückgeholt. Drei Stunden lang stehen die Maschinen still, dann wird neu angedruckt.

Der SPIEGEL zahlt Pfeiffer 165 000 Mark. Diese Summe errechnet sich aus dessen Verdienstausfall, zusätzlich übernimmt das Blatt Anwaltskosten und Ausgaben.

Am Samstag, dem Tag vor der Landtagswahl in Kiel, verbreitet der NDR um 15.13 Uhr erstmals den Tenor der Titelgeschichte. Auf Gut Steinhorst trinkt Barschel gerade mit Journalisten Kaffee. Um 17.05 Uhr bezeichnet er die Vorwürfe als „völlig frei erfunden“.

Mit 42,6 Prozent der Stimmen erreicht die CDU am Sonntag ihr schlechtestes Ergebnis seit 1954, die SPD kommt auf 45,2 Prozent.

Das Nachrichten-Magazin habe sich zu sehr auf einen einzigen Informanten verlassen, schreiben einige Blätter bald. „Ist der SPIEGEL einem zweiten Kujau aufgesessen?“, fragt die „Zeit“, „oder hat er abermals als ‚Sturmgeschütz der Demokratie‘ ein Vorwerk der Verderbtheit kapitulationsreif geschossen?“

Barschel verlangt eine Gegendarstellung, der deutsche Presserat erteilt dem SPIEGEL eine Rüge, und auch Rudolf Augstein murrt aus der Ferne.

Theo Sommer, der Chefredakteur der „Zeit“, fliegt an die Côte d’Azur, um Augstein zu interviewen. Der Herausgeber stellt sich im Interview vor seine Redaktion, beim anschließenden Mittagessen sagt er aber, „dass er noch nicht sicher sei, wer genau der Schurke in dem Spiel ist“, erzählt Sommer heute.

Augstein hatte sich vor allem über die Titelzeile geärgert: Hinter „Barschels schmutzige Tricks“ hätte ein Fragezeichen stehen müssen, sagt er seinem Chefredakteur Böhme.



MONIKA ZUCHT

DIE SEKRETÄRIN

Jutta Schröder

Sie arbeitete in der Pressestelle der Kieler Staatskanzlei und wurde Pfeiffers Geliebte. In seinem Auftrag tippte sie die Steueranzeige gegen Engholm und brachte verschlossene braune Umschläge zu einer Kollegin bei der SPD. Sie galt als verschwiegen und zuverlässig.

Kiel, 2. Oktober 1987

JAGD AUF EINEN SCHATTEN

Uwe Barschel steht im Kieler Landtag. Soeben ist er als Ministerpräsident zurückgetreten.

Wenige Tage vorher sagte er am Telefon zu Herbert Schattke, einem Studienfreund, es sei noch nicht zu Ende. „Dahinter stehen ganz andere Mächte.“ Er sagt nichts Näheres, er lässt den Satz schweben.



Barschels persönliche Habe aus dem Genfer Hotelzimmer

Jetzt ist Barschel nur mehr einfacher Landtagsabgeordneter. Er schüttelt Hände. Er lächelt. Ruhig wirkt er, gefasst. Das Plenum ist fast leer. Einem Parteifreund sagt er, nun wolle er Urlaub machen, wahrscheinlich auf Sizilien.

Barschel zieht sich zurück in seine Villa in Mölln, er ist nur für wenige Menschen erreichbar. Am Sonntag, dem 4. Oktober, besucht ihn sein Hausarzt und bringt ihm eine „Reiseapotheke“ mit: je zehn Tabletten Tavor, Valium und Azutranquil.

Barschel schluckt seit sieben Jahren Psychopharmaka, er ist tablettenabhängig. Jetzt beträgt die durchschnittliche Tagesdosis an Tavor fast elf Milligramm – eine enorme Menge, denn Tavor ist fünfmal stärker als Valium, es schaltet „emotionale Faktoren“ wie Angst, Schmerz, Freude oder Wut weitgehend aus. In Barschels Krankenakten finden sich später Rezepte für fast 4000 Tavor-Tabletten.

Am nächsten Tag besteigen Barschels Mutter, seine vier Kinder und der Sohn der Schwester in Hamburg einen Zug nach Genf. Sie wollen die Schulferien bei Eike Barschel in Yens verbringen.

Uwe und Freya Barschel buchen einen Flug nach Gran Canaria. In Bahía Feliz besitzt ein Freund der Familie die Ferienanlage „Villas Atlánticas“.

In Mölln habe es in den vergangenen Wochen immer wieder anonyme Anrufe gegeben, erzählt Barschel seiner Frau, zum Beispiel von einem Mann namens Robert Roloff. Dies sei ein falscher Name, aber der Mann biete Hilfe an, Entlastungsmaterial in der Affäre. Er wolle sich mit ihm in Deutschland treffen.

Das ominöse Treffen kommt nicht zustande. Das Ehepaar reist am Abend des 6. Oktober in den Süden, damit Barschel Kraft für die Aussage vor dem Untersuchungsausschuss in Kiel sammeln kann. Einen Tag haben sie in der Ferienanlage Ruhe, weil die Telefonanlage nicht funktioniert. Dann bricht das Chaos, das in Deutschland längst herrscht, auch über sie herein. Ab Donnerstag sind die Tage gefüllt mit Telefonaten, Fernschreiben und dem Beschaffen von Medikamenten.

Aber hat Barschel an diesem Tag mit Roloff telefoniert? Am Nachmittag erzählt er seiner Frau von einem Anruf, er müsse am Samstag nach Genf fliegen, weil ihn der Informant dort treffen wolle. Dann werde er nach Hause fliegen und am Montag vor dem Untersuchungsausschuss aussagen.

Auch seiner Schwester Folke erzählt er von Roloff. Der Mann wolle von Frankfurt nach Genf fahren und nur die Benzinkosten bezahlt bekommen. Was soll er tun? Gegen Mitternacht ruft Folke ihren Bruder zurück und rät ihm dringend ab. Doch intuitiv weiß sie, dass ihr Bruder diesen Mann unbedingt sehen will.

Robert Roloff ist der Schattenmann, der Barschel bis in den Tod begleitet. Auch nach 20 Jahren beruhen die Hinweise auf seine Existenz allein auf Barschels Erzählungen. Ist er die Erfindung eines medikamentenabhängigen Politikers, der keinen Ausweg mehr wusste und seinen Freitod als Rätsel für die Nachwelt inszenierte? War Barschel schlicht einem Hochstapler aufgesessen? Oder war Roloff ein Vorwand für Mörder, die Barschel in eine Falle lockten?

Genf, 10. Oktober 1987

TOD IN GENF

Uwe Barschel sitzt in der Iberia-Maschine Flugnummer 554 von Las Palmas nach Genf auf Platz 12 C, einem Gangplatz. Schon um 7.30 Uhr hat er sich in der Ferienanlage von seiner Frau verabschiedet, ein Abschied für immer. Und noch einmal fehlen über zwei Stunden im Leben des Uwe Barschel, der sich auf offener Szene immer wieder verschwinden lässt, wie ein Magier in einer Las-Vegas-Show. Bis zum Flughafen dauert die Fahrt gut 20 Minuten, Abflug ist 10.30 Uhr.

Eine „Notiz auf Flug LPA-Genf ca. 12.00 Unterlage für UA“ wird man später im Hotelzimmer bei ihm finden, geschrieben mit einem Renata-Kugelschreiber. Eine Art Kurzgeschichte, die nur von einer Figur handelt, von Robert Roloff.

Flug 554 landet pünktlich um 15.10 Uhr in Genf. Barschel besitzt ein Ticket für einen Flug nach Hamburg knapp 24 Stunden später. Er trägt nur Handgepäck bei sich, darin befinden sich auch seine Terminplaner für die Jahre 1986 und 1987. Das spricht dafür, dass Barschel Vorgänge der Vergangenheit durcharbeiten wollte: entweder mit dem angeblichen Informanten Roloff oder vor dem Kieler Untersuchungsausschuss.

In der Empfangshalle spricht ihn der Schweizer Journalist Frank Garbely, der vom „Stern“ engagiert worden ist, auf Deutsch an. Barschel antwortet auf Englisch: „I don’t understand. Who are you?“ Er dreht ab und verschwindet in der Menge. Der Fotograf Angelo Guarino schießt das letzte Bild, das ihn lebend zeigt.

Für die letzten Stunden in Barschels Leben gibt es lediglich wenige Orientierungspunkte. Gegen 15.20 Uhr verlässt er wahrscheinlich den Flughafen. Barschel hat niemandem gesagt, wo er absteigen wird, auch nicht seiner Frau. Spätestens um 16.30 Uhr checkt er im Hotel Beau-Rivage ein. Um 18.30 Uhr bestellt er eine Flasche Beaujolais Le Chat Botté 1985 auf Zimmer 317. Der Kellner Jean-Pierre Vergori bringt den Rotwein und zwei Gläser, wie in diesem Haus üblich.

Was sich in diesen und den folgenden Stunden ereignet, lässt sich nur aus den Aufzeichnungen und Barschels Telefonaten mit der Familie erahnen – wenn Barschel bei der Wahrheit geblieben sein sollte.

Barschel setzt seine Flugzeug-Notizen fort – oder er schreibt sämtliche Notizen erst jetzt auf, wie Ermittler vermuten: „17.10 Hotel Beau Rivage“ steht auf Seite fünf, Ankunft in Genf:

Bestieg Taxi, fuhr ein paar Mal um Flughafen und traf dann ungestört R.R. Er erkannte mich sofort. Gespräch dauerte ca. 20 Min. Spaziergang in Flughafennähe.

Barschel will Roloff also gleich nach der Ankunft getroffen haben.

Zwischen 17.41 Uhr und 19.08 Uhr greift Barschel viermal zum Hörer. Zunächst ruft er seine Frau auf Gran Canaria an, dann seine Schwester in Deutschland, schließlich zweimal seinen Bruder Eike in Yens. Allen dreien erzählt er im Großen und Ganzen, was in seinen Notizen steht. Es geht um Roloff, Pfeiffer und ein Foto:

Er hat Pfeiffer nur 2 o 3 x kurz gesehen. Hat ihn im Fernsehen wiedererkannt. Sein Name damals Gelsenberg. R. kennt Pfeiffer-Gelsenberg über einen „Freund“. Name nennt er nicht. Der ist ausgebildeter Passfälscher. P. behauptet dieser oder weitere sind die Hintermänner Pfeiffers. Er weiß von seinem „Freund“, dass Pfeiffer im Springer-Konzern sein Unwesen treiben soll. Es soll um Erpressung der Firmenleitung gegangen sein mit echten o. gefälschten Dokumenten. Daraus wurde nichts weil Pf. zur Pressestelle kam. Dann wurde Pfeiffer auf mich angesetzt.

Barschel schreibt ein neues Kapitel in seinem Krimi, die Handlung strebt dem Höhepunkt entgegen:

Da bei mir nichts zu holen war (kein Geld) „Überwechseln“ zur SPD/Spiegel. Genaue Einzelheiten weiß R.R. auch nicht. Hat seine Informationen aus Gesprächen mit „Freund“. Den kann er nicht nennen weil sonst selbst in Gefahr. Der hat ihn betrogen. R.R. will mir ein Bild geben, das Pfeiffer+Freund zeigt. Freund seit ca. 4 Wochen verschwunden. Will von mir nur 3-400 DM für Reisegeld. Ist mit Auto hier. Wagen hat er nicht gezeigt.

Ein konfuser Plot, den aber Barschel nicht erfunden haben muss. Seinem Bruder erzählt er am Telefon, dass die Übergabe des Fotos gegen 20 Uhr stattfinden soll. Falls es schnell geht, wolle er noch den Bruder und seine Kinder im Zirkus Knie treffen. Ansonsten, verspricht Barschel, komme er morgen bis 9.30 Uhr zum Frühstück nach Yens.

Zugleich führt er seinen Bruder auf eine falsche Spur. Auf die Frage, wo er stecke, antwortet Uwe: im Hilton.

Es ist das letzte Lebenszeichen von Uwe Barschel.



ACTION PRESS

DER KONTAKTMANN
Klaus Nilius
Er war Pressesprecher der Kieler SPD und traf sich mehrmals mit Reiner Pfeiffer unter konspirativen Umständen. Später übergab er ihm 50 000 Mark.

Gegen drei Uhr morgens will ein Nachtportier im Beau-Rivage etwa 20 Sekunden lang ein dumpfes Geräusch gehört haben, als ob jemand hingefallen sei. Er meint, das Gepolter sei aus dem zweiten oder dritten Stock gekommen.

Genf, 11. Oktober 1987

TATORT ZIMMER 317

Der „Stern“-Reporter Sebastian Knauer steht im Badezimmer von 317. Er drückt auf den Auslöser seiner kleinen Nikon-Kamera. Auf dem Foto steht die Uhr am Arm des toten Uwe Barschel auf 12.45 Uhr. Kurz darauf informiert Knauer, der heute beim SPIEGEL angestellt ist, den Portier über die Leiche in der Badewanne.

Um 14 Uhr trifft Polizeioffizier Jean-Claude Mossier im Hotel Beau-Rivage ein und übernimmt die Ermittlungen im Fall Barschel.

An der unverschlossenen Tür zu Zimmer 317 hängt ein Schild mit der Aufschrift „Ne pas déranger“. Die Tür öffnet sich nach rechts, ein kleiner Flur führt ins Schlafzimmer, links ist der Eingang zum Bad. Hinter der Tür liegt Barschels Koffer, daneben ein Handtuch, benutzt und beschmutzt. Am Ende des Flurs, neben dem rechten Türpfosten zum Schlafzimmer, liegt Barschels rechter Schuh, fest verschnürt. Weiter links davon liegt ein Hemdknopf, auf dem beigebraun karierten Muster des Teppichbodens ist er kaum zu erkennen. Es ist der zweite Knopf von oben an dem Hemd, das Barschel trägt. Die Stelle ist ausgerissen.

Im Schlafraum ist das Fenster geschlossen, die Vorhänge sind zugezogen. Das Zimmer wirkt aufgeräumt, wie unbewohnt. An der rechten Wand steht ein Schreibtisch.

Im Badezimmer steht ein Weinglas auf dem Waschtisch. Im Papierkorb darunter liegen eine kleine, leere Flasche Whiskey, Marke „Jack Daniel's“, aus der Minibar, die Plastikverpackung des Zahnputzbechers und ein zerbrochenes Weinglas. Der Fußboden ist trocken, der Badewannenvorleger leicht verrutscht, darauf Verfärbungen und ein Schuhabdruck. Am Rand liegt Barschels linker Schuh, ungeschnürt.

Barschel trägt Anzughose, Hemd und Krawatte. Die rechte Hand ragt aus dem Wasser, sie ist mit einem Handtuch umwickelt, darauf ruht der Kopf des Toten.

Im Zimmer gibt es nur wenige Hinweise, welche die Ermittler an Mörder oder an einen Todeskampf denken lassen: der Hemdknopf, das Paar Schuhe, ein verrutschter Vorleger, ein zerbrochenes Glas und ein achtlos hingeworfenes Handtuch.

Und dann fehlt ja etwas, die Flasche Rotwein.

Die Ermittler machen sich an die Arbeit. Sie gehen schlampig vor.

Der Polizeifotograf wählt die falsche Blitzlichteinstellung an seiner Kamera, das Ergebnis: grünflaue Bilder ohne Wert. Die Kriminaltechniker lassen das Badewasser ab, ohne die Temperatur zu messen. So lässt sich nicht mehr der genaue Todeszeitpunkt Barschels feststellen.

Bei der Obduktion der Leiche finden die Mediziner am und im Körper keine Zeichen von Gewalteinwirkung. Allein auf der rechten Seite der Stirn entdecken sie einen blauen Fleck. Barschel kann sich gestoßen, aber auch einen Schlag abbekommen haben; doch keinesfalls reichte die Wucht, dass er die Besinnung verlor.

Dafür finden die Toxikologen im Körper alle möglichen chemischen Substanzen. Der Cocktail aus Tranquilizern rührt von Barschels Medikamentenmissbrauch, aber er hat ihn nicht umgebracht.

Am Ende machen die Mediziner vier Wirkstoffe für den Tod verantwortlich: Cyclobarbital wird als Schlafmittel verwandt; Diphenhydramin ist ein Antiallergikum, Perazin ein Neuroleptikum; das Schlafmittel

Pyrithyldion ist 1987 außer in Dänemark nirgendwo in Westeuropa im Handel.

Es sind allerdings Unmengen an Tabletten, die Barschel genommen haben muss, wenn er denn Selbstmord beging. Allein für den Wirkstoff Diphenhydramin errechnen die Pharmakologen 25 bis 50 Stück. Die dazugehörigen Tablettenschachteln aber werden in Zimmer 317 nicht gefunden; ein weiteres Rätsel.

Die Familie Barschel misstraut den Ermittlern, denen in der Schweiz und denen in Deutschland. Bruder Eike organisiert eilig am Montag, dem 12. Oktober, eine Pressekonferenz im Genfer Intercontinental, um der Welt gemeinsam mit der Witwe Freya zu sagen: „Es war Mord."



DER ANWALT
Justus Warburg
Er vertritt die Familie Barschel seit 20 Jahren und ist der Überzeugung, dass Uwe Barschel aus Gründen der „Staatsräson" sterben musste.


Toter Barschel (in der Gerichtsmedizin)

Verfärbungen auf der Badematte

Karlsruhe, 22. Dezember 1994

DREI PLUS EINS

In Karlsruhe tritt der Bundesgerichtshof zusammen. Die Richter haben darüber zu entscheiden, ob es im Fall Uwe Barschel doch noch Mordermittlungen in Deutschland geben soll. Sieben Jahre sind seit dem Tod vergangen, für Ermittlungen eine Ewigkeit, denn heiße Spuren glühen rasch aus.

Die Staatsanwaltschaft Lübeck hatte am 12. Oktober 1987 ein „Todesermittlungsverfahren" eröffnet – es diente allerdings nur der Rechtshilfe für die Schweiz. Dann aber ist es eine Expertise, die daraus ein echtes Verfahren macht. Es geht um den tödlichen Medikamentenmix in Barschels Körper. Auf Drängen der Familie fertigt der Schweizer Toxikologe Hans Brandenberger 1994 ein Gutachten an. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass Barschel die vier Präparate nicht zeitgleich genommen haben kann. Die Schlussfolgerung: Es sei unwahrscheinlich, dass Barschel noch handlungsfähig war, als er Cyclobarbital einnahm.

„Drei plus Eins" heißt fortan die Theorie. Danach müsste Barschel zunächst durch „dämpfende" Medikamente betäubt worden sein, bevor ihm ein oder mehrere Mörder die tödliche Giftdosis verabreichten – etwa durch einen Schlauch in die Speiseröhre.

Ob Mord, Selbstmord oder assistierter Suizid: Barschels Tod wurde jedenfalls durch eine komplizierte Methode ausgelöst. Bei der Obduktion entdeckten Gerichtsmediziner eine Lungenentzündung, die auf eine „mehrstündige Überlebenszeit" im kühlen Badewasser schließen lässt.

Mittlerweile ist Heinrich Wille für den Fall zuständig. Der Leitende Oberstaatsanwalt beantragt am 19. Dezember 1994 beim Generalbundesanwalt zu prüfen, welche deutsche Staatsanwaltschaft für eine Mordermittlung in Sachen Barschel zuständig wäre. Drei Tage später überträgt der Bundesgerichtshof die Zuständigkeit an die Staatsanwaltschaft Lübeck. Fortan wird gegen Unbekannt wegen des Verdachts auf Mord ermittelt.

Die „Drei plus Eins"-Theorie ist umstritten. Vier weitere Gutachten kommen zu einem anderen Ergebnis.

Einig sind sich alle Experten, dass Barschel an einer schweren Medikamentenvergiftung starb. In seinem Körper fanden sie mehrere „zentral dämpfende" Wirkstoffe und zwei Schlafmittel in „hochtoxischer Konzentration". Der Streit entzündet sich an der eklatant abweichenden Konzentration der verschiedenen Wirkstoffe in Organen, Blut, Mageninhalt und Urin.

Die meisten Gutachter argumentieren, man könne einen Mord zwar nicht völlig ausschließen, aber die Reihenfolge der Medikamente lasse sich nicht mehr rekonstruieren. Brandenberger dagegen beharrt darauf, dass ein Wirkstoff deutlich später in den Körper gelangt sei. Allerdings schränkt auch er heute ein: „Nicht mehr handlungsfähig" meine, Barschel sei zum Zeitpunkt der Einnahme von Cyclobarbital so sediert gewesen , dass er beim letzten Medikament nicht mehr gewusst habe, „was er tat oder was mit ihm geschah".

Der Münchner Toxikologe Ludwig von Meyer findet bei einer Nachuntersuchung den Wirkstoff Methyprylon, ein Mittel, das sich in der kriminellen Szene großer Beliebtheit als K.-o.-Tropfen erfreut. Meyer räumt ein, der Befund sei „grundsätzlich geeignet", die Mordtheorie zu stützen.

Aber was könnte das Mordmotiv sein?

Über einen Mangel an Zuträgern kann sich Oberstaatsanwalt Wille nicht beschweren. Am Ende gibt es Hinweise auf ein Dutzend Nachrichtendienste, die Barschel getötet haben sollen, darunter der Mossad, das KGB, die angebliche Nato-Geheimtruppe „Gladio" oder Agenten aus Nordkorea. Als Täter kommen laut Ermittlungsakte auch gedungene Mörder und die Mafia in Frage.

Am 26. April 1995 vernehmen die Ermittler in München einen Mann namens Josef Messerer. Der Geschäftsmann erzählt eine wilde Geschichte: Er sei am 9. Oktober in Genf gewesen. In seinem Kalender steht ein Treffen mit einer Reihe prominenter Waffenhändler, darunter mit Ahmed Chomeini, dem Sohn des Ajatollah.

Der Ministerpräsident Barschel, erzählt Messerer, habe all die Jahre Waffengeschäfte gemacht. In Genf habe er sich mit Nordkoreanern und Iranern getroffen. Zehn Millionen Dollar habe er von seinen Geschäftspartnern verlangt.

Allerdings habe Barschel nach der Kieler Affäre als unzuverlässig gegolten. Deshalb, so Messerer, hätten ihn zwei Nordkoreaner und zwei Iraner in seinem Zimmer ermor-



MONIKA ZUCHT (L.); SPIEGEL TV (R.)

DER TOXIKOLOGE

Hans Brandenberger

Von dem Schweizer Wissenschaftler stammt die „Drei plus Eins"-Theorie: Sie besagt, Uwe Barschel könne nicht mehr handlungsfähig gewesen sein, als die letzte der tödlichen Substanzen in seinen Körper gelangte. Sein Gutachten löste im Jahr 1994 neue Ermittlungen aus.

det und alles auf Schmalfilm aufgenommen: das Geld auf dem Bett; wie die Rotweinflasche und eine kleine Whiskeyflasche mit Medikamenten präpariert werden; wie sie Barschel in die Badewanne legen.

Der Zeuge hat einen zweifelhaften Ruf. Dennoch lässt Wille die kleine Whiskeyflasche aus dem Hotelzimmer untersuchen. Tatsächlich enthält sie Spuren von Diphenhydramin, das ist einer der Wirkstoffe, die zu Barschels Tod führten.

Zudem liegt den Ermittlern eine ähnliche Aussage eines seriöseren Zeugen vor.

Der ehemalige iranische Staatspräsident Abol Hassan Banisadr lebt in Versailles in einer Zwölf-Zimmer-Villa mit bröckelndem Putz und wildem Vorgarten. Der schmächtige Mann mit den wachen Augen verfügt auch im Exil über ein solides Netzwerk an Zuträgern in seiner Heimat. So will er erfahren haben – und zwar schon vor dem Tod Uwe Barschels, darauf legt er Wert –, dass der Ministerpräsident in Waffengeschäfte mit dem Chomeini-Sohn Ahmed verwickelt gewesen sei.

Barschel habe Waffenverkäufe nach Teheran organisiert und regelmäßig an Treffen in der Schweiz teilgenommen. „Nach seinem Tod", sagt Banisadr, „haben wir dann erfahren, dass er versucht hat, die Gegenseite zu erpressen."

Mehr kann er nicht zu den Abläufen der Nacht in Genf beitragen.

Es ist eine Spur, die wieder im Sand verläuft, wie so viele andere Spuren. Etwa das Foto, auf dem Barschel mit Oliver North zu sehen sein soll, dem Drahtzieher der Iran/Contra-Affäre, eines Dreiecksgeschäfts mit Waffen zwischen den USA, Iran und Israel, das 1986 aufflog. Das Bild können die Staatsanwälte nie finden.

Von Februar bis Oktober 1986 hielt sich North mindestens fünfmal in Deutschland auf, um Geschäftspartner in Sachen Iran zu treffen. An einigen dieser Tage ist auch Barschel in Deutschland unterwegs.

Am 27. April 1998 schreibt Oberstaatsanwalt Wille den Abschlussbericht zum Ermittlungsverfahren. Er gibt keinen Aufschluss über Barschels Schuld oder Unschuld, er klärt nicht die Frage von Selbstmord oder Mord.

Spätsommer 2007

RÜCKBLICK AUF EINE AFFÄRE

Normalerweise haben Affären Sieger und Verlierer. Die Kieler Affäre aber ragt heraus, weil sie nur Verlierer kennt.

Erst war Engholm das Unschuldslamm, ein Opfer der Machenschaften aus der Staatskanzlei. Dann musste er zurücktreten als Ministerpräsident, Kanzler-Kandidat und SPD-Bundesvorsitzender, weil herauskam, dass er früher als zugegeben von schmutzigen Tricks wusste. Oder Günther Jansen, der Mr Ehrenwert der Kieler SPD: In einer Schublade hätten er und seine Frau Geld gesammelt, an die 50 000 Mark, das sagt er bis heute. Es gibt aber etliche Hinweise darauf, dass der – inzwischen verstorbene – Ahrensburger Verleger Ernst Naumann, der auch sonst für SPD und Arbeiterwohlfahrt spendete, große Teile des Geldes oder auch die ganze Summe gegeben habe.

Jansens Version führte zum zweiten Untersuchungsausschuss und damit zur partiellen Rehabilitierung Barschels.

Selbstzerstörung ist ein Kennzeichen dieser Affäre. Uwe Barschel fällt darunter genauso wie die Mitarbeiter, die für ihn falsche Aussagen machten. Karrieren brachen ab, Beamte wurden degradiert.

Lügen sind ein fester Bestandteil aller Affären. Irgendwann aber kommt die Wahrheit heraus, das ist auch eine Regel. Die Kieler Affäre nahm den umgekehrten Verlauf: Erst war alles klar, Barschel der Schurke, Pfeiffer sein Werkzeug, Engholm das Objekt ihrer Schandtaten. Heute ist alles viel weniger klar.

Im Spätsommer 2007 sitzt ein silberhaariger Mann auf der Terrasse eines großen Gartengrundstücks in Lübeck. Wenn er nach rechts schaut, blickt er aufs Wasser, blickt er geradeaus, sieht er vor sich die Wohnung, die er gerade bezogen hat.

Wie sein Leben ohne die Affäre verlaufen wäre? Björn Engholm zögert, legt die Pfeife aus der Hand, endlich sagt er: „Ich vermute unangenehmer. Dann hätte ich irgendwann mit ganz harten Bandagen kämpfen müssen. Vielleicht hätte ich Kanzler sein können, aber der Weg dorthin wäre mir schwerlich gelungen. Ich habe nicht die Machart von Helmut Kohl und auch nicht die eines Gerhard Schröder oder Oskar Lafontaine."

Er hätte das vorher wissen können, sagt Engholm, aber erst die Affäre habe ihn zur Einsicht geführt. Jetzt kümmert er sich um Kultur, um Stiftungen, um Dinge, die ihm Spaß machen. Ein angenehmeres Leben.

Freya Barschel wohnt noch in jenem Haus, das sie in jungen Jahren gemeinsam mit ihrem Mann gekauft hat. Auf der Kommode steht ein Schwarzweißbild in dunklem Holzrahmen, ein Porträt des smarten, agilen Uwe Barschel. Im Kampf um den Ruf ihres Mannes ist sie gewachsen, ohne verbittert zu wirken. „Meine größte Sorge nach 20 Jahren ist es, dass man alles vergisst", sagt sie. „Ich möchte, dass alles lebendig gehalten wird und meinem Mann Gerechtigkeit widerfährt."

Für Gerechtigkeit soll ihr Anwalt Justus Warburg sorgen. Er hält ein engbedrucktes Blatt Papier in die Luft: „Staatsräson" steht darauf, er hat sich die Definition im Internet-Lexikon Wikipedia ausgedruckt. „Es war Mord aus Staatsräson", sagt er, und seine Stimme wird um einige Dezibel lauter. Warburg ist 82, er könnte von der Affäre lassen, aber das gehe nicht, sagt er, er gebe nicht auf.

Die Affäre geht weiter.

MARKUS DETTMER, SVEN RÖBEL, BRITTA SANDBERG

ENDE

Was war da los, Herr Geistlinger?

Der Bauunternehmer Siegward Geistlinger, 64, über osteuropäische Alarmanlagen

„Exakt 102-mal wurde ich bereits Opfer von Einbrechern. Sie sind in die Gebäude meines Recycling-Hofs in Beyendorf eingestiegen oder haben auf Baustellen zugeschlagen. Die Kriminellen stahlen Computer, Hunderte Liter Diesel und mehrere Bagger. Jetzt reicht's. Ich habe mir einen tschechischen Schützenpanzer, eine polnische Panzerabwehrkanone und ein russisches Kalaschnikow-Sturmgewehr gekauft, die von privat angeboten wurden – schießen können sie nicht mehr. Die Täter lassen sich dennoch abschrecken. Seitdem der Panzer hier steht, wurde nicht mehr eingebrochen. Dafür kam die Polizei. Die Beamten haben nach Munition gesucht, alles umgegraben, aber nichts gefunden. Den Panzer darf ich behalten."



ULI LÜCKE

Geistlinger

RELIGION

Gottes Richter

Wo war Gott? Wie konnte er den Holocaust zulassen? Solche Fragen stellen sich die Überlebenden der Konzentrationslager immer wieder. In dem Buch „Das Heilige Nichts. Gott nach dem Holocaust" schreiben Herausgeber Tobias Daniel Wabbel und 18 prominente Autoren wie Kardinal Karl Lehmann, Hans Küng und Ralph Giordano über Religiosität nach dem Völkermord an den Juden. Giordano, der von den Nazis verfolgt wurde, lehnt es ab, Auschwitz einen übernatürlichen Sinn zu geben: „Glaube, Religion, sie können es nicht erklären, ohne Hitler zum Werkzeug Gottes zu machen." Wo Gott gewesen sei, fragte auch Papst Benedikt XVI. in einer Rede, die er in Auschwitz hielt und die in dem Buch nachgedruckt wird. Eine Antwort hat er nicht: „Wir können in Gottes Geheimnis nicht hineinblicken – wir sehen nur Fragmente und vergreifen uns, wenn wir uns zum Richter über Gott und die Geschichte machen wollen." Wabbel fasst zusammen: Die Frage sei nicht, ob der Mensch noch an Gott, sondern ob Gott noch an den Menschen glauben könne.

Tobias Daniel Wabbel (Hg.): „Das Heilige Nichts. Gott nach dem Holocaust". Patmos Verlag, Düsseldorf; 292 Seiten; 24,90 Euro.



Papst Benedikt XVI. in Auschwitz (2006)



ANDRZEJ GRYGIEL / PICTURE ALLIANCE/ DPA

INTERNET

Lobby gegen Lobbyisten

Sie kaufen Wissenschaftler, machen Abgeordnete mit Geschenken gewogen und täuschen die Öffentlichkeit. Tausende Lobbyisten versuchen in Brüssel die Politik zu beeinflussen – viele setzen dabei auf unlautere Mittel. Damit wollen vier Vereine Schluss machen. Sie haben den Antipreis „Worst EU Lobbying Award 2007" ausgelobt, der an den skrupellosesten Einflüsterer vergeben wird. Nominiert sind unter anderem die deutschen Fahrzeugbauer BMW, Daimler und Porsche für ihre Kampagne gegen eine Reglementierung von Autoabgasen. In der Kategorie „Worst EU Greenwash" wird zudem ein Unternehmen gewählt, dessen Werbung im größten Widerspruch zu den von ihm verursachten Umweltschäden steht – mit dabei sind Airbus, das Deutsche Atomforum und Shell. Abgestimmt wird per Internet über die Homepage www.worstlobby.eu. Die Organisatoren Corporate Europe Observatory, Friends of the Earth Europe, Lobby Control und Spinwatch machen so Interessenvertretung in eigener Sache. Und stehen dazu. Sie halten Lobbyarbeit für legitim, solange sie nicht irreführend und manipulativ sei.

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

Die lieben Verwandten

Ein Indiostamm besucht die Zivilisation – für zwei Tage.

Die Besucher waren misstrauisch. Fünf volle Tage lang waren sie durch den Dschungel gelaufen, über hundert Kilometer im Amazonasgebiet Brasiliens, sie wollten keinen Fehler machen, so kurz vor dem Ziel.

Also schickten sie zwei Späher vor. Die Späher näherten sich dem Dorf singend, sie klatschten in die Hände und machten mächtig Lärm. Wir kommen in friedlicher Absicht, sollte das heißen, schießt nicht auf uns! Euer Besuch ist da.

Das Dorf, vor dem die Späher jetzt standen, liegt am Rio Xingu, einer der schönsten Regionen im Regenwald. Die Bewohner dort gehören zum Stamm der Kayapó. Vor 50 Jahren erst waren die Kayapó von den Weißen entdeckt worden, mittlerweile sind sie sesshaft geworden in der Zivilisation, sie gelten als integriert, auch wenn sie gelegentlich einen Farmer entführen, um die Regierung zu beeindrucken.

Jugendliche aus dem Dorf entdeckten die beiden Späher als Erste: Die Fremden waren hochgewachsen und schön, sie trugen Haare bis zur Hüfte und in der Unterlippe einen kleinen Holzteller, ihren Körper und ihr Gesicht hatten sie schwarz-rot gefärbt. Kurz gesagt: Sie sahen aus wie Kayapó, nur noch ein bisschen ärmlicher, sie sprachen einen merkwürdigen Dialekt – wie Verwandte aus der Provinz.



YOSHIKAZU TSUNO / AFP

Kayapó-Häuptling

Indios nach 50 Jahren aufgetaucht

Rio de Janeiro – Vor 50 Jahren verschwand in Brasilien ein Indiostamm spurlos im Urwald. Jetzt

Aus der „Bild"-Zeitung

Zwei Tage später tauchte die ganze Gruppe am Flussufer auf, vorsichtig, abwartend, gegenüber vom Dorf. Drei Familien, 86 Männer, Frauen und Kinder. Die Fremden, das brachten die Kayapó aus ihnen heraus, gehörten einer Untergruppe ihres eigenen Stammes an, den Mentyktire. Es waren Verwandte, sehr entfernte, etwas sonderbare Verwandte, nur die Alten im Dorf konnten sich vage an sie erinnern.

Damals, als die Kayapó anfingen, in festen Dörfern zu leben, hatten sich die Mentyktire in den Urwald zurückgezogen. Bis dahin waren sie alle Nomaden gewesen, sie jagten und fischten und blieben nie länger als ein paar Tage am selben Ort. Der Kontakt mit der Zivilisation hatte die einen sesshaft gemacht; die anderen aber zogen tiefer in den Dschungel, fern von jeder Zivilisation, außerhalb der Zeit.

Haben sie sich aus Angst vor den Weißen versteckt? Wollten sie lieber frei im Dschungel leben, als edle Wilde gewissermaßen, statt eingepfercht in den Regeln der Zivilisation? Ein romantischer Gedanke – aber nach Meinung der Kayapó völliger Quatsch: „Sie hatten sich mit ihren Verwandten überworfen und mussten deshalb fliehen", heißt es im Dorf. Kayapó und Mentyktire gelten als streitsüchtig.

Jahre vergingen. Die Kayapó vergaßen den Zwist irgendwann, sie hielten ihre Verwandten für tot, hingerafft von der Grippe oder anderen Epidemien, und irgendwann vergaßen auch die Mentyktire, warum sie fortgegangen waren. Brasilien war inzwischen eine Militärdiktatur und wieder eine Demokratie geworden; Brasiliens Fußballer hatten fünfmal den Weltmeistertitel gewonnen, die Zeit wucherte über die Mentyktire und ihren Streit.

Und nun standen sie plötzlich auf der anderen Flussseite. Im Dorf der Kayapó rätselten die Erwachsenen, warum die Verschollenen gerade jetzt Kontakt zu ihren Stammesgenossen suchten. Vielleicht hatten Holzfäller sie vertrieben. Oder Goldsucher. Oder Sojafarmer, die das Land brauchten.

Gut möglich, dass die Mentyktire Zuflucht suchten. Vor einem Jahr zerschellte in der Nähe ihrer Jagdgründe eine Boeing 737 im Urwald, Suchtrupps überflogen das Gebiet mit Hubschraubern. Vielleicht hat das die Indios vertrieben, sie zu dem Entschluss gebracht, sich mit ihren Verwandten zu versöhnen. Die Kayapó konnten das alles nur mutmaßen, denn die Mentyktire erzählten nichts darüber.

In Colíder, der nächstgelegenen Stadt, hörte ein Häuptling der Kayapó, zugleich Chef der Indianerbehörde, vom Besuch aus dem Dschungel. Er organisierte Medikamente gegen Grippe und Malaria, verhängte eine Zugangssperre über das Reservat und machte sich auf den Weg ins Dorf. Aber er kam zu spät: Die Mentyktire hatten sich, nach nur zwei Tagen, wieder zurückgezogen, dorthin, woher sie gekommen waren.

Sie hatten bei ihren Verwandten in der Moderne vorbeigeschaut und sich nach zwei Tagen dagegen entschieden. Sie leben jetzt wieder irgendwo, sie sind der Welt entkommen, als hätte die Globalisierung ein Schlupfloch.

Der Häuptling der Kayapó will nun eine Expedition zusammenstellen: Sie werden ein Boot ausrüsten, eine Kiste mit Blechtöpfen, Haumessern und anderen Geschenken mitnehmen, den Rio Xingu hochfahren und auf Zeichen lauschen, die ihnen verraten, wo ihre Verwandten jetzt zu Hause sind. Er hofft, dass die Mentyktire wieder singen und lärmen, so wie bei der ersten Kontaktaufnahme. Dann, das ist der Plan, wird er die Geschenke im Urwald auslegen und sich zurückziehen, um zu sehen, ob sie die Deckung verlassen.

Er wird selber singen und lärmen, um ein Zeichen zu geben, dass er in friedlicher Absicht kommt. Und wahrscheinlich auch, weil er ein bisschen Angst hat vor seinen Verwandten. JENS GLÜSING



MAURICE WEISS / AGENTUR OSTKREUZ

Saal der Literaturagenten auf der Frankfurter Buchmesse: *Sie haken nach und feilschen, setzen Ultimaten, locken, drohen, lächeln*

GESCHÄFTE

Unter Wölfen

Welchen Wert hat ein Buch? Für Literaturagenten ist die Frankfurter Messe eine Mischung aus Speed-Dating, Kaufrausch und Literatentreff, eine bis zur Erschöpfung betriebene Jagd nach Autoren und Rechten. Die Könige des Gewerbes jonglieren mit Millionen. *Von Alexander Smoltczyk*

Am 8. Oktober um 15 Uhr nachmittags sitzt Andrew Wylie in der Lobby des Hotels Hessischer Hof. Er ist ein schon etwas älterer, knochiger New Yorker mit einer Vorliebe für Zigarren, avantgardistische Poesie und James Joyce. Aus dessen „Finnegans Wake“ kann er auswendig 16 Seiten zitieren. Andrew Wylie liebt Bücher. Die Branche nennt ihn den „Schakal“.

Der Hessische Hof gleich gegenüber dem Messeeingang ist das traditionelle Basislager der Literaturagenten in Frankfurt. Es sind die global operierenden Lizenzhändler im Buchgeschäft, und wer ganz oben mitspielen möchte, der kommt schon sonntags angeflogen, drei Tage vor Messebeginn, um seine Netze zu spannen.

So Andrew Wylie. Er hat eine gewisse Ähnlichkeit mit Fred Astaire, einen übergroßen, nahezu kahlen Schädel, über den nachgepflanzte Haarsträhnen laufen, scharf gezogen wie Messerschnitte.

„Ich habe gerade Benazir Bhutto verkauft“, sagt Wylie und macht einen Vermerk in seinem Tagesplaner. Der Mann sammelt Autoren. Unter seinen Trophäen sind ein Fatwa-Opfer (Salman Rushdie), ein amtierender und ein fast amtierender Präsident (Nicolas Sarkozy, Al Gore) und etliche Nobelpreisträger. Dazu Norman Mailer, Andy Warhol, Zadie Smith, Susan Sontag. Die Klientenliste der Wylie Agency liegt dick vor ihm wie eine Shakespeare-Werkausgabe. „Unser feinster Name, Shakespeare“, sagt Wylie. „Wir haben Rechte an ihm.“ Sein Lebensziel ist, jeden Literaturnobelpreisträger als Agent zu vertreten.

Um ihn herum ist ein Stimmengewirr wie auf dem Parkett einer Börse. Zwischen den Topfpalmen der Lobby hocken Damen mit ausdrucksstarken Brillen zu zweit, zu dritt um Empire-Tischchen, reden fließend in diversen Sprachen, zwischen sich Filofax, Blackberry-Handys und stilles Wasser und vor sich Lizenzkontrakte. Jeder scheint jeden zu kennen. „Soooo good to see you …“, ruft es, und schon wird ein Neuankömmling umarmt und mit Luftküssen behaucht, als hätte er gerade eine Pol-Überquerung überlebt.

Nicht, dass jeder sich im Hessischen Hof einquartieren könnte. Zur Buchmesse sind die Zimmer (ab 471 Euro ohne Frühstück) blockiert, Jahre im Voraus. Nur wer zum Zirkel gehört und sich als würdig erwiesen hat, weil er weiß, welches Sofa wessen Stammplatz ist, und weil er Richard Ford nicht mit dem Etagenkellner verwechselt, nur der bekommt ein Zimmer.

Auch Termine mit Top-Agenten wie Andrew Wylie werden vergeben wie eine Audienz. Nur weil jemand mit Buchrechten handelt, heißt das nicht, dass sich jeder bei ihm bedienen darf. Nicht bei einer Autorenliste wie der von The Wylie Agency.

Die Liste ist das Kapital eines Agenten. Er lebt vom Vertrauen seiner Autoren. Eine gute Liste aufzubauen dauert Jahre. Deswegen gibt es ein ungeschriebenes Gesetz, wonach sich Literaturagenten die Autoren nicht gegenseitig abjagen. Wylie hält das für naiv: „Wir machen das ständig“,



MAURICE WEISS / AGENTUR OSTKREUZ

Literaturagent Wylie: *Die Branche nennt ihn den „Schakal“*

sagt er. „Wenn ein Autor das Business versteht, dann geht er dorthin, wo er am besten vertreten wird.“

Er hat unter anderen Salman Rushdie, Susan Sontag und W. G. Sebald ihren Stammagenten und Hausverlagen entrissen, allesamt linke Autoren. Aber Wylies sechs- und siebenstelligen Argumenten konnten sie sich nicht entziehen.

„Wylie ist ein Raubtier“, sagt Andrew Nurnberg, auch er ein Alphatier der Branche, mit Filialen in Peking, Sofia und Moskau. „Aber er hat unsern Job prickelnder gemacht. Keiner kann sich seiner Autoren mehr sicher sein.“

In der Lobby des Hessischen Hofs bearbeitet Andrew Wylie den zwölften Termin des Tages. Er schreibt ein paar Zahlen auf eine Papierserviette, dreht sie um und schiebt sie einem Pariser Verleger über den Tisch. Der wird still. Es läuft gut heute für Wylie. Aber ganz zufrieden ist er nicht. Denn oben, in einem der Hotelzimmer, liegen zehn zusammengeheftete Blätter. Kaum jemand weiß, was auf ihnen steht. Wylie jedenfalls weiß es nicht, und das ärgert ihn.

Denn die Seiten müssen so wertvoll sein, als hätte Gutenberg sie gedruckt. Ihr Besitzer hat mit ihnen schon sieben Millionen Dollar gemacht. Und in Frankfurt soll die Zahl hübsch aufgerundet werden. Es könnte der teuerste Deal der Messe werden. „Ich hätte Keith Richards natürlich gern gehabt“, sagt Andrew Wylie. „Aber Ed war dichter dran.“

Ed Victor ist ein mächtiger, in englisches Tuch gekleideter Herr, der am nächsten Morgen im Sèvres-Raum beim Frühstück sitzt, wie jeden Dienstagmorgen seit zehn Jahren in Gesellschaft von Hans-Peter Übleis, Leiter des Droemer-Knaur-Verlags. Die beiden reden nicht übers Wetter.

„Ich bin lange im Geschäft. Aber diese zehn Seiten von Keith sind das beste Exposé, das ich je gelesen habe“, sagt Ed Victor.

Rolling-Stones-Gitarrist Keith Richards ist für alle, die inzwischen Geld für teure Bücher haben, der Inbegriff von Sex & Rock’n’Roll. Und trotz seines früheren Drogenkonsums auf Großmarktniveau scheint die Sprache des inzwischen 63-Jährigen noch so scharf und lakonisch zu sein wie einst seine Gitarrenriffs.

Agenten sagen solche Sätze. Bisher hat Richards nur ein erstes Band besprochen, und sein Autor James Fox hat es zusammengeschrieben. Keiner der Bieter konnte mit Richards sprechen, auch die Bosse der Buchhandelsketten nicht, die Victor ebenfalls schon im Boot hat. Es gab nur einen vagen Erscheinungstermin (Herbst 2010), aber es genügte offensichtlich, damit der US-Verlag Little, Brown and Company mehr Geld auf den Tisch legte, als wohl je für die Memoiren eines Popstars vorgeschossen wurde.

Ed Victor senkt die Stimme: „Es war ein Gladiatorenkampf. Noch nie in meiner Laufbahn habe ich für etwas so viel Geld bekommen.“ Und er hätte gern, so heißt es, noch 700 000 Euro pro Land dazu. Pro Lizenz. Für die nächsten Tage hat Victor europäische Verlage einbestellt, je drei aus einem Land, um die Rechte zu versteigern. Dann werden die Seiten ausgegeben, keiner verlässt den Raum, und wieder eingesammelt. Ein wenig so wie beim Konklave. Und dann wird es den größten Deal der Messe geben, hofft Ed Victor. Weiß Ed Victor. Jumpin’ Jack Cash.

Autoren sind oft einsame, marktscheue Existenzen. Sie ringen mit ihren Romanfiguren, nicht gern mit Managern. Wer schreibt, will das Wort „Lizenzrechte im E-Book-Geschäft“ nicht in den Mund nehmen müssen. Deswegen gibt es Agenten.

Sie lotsen ihre Autoren durch den Dschungel des Literaturbetriebs. Sie bieten Verlagen die Manuskripte ihrer Klienten an, handeln Nebenrechte, Vorschüsse, Werbeunterstützung für einen Titel aus, haken nach und feilschen, setzen Ultimaten, locken, drohen, lächeln und kassieren in der Regel 15 Prozent vom Honorar. Sie sind, kurz gesagt, Zeitgenossen, die ein Verleger nicht mit auf eine einsame Insel nehmen würde. Und wenn, dann nur, um sie leiden zu sehen.

Als Preistreiber wurden sie bezeichnet. Kleinverleger fürchten ihr Erscheinen wie den Sensenmann, weil ein mühsam aufgebauter Autor dann bald zu einem größeren Verlag gehen wird. Und von Siegfried Unseld ist der Bannfluch überliefert: „Ein deutscher Autor, der sich einen Agenten nimmt, kann kein Suhrkamp-Autor sein.“

Der große Unseld ist tot, sein Fluch überdauerte ihn nicht lange. Inzwischen gibt es eine Unzahl von hochspezialisierten Sachbuch-, Verlags- und Autorenagenten, Zweitrechte-, Sub- und Subsub-Agenturen. Im vergangenen Jahr wurden in Deutsch-

land 94 716 Titel verlegt. Gut zwei Drittel der Publikumstitel mit Hilfe der Agenten.

Es gibt die Allmächtigen aus der Sphäre des Sechsstelligen, die Wylies, Ed Victors, Andrew Nurnbergs. Es gibt die drei Zürcher Agenturen, die den US-Import beherrschen. Und es gibt allein in Deutschland gut hundert Klein- und Kleinstagenturen, die ihre Existenz bisweilen nur dem Umstand verdanken, dass ein Verlag in den Krisenjahren 2002/03 sein Lektorat ausgedünnt hat.

Das Frankfurt der Agenten ist ein anderes als das der „Blauen Sofas", Laudationes und Buchpreise. Es ist eine Welt der Zahlen mehr als der Buchstaben. Eine kleine Welt. Alle kennen sich, alle lesen ihre „Publishers Weekly", „Times Literary Supplement", „New York Times Book Review", um die Witterungen aufzunehmen. Es ist ein großes Jagen. Einfach nur so oder aus Liebe zur Dichtung wird im Hessischen Hof kein Gespräch geführt.

Seit September sind die Scouts und Agenten schon unterwegs. Manche Verträge sind längst gemacht. Aber darum geht es nicht. Es geht um das Frankfurter Fieber, jene Hysterie, die sich langsam, von Empfang zu Empfang, aufbaut und wohlig genossen wird. Es geht um den Hype.

„Agenten müssen einen Hype herstellen, also die Branche wild auf einen Titel machen. Das geht nicht mit E-Mails. Das muss man feinsteuern, wie es nur in Frankfurt möglich ist", sagt Nikolaus Hansen, Leiter des Marebuchverlags.

Voriges Jahr gelang es dem Agenten Andrew Nurnberg, einen Hype um „Les Bienveillantes" auszulösen, den Roman eines 38-jährigen Amerikaners, der Französisch schrieb und von dem bis dahin kaum jemand gehört hatte. Als der Rauch sich verzogen hatte, blieb der Berlin Verlag übrig, mit einem bindenden Gebot von angeblich 450 000 Euro für über tausend schwerverdauliche Seiten über die fiktive Lebensgeschichte eines schwulen SS-Offiziers.

„Das ist nur menschlich. Je höher der Vorschuss, desto mehr wird der Verlag für Promotion ausgeben. Deswegen pushen wir sie", brüllt Nurnberg beim x-ten Empfang am Dienstagabend, bei Fischer oder Hachette oder Beck. Mag sein, dass Literatur etwas mit Stille zu tun hat. Aber hier wird gewaltig nachgeholt. Man zwängt sich schwitzend, mit klugem Gesicht und Fingerfood balancierend aneinander vorbei. Inge Feltrinelli taucht kurz auf wie eine Vision, Unseld junior, Michael Krüger, Martin Mosebach, alle sind da, Andrew Wylie und Ed Victor treiben vorbei, und jeder muss lauter sein als jeder andere.

Nurnberg ist ein Gentleman mit jungenhafter Begeisterung, fließend in Russisch und Deutsch. Er ahnt noch nicht, dass er sich ab Donnerstagmittag über Geld keine Sorgen mehr zu machen braucht. Zu seinen Klienten gehört auch Doris Lessing, die Nobelpreisträgerin 2007.

Vor ein paar Jahren noch konnte es einem Lektor passieren, auf diesen Empfängen noch nachts um drei ein Manuskript zugesteckt zu bekommen. Dann wurde die Nacht durchgelesen, und um sieben Uhr morgens erschien eine SMS auf dem Handy: „75 000 Euro – du hast bis elf Uhr Zeit." Liebe Grüße, dein Agent.

Das waren dann diese Momente im Leben eines Lektors, von denen noch lange erzählt wird, spätnachts in der Bar des Hessischen oder der Lobby des Frankfurter Hofs. Wenn Kleinstverleger und Verlagstitanen, Büchergroupies und -ikonen, wenn Leitwolf und Lamm friedlich trunken nebeneinander in den Sesseln hängen, gejetlagt, schlaflos und aufgedreht vom Alkohol, vom Gebrüll, vom Rausch der Deals. Im Frankfurt-Fieber.



MAURICE WEISS / AGENTUR OSTKREUZ

Literaturagenten im Hotel Hessischer Hof: *„75 000 Euro – du hast bis elf Uhr Zeit"*

Das 1968 erschienene Standardwerk „Des Autors leere Börse und der Aufstieg des Literaturagenten" beschreibt den jahrhundertelangen Disput, ob ein Buchagent mehr ist als nur ein „Wicht von Mittelsmann zwischen dem Genie und seinem großen Wirt, dem Publikum" – wie es William Thakeray in seiner Satire „Pendennis" schrieb.

Erst gab es sie nur in England. Die wenigen Agenten im Vorkriegsdeutschland waren ins Exil getrieben worden und hatten nach 1945 wenig Lust, wieder unter die Deutschen zu geraten. So gingen sie nach Zürich, zumal es dort einen freien Devisenverkehr gab.

„Das sind wir", sagt Eva Koralnik und tippt auf ein Wandbild im Festsalon des Hessischen Hofs: Ein Indianer balanciert über einen Dschungelsteg und hat jemanden auf den Schultern sitzen. „Wir tragen die Autoren zu den Verlegern. Und das", sie zeigt auf einen Haufen Wilder im Unterholz, „sind die Kritiker."

Eva Koralnik ist eine zierliche ältere Dame, die akzentfrei zehn Sprachen spricht, von Ungarisch bis Hebräisch, und zusammen mit Ruth Weibel die Agentur Liepman führt. Auf ihrer Rechte-Liste stehen Tschingis Aitmatow, Anne Frank oder Erich Fromm. Niemand in der Branche würde auf den Gedanken kommen, die „Liepfrauen" mit Schakalen zu vergleichen, und auch nicht mit Indianern.

Menschen wie Eva Koralnik sind die Seele der Agentenszene. Koralnik sagt: „Es geht nicht allein ums Geld. Bücher sind besondere Waren, und Autoren sind delikate Wesen. Sie wollen gepflegt werden. Und warum sollte ein Agent aus einem Verlag mehr Vorschuss herausholen, als später verdient werden kann?"

Das „Literary Agents & Scouts Centre" in Halle 6.2 der Messe ist für Normalbesucher tabu. Es ist eine Halle, so weit, dass sich ihr Ende im Dunst zu verlieren scheint. Die Szenerie erinnert an einen immensen Kontakthof. An 368 Tischen sitzen sich von morgens bis abends Agenten und Verlagslektoren aus 32 Ländern gegenüber, Auge in Auge. Man sieht milchbärtige Assistenten, die von ihren Bossen auf ihre Zähigkeit getestet werden, chinesische Subagenten und Verlagsagentinnen aus Rio de Janeiro.

Ed Victor sitzt am Tisch U 03. Vor sich ein Glas Wasser. Er wartet.

Man sieht Manuskriptejäger, vor Begeisterung glühende Jungagentinnen und andere, deren trendgegerbte Gesichter schon alles mitgemacht haben, ChickLit und Fräuleinwunder, Ethno, Love & Landscape, neue Junge und wilde Alte.

Alle verfügen über die Tricks angelsächsischen Dealens. Es gibt „Knockout"-Auktionen, bei denen nur einer übrig bleibt, es gibt die „closed bids", wo jeder einen Umschlag mit einer Zahl abgibt, ohne zu wissen, was die anderen geboten haben. Und

MAURICE WEISS / AGENTUR OSTKREUZ

Literaturagent Victor: *Es ist ein wenig so wie beim Konklave*



MAURICE WEISS / AGENTUR OSTKREUZ

Literaturagent Nurnberg, Kolleginnen: *Seit Donnerstag Vertreter der Nobelpreisträgerin*

es gibt, wenn auch selten nur, das gefürchtete „blind offer“: Die Verlage geben Gebote ab, ohne eine Zeile gelesen zu haben.

Es werden Taschenbuchrechte für den russischen Markt gehandelt, Zweitverwertungen für ein paar tausend Euro oder, für ein Vielfaches des Preises, Welt-Exklusivrechte. Hier entstehen die Programmlisten, die Bestseller der nächsten Jahre.

Wenn sich ein unverlangter Autor hierher verirren würde, mit Umhängetasche und diesem vertraulichen Blick, und wenn er dann murmelnd nach seinem Kopierten kramte: „Habe da was geschrieben … wenn Sie vielleicht … mal kurz reinlesen …?!“ – dann würde das bei den Agenten in Halle 6.2 das gleiche Gefühl erwecken, als würde ein Junkie in die U-Bahn steigen und sagen: „Hallo, ich heiße Michi und bin HIV-positiv …“

Es gibt das gefürchtete „blind offer“: Die Verlage bieten, ohne eine Zeile gelesen zu haben.

Im 30-Minuten-Takt werden die Tische gewechselt, und die ersten zwei Sätze sind entscheidend, ob’s funkt oder nicht. Es ist ein Speed-Dating für Manuskriptliebhaber. „Du hast zwei Minuten, um deine Leidenschaft an den Verleger weiterzugeben. Es gibt Tausende Plots, und ich muss dem Lektor sagen: Das hier, das ist genau das, wonach du gerade suchst“, sagt Roman Hocke, einer der routiniertesten deutschen Agenten.

Undenkbar, dass irgendjemand hier das Wort „einfühlsam“ in den Mund nähme. Oder gar „spannend“. Verbrauchte Modewörter. Im Jahr zwei der Kanzlerin wird nur noch nüchtern der Motor der Handlung erzählt. Die Kunst des Agenten besteht in der Vorbereitung. Denn wer würde im Ernst den Plot von Kafkas „Prozess“ kaufen: Ein Typ wird verhaftet und weiß nicht, weshalb. Warum er schließlich zum Tode verurteilt wird, erfährt er auch nicht.

Jeder Agent hat sich seine Köder-Sätze schon zu Hause überlegt. Zum Beispiel der Zürcher Großagent Peter Fritz über das noch unübersetzte Buch eines ziemlich unbekannten Drehbuchschreibers aus Kalifornien: „Es ist der Rückblick auf das Leben eines motorsportverrückten Hundes namens Enzo, erzählt von diesem selbst.“ Dieser Plot hat seiner Agentur den wichtigsten Abschluss der Saison eingebracht. „The Art of Racing in the Rain“ von Garth Stein war Droemer über 100 000 Euro wert.

„Den Agenten wird Macht zugeschrieben, die sie gar nicht haben“, sagt Fritz. „Okay, manche Werke wollen alle haben, da ist das Geschäft leicht. Aber in den meisten Fällen haben wir doch einen Käu-

fer-Markt. Wir müssen den Verlegern unbekannte Autoren nahebringen.“

„Ein Buch zu machen ist ein Pokerspiel. Oder Roulette. Auf jeden Fall nichts, um reich zu werden“, sagt Gilles Cohen-Solal vom Pariser Verlag Héloïse d’Ormesson. Er weiß, wovon er spricht. Andrew Wylie hat ihm gerade zwei Titel verkauft.

Keiner in der Halle würde ernsthaft behaupten, er kenne die Erfolgsformel für ein Buch (auch wenn viele so tun, als wüssten sie es). Es gibt Genres, die nur in Deutschland Erfolg haben. Traurige Frauenschicksale aus Afrika zum Beispiel, mit Titeln wie „Wüstenblume“. Das läuft seit Jahren. Der Deutsche negert eben gern.

Ansonsten hängt der Erfolg eines Buchs von zu viel Unwägbarkeiten ab, als dass man ihn vorhersagen könnte. Gewiss ist nur: Die Mehrzahl der Titel in Frankfurt werden kein Geld einbringen. Nach McKinsey-Kriterien verschwenden die meisten Leute hier den Großteil ihrer Arbeitszeit.

Im Juni kündigte das New Yorker Verlagshaus Simon & Schuster an, in Zukunft mit MediaPredict zusammenzuarbeiten. Die Firma stellt Exposés, samt Cover und Leseprobe, ins Internet und lässt den virtuellen Markt über die Erfolgsaussichten befinden. Der Buchmarkt wird quasi im Voraus simuliert, um das Risiko zu mindern.

Kritiker sehen darin die endgültige Selbstaufgabe des Verlegers. Aber warum sollte das Buch-Bauchgefühl eines Programmleiters besser sein als die gewichtete Leselust des Publikums? Die Harvard Business School fand heraus, dass simulierte Zukunftsbörsen den Erfolg eines Hollywood-Films mit einer Abweichung von 16 Prozent vorhersagen können – ein Wert, von dem die meisten Marktabteilungen nur träumen können. Wenn Verlage sich Marktstudien überhaupt leisten könnten.

Nach McKinsey-Kriterien verschwenden die meisten Leute in Frankfurt ihre Arbeitszeit.

In Deutschland entstanden Literaturagenturen nach angelsächsischem Vorbild Mitte der Neunziger. Karin Graf war die Erste, im Sachbuchbereich folgte ihr Petra Eggers. Inzwischen sind Graf & Graf und Eggers & Landwehr die beiden wichtigsten deutschen Agenturen, beide mit Sitz in Berlin.

Die Klientenliste von Eggers & Landwehr reicht von der Medizinalprosa eines Grönemeyer über belletrisierende Journalisten bis zu den Megasellern Frank Schirrmacher und Wladimir Kaminer.

Es war eben die Zeit, als Medienkonzerne sich gegenseitig die Verlage wegjagten und sie nach McKinsey-Mustern dekonstruierten. Es war Geld da, und Jungautoren bekamen jeden Vorschuss. Sie mussten nur einigermaßen die Feder halten können, irgendwie gelangweilt aussehen und unter 25 Jahren sein. Ein Verlagsleiter erinnert sich: „Ich habe noch den Satz eines Agenten im Ohr: ‚Ich mache grundsätzlich nur noch sechsstellig.‘ Das meinte der ernst.“

Man kann seine Autoren auch verbrennen. Wenn ein Agent einen Riesenvorschuss für einen Erstling heraushandelt und der Titel floppt, wird keiner mehr ein Manuskript von dem Autor kaufen.

Mit dem Platzen des Literatur-Hypes vor fünf Jahren hat sich die Lage sehr beruhigt. Verlage wie Fischer oder Droemer haben längst eigene Scouts in New York und London, um frühzeitig an Manuskripte heranzukommen, denn frisch vom Schreibtisch ist die Ware am billigsten.

Es fällt den Agenten schwerer als früher, die Jagdinstinkte anzufeuern. Die Lektoren sind vorsichtiger geworden. Jeder hat sein Rechtebudget im Kopf. Die Abschreibung nicht eingespielter Lizenzen macht einen wichtigen Posten aus in der Bilanz.

Überleben wird als Agent nur, wer auch den Verlagen Arbeit abnimmt, und sei es die, das Ego eines Autors zu bändigen.

„Es geht nicht ohne Agenten. Wenn einer gut ist, dann filtert er aus der Flut der Angebote genau das heraus, was wir brauchen, und bietet es gezielt an.“ Das sagt Hans-Peter Übleis, der Chef von Droemer Knaur. Und fügt hinzu: „Natürlich sind nicht alle Agenten gut. Es ist mir schon passiert, dass ich manchem am liebsten Hausverbot erteilen würde. Aber bitte entschuldigen Sie mich …“

Übleis ist mit Ed Victor verabredet.

Es ist Donnerstag, kurz nach halb zwölf Uhr. Für die Agenten ist Frankfurt praktisch beendet, fürs Publikum hat die Buchmesse noch gar nicht begonnen.



MAURICE WEISS / AGENTUR OSTKREUZ

Keith-Richards-Managerin Rose: *„So abgefuckt“*

Auf Platz U03, dem Verkaufstisch der Ed Victor Agency, liegen jetzt zehn an der Klammerecke schon etwas abgegriffene Seiten. Und neben Ed Victor sitzt eine engelsgesichtige, ganz in Schwarz gekleidete Gestalt unbestimmten Alters: „Meet Jane“, sagt Victor.

Jane Rose ist Halbindianerin und „Personal Manager“ von Keith Richards. Was auch einmal bedeutet hat, ihm die Koks-Linien auf die Gitarrenboxen zu legen und ihn später durch diverse Entzüge zu lotsen. Das wird man alles lesen können.

Hans-Peter Übleis und seine Sachbuchleiterin Margit Ketterle sitzen neben Lady Jane und Ed Victor und lesen, den Kopf in die Hände gestützt, das Manuskript des Rolling Stone. Aus der Ferne betrachtet sieht der womöglich teuerste Deal der Frankfurter Buchmesse aus wie das Beratungsgespräch in einer Bausparkasse.

„Starkes Stück“, sagt Übleis anschließend. „Keith loves it“, sagt Jane Rose, aber das ist vielleicht schon Teil des Hypes.

Am Freitag wird der Fischer-Verlag hier sitzen, dann Random House. Erst Montag, wenn alle wieder in ihren Büros sind, beginnt das, was Ed Victor „die Missionarsstellung“ nennt: „Ohne langes Rummachen und Gerede. Jeder macht sein Angebot, und ich vergleiche.“

Und anschließend erzählt er jedem vom nächsthöheren Angebot und lockt und pokert und treibt das Ganze über zwei, drei Runden. Vielleicht bringt das noch ein paar zehntausend mehr, vielleicht auch nicht. Aber so ist das Spiel. Es muss vor allem Spaß machen. Sonst könnte man auch mit Gurken handeln.

Jane Rose nimmt die Sonnenbrille ab und sagt: „Das Pop-Business ist so abgefuckt. Aber bei Büchern, da gibt es noch Leidenschaft.“ – „Okay, ich verrate Ihnen den letzten Satz von Keith Richards’ Exzerpt“, sagt Ed Victor. „Der geht so: ‚Ich mache das nicht fürs Geld. Ich mache das nicht für euch. Ich mache das nur für mich.‘“

Er lächelt fein. ◆



Mischfaser, knieumspielend

Ortstermin: In einer Berliner Justizvollzugsanstalt wird die neue Mode für das Personal vorgestellt.

Die Models werden durch die dunkelrote Eingangstür kommen, immer paarweise, sagt Frau Kleinfeld. „Sie laufen dann bis zur Wendeschleife, und zum Schluss kommen alle noch einmal raus für das Abschlussbild, okay?“

Die Fotografen nicken. „Wie viele Models laufen heute?“, fragt jemand.

„Zehn“, sagt Frau Kleinfeld.

„Ist das schon die neue Kollektion, die Sie da tragen?“, fragt ein Fotograf und zeigt auf den knielangen Rock.

„Ja“, sagt Frau Kleinfeld und lächelt. Frau Kleinfeld ist die Leiterin der Kleiderkammer der Berliner Justiz, und neue Kollektion klingt nicht schlecht. Neue Kollektion klingt nach viermal im Jahr, Frühling, Sommer, Herbst und Winter. Nach modischer Vergänglichkeit.

„Wie lange gab es die alte Kollektion?“, fragt jemand.

„Puuuh, rund 25 Jahre“, sagt Frau Kleinfeld.

Es sieht nach einem historischen Tag aus. Dienstkleidungswechsel in der Berliner Justiz sind ähnlich selten wie kubanische Regierungswechsel. Vielleicht kam man deshalb auf die Idee mit der Modenschau. Der Aufbruch nach einem Vierteljahrhundert modischen Stillstands sollte angemessen begangen werden.

Vor dem Raum steht ein Schild auf dem Boden mit der Aufschrift „Vorsicht frisch gebohnert!“. Im Raum sind Stuhlreihen aufgebaut, die Mitte, der Catwalk, ist frei geräumt. Neben dem Rednerpult, auf einem kleinen Sprelacart-Holztisch, steht ein tragbarer CD-Player, der leise Musik spielt. Ein Ghettoblaster. Der Leiter der JVA ist gekommen und die Berliner Justizsenatorin. Vor der dunkelroten Eingangstür warten die Models.

Die Models sind Herr Hagen und Frau Westphal und Frau Heumann und sieben weitere Justizbeamte der JVA. Eigengewächse, wenn man so will. Frau Kleinfeld geht ans Rednerpult und hält eine kleine Rede. Worte wie „Schnittführung“, „Strickwarenentwicklung“ und „Kugelschreibertasche“ wehen durch den Raum. Die Fenster sind vergittert.

Justiz und Polizei sind wahrscheinlich die letzten Bereiche der Gesellschaft, wo Mode und Zeitgeist eigentlich keine Rolle spielen. Die grünen deutschen Polizeiuniformen, die in einigen Bundesländern noch getragen werden, stammen aus dem Jahr 1976. Damals ging es darum, locker zu wirken. Autorität kam nicht gut an, 68 und der Sommer der Liebe waren gerade erst vorbei. Grün entspannte.

„Wir beginnen jetzt mit der Präsentation“, sagt Frau Kleinfeld und dreht die Musik auf. Tina Turner singt, Frau Kleinfeld moderiert. Die ersten beiden Models laufen herein, Mann und Frau, sie laufen auf die Fotografen zu, die am Ende des Saals vor Spanplatten-Stellwänden stehen, dann Wendeschleife, Blick, Drehung, zurück. „Herr Hagen mit Cargohose, dem schönen Parka und der Fleecejacke“, sagt Frau Kleinfeld ins Mikrofon.

FOTOS: CARSTEN KOALL

Neueingekleidete Berliner Justizbeamte: *Dunkelblau als Signal*

Die neue Dienstkleidung ist dunkelblau. Vorher war die Dienstkleidung der Berliner Justiz grau-hellblau für die Männer und braun-beige für die Frauen. Es muss nicht einfach sein, ein Arbeitsleben in Braun-Beige zu verbringen. Die alten Justizhosen hatten eine unzerstörbare Bügelfalte und wirkten, ebenso wie die Justizjacketts, stofflich so, als wären sie asbesthaltig oder leicht entflammbar. Man kann sagen, die alte Dienstkleidung schuf viel Mitleid, aber wenig Respekt. Vermutlich war das das größte Problem.

„Der Herr im kurzen Windstopper, Cargohose, mit Poloshirt und der Strickjacke. Die Stoffe: Baumwolle, Wollmischfasern, veredelt“, sagt Frau Kleinfeld ins Mikrofon. Links und rechts vom Catwalk, in gepolsterten Stuhlreihen, sitzen Mitarbeiter der Justizvollzugsanstalt und klatschen.

Vor ein paar Tagen ist nebenan, im Kriminalgericht Moabit, ein Angeklagter entflohen. Er lief weg, vorbei an den Justizwachtmeistern in Braun-Beige und Grau-Blau. Es ist sicher nicht nur ein Farbproblem, aber irgendwo muss man ja anfangen. Justizwachtmeister sollen im Gegensatz zu anderen Dienstkleidungsträgern wie Stewardessen, McDonalds-Mitarbeitern oder Tankwarten Autorität ausstrahlen. Dunkelblau könnte ein Signal sein. Die Polizisten in Hamburg oder Bremen tragen Dunkelblau. Die meisten europäischen Polizisten tragen Dunkelblau. Die Cops in New York tragen Dunkelblau. Die Berliner Justiz wird jetzt copmäßig, farblich, stofflich und vom Schnitt.

Drei Jahre dauerte es, bis die Dienstkleidung „durch die Gremien war“. Weitere vier, fünf Jahre werden vergehen, bis alle Mitarbeiter die blauen Sachen tragen. Vorrang haben die Leute in den „publikumswirksamen Bereichen“. Übergangsweise sei auch das Mixen von alten und neuen Dienstkleidungsstücken statthaft, sagt Frau Kleinfeld.

Sie ist 47 Jahre alt und trägt das dunkelblaue „klassische Neue“. Rock „knieumspielend“, Blazer, Weste, Hemd, Plastronette – also Halbschlips. Sie dreht noch einmal die Musik lauter, die Models stellen sich zum Abschlussbild, die Justizsenatorin ist schnell weg, und Frau Kleinfeld legt das Mikrofon zur Seite und sieht zufrieden aus.

Ein Problem, sagt sie, gebe es nur mit den neuen Hemden. Da fehle das alte, praktische Kugelschreiberloch.

Jochen-Martin Gutsch


KAY NIETFELD / DPA

Pendler auf dem Hamburger Hauptbahnhof

BAHN

Lokführer erhalten Vertrag

Im Tarifstreit bei der Bahn zeichnet sich ein Kompromiss ab: Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) soll einen eigenen Vertrag bekommen. Darauf haben sich vergangenen Donnerstag Präsidiumsmitglieder des Aufsichtsrats, Vertreter der Bahn und GDL-Chef Manfred Schell geeinigt. Ob das Wörtchen „Tarif“ in dem Papier auftauche, sei noch unklar, berichtet ein Sitzungsteilnehmer. Der Vertrag werde jedoch zu über 90 Prozent deckungsgleich sein mit dem Tarifvertrag der übrigen Bahn-Mitarbeiter – und zusätzlich lokführerspezifische Punkte klären. Dazu gehöre beispielsweise die Vergütung sogenannter Leerstunden, die anfallen, wenn Lokführer am Zielort Aufenthalt haben. Um die Gehälter auszuhandeln, wird es zwei weitere Verhandlungsrunden geben – zwischen der Bahn und der GDL sowie zwischen der GDL und der Tarifgemeinschaft der übrigen Gewerkschaften. Die GDL hat sich verpflichtet, während der Verhandlungszeit bis zum 31. Oktober nicht mehr zu streiken. Das Gespräch am Donnerstag begann in äußerst angespannter Atmosphäre: Der Aufsichtsratsvorsitzende der Bahn, Werner Müller, hatte sogar darauf bestanden, dass zwischen Bahn-Chef Hartmut Mehdorn und dem GDL-Chef ein Stuhl frei bleibt. Während Schells Statement beruhigte sich Mehdorn, indem er „die eigens für ihn servierten Buletten in rasender Geschwindigkeit durch den Senftopf zog und dann vertilgte“, was den Vortrag gestört habe, so der Teilnehmer. Als Schell ausgeredet hatte, forderte Müller Mehdorn auf, die Buletten doch in die Mitte zu stellen, „so, dass Herr Schell auch welche nehmen kann“. Als Schell dann einige von Mehdorns Frikadellen gegessen hatte, war das Eis gebrochen.

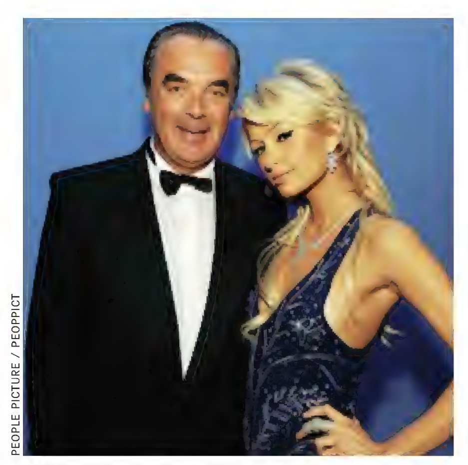

THOMAS LOHNES / DDP

Mehdorn, Schell

MANAGER

Audi vertreibt seinen Vertriebsvorstand

Ralph Weyler, Vertriebsvorstand bei Audi, wird sich bald einen neuen Job suchen müssen. Audi-Aufsichtsräte berichten, sie wollten den Vertrag des Managers, der noch bis 2008 läuft, nicht verlängern. Weyler war schon bei seiner Ernennung vor vier Jahren umstritten. Der damalige VW-Vorstandschef Bernd Pischetsrieder hatte ihn bei BMW abgeworben und als seinen Vertrauten in den Audi-Vorstand gesetzt. Der Vertriebsmanager sollte vor allem den Absatz im Ausland fördern. In den USA etwa liegt Audi deutlich hinter BMW


PEOPLE PICTURE / PEOPPICT

Weyler, Party-Gängerin Paris Hilton

und Mercedes-Benz zurück. Den Job erledigte Weyler nach Überzeugung der Audi-Kontrolleure nicht zufriedenstellend. Vorgehalten wird ihm auch, dass er „ständig in den Klatschspalten der bunten Blätter zu sehen ist“, weil er bei den Festspielen in Bayreuth oder einer Segelregatta vor Mallorca auftrat. In seinem Job werden ihm Versäumnisse vorgehalten. Audi-Chef Rupert Stadler sagte schon Anfang des Jahres, bei Technik und den Produkten „sind wir schon top“, nun müssten auch Vertrieb und Service dem Standard der Marke entsprechen.

ENERGIE

Stromkunden opponieren gegen Kartellamt

Der umstrittene CO_2-Deal zwischen dem Bundeskartellamt und dem Essener Stromversorger RWE wird ein juristisches Nachspiel haben. Zumindest bereitet der Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK), in dem große Stromkunden unter anderem aus der chemischen Industrie zusammengeschlossen sind, eine entsprechende Beschwerde gegen das Kartellamt beim Oberlandesgericht in Düsseldorf vor. Noch sind die juristischen Prüfungen für den spektakulären Schritt nicht abgeschlossen. Sicher ist jedoch, dass die Industrie sich nicht mit den geringen Auflagen zufriedengeben will, die der neue Kartellamtschef Bernhard Heitzer dem Stromgiganten für seine fehlerhaften CO_2-Strompreisaufschläge abverlangt hat (SPIEGEL 39/2007). Die vom Kartellamt geplante Auktionierung von RWE-Strommengen, heißt es beim VIK, sei kein Ausgleich für die zu hoch berechneten Strompreise, sondern ein reines Placebo, das der Industrie kaum nutze.

KONZERNE

Großmann plant Kauf von EWE

Bereits wenige Tage nach seinem Amtsantritt als RWE-Chef arbeitet Jürgen Großmann offenbar an einem gewaltigen Übernahmeplan. Ziel der Begierde: das oldenburgische Versorgungsunternehmen EWE, das unter den Energieversorgern in Deutschland immerhin den fünften Platz einnimmt. In der vergangenen Woche gab es bereits erste Gespräche zwischen EWE-Chef Werner Brinker und Großmann. Allerdings verliefen sie offenbar ohne konkretes Ergebnis. Ein Kauf oder Zusammenschluss mit EWE würde das schwächelnde Gasgeschäft bei RWE geradezu ideal ergänzen. Und auch kartellrechtliche Bedenken glaubt man in Essen durch mögliche Verkäufe anderer Beteiligungen ausräumen zu können. Offiziell will RWE zu den möglichen Übernahmeplänen keine Stellung nehmen. „Allerdings“, so Großmann, „werden wir alle vernünftigen Wachstumsmöglichkeiten ergreifen.“ Das gelte nicht nur für das Ausland, sondern unter Berücksichtigung der kartellrechtlichen Auflagen natürlich auch für den deutschen Markt.



EWE-Erdgasspeicher



WOLF P. PRANGE

Großmann

POST

Steinbrück wankt

Zwischen Bundesfinanz- und Wirtschaftsministerium bahnt sich ein Streit um die Mehrwertsteuerbefreiung der Post im Briefgeschäft an. Das Wirtschaftsministerium von Ressortchef Michael Glos (CSU) will darauf beharren, dass nach Wegfall des Briefmonopols Anfang 2008 auch die Post Mehrwertsteuer auf ihre Umsätze im Briefgeschäft an den Fiskus abführen muss. Davon ist sie bislang befreit, ihre Wettbewerber nicht. Finanzminister Peer Steinbrück will nun die Steuerbefreiung auf Post-Konkurrenten ausweiten, die flächendeckend arbeiten. Mit Verwunderung wird im Wirtschaftsministerium registriert, dass Steinbrück bereit ist, auf Einnahmen von rund 800 Millionen Euro zu verzichten, um den Altmonopolisten zu schützen. Glos verweist gern darauf, dass Steinbrück ihn beim Amtsantritt vor zwei Jahren noch darauf festlegen wollte, die Steuerpflicht der Post durchzusetzen, weil er die Einnahmen für den damals noch angespannten Haushalt brauchte.

HANDEL

Middelhoff lagert aus

Nach den Buchabteilungen gibt Arcandor-Chef Thomas Middelhoff nun offenbar auch die Multimediaabteilungen in den Karstadt-Warenhäusern in fremde Hände. Als Partner soll die Berliner Computerhandelskette Gravis den Verkauf von PC und Zubehör in den Karstadt-Häusern übernehmen. Branchenkennern zufolge haben beide Firmen vergangene Woche eine Grundsatzvereinbarung unterschrieben, die eine halbjährige Testphase in drei Karstadt-Filialen vorsieht. Danach soll das Konzept auf alle rund 90 Verkaufsstätten ausgedehnt werden. Der Deal ist für beide Seiten kritisch. Mit rund 450 Millionen Euro Jahresumsatz trägt die Produktgruppe Multimedia immer noch fast zehn Prozent zum Karstadt-Umsatz bei. Die Gravis-Kette, die in ihren 28 Filialen fast ausschließlich Apple-Produkte und -Zubehör verkauft, muss ihr Sortiment neu ausrichten. Bei Karstadt soll Gravis vor allem Produkte für die Windows-Welt verkaufen.



AXEL SCHMIDT / ACTION PRESS

Arbeitsminister Müntefering, Arbeitsagenturchef Weise

SOZIALSTAAT

Arznei mit Nebenwirkung

Der Vorschlag von SPD-Chef Beck, älteren Erwerbslosen länger Arbeitslosengeld I zu zahlen, hat die Debatte über soziale Gerechtigkeit neu belebt: Wie viel Fördern darf sein, wie viel Fordern muss es geben? Die meisten Experten stehen auf der Seite von Arbeitsminister Müntefering.

Früher saß Udo Rauer auf der anderen Seite des Tischs. Als Personalmanager bei Firmen wie Schwarzkopf, dem Otto-Versand oder dem Universitätskrankenhaus in Hamburg-Eppendorf kamen die Arbeitssuchenden zu ihm. Er entschied, ob die Jobs an Jüngere oder Ältere vergeben wurden. Er befand, wie viele Auszubildende anfangen durften. Er legte fest, ob ein Arbeitsloser eingestellt wurde oder der Bewerber aus einer anderen Firma. Oft entschied er sich für Arbeitslose.

Heute ist Rauer selbst auf das Wohlwollen von Personalmanagern angewiesen. Seit Januar ist der 52-Jährige arbeitslos, sein letzter Zweijahresvertrag wurde nicht mehr verlängert. Mehr als 50 Bewerbungen schickte Rauer seit Dezember an verschiedene Unternehmen, ganze vier Mal gelangte er ins offizielle Bewerberverfahren, geklappt hat es aber noch nie.

„Über mir schwebt das Fallbeil“, sagt Rauer. Hat er in dreieinhalb Monaten keinen neuen Job, rutscht der Hamburger automatisch von jetzt rund 1600 Euro Arbeitslosengeld auf null. Da seine Frau berufstätig ist und genug verdient, hätte er keinen Anspruch auf Hartz IV.

Dem Vorschlag von SPD-Chef Kurt Beck, das Arbeitslosengeld I für Ältere länger auszuzahlen, kann Rauer deshalb einiges abgewinnen. „Dann hätte ich mehr Zeit, einen neuen Job zu finden, und müsste nicht schon nach so kurzer Zeit den Marsch in den fatalen finanziellen Abgrund hinnehmen“, sagt er.

So wie Rauer sehen es die meisten Deutschen. Der Vorstoß von SPD-Chef Kurt Beck, ältere Erwerbslose besserzustellen, hat die Debatte über die soziale Gerechtigkeit im Land neu befeuert. Die Kassen der Nürnberger Bundesagentur für Arbeit sind gut gefüllt, so argumentiert der oberste Sozialdemokrat, warum sollten nicht auch die Arbeitslosen etwas davon haben?

Es geht um die Macht in der SPD, den Fortbestand der Agenda 2010 und die Suche nach einer gerechten Arbeitslosenversicherung. Der Streit entzweit SPD-Chef Beck und Sozialminister Franz Müntefering, er spaltet die Union und trennt die Fachwelt von der allgemeinen Überzeugung der Bevölkerung. Wer länger eingezahlt hat, soll auch mehr herausbekommen, so denkt eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger. Becks Vorschlag sei „süßes Gift für den Arbeitsmarkt“, sagt der Nürnberger Beschäftigungsforscher Joachim Möller – und mit ihm die Mehrheit der von Entlassung nicht bedrohten Expertenzunft: vom Vorstand der Nürnberger Arbeitsverwaltung um Frank-Jürgen Weise über die Beamten im Berliner Sozialministerium bis

zu den bundesdeutschen Ökonomen. Aus der Diskussion „im Detail“ (Beck) ist längst ein Prinzipienstreit geworden: Wie sozial darf die Arbeitslosenversicherung sein? Muss sie eher die Jungen oder mehr die Alten schützen? Wo liegt die richtige Balance zwischen Fördern und Fordern? Beim Arbeitslosengeld, so meinen die Fachleute, ist es wie in der Medizin: Wird das Medikament richtig dosiert, kann es eine große Hilfe sein. Wird zu viel verabreicht, macht es den Patienten kränker.

Dabei ist unstreitig, dass der staatliche Schutz gegen Jobverluste viele Vorzüge hat: Wird der Lebensstandard von der Versicherung gedeckt, kann der Arbeitslose ohne Existenzangst eine neue Stelle suchen. Er muss nicht den erstbesten Job nehmen, er kann auf seinen Status achten, er muss sich finanziell nicht einschränken.

Das bringt nicht nur dem Einzelnen, sondern auch der Gesellschaft Vorteile: Die Arbeitskräfte bewahren ihre Qualifikation, und in der Konjunkturkrise wirkt die Versicherung wie ein Puffer gegen die Konsumflaute.

Dauert die Arbeitslosigkeit aber zu lang, verwandelt sich die Arznei schnell in eine betäubende Droge. Im Vertrauen auf die Stütze schlagen die Arbeitslosen selbst gute Angebote aus in der Hoffnung, später etwas Besseres zu finden. Gleichzeitig veraltet ihr Wissen, je länger sie sich dem Berufsleben entwöhnen. Am Ende sind viele überhaupt nicht mehr vermittelbar.

Wie sehr viele Arbeitnehmer den Effekt unterschätzen, weiß niemand besser als Manja Kraatz. Die Teamleiterin aus der Arbeitsagentur Berlin Mitte hat Hunderte Beschäftigte in ihrer Kartei, die unter dem trügerischen Schutz der Versicherung den richtigen Zeitpunkt zum Absprung verpasst haben: eine 48-jährige Ingenieurin beispielsweise, die nach Entlassung und Auffanggesellschaft bereits länger als ein Jahr ohne Job war – und trotzdem monatelang jedes Angebot ausschlug. „Die wurde kleiner und kleiner“, erzählt Kraatz, „und hat schließlich einen Job angenommen, wie sie ihn auch gleich zu Beginn hätte haben können.“

Dass die Versicherung so mitunter den Zustand verlängert, den sie eigentlich beenden soll, ist unter Experten nichts Neues. Aber wo liegt der richtige Zeitpunkt, an dem der Staat die Stütze absetzen soll? Bei 26 Wochen wie in den USA und Großbritannien? Bei knapp einem Jahr wie in Schweden? Oder bei vier Jahren wie in Dänemark?

Auch in Deutschland fiel die Antwort während der Nachkriegsgeschichte höchst unterschiedlich aus. In den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren gab es für alle höchstens ein Jahr lang Arbeitslosengeld. Unabhängig vom Alter, ohne Ausnahme für langjährig Versicherte. Es herrschte nahezu Vollbeschäftigung, der Versicherungsbeitrag lag meist bei bescheidenen ein bis zwei Prozent vom Bruttolohn. Niemand wäre auf die Idee gekommen, auszurechnen, wie viel er am Ende seines Berufslebens aus der Versicherung wieder herausbekommt.

Nach der zweiten Ölkrise zu Beginn der achtziger Jahre jedoch erlebte die Republik ein neues Phänomen: Viele Beschäftigte fanden auch nach monatelanger Suche keinen Job. Sie rutschten erst in die niedrigere Arbeitslosen- und dann in die Sozialhilfe ab und wurden in der Arbeitsverwaltung unter der neuen Rubrik „langzeitarbeitslos“ geführt.

Länger im Job

Beschäftigungsquote der über 55-Jährigen in Prozent

Deutschland

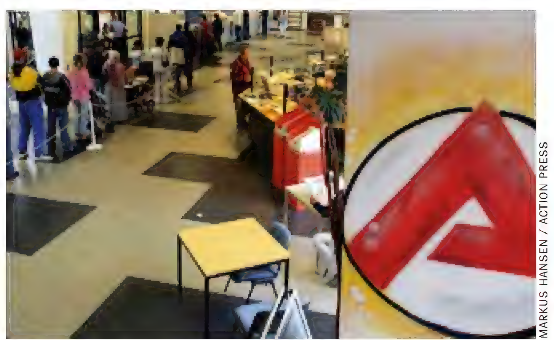
Durchschnitt der EU-15-Staaten ohne die östlichen Beitrittsländer

50 · 45 · 40 · 35

1999 · 2001 · 2003 · 2005 · 2007

Quelle: Eurostat

DER SPIEGEL



MARKUS HANSEN / ACTION PRESS

Arbeitsagenturfiliale (in Hamburg)
Wann soll der Staat die Stütze absetzen?

Versicherte Arbeitslosigkeit

Beispielrechnung für einen Arbeitnehmer, verheiratet mit Kind:

Brutto-Arbeitslohn/Monat	2500,00 €
Netto-Arbeitslohn/Monat	1834,72 €
Beiträge zur Arbeitslosenversicherung/Monat	52,50 €
Bei Arbeitslosigkeit bekäme dieser Arbeitnehmer:	
ALG I/Monat	1219,20 €
Summe ALG I maximal 12 Monate	**14 630,40 €**

DER SPIEGEL

11,6 Jahre lang müssten der Arbeitnehmer und sein Arbeitgeber Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen, nur um das Arbeitslosengeld ein Jahr lang zu finanzieren. Allerdings werden nur knapp zwei Drittel der Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit für diese Leistungen aufgewendet.

Um die Misere zu lindern, ersann der frühere Arbeitsminister Norbert Blüm schließlich den sogenannten Vorruhestand. Damit Jüngere im Berufsleben bleiben konnten, so das Prinzip, sollten Ältere früher ausscheiden. Nach und nach erhöhte Blüm die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds auf zunächst 24 und später 32 Monate.

Das Medikament war höchst populär. Musste ein Betrieb in großem Stil Personal entlassen, konnte er fortan die Kündigung seiner älteren Angestellten mit dem Beiwort „sozialverträglich“ adeln – und kaum jemand regte sich darüber auf, dass sich der Arbeitslosenbeitrag innerhalb weniger Jahre von 3 auf 6,5 Prozent mehr als verdoppelte.

Nachdem die Droge erst mal im Körper war, stellten sich die Patienten rasch darauf ein. Die Dosis wurde erhöht.

Für die Arbeitnehmer zählte es bald zum sozialen Besitzstand, auf Kosten der Arbeitslosenkasse ein paar Jahre früher aus dem Erwerbsleben auszusteigen. Warum auch nicht? Schließlich hatte ein Durchschnittsverdiener im Laufe seines Berufslebens nahezu 20 000 Euro oder mehr eingezahlt. Da war es doch nur gerecht, sich am Ende etwas davon zurückzuholen.

Nicht anders dachten die Arbeitgeber. Sie funktionierten die Versicherung ungeniert in ein Instrument zur systematischen Verjüngung ihres Personalkörpers um, ganz gleich, ob nun Entlassungen anstanden oder nicht. Vor allem Großkonzerne verabschiedeten so bald jahrgangsweise ältere Beschäftigte in die Frührente; und mancher Stahlkonzern machte mit Hilfe kunstvoll konstruierter Abfindungs- und Übergangsprogramme 50-Jährige zu Arbeitslosen, die sich für vieles interessierten – nur nicht mehr für einen Job.

Im Gefolge des Umbaus der Arbeitslosen- in eine Art zweite Rentenversicherung wurden Ältere nahezu flächendeckend aus dem Erwerbsleben herausgedrängt, so zeigt eine neue Untersuchung des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Schon zu Beginn der neunziger Jahre lag die Arbeitslosenquote der Älteren doppelt so hoch wie die der übrigen Bevölkerung, und sie stieg in

den folgenden Jahren weiter an. „Die sogenannte Altersdiskriminierung hat ihre Ursache vor allem in der Arbeitslosenversicherung“, sagt der Bonner Beschäftigungsforscher Hilmar Schneider.

Andere Länder waren damals schon viel weiter. Während in Deutschland nur noch 40 Prozent der 55- bis 64-Jährigen arbeiteten, glänzen Länder wie die Schweiz, Norwegen oder Schweden mit Quoten zwischen 65 und 70 Prozent.

Doch woran lag es, dass andere europäische Länder ihre älteren Erwerbstätigen wesentlich besser in den Arbeitsmarkt integrierten, obwohl Länder wie Dänemark oder die Niederlande zum Teil ebenfalls sehr komfortable Versicherungssysteme hatten? „Unsere Nachbarländer haben gezeigt“, so Lothar Funk, Arbeitsmarktexperte und Professor an der Fachhochschule Düsseldorf, „dass mehr Jobs auch für Ältere geschaffen werden können, wenn nur die Rahmenbedingungen stimmen.“

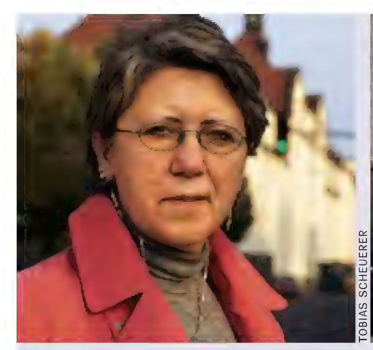
In Irland, der Schweiz oder Dänemark hieß das vor allem: an Alter und Produktivität angepasste Lohnstrukturen, niedrigere Lohnnebenkosten und Rentensysteme, die keinerlei Anreize zum früheren Eintritt in den Ruhestand setzten, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gleichbehandlung von Voll- und Teilzeitarbeitskräften, Pflicht zur Weiterbildung, bessere Arbeitsbedingungen für Ältere oder Steuervorteile für den längeren Verbleib im Arbeitsleben.

In Deutschland dagegen brachte die Strategie, Arbeitslose in Rentner zu verwandeln, das Sozialsystem an den Rand des Ruins. Zur Jahrtausendwende gab die Nürnberger Behörde mehr für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit aus, als der Bund für Bildung, Forschung und Verkehr. Und die Erwerbsbeteiligung der Generation 55 plus stagnierte innerhalb Europas auf niedrigem Niveau. Im Krisenjahr 2003 zog Kanzler Gerhard Schröder schließlich die Notbremse. Mit seinen Agenda-Reformen, die den Bezug von Arbeitslosengeld auf höchstens 18 Monate beschränkten, setzte er Betriebe und Beschäftigte auf harten Entzug.

Und wie es so ist bei Drogentherapien: Das Absetzen des Giftes verursacht erhebliche Schmerzen, und der Zorn der Abhängigen gilt oft weniger den Dealern, als denjenigen, die den Entzug verordnen. Verständlich: Wer heute Anfang fünfzig ist, hat viel mehr in die Versicherung eingezahlt als seine älteren Kollegen. Was er an Geldleistungen herausbekommen kann, ist aber viel geringer.

Wie beträchtlich die finanziellen Einbußen ausfallen, hat etwa die Göppinger Metallarbeiterin Inge te Baay erlebt. Sie war knapp 50, als sie vom schwäbischen Miniatureisenbahnhersteller Märklin entlassen wurde. Anschließend wurde sie für ein Jahr in eine Transfergesellschaft mit dem bezeichnenden Namen „Refugio“ abgestellt. Im Mai dieses Jahres ergatterte sie schließlich nach zig vergeblichen Versuchen einen neuen Job bei einer kleinen Elektronikfirma im schwäbischen Gruibingen. Dort verdient sie nun mit 1350 Euro brutto fast zwei Drittel weniger als früher bei Märklin und hat unter dem Strich heute weniger Geld zur Verfügung als während ihrer Arbeitslosigkeit. Angenommen hat sie den Job nur, weil sie nach Auslauf des Arbeitslosengelds wegen einer vergleichsweise großen Eigentumswohnung keine Folgeleistung nach dem Hartz-IV-Gesetz bekommen hätte. „Würde ich in einer kleinen Mietwohnung wohnen, hätte ich mit den Unterkunftskosten und dem Regelsatz mehr Geld zur Verfügung, als ich jetzt verdiene“, sagt te Baay.

Das Beispiel zeigt, welche Härten die Agenda-Reformen in vielen Fällen mit sich bringen, aber auch, dass sie erfolgreich sind. Allein im vergangenen Jahr fanden 191 000 ältere Arbeitslose wieder einen neuen Job.


TOBIAS SCHEUERER

INGE TE BAAY, 53, nahm nach fast drei Jahren Arbeitslosigkeit einen Job an, bei dem sie deutlich weniger verdient, als sie zuvor an Arbeitslosengeld bekam.



OLAF BALLNUS

UDO RAUER, 52, arbeitsloser Personalmanager, wünscht sich länger Arbeitslosengeld, ihm droht der „Marsch in den fatalen finanziellen Abgrund“.


TOBIAS SCHEUERER

WERNER FISCHER, 54, startete nach kurzer Arbeitslosigkeit eine einjährige Qualifizierungsmaßnahme. Bereits nach sechs Monaten klappte es mit einem neuen Job.

Einer der Glücklichen ist Werner Fischer. An seinem 53. Geburtstag im Juni vergangenen Jahres musste der Papiermacher seine Maschine endgültig abstellen, da seine Firma in die Insolvenz geschlittert war. 33 Jahre hatte der Meister dort zugebracht, sein ganzes bisheriges Arbeitsleben. Und nie hätte er gedacht, dass er in diesem Alter je wieder einen adäquaten Job finden würde.

Doch im Oktober begann Fischer auf eigene Initiative eine einjährige Vollzeitausbildung im Betriebs- und Qualitätsmanagement. Nach langem Hin und Her konnte er dafür seiner Arbeitsagentur sogar einen Bildungsgutschein entlocken, der die Kosten des knapp 6000 Euro teuren Kurses deckte. Das Konzept der Ausbildung sah auch vor, dass jeder Teilnehmer zeitweise als Trainee in Unternehmen ging. „Das war ausschlaggebend“, sagt Fischer, „nur so konnte man sich anbieten und die Firmen von seinen Qualitäten überzeugen.“

Der Kurs lief gerade ein halbes Jahr, da bekam Fischer von einem großen Automobilzulieferer ein Angebot für einen unbefristeten Vollzeitjob. Den Qualifizierungskurs hat er dennoch im Fernstudium und auf eigene Kosten beendet.

Von der Diskussion um längeres Arbeitslosengeld hält Fischer nicht allzu viel. „Wichtiger ist doch, dass genügend Geld für Qualifizierungsmaßnahmen Älterer da ist“, sagt er. „Dieser Weg verspricht mehr Erfolg als sechs Monate längere Alimentierung.“

So sehen es auch die meisten Ökonomen. Würde die Agenda-Reform verwässert, so fürchten sie, würde nur allzu schnell jene Mentalität zurückkehren, die Vorruhestandserfinder Blüm in später Erkenntnis als „Altersverschrottung“ gebrandmarkt hat.

Hinzu kommt: In den achtziger Jahren rückten gerade die geburtenstarken Jahrgänge ins Erwerbsleben ein. Was an Senioren freigesetzt wurde, konnte damals noch durch Jüngere ausgeglichen werden. Heute aber ist jeder neue Erwerbstätigenjahrgang schwächer besetzt als der vorhergehende. Würde der Vorruhestand wiederbelebt, müssten dies die 30- bis 40-Jährigen durch höhere Beiträge bezahlen.

Und so verwundert es nicht, dass Vizekanzler Müntefering nicht nur aus Trotz gegen SPD-Chef Beck an seiner Position festhält. Es geht ihm auch um seine Bilanz als Arbeitsminister. „Wir dürfen jetzt nicht versuchen, das Tempo aus der Sache zu nehmen“, empfiehlt er. „Wir müssen ältere Arbeitslose in Beschäftigung bringen – und nicht Beschäftigungslosigkeit verlängern wollen.“ MICHAEL SAUGA, JANKO TIETZ

HANDEL

Juwelen der Junta

Das Militärregime in Burma kassiert Millionen mit der Förderung teurer Rubine. Auch deutsche Firmen handeln mit den blutigen Steinen.

Im Berghotel Kristall herrschte vorvergangenen Samstag ausgelassene Partystimmung. Nach einer aufwendigen Lasershow tanzten die Gäste der Edelsteinmesse in Idar-Oberstein bis spät in die Nacht. Noch um zwei Uhr morgens feierte der harte Kern der verschwiegenen Branche die „sehr gut gelaufenen Geschäfte“, erzählt ein Teilnehmer.

Die Einkäufer der europäischen Topjuweliere beschafften im deutschen Schmuck-Mekka unter anderem seltene Ware aus Südostasien. Große, tiefrote Rubine aus Burma von bis zu mehreren zehntausend Euro pro Karat gelten als das Exklusivste, was Edelsteinhändler zu bieten haben.

„Wir haben auf der Messe verschiedene Burma-Rubine verkauft“, bestätigt etwa Konrad Henn vom Handelshaus Karl Faller. Man handle fast ausschließlich mit Steinen aus den Regionen Mogok und Mong Hsu. Die dortigen Minen wollte sich Henn allerdings noch nie anschauen. „Das Risiko wäre zu groß, zudem können wir direkt vor Ort keine besseren Preise erzielen als bei unseren langjährigen thailändischen Lieferanten“, sagt er.

Tatsächlich wäre das Risiko groß, dass ein Besuch in den Sperrgebieten den Händlern die Champagnerlaune verdürbe. Das burmesische Militärregime lässt nicht nur den Aufstand der oppositionellen Mönche brutal niederschlagen, sondern auch in seinen schwerbewachten Minen unter unmenschlichen Bedingungen die wertvollen Schätze fördern.

Rund 90 Prozent des globalen Rubinangebots stammt aus Burma. Laut Augenzeugenberichten mischen die Minenchefs ihren Arbeitern gar aufputschende Amphetamine ins Trinkwasser, um die Produktivität zu steigern. Mitunter arbeiten auch Kinder in den schlammigen Anlagen. „Edelsteine sind neben Teakholz, Gas und Erdöl der vierte Grundpfeiler der Finanzierung der Junta“, sagt Ulrich Delius von der Gesellschaft für bedrohte Völker.

Exakte Zahlen über das Geschäft mit den Juwelen der Junta gibt es nicht. Schätzungen zufolge liegen die Einnahmen bei bis zu mehreren hundert Millionen Dollar pro Jahr. Allein an den staatlich veranstalteten Edelsteinauktionen in Rangun, wo nur mittelmäßige Qualität unter den Hammer kommt, flossen 2007 bislang rund 300 Millionen Dollar in die Kassen.

Chinesen, Thailänder und Inder gehören zu den Großabnehmern des Regimes. Sie kontrollieren gleichzeitig auch den Handel mit Europa und den USA. Unangenehme Fragen stellen sie nicht.



JEAN LEO DUGAST / PANOS PICTURES



LO SAI HUNG / AP

Mine in Burma, Model mit Rubinring: *„Grundpfeiler der Finanzierung der Junta“*

Ihre deutschen Kunden ebenso wenig: Laut lückenhafter Zollstatistik kommen jährlich Rubine und Saphire im Gesamtwert von bis zu einer Million Euro direkt aus Burma nach Deutschland. Daneben wird über die staatliche Myanmar Gem Enterprise auch tonnenweise Jade ausgeführt. So manche Buddha-Figur in hiesigen Wohnzimmern stammt aus dem Einflussbereich des burmesischen Militärregimes.

Weit mehr Steine schleusen die Händler über Bangkok in hiesige Tresore, ebenfalls ohne schlechtes Gewissen. Im Gegensatz zu unregistrierten Blutdiamanten aus afrikanischen Bürgerkriegsgebieten, die seit dem Kimberly-Abkommen international geächtet sind, gelten Burmas Juwelen selbst bei den edelsten Adressen der Republik als salonfähig. So existieren etwa in der Chefetage des renommierten Hamburger Juweliers Wempe keinerlei ethische Bedenken. In ihrem Edelsteinkatalog preisen die Hanseaten „taubenblutrote Rubine“ aus Burma als „Karfunkelstein“ aus der Märchenwelt.

Jährlich verkauft die Juwelierkette fünf bis acht teure Schmuckstücke „mit hochwertigen Rubinen aus Myanmar“, heißt es in einer Stellungnahme. Die Steine liefern deutsche Händler wie Karl Faller oder die Schweizer Konkurrenz. „Laut Informationen unserer Händler werden die Steine von den Schürfern über die Grenze nach Thailand gebracht, dort werden sie von unseren Händlern gekauft“, erklärt Wempe die Unbedenklichkeit der Geschäfte.

Michael Hahn, Düsseldorfer Edelsteinhändler und Präsident des Importeurverbands, geht sogar noch weiter. Die guten Steine würden von den burmesischen Rebellen der unterdrückten Minderheiten über die grüne Grenze nach Thailand geschmuggelt. In Bangkok kaufe auch er die Steine. Ein Boykott hätte also nur Folgen fürs Volk, nicht fürs Regime, meint Hahn und weiß sich damit in bester Gesellschaft mit der deutschen Industrie.

Rubinkauf als karitativer Akt? „Es ist zynisch“, entrüstet sich Burma-Experte Delius, „zu behaupten, dass sich Oppositionelle und Minderheiten mit Rubinen finanzieren.“

Der Juwelier Brian Leber kennt die Robin-Hood-These als branchengängige Rechtfertigung – und als Märchen. Leber muss es wissen, seit Jahren kämpft der Amerikaner für einen Boykott von Burma-Rubinen.

Die unterdrückte Minderheit der Karen „war vor 20 Jahren bis zu einem gewissen Grad in den Schmuggel involviert“, sagt Leber. Nach der Vertreibung von über einer Million Menschen und ethnischen Säuberungen aber sei die „Behauptung absurd, diese Menschen würden den Edelsteinhandel kontrollieren“. Die Überwachung der Landesgrenzen sei massiv verschärft worden. Den Profit des Schmuggels kassierten korrupte Regimemitglieder.

Lebers Kampf hat gerade erst begonnen. Die USA verbieten zwar den direkten Import burmesischer Edelsteine, lassen ihn aber über Bangkok gewähren – nach Interventionen der mächtigen Juwelierlobby. In Brüssel gibt es vorerst nur Überlegungen für eine entsprechende Verschärfung der bestehenden EU-Sanktionen.

Auf der Messe in Idar-Oberstein und der Party im Berghotel sei Burma kein Thema gewesen, sagt ein Händler. Er schwärmt immer noch vom gelungenen Auftritt des Jazztrios „Die Schwindler“. BEAT BALZLI

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Das Spiel fängt gerade erst an“

Airbus-Chef Thomas Enders, 48, über den Vorwurf des Insider-Handels, die Managementfehler der Vergangenheit und die Probleme auf dem Weg zu einem ganz normalen Unternehmen

SPIEGEL: Herr Enders, Sie sind der fünfte Airbus-Chef innerhalb von nur gut zwei Jahren. Wie fühlen Sie sich als professioneller Fallschirmspringer auf diesem Schleudersitz?

Enders: Als Fallschirmspringer weiß man, dass es keine Erfolgsgarantie gibt, wenn man in heikle Missionen reingeht. Das gilt auch für meinen Job. Als ehemaliger Co-Chef der Mutter EADS ist Airbus für mich ja kein unbekanntes Terrain. Ich wusste also, was mich erwartet.

SPIEGEL: Gilt das auch für die jüngsten Insider-Ermittlungen der französischen Börsenaufsicht AMF? Die Behörde wirft Ihnen und anderen ehemaligen oder noch amtierenden Top-Managern vor, zu einem Zeitpunkt Aktien verkauft zu haben, als Sie schon von drohenden Produktionsproblemen beim Großraum-Jet A380 wussten.

Enders: Mich haben die Verdächtigungen und Anklagen, die es in der Presse gab, überrascht und schockiert. Bis heute kenne ich das angebliche Papier der französischen Börsenaufsicht nicht. Das ist ein unmögliches Verfahren. Natürlich wird bei uns geprüft, was wir dagegen machen können. Nicht überraschend sind aber die Ermittlungen selbst. Immerhin war ich erst vor drei Wochen zu einer Anhörung bei der AMF.

SPIEGEL: Ist an den Vorwürfen gegen Sie denn etwas dran?

Enders: Eindeutig nein. Ich selbst habe ja bekanntlich 2004 und im November 2005 an einem vom Verwaltungsrat genehmigten Optionsprogramm für Führungskräfte teilgenommen. Damals habe ich keinen Grund für die Annahme gesehen, dass ein solches Geschäft später einmal als fragwürdig bezeichnet werden könnte.

SPIEGEL: Die AMF untermauert ihren Verdacht mit konkreten Indizien. Danach soll im Verwaltungsrat, dem auch Sie angehörten, bereits im Sommer 2005 über drohende Kostensteigerungen bei der A380 gesprochen worden sein. Und im Oktober fiel die Entscheidung, den Mehraufwand in der Bilanz über drei Jahre zu verteilen, damit der Kurs der EADS-Aktie nicht abstürzt.

Enders: Dass sich die Erstauslieferung um bis zu einem halben Jahr verzögert, hat der damalige Airbus-Chef Noël Forgeard bereits im Frühsommer 2005 öffentlich gemacht. Im November gab es dazu keinen neuen Sachstand. Die Airbus-Führung arbeitete damals daran, die Probleme bei der A380 in den Griff zu bekommen. Als wir im Juni 2006 merkten, dass wir das nicht schaffen, sind wir sofort an die Öffentlichkeit gegangen. Und dann haben wir noch bis Oktober gebraucht, um die ganze Wahrheit ans Tageslicht zu bringen.



Airbus-Endmontage (in Toulouse): *„Es geht ein*

SPIEGEL: Ihr neuer Chef Louis Gallois schlägt vor, bei der EADS künftig alle Aktienoptionen abzuschaffen. Unterstützen Sie ihn dabei?

Enders: Das ist eine Entscheidung der Gesellschafter der EADS. Da mische ich mich nicht ein. Aber wenn es ein Vergütungsmodell gibt, dann muss das auch angewandt werden dürfen.

SPIEGEL: Haben Sie eine Erklärung dafür, dass die vorläufigen Untersuchungsergebnisse der AMF gerade jetzt an die Öffentlichkeit durchsickerten?

Enders: Dazu weiß ich nichts. Aber klar ist, dass die Schlagzeilen uns zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt treffen: Wir sind gerade wieder dabei, Tritt zu fassen. Die erste A380 steht zur Auslieferung an Singapore Airlines an. Die Kunden bestellen wieder A380: jüngst British Airways, dann, vor wenigen Tagen, die spanische Grupo Marsans. Und dies gilt auch für unseren ganz neuen Langstreckenflieger, die A350 XWB.

SPIEGEL: Mit der Übergabe der ersten A380 am Montag dieser Woche findet eine fast zweijährige Hängepartie ihren vorläufigen Abschluss. Damit der Jet überhaupt fertig


THOMAS RUSCH

Airbus-Chef Enders: *„Einen Wohlfühl- oder Kuschelkompromiss wird es nicht geben“*


AKSARAN / GAMMA / STUDIO X

Ruck durch das Unternehmen“

wurde, mussten Mitarbeiter aus ganz Europa zur Montage nach Toulouse abgezogen werden. Wie lange wollen Sie den Jet denn noch in so aufwendiger Einzelanfertigung herstellen ?

Enders: Die erste Welle von 25 Fliegern, einschließlich der fünf Testflieger, wird tatsächlich quasi noch in Handarbeit gemacht. In der zweiten Welle kommt jetzt ein modernes, harmonisiertes IT-System zum Einsatz, das dann tatsächlich eine industrielle Serienfertigung ermöglicht.

SPIEGEL: Kann es noch zu weiteren Verspätungen kommen?

Enders: In der Tat haben wir die ganz große Herausforderung noch vor uns. Erst wenn es uns gelingt, die Fertigung in den nächsten beiden Jahren wie geplant hochzufahren, ist das A380-Programm wirklich über den Berg. Wir wollen im nächsten Jahr 13 Maschinen ausliefern und bis 2010 bei 4 Maschinen pro Monat sein. Das sind anspruchsvolle Ziele.

SPIEGEL: Wie viele Maschinen müssen Sie verkaufen, um Gewinn zu machen?

Enders: Die Frage würde Ihnen Boeing bei ihrem neuen Langstreckenjet 787 auch nicht beantworten. Aber ich bin sicher, dass sich der Flieger langfristig für uns rechnet. Wenn ich sehe, wie die Chefs großer Airlines mit leuchtenden Augen durch ihr Flugzeug laufen, ihre Kabine inspizieren, dann spricht das Bände. Die A380 ist eben ein faszinierendes Flugzeug. Ich sage voraus: Die zweite Welle von Bestellungen hat gerade erst begonnen.

SPIEGEL: Ihr zweites großes Problem ist das 787-Konkurrenzmodell A350. Es musste auf Druck der Kunden völlig überarbeitet werden. Wie konnte das passieren?

Enders: Ganz einfach: Wir hatten Boeing unterschätzt. Das wird uns hoffentlich nie wieder passieren.

SPIEGEL: Was wollen Sie denn tun, um Managementfehler wie bei der A380 oder der A350 künftig zu verhindern?

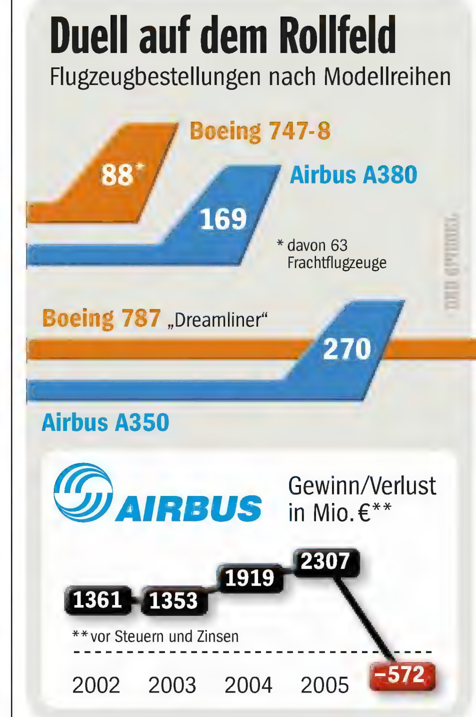
Enders: Der Schlüssel ist: Integration und Transparenz nach innen und außen. Airbus wird jetzt endlich vollständig integriert. Wir kämpfen mit den Nachwehen einer gewissen Bunkermentalität und der früher herrschenden Unsitte, mit schlechten Nachrichten hinter dem Berg zu halten. Mit unserem Programm „Power 8“ sind wir auch dabei, Entwicklung und Produktion eng zu verzahnen. Und das von Anfang an. Bei der neuen A350 XWB sitzen schon im frühen Design-Stadium alle Beteiligten inklusive Einkäufer und Zulieferer an einem Tisch, auch, um die Kosten im Griff zu behalten. Außerdem haben wir seit dem 1. Oktober eine neue, straffere Führung. Glauben Sie mir, es geht ein Ruck durch das Unternehmen.

SPIEGEL: Trotzdem wird Ihnen Boeing als leuchtendes Beispiel vorgehalten, weil die 787 überwiegend aus neuartigen Kohlefaserverbundstoffen hergestellt wird.

Enders: Wenn Sie sich auf bestimmte Äußerungen beziehen, kann ich nur sagen: Das war einmal! Denn unser neues Konzept ist inzwischen sehr überzeugend. Das zeigen die Kundenreaktionen: Fünf Jahre vor der Erstauslieferung haben wir mehr als 270 Bestellungen in den Büchern und rechnen in den kommenden Monaten mit weiteren Aufträgen.

SPIEGEL: Boeing hat von seinem neuen Jet schon fast dreimal so viele Exemplare verkauft wie Sie.

Enders: Unsere Marktschätzungen und die von Boeing gehen davon aus, dass in den nächsten 20 Jahren vermutlich über 5000 Flugzeuge dieser Art verkauft werden. Das Spiel fängt also gerade erst richtig an.



SPIEGEL: Boeing scheint dabei aber die besseren Karten zu haben. Vielen Ihrer Werke fehlt doch das Know-how, die neuartigen Kunststoffrümpfe in ausreichender Zahl und Qualität herzustellen.

Enders: Einspruch! Unsere Werke in Stade, Nantes oder im spanischen Illescas beherrschen die Technologie schon lange und müssen sich hinter Boeing nicht verstecken. Aber die Investitionen, um alle Airbus-Betriebe auf Kohlefaserproduktion umzustellen, können wir allein nicht heben. Deshalb wollen wir einige unserer Werke ja auch an neue Eigentümer verkaufen.

SPIEGEL: Die Entscheidung darüber fiel ja schon vor gut einem Jahr. Warum dauert die Umsetzung eigentlich so lange?

Enders: Wir wollen drei komplexe Entscheidungen gleichzeitig treffen. Standorte verkaufen, langfristige Investitionen dort sichern und eine Beteiligung an der A350 XWB vereinbaren. Die Entscheidung ist für die Zukunft von Airbus fundamental wichtig. Deshalb lassen wir uns auch nicht durch ständig neue Termine, die in die Welt gesetzt werden, davon abhalten, die richtigen Partner auszuwählen. Wir entscheiden, wenn wir so weit sind.

SPIEGEL: Der Maschinenbauer Voith, der offenbar von der Bundesregierung favorisiert wurde, hat sich gerade zurückgezogen. Warum?

Enders: Das ist eine Entscheidung von Voith, die ich respektiere. Aber wir haben noch immer für jeden Standort zwei Bieter. Wettbewerb ist also weiter möglich.

SPIEGEL: Steigt jetzt der politische Druck, dem letzten verbliebenen einheimischen Bewerber den Zuschlag zu geben?

Enders: Natürlich gibt es bei nationalen Mandatsträgern Präferenzen für nationale Lösungen, das ist in Deutschland nicht anders als in Frankreich oder Großbritannien. Aber einen allein an politischen Interessen ausgerichteten Wohlfühl- oder Kuschelkompromiss, der uns dann mittelfristig womöglich große Probleme bescheren könnte, wird es nicht geben.

SPIEGEL: Gegen den grassierenden Wertverfall des Dollar gegenüber dem Euro hilft Ihnen die Abgabe einiger Werke an neue Eigentümer wenig, solange Sie überwiegend im europäischen Raum produzieren.

Enders: Zulieferer können die Werke auf Sicht bestimmt effizienter nutzen, neue Kunden auch in anderen Märkten finden, das Produktportfolio verbreitern. Aber natürlich ist es auch richtig, dass die neuen Erwerber – ähnlich wie wir selbst – künftig auch einen Teil ihrer Wertschöpfung an Standorte außerhalb Europas verlagern müssen.

„Wenn man in heikle Missionen reingeht, gibt es keine Erfolgsgarantie.“

SPIEGEL: Zu Lasten deutscher Jobs?

Enders: Zugunsten der Wettbewerbsfähigkeit von Airbus. Aus der Sicht der Politik herrschte bei uns bislang eine heile Welt, weil 95 Prozent unserer Mitarbeiter in Europa angesiedelt sind. Unsere Umsätze erzielen wir aber ganz überwiegend außerhalb Europas. Also werden wir in Zukunft einen Teil unseres Geschäfts auch an andere Länder geben müssen, wo es eine aufstrebende Luftfahrtindustrie gibt.

SPIEGEL: Um aus Airbus ein ganz normales Unternehmen zu machen, brauchen Sie auch die Unterstützung der Politik. Doch die wacht noch immer mit Argusaugen darüber, dass kein Standort in einem Land bevorzugt oder benachteiligt wird.

Enders: Natürlich gibt es noch immer nationale Erbhöfe. Aber gerade unsere Analysen zu den Kabelproblemen bei der A380 haben gezeigt, dass sie nur ein Symptom für die dahinterliegende, eigentliche Ursache waren: die mangelnde Integration und Verzahnung der Abläufe im Unternehmen. Das ist unser großes Thema, bei dem wir jetzt was bewegen müssen.

SPIEGEL: Das ändert doch nichts daran, dass am Ende wieder nach politischen Kriterien entschieden wird, wo was gefertigt wird.

Enders: Das warte ich in Ruhe ab. Wenn zum Beispiel die Deutschen mit ihren Arbeitsaufträgen nicht zu Rande kommen, dann müssen eben Franzosen, Briten oder Spanier den Job erledigen. Und umgekehrt natürlich auch. Wir sitzen doch letztendlich alle in einem Boot – und kein Kunde fragt uns, wo wir etwas bauen, nur, wann wir ausliefern. Wir brauchen Flexibilität über Landesgrenzen hinweg.

SPIEGEL: Das sehen Regierungsvertreter in Deutschland oder Frankreich etwas anders. Immerhin ist der französische Staat mit 15 Prozent an der Airbus-Mutter EADS beteiligt. Auch der Bund und Länder wie Niedersachsen oder Hamburg halten neuerdings indirekt Mini-Anteile am Konzern.

Enders: Das sehe ich gelassen. Aber vielleicht wird irgendwann der Airbus-Chef



Airbus-Chef Enders (M.), SPIEGEL-Redakteure*
„Ich werde nicht auf Samtpfötchen daherkommen“

fragen müssen: Was ist euch wichtiger? Dass Airbus eine gesunde, erfolgreiche Firma ist und mit Boeing mithalten kann? Oder wollt ihr nationalen und regionalen Interessen den Vorrang geben? Für mich kann es da nur eine Antwort geben.

SPIEGEL: Noch vor einigen Monaten sollten Sie den Spitzenjob bei der Muttergesellschaft EADS bekommen und nicht den bei Airbus. Wie kam es dazu?

Enders: Nun, das Leben ist voller Überraschungen. Aber im Ernst, ich habe festgestellt, dass mir dieser Job mehr Spaß macht. Wo wird denn die Zukunft der EADS-Gruppe entschieden? Bei Airbus, wo noch immer zwei Drittel des Umsatzes erwirtschaftet werden. Da wollte ich nicht an der Seitenauslinie stehen.

SPIEGEL: Dass Ihr alter Kollege Gallois alle wichtigen Entscheidungen von Ihnen absegnen muss, stört Sie nicht?

Enders: Damit habe ich kein Problem. Louis Gallois ist ein sehr erfahrener Manager. Unser Verhältnis ist exzellent.

SPIEGEL: Bei den Airbus-Mitarbeitern in Toulouse gab es erhebliche Vorbehalte gegen Ihre Person. Nicht wenige empfinden Ihre Begeisterung für Amerika und Ihr zuweilen militärisch-zackiges Vorgehen als Kulturschock.

Enders: Ich kann nur sagen, dass ich bei Airbus und in Toulouse äußerst warm und herzlich empfangen wurde.

SPIEGEL: Was unterscheidet Sie von Ihren Vorgängern?

Enders: Das müssen Sie die Airbus-Mitarbeiter fragen. Aber ich weiß, dass die Leute bei Airbus sehen wollen, dass der Mann an der Spitze und seine Mannschaft nicht den Kopf in den Wolken haben, sondern die Realität derer kennen, die in den Werken teilweise rund um die Uhr produzieren. Die erwarten, dass der Chef mit ihnen spricht – und sich nicht nur von fünffarbigen Folien ernährt. Das kommt mir sehr entgegen.

SPIEGEL: Und wenn es sein muss, konfrontieren Sie die Mitarbeiter auch mit unangenehmen Wahrheiten?

Enders: Ich bin nun mal jemand, der nicht um den heißen Brei herumredet, sondern die Dinge auf den Punkt bringt. Sie werden nicht erleben, dass ich jetzt eine Wandlung durchmache und auf Samtpfötchen daherkomme. Der entscheidende Punkt ist, dass die Leute sehen, das ist ein Typ zum Anfassen, der macht keine Politik, der will das Unternehmen vorantreiben. Können Sie sich einen schöneren industriellen Job in Europa vorstellen, als Airbus zu führen?

SPIEGEL: Aber sicher – Siemens-Chef zum Beispiel.

Enders: Der Posten ist, so viel ich weiß, vergeben. Bei Airbus habe ich die große Chance, meinen Beitrag für die Zukunftsfähigkeit eines tollen Unternehmens zu leisten und grundlegende Veränderungen voranzubringen.

SPIEGEL: Herr Enders, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

---

* Dinah Deckstein und Armin Mahler in der Airbus-Zentrale in Toulouse.


GÖTZ SCHLESER

Vattenfall-Mitarbeiter im sogenannten Trustroom der Berliner Zentrale*: *Kritik kontern, bevor sie richtig einschlägt*

STROMKONZERNE

Teurer Schmusekurs

Mit einer großangelegten Anzeigenkampagne versucht der Stromriese Vattenfall Europe, Vertrauen zurückzugewinnen. Die Kunden bleiben skeptisch.

Die Frau am anderen Ende der Leitung hält kurz inne. „Öko und so“ interessiere sie eigentlich gar nicht, sagt sie zu Marco Lahann.

Der Service-Center-Mitarbeiter von Vattenfall in Hamburg hat der Anruferin aus Berlin von neuen Techniken der unterirdischen CO_2-Abscheidung erzählt. Er hat das Thema erneuerbare Energien gestreift und will gerade auf das Ökostromangebot des Versorgers kommen. „Ach, über Klimaschutz will doch niemand was wissen.“ Dass Vattenfall im sächsischen Boxberg für die Braunkohle Demonstranten „von den Bäumen runterpflückt“ – so was käme zwar in Berlin nicht gut an. Aber ihr Verständnis habe die Firma. „War doch selbst damals im Bergbau in der DDR.“

Deshalb rufe sie auch nicht an. „Ich will Ärger machen. Gegen die Anzeigen.“ Sie boykottiere wegen der Verschwendung die nächste Preiserhöhung. Auf Lahanns Nacken bilden sich kleine rote Flecken. „Erstens“, sagt die Frau, „hab ich Zeit, und zweitens, woll'n wa mal sehen.“

Wahrscheinlich hatte sich Marco Lahann, 28, unter Industriekaufmann etwas anderes vorgestellt, als er vor sieben Jahren, damals noch bei den Hamburgischen Electricitäts-Werken, seine Ausbildung begann.

Nun heißt er Callcenter-Agent. Als einer von gut 30 Mitarbeitern der Sondereinheit „Dialog“ soll er das Versprechen „Vattenfall stellt sich Ihren Fragen“ einlösen. Die Truppe muss ihr Ohr hinhalten für das PR-Desaster nach dem Brand im Atomkraftwerk Krümmel Ende Juni. Und für den Ärger der Leute. Fünfmal musste sich ein Kollege von Lahann anhören, dass er „bei Mafiosi“ arbeite. Dem Gesprächsleitfaden entsprechend antwortete der: „Ich nehme das gern als Anregung auf und gebe das weiter.“

Gut fünf Millionen Euro will Vattenfall bis Dezember in Zeitungsanzeigen und Radiospots investieren, um Vertrauen wiederzugewinnen. Es ist eine der teuersten kurzfristigen Schmusekampagnen eines Stromriesen. Obwohl die Resonanz mit einigen hundert Anrufen bisher nicht gerade doll war, glauben die PR-Strategen fest daran, dass Kunden zu einem Energiekonzern eine Vertrauensbeziehung aufbauen. Spezialstudien haben ihnen angeblich sogar gezeigt, dass die Kunden Vattenfall als „weich und einfühlsam“ wahrnehmen.

Nur der deutsche Vattenfall-Chef Klaus Rauscher fiel irgendwie aus diesem Muster. Den Krümmel-Brand ließ er spröde als „Störung konventioneller Art“ abtun. Um die 707 amtlich festgestellten Mängel im Atomkraftwerk Brunsbüttel, die eigentlich bis 2003 behoben sein sollten, hatte er sich bis 2007 kaum gekümmert.

Nach Rauschers Rücktritt gelangte der Hamburger Vattenfall-Chef Hans-Jürgen Cramer an die Spitze des Unternehmens, er hatte die autistische Informationspolitik seines Vorgängers lange mitgetragen. Der ehemalige Offizier Cramer bildete ein Krisenzentrum, berief Lagestäbe ein und zentralisierte die Befehlskette. Längst hatte das Unternehmen mehr als ein Imageproblem: Tausende Stromkunden hatten Vattenfall seit Sommer gekündigt. „Das lag auch an unserer Sprache“, sagt Cramer. „Anschlussnutzer“ habe man die Kunden genannt, ihnen „preisliche Mitteilungen“ geschickt. „Was sind das für Worte?“ Cramers eigene sind allerdings noch nicht viel besser. Vor Führungskräften des Konzerns rechnete er Anfang September mit der Vergangenheit ab. „Der Kunde will die Freiheit haben, sich entscheiden zu können. Und diese werden wir ihm geben – freiwillig.“

Die Anzeigen wollte Cramer schlicht: „Keinen blauen Himmel, keine Blumen, keine Wiesen und keine aufgesetzte Fröhlichkeit.“ Man könne eben im Moment „keine Musik von vorne“ machen, so die PR-Abteilung kleinlaut.

Zur morgendlichen Lage in der Berliner Zentrale versammelt man sich neuerdings im Trustroom. Eine Art Rescue-Truppe aus Vorstandsmitgliedern und Kommunikationsexperten tagt dort und soll Kritik kontern, bevor sie richtig einschlägt. Allein vier Leute arbeiten als Seismografen in einer „Trust force“ und entwerfen Szenarien, die auf Vattenfall zukommen könnten. So hat man für die Kritik am geplanten Hamburger Großkohlekraftwerk Moorburg längst eine Erklärung: Sicher, das werde zwar eine Menge Kohlendioxid ausstoßen (mit etwa sieben Millionen Tonnen im Jahr mehr als die gesamte Hamburger Industrie), aber das dür-

* Mit Vattenfall-Chef Hans-Jürgen Cramer (2. v. l.).


TIMO JANN / DPA

Brand am AKW Krümmel (im Juni)
„Störung konventioneller Art“

fe man nicht so eng und regional sehen. Ältere Kraftwerke würden dann ja nicht mehr gebraucht und verdrängt, glaubt Cramer.

An diesem Morgen tut sich im Trustroom eine neue Front auf. Zugeschaltet ist ein Vattenfall-Kollege aus der Lausitz, wo wieder einige Dörfer der Braunkohle weichen sollen. Inzwischen gebe es eine Volksinitiative dagegen. Doch das sieht der Vattenfall-Mann locker: Die habe man präventiv mit Beilagen in den Regionalzeitungen gekontert. Zudem könne man auf diverse Renaturierungsprojekte verweisen. Und überhaupt: Vattenfall setzt sich für die Rotbauchunke und den Feuerfalter ein, baut Radwege und steckt Geld in Windkraft. Es ist nicht schwer, einen der größten CO_2-Emittenten des Landes ergrünen zu lassen.

Dennoch überwog auch Anfang Oktober wieder die Kritik. Ein Diagramm ausgewerteter Presseartikel zeigt: 63 Prozent waren neutral, 9 Prozent positiv, knapp 28 Prozent aber negativ – für Cramer ein Riesenerfolg. In der Krisen-Hoch-Zeit habe es 2600 Verrisse gegeben – an einem Tag.

Was Cramer allerdings irritiert: Die eigenen Mitarbeiter sehen beim Umweltschutz von Vattenfall Defizite. Das ergab eine interne Umfrage. Vielleicht liegt es daran, dass Vattenfall kaum verschleiern kann, dass der aktuelle CO_2-Ausstoß des Konzerns mehr oder weniger konstant bleibt. Die großartigen Reduzierungsrechnungen gründen sich auf die unterirdische Speicherung – eine Technik, die frühestens 2020 verfügbar sein wird. Wenn überhaupt.

Vielleicht aber liegt das Misstrauen auch an Antworten wie dieser: Auf die Frage, ob es stimme, dass bei der Kohleverbrennung pro Jahr mehrere hundert Kilogramm Arsen und Quecksilber in die Luft geblasen werden, heißt es im Antwortkompendium der Dialogkampagne: „Vattenfalls Kraftwerke sind die weltweit modernsten mit hohen Wirkungsgraden und vergleichsweise niedrigen Emissionen.“

Marco Lahann ist inzwischen in seinem Telefonat mit der Berlinerin bei 57 Minuten angekommen – und bei Geothermie-Kraftwerken in Brandenburg. Das werde übrigens von der Landesregierung dort unterstützt, so Lahann. „Na, die haben ja schon viel unterstützt“, lacht die Berlinerin. Er sei gut geschult, lobt die Dame. „Ich kenne viele, die sind nur aus lauter Verzweiflung in diese Callcenter geraten.“

Zwei Dinge hat sie noch: Das mit der CO_2-Verklappung solle Vattenfall sich gut überlegen. Sie habe zu DDR-Zeiten bei solchen Experimenten mitgemacht. „Ich sage Ihnen: Auweia!“ Und bei den alternativen Energien solle man nicht so eifrig tun. Lahann verteidigt die Projekte, der Strom sei nur teurer. „Aus Photovoltaik kostet die Kilowattstunde 50 Cent, wenn wir unseren Kunden das berechnen würden …“

„… dann würden Sie erschlagen“, ruft die Dame, lacht heiser und verabschiedet sich.

NILS KLAWITTER


BERNHARD CLASSEN / ACTION PRESS

Börsensaal (in Frankfurt am Main): *Haben die Börsianer die Bodenhaftung verloren – oder gibt es Gründe für den Optimismus?*

WELTWIRTSCHAFT

Schöne neue Welt

Die Aktienmärkte ignorieren die Kreditkrise und eine drohende Abkühlung der Konjunktur. Die Börsianer setzen darauf, dass die Schwellenländer das globale Wachstum stabilisieren.

Ausgelassen feiern die Börsianer den drohenden Untergang: In den USA hat sich das Wirtschaftswachstum Schätzungen zufolge im Sog der Immobilienkrise bereits jetzt halbiert, die Zahl der Zwangsversteigerungen hat sich binnen Jahresfrist verdoppelt, das Konsumklima verschlechterte sich in den vergangenen zwei Monaten dramatisch. Längst macht unter Ökonomen das böse „R“-Wort die Runde – Rezession.

Doch der Dow Jones Industrial Average, noch immer der meistbeachtete Aktienindex der Welt, erreichte vergangenen Dienstag den höchsten Stand seiner 111-jährigen Geschichte.

In Deutschland das gleiche Bild: Führende Volkswirte revidieren, wie auch die Bundesregierung, wegen der anhaltenden Finanzkrise ihre Wachstumsprognosen nach unten, die beiden wichtigsten konjunkturellen Frühindikatoren, der Ifo-Index und der des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung, fallen nun schon den vierten Monat in Folge. Und die Europäische Zentralbank pumpt nach wie vor Milliarden und Abermilliarden von Euro in das Finanzsystem, um weitere Beinahe-Pleiten wie bei der IKB und bei der Sachsen LB zu verhindern.

Doch der Dax durchbrach am vergangenen Donnerstag kraftvoll die 8000er-Linie – und blieb nur etwa ein Prozent unter seinem Allzeithoch.

Haben die Börsianer die Bodenhaftung verloren? Hat sie erneut jene hoffnungsfrohe Sorglosigkeit ergriffen, die jedem Absturz vorausgeht? Oder gibt es tatsächlich Gründe für derartigen Optimismus? „Das Ganze ist ein großer Test“, sagt Thomas Mayer, Europa-Chefvolkswirt der Deutschen Bank, „die Finanzmärkte wetten darauf, dass die Entwicklungsländer erwachsen geworden sind.“

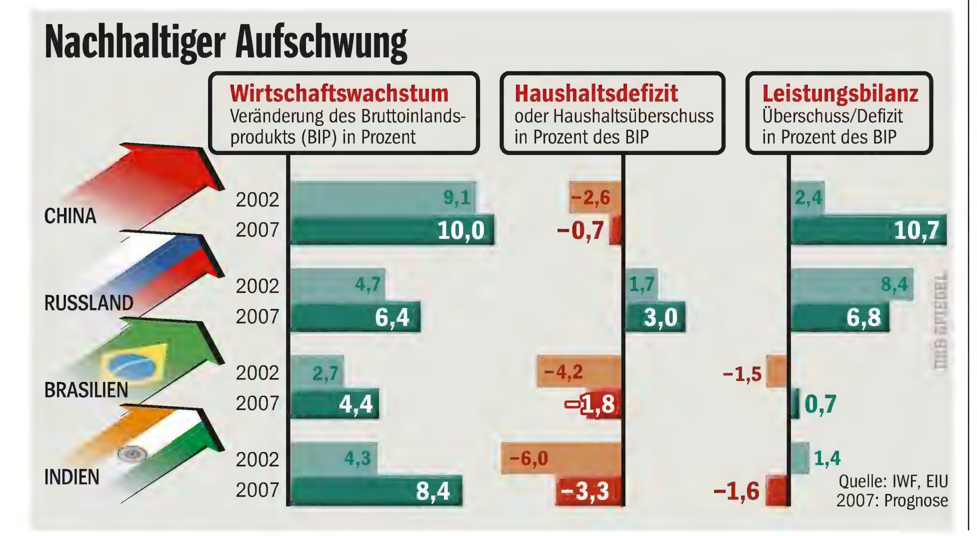
Erstmals in der Geschichte, so das Kalkül der Börsianer, stabilisieren die Schwellenländer China, Indien, Russland und Brasilien zusammen mit vielen stark wachsenden Entwicklungsländern das globale Finanzsystem und das weltweite Wachstum. Sie helfen so den westlichen Industrienationen aus einer hausgemachten Bredouille.

Bisher waren immer die großen nordamerikanischen und europäischen Wirtschaftsmächte die Felsen in der Brandung, wenn – meist in Asien oder Südamerika – Finanzorkane aufzogen. Ecuadors Zahlungsunfähigkeit (1999) und die Argentiniens (2001), die Mexiko-Krise (1994), aber auch die Asien- und Russland-Krise (1997 und 1998) hinterließen auf der Fieberkurve der Weltkonjunktur schlimmstenfalls kleinere Dellen.

Denn einerseits milderten die Industrieländer – nicht ganz uneigennützig, versteht sich – die Situation durch Umschuldungsangebote und Finanzspritzen ab. Andererseits wirkten sie aufgrund ihrer übermächtigen Wirtschaftsleistung als Stabilisatoren. Eine Krise in einem Entwicklungsland war nichts weiter als ein bisschen Sand im Getriebe der vom Westen dominierten Wirtschaftsmaschinerie. Doch die Bedeutung dieser Länder ist seither dramatisch gestiegen.

Während die G-7-Staaten 1990 noch für rund 70 Prozent des Weltsozialprodukts verantwortlich waren, ist dieser Anteil heute auf unter 60 Prozent gesunken. Tendenz: weiter fallend. Denn die Wirtschaftskraft der Schwellenländer wächst viel stärker. Zudem werden sie solider und glänzen mit ständig verbesserten Leistungsbilanzüberschüssen und sinkenden Staatsdefiziten (siehe Grafik).

„Diese Länder sind heute wesentlich widerstandsfähiger als vor zehn Jahren“, sagt Heiner Flassbeck, ehemals Finanzstaatssekretär unter Oskar Lafontaine und heute Chefvolkswirt der Uno-Handels- und Entwicklungsorganisation Unctad.



All das lockt renditehungrige westliche Investoren. Sie lassen zunehmend Teile ihres Vermögens in jungen Finanzmetropolen wie Singapur, Seoul, Dubai, São Paulo oder auch Kairo für sich arbeiten.

Die Kapitalströme zwischen der ersten und der restlichen Welt sind deshalb ebenfalls enorm angewachsen. „Als wir vor 20 Jahren begannen", sagt Mark Mobius, Fondsmanager bei Franklin Templeton und einer der ersten westlichen Investoren an den Börsen der Schwellenländer, „gab es 6 Märkte, zu denen wir Zugang hatten. Jetzt sind es 40."

Viele Investoren schichten inzwischen ihr Geld in die Schwellen- und Entwicklungsländer um, wenn sich die Aussichten zu Hause eintrüben. Allein vorvergangene Woche flossen 5,5 Milliarden Dollar in Emerging-Market-Fonds. Dieses Kapital befeuert das Wirtschaftswachstum und den Boom dieser Länder weiter, und das hilft auch der Wirtschaft in den Industriestaaten. Denn dort werden Autos und Maschinen bestellt – und dorthin werden billige Konsumgüter geliefert. Die Auftragsbücher füllen sich, der Handel floriert – all das beflügelt die Aktienkurse.

Was für eine schöne neue Welt: Dank der Globalisierung, so die Überzeugung vieler, profitieren alle Länder von allen anderen – eine klassische Win-win-Situation also, bei der es scheinbar keine Verlierer gibt. Was ist da schon eine regional begrenzte Immobilienkrise, die eine regional begrenzte Finanzkrise nach sich zieht?

Die Spekulation kann eine ganze Weile gutgehen. Tatsächlich sind die meisten Schwellenländer von der Immobilienkrise in den USA kaum betroffen, tatsächlich sind die fundamentalen Wirtschaftsdaten solide, und tatsächlich stimulieren die Schwellenländer längst auch die Konjunktur in den Industrieländern.

Was also soll schon dagegen sprechen, dass die Schwellenländer nun tatsächlich die Industrieländer stabilisieren? Kurzfristig nichts oder wenig – sagen viele Ökonomen, doch es gibt auch warnende Stimmen. Denn mittelfristig könnte vor allem China in den Strudel der Entwicklung jenseits des Atlantiks kommen.

Schließlich basiert der Aufschwung dort auf dem Export in die USA und andere westliche Länder. Außerdem fließt in China über 45 Prozent der Wirtschaftskraft in die eher schwankende Produktion von Investitionsgütern. Der beständigere Konsum bringt es dagegen nur auf einen Anteil von 35 Prozent. Das ist eine Mischung, die weit ungesünder ist als die von Japan – vor dem Zusammenbruch Anfang der neunziger Jahre. Dazu kommen ein immer noch anfälliges Bankensystem und überhitzte Börsen. Kein Zweifel: Die Wirtschaft im bevölkerungsreichsten Land der Erde ist krisenanfälliger, als den unermüdlichen China-Optimisten lieb sein kann.



FRANK SCHRÖTER / VISUM

Konsumenten in Hongkong: *„Wesentlich widerstandsfähiger als vor zehn Jahren"*

Sollten die USA tatsächlich in eine Rezession schlittern, wie es beispielsweise der Yale-Professor Robert Shiller voraussagt, wäre China direkt betroffen. Und damit ganz Asien: Längst exportieren die übrigen Staaten des Kontinents mehr in das Reich der Mitte als in die USA. China ist die Schaltstelle für das Wohlergehen eines ganzen Erdteils. Und vielleicht sogar für den Rest der Welt.

Kritiker erinnert die schöne neue Wirtschaftswelt deshalb an das Ende der neunziger Jahre, als die Ökonomen schon einmal an ein Ende aller Krisen glaubten. Die vermeintlich enorme Produktivität der New Economy, so die damalige Lehre, habe die wirtschaftlichen Grundregeln außer Kraft gesetzt, künftig gebe es deshalb dauerhaftes Wirtschaftswachstum ohne Inflation – und folglich natürlich auch stetig steigende Aktienkurse.

Kurz darauf, im Jahr 2000, platzte der Traum.

WOLFGANG REUTER

INVESTOREN

Nachträglicher Zugriff

Nicht jeder ausländische Firmenaufkäufer ist der Regierung willkommen. Künftig soll der Staat umstrittene Geschäfte wieder rückgängig machen können.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) weiß schon genau, was auf sie zukommt. Jedes Mal, wenn sie in letzter Zeit Wladimir Putin trifft, ist es das Gleiche. Auch bei den deutsch-russischen Regierungskonsultationen, die zu Wochenbeginn in Wiesbaden stattfinden, droht ein Déjà-vu: Russlands Präsident wird sich wieder beschweren.

Seit Monaten klagt Putin bei Merkel darüber, dass die Bundesregierung sich ein Instrument verschaffen will, mit dem sie den Einstieg ausländischer Investoren bei wichtigen deutschen Unternehmen unterbinden kann. Der Russe fürchtet, kapitalkräftigen Firmen seines Landes wie Gasprom oder Lukoil solle der Zugang zum lukrativen deutschen Markt versperrt werden.

Die Reaktion der Kanzlerin fällt immer gleich aus: Sie besänftigt, wiegelt ab, beschwichtigt. Niemand habe die Absicht, eine Mauer für russische Investitionen zu errichten, so ihre Botschaft.

In Wirklichkeit laufen die Vorbereitungen für Abwehrmaßnahmen gegen den Einstieg unliebsamer ausländischer Anleger längst auf Hochtouren. Wie wichtig der Regierungschefin das Thema ist, zeigt die Tatsache, dass sich gleich zwei Arbeitsgruppen um die Problematik kümmern: eine Parteirunde unter der Leitung von Hessens Ministerpräsident Roland Koch und eine Regierungsarbeitsgruppe mit Spitzenbeamten aus Wirtschafts- und Finanzministerium sowie dem Kanzleramt.

In enger Abstimmung haben beide Zirkel ein Konzept ausgearbeitet, das Koch in der kommenden Woche im CDU-Vorstand präsentieren will. Das Kabinett soll noch vor Weihnachten beschließen.

Die Maßnahmen richten sich tatsächlich nicht in erster Linie gegen russische Investoren, sie richten sich nicht einmal nur gegen Staatsfonds. Wenn die Überlegungen Wirklichkeit werden, dann besitzt die Bundesregierung künftig eine Handhabe gegen jeden unwillkommenen Firmenaufkäufer, sei er ein Staatsfonds aus China, ein französischer Staatsmonopolist oder ein angelsächsischer Hedgefonds.



NIGEL TREBLIN / DDP

Wirtschaftsminister Glos
„Minimalinvasiver Eingriff“

Die Fachleute aus dem Wirtschaftsministerium halten ihr Konzept nur für einen „minimalinvasiven Eingriff“ in bestehende Regeln. Die Bestimmungen des Außenwirtschaftsgesetzes, das bisher schon Einspruchsrechte der Regierung bei Firmenbeteiligungen im Rüstungssektor regelt, würden bloß ein bisschen erweitert. Außerdem halte es sich, verglichen mit ersten Überlegungen, zurück.

Käufer aus dem Ausland und Verkäufer aus dem Inland müssen sich künftig nicht gegenüber einer staatlichen Stelle offenbaren, wie es zunächst beabsichtigt war. Aber sie dürfen es. In diesem Fall verpflichtet sich die Bundesregierung, innerhalb von acht bis zwölf Wochen über das Engagement zu entscheiden.

Für den Fall, dass Aufkäufer und heimisches Unternehmen ihr Geschäft nicht von sich aus anmelden, soll die Bundesregierung aber ein „Aufgriffsrecht“ bekommen, wenn ihr der Verkauf nicht passt. Drei oder vier Jahre nach Geschäftsabschluss soll es ihr noch möglich sein, Stimmrechtsbeschränkungen für den Aufkäufer zu verhängen, um dessen Einfluss einzuschränken. „Im Zweifelsfall kann die Bundesregierung auch anordnen, den Deal wieder rückgängig zu machen“, meint Koch.

Die Möglichkeit des nachträglichen Zugriffs soll die Akteure dazu bringen, sich im Vorhinein zu offenbaren. Außerdem stellt sie sicher, dass die Bundesregierung auch bei zunächst heimlichen Übernahmen noch die Chance hat, Einfluss auszuüben.

Die beiden Arbeitsgruppen verzichten darauf, strategisch wichtige Branchen zu bestimmen, in denen die Regierung ein Mitspracherecht erhält. Stattdessen soll der Bundeswirtschaftsminister fallweise entscheiden – nach zwei Kriterien: Die Bundesregierung darf einschreiten, wenn das Unternehmen wichtig für die nationale Sicherheit ist oder strategische Infrastruktur vorhält.

Die vagen Vorgaben schaffen so umfassende Interventionsmöglichkeiten – aber auch Schwierigkeiten: Die Beamten stehen vor der Frage, was überhaupt ein sicherheitsrelevantes Unternehmen, was strategische Infrastruktur ist.



ANATOLY MALTSEV / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Gasprom-Zentrale in Moskau: *Zugang versperrt*

Müsste der Staat also einschreiten, wenn Ausländer die Telekom kaufen wollen? Wahrscheinlich. Siemens? Vielleicht. Die Deutsche Bank? Wohl eher nicht.

„Das ist kein protektionistisches Vorhaben, mit dem wir ausländische Investoren aussperren wollen“, sagt Koch. Deutschland sei bislang das einzige größere Land in der westlichen Welt, das über kein Mittel gegen unerwünschte Investoren verfüge. „Deutschland sollte auf gleicher Augenhöhe mit anderen westlichen Industriestaaten stehen“, rechtfertigt Koch die Aktion.

Zuarbeiter von Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) warnen schon jetzt davor, von dem neuen Instrumentarium allzu oft Gebrauch zu machen. Deutschland müsse sich auch weiterhin als weltoffener Investitionsstandort präsentieren und jeden Anschein von Abschottung vermeiden. „Das Eingriffsrecht der Regierung darf nur ein Notnagel für Ausnahmefälle sein“, heißt es im Wirtschaftsministerium.

„Am Ende“, ahnt CDU-Politiker Koch, „wird das eine Ermessensentscheidung der Bundesregierung sein.“ CHRISTIAN REIERMANN





FRANZ RUCH

RAF-Frau Albrecht (Fahndungsfoto von 1977), Bankier Ponto bei einer Pressekonferenz (1974), Witwe Ponto bei der Beerdigung ihres Ehemanns (1977)*:

Der Verrat

Die Attentäter kamen getarnt als gute Freunde, sie brachten Rosen mit: Kein Anschlag der RAF löste größere Entrüstung aus als der Mord an Jürgen Ponto. Die Schüsse auf den Bankier zerstörten auch die langjährige Freundschaft von zwei Hamburger Bürgerfamilien. **Von Bruno Schrep**

Sie hat nie auf einen Menschen geschossen. Sie hat nie mitgeholfen, Bomben zu bauen oder Sprengfallen zu installieren. Und sie hat, entschiedener als andere, der Gewalt abgeschworen.

Dennoch: Ihr persönlicher Beitrag zum Terrorismus der RAF gilt bis heute als unerreicht infam, als unerreicht verwerflich. Er gilt als ein Anschlag auf Werte, deren Verletzung beim Miteinander zivilisierter Menschen tabu ist: Anstand, Vertrauen, Gastfreundschaft.

Die Rede ist von Susanne Albrecht, Anwaltstochter aus Hamburg, gelernte Pädagogin, verurteilt wegen Mordes.

Am 30. Juli 1977, einem heißen Sommertag, erschleicht sie sich und den beiden RAF-Untergrundkämpfern Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar Zugang zum Privathaus des Dresdner-Bank-Chefs Jürgen Ponto.

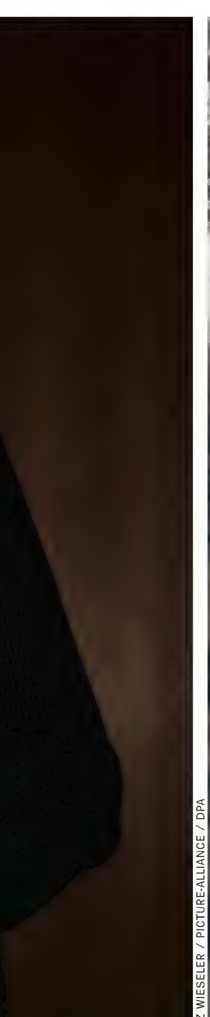
Eingelassen wird sie als gute Bekannte, als Tochter von Pontos engem Freund, dem Hamburger Rechtsanwalt Hans-Christian Albrecht. Zur Tür hinaus flieht sie als Verbrecherin, als Gejagte, die sich fortan ständig verbergen muss.

Warum sie den unerhörten Verrat beging, ist rätselhaft bis heute. Stand sie wirklich unter so enormem Druck, wie sie selbst früher behauptete? Oder war sie doch so fanatisiert, so von ihrer Mission überzeugt, dass sie den Tabubruch einfach in Kauf nahm?

Die Tat sprengte auch die lange Freundschaft zweier Hamburger Großbürgerfamilien. Innerhalb weniger Sekunden wurde zerstört, was in Jahrzehnten gewachsen war.

Jürgen Ponto und Hans-Christian Albrecht lernen sich kurz nach dem Krieg an der Hamburger Universität kennen. Ponto war als Panzerjäger beim Russland-Feldzug von einem Granatsplitter in den Kopf getroffen worden, hatte nur knapp überlebt. Albrecht wiederum ist mit Schimpf und Schande aus Hitlers Armee gejagt worden, weil er von einer jüdischen Großmutter abstammt.

* Mit Sohn Stefan (l.) und Tochter Corinna auf dem Waldfriedhof Sensbachtal.





HEINZ WIESELER / PICTURE-ALLIANCE / DPA

DPA

Ein Anschlag auf Werte, deren Verletzung tabu ist

Aber jetzt herrscht Aufbruchstimmung. Beide Männer eint die Überzeugung, dass alles anders werden muss, das prägt auch ihre Freundschaft. Ein neues Land, ein besseres Land soll entstehen, und sie wollen ihren Teil dazu beitragen. Sie helfen mit, an der zerstörten Universität den Schutt wegzuräumen. Hans-Christian Albrecht engagiert sich im Studentenausschuss, tritt in die neugegründete CDU ein, wird als erster Student in die Hamburgische Bürgerschaft entsandt. Jürgen Ponto, ein Neffe des Schauspielers Erich Ponto, spielt auf Studentenbühnen mit, verfasst kritische Artikel für die „Hamburger Akademische Rundschau".

Nahezu im Gleichschritt schließen die engen Freunde ihr Jurastudium ab, heiraten, machen Karriere. Albrecht wird Sozius in einer Hamburger Anwaltskanzlei, die sich schnell zur bevorzugten Adresse der hanseatischen Gesellschaft entwickelt. Der charmant wirkende Advokat mit den guten Manieren, sicher im Auftreten, fachlich top, avanciert zum international gefragten Fachmann in Sachen Seerecht. Er kauft ein großes Haus im vornehmen Stadtteil Blankenese, setzt ein Schwimmbad in den Garten.

Der Aufstieg von Ponto verläuft noch rasanter. Der Kaufmannssohn, eigentlich eher ein musisch begabter Mensch, arbeitet sich in der Dresdner Bank vom Referenten in der Rechtsabteilung bis zum Vorstandsmitglied hoch. Er gilt als brillanter Redner und glänzender Repräsentant. 1969, mit 46 Jahren, wird er zum Vorstandssprecher der Bank befördert.

Die Freundschaft erstreckt sich da längst auch auf die Familien. Die vier Kinder der Albrechts, drei Töchter und ein Sohn, sind bekannt mit Corinna und Stefan, den beiden Kindern der Pontos. Anwalt Albrecht ist Pate von Pontos Tochter Corinna, Bankier Ponto ist Pate von Albrechts jüngster Tochter Julia. Seit die Pontos 1966 von Hamburg in die Nähe von Frankfurt gezogen sind, dem Hauptsitz der Dresdner Bank, besuchen sich die Familien gegenseitig.

Wenn dabei über die Kinder gesprochen wird, fällt seitens Mutter Christa Albrecht immer wieder ein Name: Susanne, in der Familie „Susi" genannt. Das Mädchen, geboren im März 1951, ist das Sorgenkind der Familie.

Groß, in ihren Bewegungen etwas linkisch, in ihrem Körper noch nicht richtig zu Hause, grübelt die 16-Jährige oft tagelang in ihrem Zimmer, starrt vor sich hin, spricht kaum, gibt auf Fragen keine Antwort. Wenn Besuch kommt, verdrückt sie sich demonstrativ in die hinterste Ecke.

Besonders die Mutter, oft sehr streng, dann wieder liebevoll, mit ihrer Hausfrauenrolle nicht uneingeschränkt glücklich, findet immer seltener Zugang zur Tochter, der Vater nimmt sich viel zu wenig Zeit. Bringt Susanne eine Schulfreundin mit nach Hause, fragt er höchstens: „Was ist denn der Papa von Beruf?" – eine Reaktion, die seine Tochter empört.

„So geht das mit dir nicht mehr weiter", schimpft die Mutter, als Susanne auf dem Gymnasium immer tiefer absackt. Die Halbwüchsige wird auf ein Internat in Holzminden geschickt. Als sie nach zwei Jahren zurückkehrt, das Abitur hat sie gerade so geschafft, wirkt sie auf die Eltern fremder denn je – und aggressiver.

Zorn, manchmal sogar Verachtung richtet sich jetzt gegen das eigene Elternhaus, vor allem gegen den Vater, in ihren Augen ein etablierter Spießer. Ihm wirft sie seine CDU-Mitgliedschaft vor, seinen Erfolg, sein Geld, seine Freunde. „Meine Herkunft war mir peinlich", erklärt sie später bei einer Vernehmung – für die Zeit zwischen 1968 und 1971 nicht ungewöhnlich. Zehntausende rebellieren gegen ihre Elternhäuser, gegen autoritäre Universitätsprofessoren, gegen ehemalige Nazi-Funktionäre in der Politik, gegen den kapitalistischen Staat. Aus gutem Hause zu stammen gilt als Makel.

Die inzwischen 21-Jährige zieht aus, studiert Pädagogik und Soziologie. Organisiert nebenbei Spielnachmittage für milieugeschädigte Vorschulkinder einer Hochhaussiedlung, wäscht verdreckte Fünfjährige, will unbedingt etwas tun gegen die Ungerechtigkeit der Welt. Und gerät über neue Freunde – mit den alten hat sie gebrochen – in die linksradikale Szene.

Bei der Räumung eines besetzten Hauses – die Studentin hat sich aus Solidarität zu den Besetzern gesellt – wird sie vorläufig festgenommen, erstmals von der Polizei als auffällig registriert. Die grobe Behandlung – sie muss sich auf den Bauch legen, ihre Hände werden rüde auf dem Rücken gefesselt, und dann wird sie abgeführt – bestärkt sie im Glauben, dass ihre neuen Freunde recht haben, wenn sie die Bundesrepublik als Polizeistaat schmähen, der reiche Spekulanten schützt und Andersdenkende misshandelt.

Da liegt es nahe, dass auch die Propaganda von der „Folterung der politischen Gefangenen" bei ihr verfängt. Sie schließt sich einem von linken Anwälten gegrün-

Susanne Albrecht, geboren im März 1951, ist das Sorgenkind der Familie.



Ehepaar Ponto in seiner Jagdhütte in Mölln: *Kontaktaufnahme zu „Onkel Jürgen“*

PICTURE-ALLIANCE / DPA

deten Komitee an, das Demonstrationen organisiert, Flugblätter verteilt und ein Infosystem zwischen den RAF-Häftlingen in den verschiedenen Gefängnissen installiert. Zwar hat sie sich bisher für die RAF nicht sonderlich interessiert. Doch plötzlich verschlingt sie Berichte über Kontaktsperre, Isolation, Besuchsverbote.

Vor allem aber sind es Bilder, die Susanne Albrecht erschüttern. „Ich empfand nur noch ohnmächtige Wut, nur noch Hass“, erinnert sie sich an den Tag, als sie Fotos des ausgemergelten RAF-Häftlings Holger Meins sieht, der 1974, nach 58 Tagen Hungerstreik, in der Haftanstalt Wittlich stirbt, zuletzt bei einer Körpergröße von 1,83 Metern noch 39 Kilogramm wiegt.

„Wenn die anderen nicht bald rauskommen, werden sie auch umgebracht“, heißt es in der Szene, der Druck wächst. Eher unpolitische Aktivisten wie Susanne Albrecht, die von Zorn oder Mitleid getrieben sind, die wenig hinterfragen und wenig über Konsequenzen nachdenken, werden jetzt dringend gebraucht.

Zur Vorbereitung von Befreiungsaktionen klaut sie seit 1973 Ausweise und Führerscheine, gibt diese an untergetauchte Militante weiter, lässt auch ihren eigenen Pass fälschen. Als sie Sprengzünder der niederländischen Armee über die deutsch-holländische Grenze zu schmuggeln versucht, wird sie vorläufig festgenommen.

Im Gegensatz zu anderen RAF-Unterstützern, die alle Brücken hinter sich abgebrochen haben, besucht Susanne Albrecht noch Eltern und Geschwister, wird deshalb in der Szene als „bürgerliches Schwein“ beschimpft. Bei den Besuchen kommt es regelmäßig zu Schreiereien, Vorwürfen, Tränen. Die Eltern fühlen sich hilflos. Schon Auftreten und Äußeres der Tochter provozieren sie.

Das Mädchen, früher meist mit Rock und Bluse bekleidet, trägt nur noch zerschlissene Jeans und ausgeleierte Pullover, pafft unentwegt selbstgedrehte Zigaretten. Und der Freund, mit dem Susanne seit einiger Zeit zusammenwohnt, den sie einmal mitbringt, langhaarig, sprachlos angesichts der gediegenen Bürgerlichkeit, flößt den Eltern auch kein Vertrauen ein. Es ist Karl-Heinz Dellwo, der kurz darauf untertaucht, bei der blutigen Besetzung der deutschen Botschaft 1975 in Stockholm festgenommen und später zu lebenslanger Haft verurteilt wird.

Angesichts des Scheiterns von Stockholm suchen die RAF-Kader nach hochrangigen Entführungsopfern. Der Staat soll erpresst werden, die RAF-Häftlinge freizulassen. Susanne Albrecht, die gerade noch ihr erstes Staatsexamen als Lehrerin bestanden hat, begeht den Fehler ihres Lebens: Sie offenbart ihre Bekanntschaft zu Bankier Jürgen Ponto.

Der Verrat ist ihre Eintrittskarte zu dem von ihr bewunderten Kreis jener Untergrundkämpfer, die bereits in der Illegalität leben und zu allem entschlossen sind. Zu diesen in der Szene zu Helden des Widerstands mystifizierten Männern und Frauen will auch sie gehören.

Ponto entspricht zudem allen Klischees, die sich Linksradikale von einem erfolgreichen Kapitalisten machen: Unter seiner Führung hat sich die Bilanzsumme der Dresdner Bank mehr als verdoppelt, er sitzt in zahlreichen Aufsichtsräten, Bundeskanzler Helmut Schmidt erwägt gar, ihn zum Bundesfinanzminister zu machen. Auch als Bundesbankpräsident ist er im Gespräch. Bei so einem Opfer, kalkulieren die Terroristen, werde die Regierung bestimmt schwach.

Dass sich hinter diesem Klischee ein Mensch verbirgt, weltoffen, humorvoll, liberal, bereit auch für den Dialog mit Andersdenkenden – dies alles können und wollen seine Feinde nicht wissen. Ihnen genügt das Zerrbild vom skrupellosen Großbankier.

Susanne Albrecht soll bei der geplanten Entführung Pontos die Türöffnerin spielen. „Sie stand mächtig unter Druck“, hat ein ehemaliger Genosse später ausgesagt. Sie selbst erinnert sich an den Satz: „Tust du das nicht, bist du ein Schwein.“

Sie habe weder den Mut noch die Kraft gehabt, „mich diesem Ansinnen zu widersetzen“, wird Susanne Albrecht später den Ermittlern erklären – doch für eine Weigerung fehlt es ihr wohl auch am Willen. „Dem fanatischen Wunsch, die Häftlinge rauszuholen, hat sie alles untergeordnet“, glaubt eine enge Bezugsperson, „einfach alles. Die Beziehung zur Familie, das Prinzip von Treu und Glauben, alles.“

Tatsache ist: Ein Gewissenskonflikt ist an ihren damaligen Handlungen nicht erkennbar.

Die Studentin bittet sogar ihre Eltern um Mithilfe bei der Kontaktaufnahme zu „Onkel Jürgen“. Tatsächlich kündigt Mutter Albrecht bei Pontos den ersten Besuch der Tochter an. Die meldet sich danach regelmäßig, mal zwecks Übernachtung bei einer Durchreise, mal zum Frühstück, mal zum Abendessen. Dass die Besuche im Frühjahr 1977 der Ausspähung des Bankiers dienen, ahnen die Albrechts nicht – im Gegenteil. Die Eltern freuen sich, dass ihr Sorgenkind die alten Freunde wiedersehen will. „Das ist ein gutes Zeichen“, sagt der Vater. Gegenüber den Pontos versichert die Mutter am Telefon, Susanne habe sich nach vielen Irrungen und Wirrungen gefangen – endlich.

Ponto führt ein offenes Haus, liebt Oper und Schauspiel, lädt oft Künstler ein.

Die Bankiersfamilie, die in einer Villa im hessischen Oberursel wohnt, führt ein offenes Haus. Der Hausherr liebt Oper und Schauspiel, lädt oft Künstler ein, bei Tisch wird mehr über Literatur als über Wirtschaftsthemen gesprochen. Susanne Albrecht, die bei ihren Besuchen still, sen-





HEINZ WIESELER / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Ponto-Anwesen in Oberursel (1978), RAF-Terrorist Klar (1978): *Schüsse aus nächster Nähe*

sibel, fast scheu wirkt, sitzt meist nur stumm dabei.

„Sie war eine aufmerksame und bemühte Zuhörerin“, erinnerte sich Pontos Tochter Corinna, damals 20 Jahre alt. „Sie trug auch viel Lächeln im Gesicht, hatte auch keineswegs eine unangenehme Stimme.“

Als die beiden jungen Frauen im parkähnlichen Garten spazieren gehen, erkundigt sich Susanne Albrecht scheinbar besorgt nach den Sicherheitseinrichtungen. Ob es denn eine Alarmanlage gebe? Ob die Hunde denn auch wirklich scharf seien?

Am 30. Juli 1977, Susanne Albrecht hat sich wieder einmal kurzfristig zum Nachmittagskaffee angesagt, will die Familie Ponto abends zu einer längeren Reise nach Ecuador aufbrechen, wo der Bankier die ersten Jahre seiner Kindheit verbracht hat. Es herrscht eine eigenartige Stimmung.

Ponto, eigentlich ein durch und durch rationaler Mensch, redet in letzter Zeit entgegen seiner sonstigen Gewohnheit viel vom Krieg, von der Todesangst nach seiner Verwundung, von der eigenen Vergänglichkeit. Er hat vor kurzem ein Familiengrab gekauft. Den idyllisch gelegenen Friedhof in einem Dorf im Odenwald hatte seine Ehefrau vor längerer Zeit bei einem Spaziergang entdeckt.

Als es kurz nach 17 Uhr klingelt, telefoniert der Bankier gerade mit seiner Schwägerin, übergibt den Hörer seiner Frau. Susanne Albrecht, meldet ein Angestellter, habe zwei Freunde mitgebracht. Wie die denn aussehen würden? Antwort: „Sehr manierlich.“

Susanne Albrecht hat zum Besuch einen braunen Rock, eine geblümte Bluse und eine hellbraune Jacke angezogen, auch ihre Begleiter haben sich in Schale geworfen. Es sind die RAF-Mitglieder Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar. Alle drei haben Pistolen dabei.

„Das ist ja ein großes Komitee“, begrüßt der Bankier die Gäste, führt sie arglos über die Terrasse ins Haus, nimmt erfreut den Heckenrosenstrauß entgegen, den Susanne Albrecht mitgebracht hat, sucht eine Vase. Dann geht alles ganz schnell.

„Mitkommen, das ist eine Entführung“, schreit Klar, richtet seine Pistole auf den Bankier. Der geht mit erhobenen Armen einen Schritt auf Brigitte Mohnhaupt zu, fragt fassungslos: „Sind Sie wahnsinnig geworden?“ Klar feuert aus nächster Nähe einmal auf den Hausherrn, Brigitte Mohnhaupt drückt fünfmal ab.

Zwei Schüsse treffen den Körper des Bankiers, drei Kugeln zerschmettern seinen Kopf. Vor den Augen seiner Frau stürzt Ponto vornüber auf den Wohnzimmerboden. Er stirbt kurz darauf im Krankenhaus.

Susanne Albrecht, die nicht geschossen hat, ihre Waffe sogar zuvor heimlich entladen haben will, rennt mit ihren Begleitern zu einem wartenden, vom Terroristen Peter-Jürgen Boock gesteuerten Fluchtauto. Zwei Wochen später geht in Zeitungsredaktionen ein Bekennerschreiben ein, in dem es unter anderem heißt:

„Zu ponto und den schüssen, die ihn jetzt in oberursel trafen, sagen wir, dass uns nicht klar genug war, dass diese typen, die in der dritten welt kriege auslösen und völker ausrotten, vor der gewalt wenn sie ihnen im eigenen haus gegenübertritt fassungslos stehen.“ Unterschrift: Susanne Albrecht.

Der Text stammt von Brigitte Mohnhaupt. Sie sei zur Unterschrift genötigt worden, erklärt Susanne Albrecht später. Auch habe sie Pontos Tod nicht gewollt, sondern dem Versprechen ihrer Genossen geglaubt, bei der Aktion werde auf keinen Fall geschossen, werde kein Blut fließen. Die Anwaltstochter lebt nach dem Attentat jahrelang auf der Flucht.

24 Stunden nach dem Überfall reisen die Eheleute Albrecht zur Witwe Ponto und deren Kindern nach Oberursel. Die Mitglieder beider Familien nehmen sich stumm in die Arme. Vater Albrecht, erschüttert über den Verrat der Tochter, fassungslos über den Tod seines Freundes, stößt hervor: „Aber Susanne hat doch so schöne Hände, spielt damit so schön Geige.“

Es ist die letzte Begegnung. Die Pontos wollen danach keinen Kontakt mehr zu den langjährigen Freunden. Sie glauben, dass die Eltern Albrecht mehr vom radikalen Umfeld ihrer Tochter gewusst haben müssen, als sie später einräumen.

Vor den Augen seiner Frau stürzt der Bankier auf den Boden des Wohnzimmers.

„Hätten uns die Eltern nicht warnen können, ja müssen?“, fragt Tochter Corinna Ponto, heute 50. Schließlich habe Vater Albrecht seine Tochter nach der Festnahme an der niederländischen Grenze anwaltlich unterstützt.

Dass Susannes Eltern auch nur ahnten, was die Tochter plante, unterstellt zwar niemand. Das Gefühl, versagt zu haben, mitschuldig zu sein, kann ihnen jedoch keiner nehmen. Seit damals quälen sie sich mit Selbstvorwürfen – bis heute.

Auch für Susanne Albrechts drei Geschwister beginnt nach dem Attentat ein

Das grausame Feminat

Bei der Roten Armee Fraktion und ihrer „Offensive 77“ spielten Frauen die Hauptrollen.

Am 8. Februar 1977 öffnete sich in dem beschaulichen badischen Städtchen Bühl das Tor des Gefängnisses. In die Freiheit schritt eine 27 Jahre alte Frau, die der Bundesrepublik Deutschland den Krieg erklärt hatte: Brigitte Mohnhaupt.

„Die RAF war für sie heilig; das war ihr Leben, ihre Überzeugung“, charakterisierte Susanne Albrecht sie später. Die beiden lernten sich im Sommer 1977 im Untergrund kennen. Mohnhaupt sei in der Gruppe „absolut dominant“ gewesen, und man habe gewusst, „dass sie alles, was sie sagte, absolut ehrlich meinte“.





Studentin Mohnhaupt (1969), Buback-Attentat in Karlsruhe (1977), festgenommene Mohnhaupt (1982): *„Für akteure des systems findet*

DIGNE MELLER MARCOVICZ (L.); SPIEGEL TV (M.); DDP (R.)

In Bruchsal aufgewachsen, war Brigitte Mohnhaupt 1967 nach München gegangen, um Englisch, Geschichte und Zeitungswissenschaften zu studieren. Sie wollte Journalistin werden. Zunächst durchaus dem Luxus zugetan und mit einem Adligen liiert, zog es sie bald in eine Münchner Kommune, in der mit Drogen, „freier Liebe“ und Gemeinschaftseigentum experimentiert wurde.

Mohnhaupt lernte Rainer Langhans und Uschi Obermeier kennen, die Medien-Ikonen der Jugendrevolte, doch das Pop-Paar war ihr zu unpolitisch. Sie machte 1969 bei der Besetzung des Zeitungswissenschaftlichen Instituts mit, um gegen den Krieg der USA in Vietnam zu protestieren. Das Institut lag im Amerikahaus.

Im Frühjahr 1971 ging Mohnhaupt in den Untergrund. Und als im Juni 1972 fast die gesamte erste Generation der RAF festgenommen wurde, schnappte die West-Berliner Polizei auch sie. Wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Urkundenfälschung und unerlaubten Waffenbesitzes kassierte sie eine Haftstrafe von viereinhalb Jahren.

Nachdem sich Ulrike Meinhof im Mai 1976 in Stuttgart-Stammheim erhängt hatte, wurde Mohnhaupt in den Hochsicherheitstrakt im 7. Stock der Betonburg verlegt und saß dort ein halbes Jahr zusammen mit der RAF-Führung. Besonders Gudrun Ensslin machte es sich zur Aufgabe, Mohnhaupt als Bevollmächtigte aufzubauen. Sie und Baader waren seit Jahren unzufrieden mit ihren Nachfolgern im Untergrund, die meist schnell verhaftet worden waren und kaum Aktionen zustande gebracht hatten.

Mohnhaupt bekam eine intensive Schulung und präzise Aufträge. Nach ihrer Freilassung sollte sie als Erstes das Stuttgarter Anwaltsbüro von Klaus Croissant gründlich reorganisieren. Die Anwälte und zahlreiche Mitarbeiter, die mit der RAF sympathisierten, hatten eine zentrale Funktion für die Stammheimer. Sie waren das Band zwischen drinnen und draußen, überbrachten Botschaften und organisierten die Propaganda.

„Die Umstellung vom Knast zur Freiheit wirkte auf die sowieso schon nicht gerade phlegmatische Mohnhaupt wie ein Aufputschmittel“, erinnerte sich später Volker Speitel, als er vom wichtigsten Kurier zum Kronzeugen geworden war. „Sie konnte zwei Tage überhaupt nicht pennen, quasselte ununterbrochen.“ Schon am ersten Tag wollte sie Klaus Croissant, den seine Mitarbeiter respektvoll „den Alten“ nannten, aus seiner Kanzlei rauswerfen. Mohnhaupt selbst sprach von einer „Säuberung“; die Belegschaft des Büros wurde von ihr einvernommen und bekam neue Jobs zugewiesen.

„Das Schlimmste an der Mohnhaupt“, so Speitel, sei „ihre riesige Paranoia“ gewesen. Sie entfachte unterwegs im Auto „mehr als einmal“ kleine Feuer, um brisante Dokumente zu verbrennen, weil sie glaubte, der Wagen würde verfolgt.

Nachdem sie zwei Wochen lang bei den Unterstützern gewirbelt hatte, ging Brigitte Mohnhaupt in den Untergrund. Sie liierte sich umgehend mit Peter-Jürgen Boock; die beiden bildeten nun die neue Führung der Illegalen – wobei Mohnhaupt der Kopf dieser Doppelspitze war.

„Die Frauen hatten bei der RAF das Sagen“, sagt ein Ex-Terrorist. „Wir Männer waren nur für das Grobe und das Handwerk zuständig.“

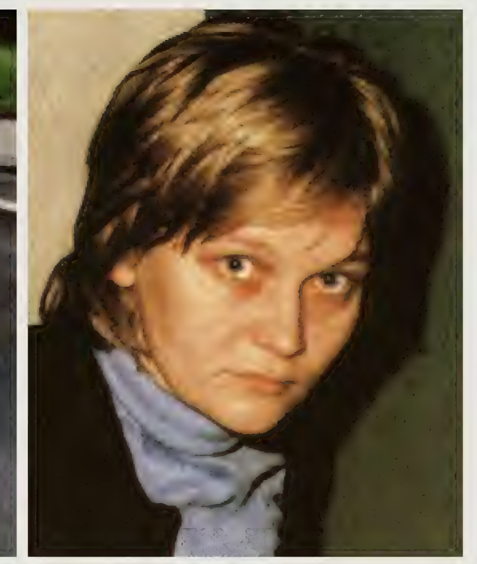
Eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Hierarchie existierte bei der RAF von Anfang an. Von der Gründung im Jahr 1970 bis zu ihrem Selbstmord im Mai 1976 hatte die Journalistin Ulrike Meinhof nahezu alle Texte für die Gruppe verfasst. Die ideologische Instanz und zugleich die Finanzchefin war die Germanistin Gudrun Ensslin.

An der allerersten Aktion der RAF, der Befreiung Andreas Baaders in Berlin im

Mai 1970, waren neben Ensslin vier Frauen und nur ein Mann beteiligt.

War die erste Generation der RAF in der Mehrzahl noch männlich, so verkehrte sich das Verhältnis später: Im Dezember 1976 handelte es sich bei 15 der 28 gesuchten Terroristen um Frauen. Bis 1986 war das angeblich schwache Geschlecht auf den Fahndungsplakaten stets stärker vertreten als die Männer. Als wollten sie das terroristische Feminat demonstrieren, überfielen im Sommer 1977 mehrere RAF-Frauen in Essen eine Bank. Wie zwei ehemalige RAF-Männer berichten, erbeuteten sie über 400 000 Mark und entkamen auf Fahrrädern.

Die Terroristinnen verstanden sich als gleichberechtigte Revolutionäre, und in der umfangreichen Literatur zur RAF ist das Frauenthema fast völlig ausgespart. Der Verfassungsschützer Hans Horchem staunte nur über eine „personelle Zusammensetzung, für die es kein Beispiel gibt“. Sein Kollege Günther Nollau witterte angesichts der weiblichen Dominanz „einen Exzess der Befreiung der Frau“.



die geschichte immer einen weg“

Gudrun Ensslin hatte ihre Nachfolgerin Mohnhaupt beauftragt, für den Schmuggel von Schusswaffen und Sprengstoff nach Stammheim zu sorgen. Mit Hilfe von Kurieren und eines Anwalts gelangten drei Pistolen und Sprengstoff in den Hochsicherheitstrakt. Ensslin war die Stimme der dort Eingeschlossenen. Ein- bis zweimal pro Woche schickte sie an die Illegalen verschlüsselte Kassiber. Eine Botschaft lautete schlicht: „Der General muss weg.“ Wenn die Aktion nicht bald laufe, werde den Illegalen das Recht aberkannt, sich RAF zu nennen.

Nachdem der Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seine beiden Begleiter in Karlsruhe von einem RAF-Mitglied erschossen worden waren, schrieb Mohnhaupt in Amsterdam die Kommandoerklärung – unter Verwendung einer Vorlage der Stammheimer. „Für akteure des systems selbst wie buback findet die geschichte immer einen weg“, hob sie an. „Am 7. 4. 77 hat das kommando ulrike meinhof generalbundesanwalt siegfried buback hingerichtet.“

Kurz vor seinem Tode, so erinnert sich Michael Buback, habe sein Vater ihm gesagt: „Die Mohnhaupt ist die Schlimmste.“

Die Ermordung des einstigen NSDAP-Mitglieds Buback war der Auftakt für die „Offensive 77“. Die Gründer der RAF hatten vor dem Hintergrund des Krieges in Vietnam 1972 vor allem US-Einrichtungen angegriffen. Für ihre Nachfolger war der westdeutsche Polizei- und Justizapparat der Hauptfeind. Und ihr Vorgehen wurde immer brutaler.

Knapp vier Wochen nach dem Buback-Attentat schoss die RAF-Frau Verena Becker, um sich ihrer Festnahme zu entziehen, im badischen Singen aus kurzer Entfernung auf einen schon am Boden liegenden Polizisten. Der überlebte wie durch ein Wunder; Becker und ihr Begleiter Günter Sonnenberg wurden angeschossen und festgenommen.

Die RAF ließ sich dadurch nicht von ihrem Ziel abbringen, die Stammheimer aus dem Gefängnis zu holen. Die Illegalen sollten einen Bankier entführen. Drei Namen standen auf der Liste. Die Wahl fiel auf Jürgen Ponto – weil Susanne Albrecht sich als Türöffnerin anbot.

Es war der erste Anschlag, bei dem Brigitte Mohnhaupt in vorderster Reihe stand. Nachdem Christian Klar die Nerven verloren und auf Ponto geschossen hatte, gab sie weitere fünf Schüsse auf den Bankier ab. Anschließend stand die Gruppe vor der Frage, ob sie eingestehen sollte, dass sie den Bankier eigentlich entführen wollte. Nein, entschied Mohnhaupt, einen solchen Betriebsunfall einzuräumen wäre rufschädigend.

Die Erklärung die sie aufsetzte, fiel aus dem üblichen Rahmen. Sie war mit „Susanne Albrecht aus einem Kommando der RAF“ unterschrieben. Sonst versteckten sich die Mitglieder der Gruppe bei ihren rituellen Erklärungen zu Anschlägen stets hinter dem Kollektiv.

Die Einzige, die diese Regel durchbrach, war eine Vertreterin des starken Geschlechts der RAF.

MICHAEL SONTHEIMER

Ein Verfassungsschützer witterte „einen Exzess der Befreiung der Frau“.



SPIEGEL-Titel 33/1977*
Symbol für Unmenschlichkeit

Alptraum. Name und Foto der Schwester prangen wochenlang auf allen Titelseiten, werden immer wieder im Fernsehen gezeigt. An jeder Ecke kleben Fahndungsplakate. Die junge Frau mit der Pagenfrisur ist zum Symbol für Hinterhältigkeit und Unmenschlichkeit geworden.

„Ich war nur noch Susanne Albrechts kleine Schwester“, erinnert sich Julia Albrecht, damals gerade 13. „Alle wussten Bescheid, alle. Die Mitschüler, die Lehrer, die Freunde. Niemand traute sich, mich direkt anzusprechen. Aber ich wusste, dass alle es wussten.“ Erst Jahre später, als sie außerhalb Hamburgs studiert, hört das Getuschel, hören die heimlichen Blicke auf.

Witwe Ignes Ponto und ihre beiden Kinder verlassen Deutschland nur eine Woche nach dem Attentat. Nachdem ausgerechnet am Tag der Trauerfeier auf ihrem Grundstück trotz großen Polizeiaufgebots ein Sprengsatz explodiert, fühlt sich die Restfamilie ihres Lebens nicht mehr sicher. Sie flieht zu Freunden in die USA, bleibt jahrelang. Pontos Sohn Stefan lebt bis heute dort.

Die Verletzung, von einer Vertrauensperson verraten worden zu sein in den eigenen vier Wänden, ist bis heute nicht verheilt.

Für die Terroristen im Untergrund wird Susanne Albrecht schnell zum lästigen Anhängsel. Ihre Weinkrämpfe, ihre Selbstvorwürfe wegen der Tat, deren Dimension sie offenbar erst jetzt zu begreifen beginnt, werden ihr als typisch bürgerliche Sentimentalität vorgeworfen, als ein Zeichen ideologischer Unzuverlässigkeit. Sie gilt zudem als ängstlich, ungeschickt und damit unbrauchbar. Ein Risikofaktor. „Die kann man nicht einmal zum Brötchenholen schicken“, beschwert sich ein Genosse.

In der Hierarchie der Gruppe, in der einige wenige die anderen beherrschen und unterdrücken, rangiert sie ganz unten. Nach mehreren Auslandsaufenthalten, unter anderem in Frankreich, in Belgien und in einem militärischen Ausbildungslager im Jemen, wird sie – zusammen mit neun weiteren Aussteigern – in die empfangsbereite DDR abgeschoben.

Dort, in einer Plattenbauwohnung mit Durchreiche, führt die Hamburger Bürgertochter jahrelang unerkannt ein unauffälliges Leben. Bekommt einen anderen Namen und eine neue Identität, kann sich weiterbilden. Arbeitet als Englischlehrerin, heiratet einen Atomphysiker, wird

* Mit Susanne Albrecht.

Mutter eines Sohnes, den sie Felix nennt, den „Glücklichen“. Wie sie wirklich heißt, warum sie in Westdeutschland gesucht wird, weiß zwar die Stasi, für die sie gelegentlich Berichte über Kollegen verfasst, aber nicht ihr Ehemann.

Die Idylle gerät in Gefahr, als eine Arbeitskollegin, die bei einer Westreise ein Fahndungsfoto von ihr gesehen hat, sie wiedererkennt und ihr eine anonyme Botschaft in den Briefkasten wirft: „Wie kann man mit so einer Vergangenheit leben?“

Nach der Wende, als die Aussteiger enttarnt und verhaftet werden, stellt sich Susanne Albrecht als Kronzeugin zur Verfügung: Sie beichtet den Behörden nicht nur ihre eigene Verstrickung, sondern schildert auch die wenigen Einzelheiten, die sie von Verbrechen anderer RAF-Täter weiß. Und sie rechnet mit ihren ehemaligen Genossen ab – so gnadenlos, so unnachsichtig wie kein anderer Ehemaliger.

„Ich möchte die Struktur und die Politik der RAF mit dem Stalinismus gleichsetzen“, teilt sie in einer handschriftlichen Erklärung mit. „Ausdruck davon ist die Arroganz, zu meinen, stets das Richtige zu wollen und zu tun und sich damit selbstherrlich über Realität, Anstand, menschliche Gefühle und Bedürfnisse hinwegzusetzen. Diese Selbstherrlichkeit führt dazu, dass unliebsame Institutionen und Personen angegriffen bzw. ermordet werden.“

Ihre Aussagen als Kronzeugin und ihre Distanzierung von den Taten führen 1991 zu einem vergleichsweise milden Urteil: zwölf Jahre Gefängnis wegen der Beteiligung am Ponto-Mord und am missglückten Anschlag auf den damaligen Nato-General Alexander Haig.

RAF-Sympathisanten im Zuhörerraum schmähen die Angeklagte während des Prozesses als „Drecksau“, als „Schwein“. Weil sie im Gegensatz zu anderen ehemaligen RAF-Kadern ausgesagt hat, gilt sie jetzt auch in der linksradikalen Szene als gemeine Verräterin.

Bereits 1993, nach drei Jahren Haft, bekommt Susanne Albrecht, die sich gut führt, auch nicht mit früheren Genossen zusammengelegt werden will, regelmäßig Freigang gewährt. Den nutzt sie, um Ausländerkindern, die sich kaum verständigen können, die deutsche Sprache beizubringen. Seit ihrer vorzeitigen Entlassung 1996 – da hat sie die Hälfte ihrer Strafe verbüßt – setzt sie, unter einem anderen Namen, diese Arbeit an mehreren Bremer Grundschulen fort.

Unter dem Titel „Kinderwünsche“ veröffentlicht sie 1999 gesammelte Sprüche ihrer Schüler in einer Broschüre der Bremer Ausländerbehörde. Beispiel: „Ich wünsche mir, dass der Krieg in Afghanistan und in der ganzen Welt aufhört.“ Oder: „Ich wünsche mir, dass es in Syrien so normal wird wie in Deutschland und dass da keine verbrannten Häuser sind.“

Im vergangenen April versuchte die Bremer CDU, Susanne Albrechts Beschäftigung zum Wahlkampfthema zu machen. Es sei „völlig untragbar, dass unsere Kinder von einer verurteilten RAF-Terroristin unterrichtet werden“. Doch die Kampagne wird vom betroffenen Elternbeirat und vom Bremer Senat zurückgewiesen. Bildungssenator Willi Lemke nennt den Fall „ein gelungenes Beispiel für eine Resozialisierung“.



DPA

Kronzeugin Albrecht (1991): *Als „Schwein“ beschimpft*

Susanne Albrecht, inzwischen eine Frau Mitte fünfzig, noch immer schlank und schlaksig, die Pagenfrisur leicht ergraut, hat sich von ihrem Ehemann getrennt, ist seit Jahren mit einer Freundin zusammen. Ihre hochbetagten Eltern und ihre Geschwister können ihre Tat bis heute nicht verstehen.

An ihre Vergangenheit will die selbstbewusst wirkende Lehrerin ungern erinnert werden, Journalistenfragen nach ihrer RAF-Zeit blockt sie meist ab. Die Veröffentlichung eines Fotos in einem Taschenbuch, das sie 1991 bei ihrem Prozess zeigt, hat sie kürzlich gerichtlich verbieten lassen. Sie fürchtet, darauf heute noch erkannt zu werden.

„Aus Terroristen werden Ex-Terroristen“, sagt Jürgen Pontos Tochter Corinna. „Opfer bleiben immer Opfer.“

Im nächsten Heft:
Während der Entführung von Hanns Martin Schleyer kommt es zu haarsträubenden Fahndungspannen.


Golferin Wie

BRANDON MALONE / ACTION IMAGES / PIXATHLON

GOLF

Zuflucht in Stanford

Vor gut einem Jahr noch war Michelle Wie das Wunderkind des Golfsports: 16 Jahre alt, Platz zwei der Frauen-Weltrangliste. Seit drei Wochen ist sie Erstsemesterin an der Elite-Universität Stanford in Kalifornien, die sich, so sagt es ihr Pressesprecher Jesse Derris, freut über ihr „Leben im Studentenwohnheim“. Die Tochter koreanischer Eltern, geboren in Honolulu, verdiente allein rund zehn Millionen Dollar pro Jahr durch Werbeeinnahmen und spielte sogar bei Männerturnieren, weil die Damenkonkurrenz ihr zu schwach erschien. Anfang Februar aber brach sich Michelle Wie beim Jogging das Handgelenk und musste vier Monate pausieren. Im Juni machte sie ihren Abschluss an der Punahou School in Honolulu, ihr Comeback in der Profiszene misslang. Wie musste enttäuscht feststellen: „Etwas stimmt mit meinem Körper nicht.“ Es folgten Niederlagen und offene Schuldzuweisungen, Wies Eltern wurde zu großer Ehrgeiz vorgeworfen. Ihr Trainer David Leadbetter begründete den ausbleibenden Erfolg damit, dass Wie zu viel zu schnell wollte. Die Psyche sei dabei auf der Strecke geblieben. Nun zieht sie sich erst mal nach Stanford zurück. Vier Jahre dauert ihr Studium, die ersten Seminare in Geisteswissenschaften und Japanisch hat sie schon besucht. Turniere wird die inzwischen 18-Jährige nur noch nebenbei bestreiten, wie in der vergangenen Woche in Palm Desert in Kalifornien.

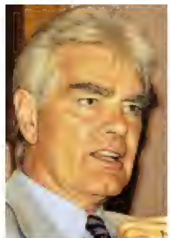
DOPING

Brisanter Gipfel

Auf einem zweitägigen Anti-Doping-Gipfel, der am kommenden Montag in Paris eröffnet wird, soll der Radsport unter der Regie von Frankreichs Sportministerin Roselyne Bachelot einen Weg aus der Krise finden. Doch die Hoffnungen auf eine Lösung sind gering. „Sehr kontroverse Diskussionen und Machtspiele“ erwartet Rolf Aldag, Sportdirektor des T-Mobile-Teams. Experten rechnen damit, dass die Welt-Anti-Doping-Agentur (Wada) vorschlagen wird, eine unabhängige Institution zu gründen, die nicht nur Doping-Tests vornimmt, sondern auch Sanktionen verhängt. Bislang organisieren der Radsport-Weltverband UCI und die nationalen Verbände das Kontrollsystem und entscheiden auch über Sperren, sie müssten ihre Zuständigkeit abgeben. Schon im Sommer hat der Tour-de-France-Veranstalter ASO dem Weltradsportverband gedroht, eine eigene Rennserie aufzuziehen.

SPONSORING

„Testballon in Hessen“



Holger Wittenberg, 64, Marketingmanager in der Deutschland-Niederlassung des südkoreanischen Autobauers Kia, über das Sponsoring des Konzerns im Amateurfußball

SPIEGEL: Herr Wittenberg, Kia stellt rund 2100 hessischen Kreisliga-Teams Trikots mit dem Schriftzug des Unternehmens zur Verfügung. Was soll dieses Sponsoring nach dem Gießkannenprinzip bringen?

Wittenberg: Wir wollen an die Basis ran. Vor ein paar Jahren waren wir auch schon mal auf den Trikots beim Bundesligisten Hansa Rostock. Solch ein Deal bringt Aufmerksamkeit und Markenbekanntheit. Mit den hessischen Kreisligen stellen wir den direkten Kontakt zu den Kunden her. Dort, wo gekickt wird, sitzen auch unsere Händler.



Kreisliga-Spieler

SPIEGEL: Nicht alle Clubs sind bereit, in Ihren Trikots zu spielen. Die Kicker von Dynamo Windrad Kassel fühlen sich vom Verband „verraten und verkauft“, andere Vereine wollen ihre alten Gönner nicht verprellen. Drohen den Widerspenstigen Strafen?

Wittenberg: Alle Vereine sind durch den hessischen Fußballverband verpflichtet, den Namen „Kia-Kreisliga“ auf den Trikots zu tragen – unabhängig davon, welcher Vertragspartner auf den Trikots steht. Wer also weiter mit seinem Versicherungsfachmann auf der Brust auflaufen will, muss dafür sorgen, dass unser Logo auf dem Ärmel erkennbar ist.

SPIEGEL: Und was passiert, wenn der langjährige Mäzen des Clubs der örtliche Mercedes-Händler ist?

Wittenberg: Das ist bei nur ganz wenigen der über 2000 Mannschaften der Fall. Auch diese Teams haben Trikots mit unserem Schriftzug erhalten, müssen sie aber nicht tragen. Sie können die Hemden im Verein weitergeben.

SPIEGEL: Wird demnächst in ganz Deutschland in Kia-Kreisligen gebolzt?

Wittenberg: Für uns ist das in Hessen ein Testballon. Ist diese Art des Sponsoring erfolgreich, können wir darüber nachdenken, ob das erweiterbar ist.

FORMEL 1

Mein Auto, mein Fahrer

Am Ende einer Grand-Prix-Saison, die vom Spionageskandal überschattet war, hofft McLaren-Chef Ron Dennis, dass seine Entdeckung Lewis Hamilton Weltmeister wird – es wäre für ihn der Beweis, dass er nicht nur den besten Rennwagen produziert, sondern auch den besten Piloten.





GERO BRELOER / DPA

WM-Rivalen Hamilton, Alonso, McLaren-Boxencrew, Teamchef Dennis: *Fast die Hälfte seines Lebens hat er damit verbracht, McLaren zum*

Fassungslos sitzt er da, McLaren-Chef Ron Dennis, die Ohren unter dicken schwarzen Hörmuscheln, das Mikro vorm Mund, er starrt auf den einen Bildschirm, auf dem ein paar chinesische Streckenposten einen seiner Rennwagen flottzumachen versuchen.

Die Kommandostände an der Boxenmauer sind die Schaltzentralen der Formel-1-Teams während eines Grand Prix, ein halbes Dutzend Leute wacht über Rundenzeiten, Rennstrategie und einen nie versiegenden Fluss technischer Daten. Ständig funken sie mit den Piloten, die da draußen unterwegs sind. Es geht zu wie auf der Bodenstation eines Weltraumfluges, und was Dennis gerade erlebt, ist der Absturz kurz vor der Landung.

Etwa eine Stunde lang war McLaren-Fahrer Lewis Hamilton auf der Strecke von Shanghai gekreist, zuverlässig durch die Gischt des Regens, doch dann sind seine Hinterreifen so stark abgefahren, dass er in der Boxenzufahrt vom Asphalt schlittert und im Kies feststeckt. Dennis und sein Stab haben einen Fehler gemacht und Hamilton zu spät zum Radwechsel beordert. Dennis zuckt, als er die Chinesen herumstolpern sieht, er drückt die Hände voran, als wollte er den havarierten Wagen persönlich aus dem Dreck schieben. Dann steigt Hamilton mit hängendem Kopf aus, und Dennis hat keinen Weltmeister.

Hamilton kann es immer noch werden beim letzten Saisonrennen am kommenden Sonntag in São Paulo, er bleibt Favorit, aber der WM-Vorsprung ist zusammengeschmolzen und die Lage schwerer kalkulierbar. Teamkollege Alonso liegt nur noch vier Punkte hinter Hamilton, der Ferrari-Fahrer Kimi Räikkönen sieben. Vor Shanghai konnte sich Ron Dennis fast sicher sein zu gewinnen, seit dem Desaster kann er es nicht mehr.

Der Titel jedoch wäre für ihn ein Triumph wie kaum ein anderer zuvor, trotz Ayrton Senna, Alain Prost oder Niki Lauda, allesamt McLaren-Weltmeister. Denn Hamilton ist für Dennis mehr als ein Rennfahrer – er ist seine Schöpfung. Vor knapp zehn Jahren hatte Dennis den damals 13-Jährigen unter Vertrag genommen, er hat Millionen in dessen Ausbildung investiert, um ihn gezielt auf die Formel 1 vorzubereiten, und er verstieß vor dieser Saison sogar gegen seinen Grundsatz, niemals einen Grand-Prix-Neuling einzusetzen. Hamiltons Triumph wäre der Beweis, dass Dennis nicht nur den besten Rennwagen der Welt produziert, sondern auch den besten Rennfahrer.

Sogar er hat unterschätzt, wie schnell Hamilton, 22, wertvoll für ihn wird. Der Newcomer ist die Sensation des Jahres, ein Darling mit linealgerader Karriere und glattem Gesicht, und er lindert die Demüti-

gungen, die Dennis diesen Sommer erlitt, weil sich leitende Angestellte seines Rennstalls von einem Ferrari-Mitarbeiter geheime Daten besorgten und Dennis in einen Skandal verwickelten, der ihn 100 Millionen Dollar Geldstrafe kostet. Wird Hamilton tatsächlich Champion, dann müssen Dennis alle als Meistermacher und nicht als Meisterspion wahrnehmen. Das zumindest ist seine Hoffnung.

Dennis ist jetzt 60 Jahre alt, das graumelierte Resthaar trägt er stets akkurat geschnitten. Fast die Hälfte des Lebens hat er damit verbracht, McLaren zum Spiegelbild seiner selbst zu formen, süchtig danach, als unfehlbar zu gelten. Dennis hat aus einem Kleinbetrieb einen Konzern mit tausend Angestellten aufgebaut. Während des Aufstiegs hat er einmal gesagt: „Es gibt nur einen kurzen Zeitraum am Tag, an dem ich es mir leisten kann, nicht motiviert zu sein. Das ist die Zeit, die zwischen dem Aufwachen und dem Moment vergeht, an dem meine Füße den Boden neben dem Bett berühren."

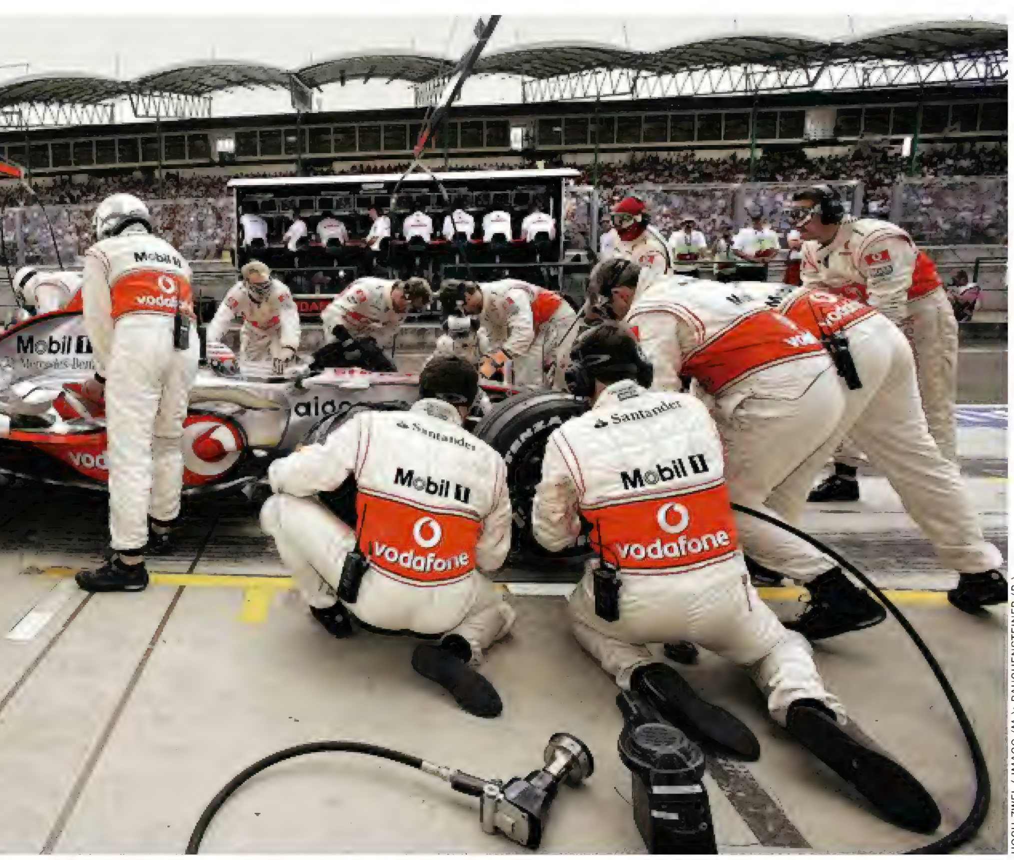
Als Mechaniker fing er einst an, 1966 bei Cooper. „Es gab damals keinen anderen Weg in den Motorsport", sagt er, „es sei denn, du warst Sohn reicher Eltern." Er gründete eigene Teams, was schlicht hieß, irgendwoher ein Rennauto zu organisieren, daran rumzuschrauben, Sprit einzufüllen und den Fahrer reinzusetzen. Zwischendurch ging Dennis pleite, es war oft ein Dasein am Abgrund. Nicht nur finanziell. 1972 fuhr er gegen einen Laternenmast, nachdem er an einer Ampel eingenickt war, und lag wochenlang im Krankenhaus. Vom Bett aus führte er den Rennstall weiter. Und entdeckte sein Talent zum Managen.

Seine wichtigste Erkenntnis: Ein Teamchef muss mehr sein als ein Werkstattleiter. Nachdem er 1980 McLaren übernommen hatte, holte er die Mechaniker aus den Blaumännern und steckte sie in saubere Hemden. „Keine seriöse Firma der Welt", sagt er, „empfängt Besucher in dreckigen Garagen und schickt sie nach Schmiere riechend wieder nach Hause." Aus dem Schrauber war ein Unternehmer geworden, und als in den Achtzigern die Automobilkonzerne in die Formel 1 drängten und in den Neunzigern das große Sponsorengeld floss, da trug er statt Kittel längst Anzug und handelte die Verträge im klimatisierten Konferenzraum aus.

Als erster Teamchef wendete Dennis moderne Managementmethoden an und versuchte nicht, alles selbst zu machen, sondern die besten Arbeitsbedingungen für die besten Leute zu schaffen. „Er ist ein Sammler cleverer Köpfe", sagt Ex-McLaren-Pilot Alexander Wurz. Dennis gilt als fordernder Chef, aber gerecht und mit einem Gespür dafür, sein Personal nach dessen Stärken einzusetzen.

Sogar das Privatleben unterliegt dem Effizienzprinzip. Zu Hause führt Ehefrau Lisa „die Abteilung Familie" mit den drei Kindern. Seine Heirat mit 38 Jahren war für Dennis wichtig, weil „ich nicht mehr auf der Suche nach einem Lebenspartner war, was ja Zeit in Anspruch nimmt. Ich hatte meinen Seelenfrieden gefunden und konnte viel konzentrierter arbeiten".

Er denkt strategisch, und es reicht ihm nicht, der Mann am Pistenrand zu sein. „Ich möchte, dass sich die Leute eines Tages an mich als an einen erfolgreichen Geschäftsmann erinnern." 1988 hat er das gesagt, vier Jahre später wird er in Großbritannien zum Manager des Jahres gewählt. Und als 2004 die neue Firmenzentrale in Woking fertiggestellt ist, ein kühler, schnörkelfreier Flachbau, der sich wie ein riesiges Ufo tief in Südenglands Landschaft eingegraben und gut eine halbe Milliarde Euro gekostet hat, fährt Queen Elizabeth II. zur Einweihung vor.





HOCH ZWEI / IMAGO (M.); RAUCHENSTEINER (R.)

Spiegelbild seiner selbst zu formen, süchtig danach, als unfehlbar zu gelten

Kein Team hält sich so konstant an der Spitze, Dennis muss keine zwei Jahrzehnte andauernde Ära ohne Fahrertitel durchstehen wie Ferrari. Er beteiligt gern seine Partner an der Firma, erst verkauft er Anteile an den arabischen Industriellen Mansour Ojjeh, dann 40 Prozent an DaimlerChrysler. Inzwischen gehören einem Konsortium aus dem Königreich Bahrein 30 Prozent der McLaren Group, jeweils 15 halten noch Ojjeh und Dennis. So besorgte er sich immer wieder frisches Kapital. Heute ist die Kasse prallvoll, McLaren verfügt über einen Jahresetat von etwa 400 Millionen Euro. Dennis ist längst Formel-1-Weltmeister – im Geldranschaffen.

Doch er stößt an Grenzen, weil er die Welt in Gut und Böse aufteilt und die



McLaren-Fabrik in England: *Eine halbe Milliarde Euro teuer, von der Queen eingeweiht*



PICTURE-ALLIANCE / DPA

Rennmechaniker Dennis (l., 1966): *„Es gab keinen anderen Weg in den Motorsport"*

Grenze dazwischen scharf zieht. Gut ist, wer für ihn arbeitet, und böse der Rest. Nach außen hin kann er bis zur Unerträglichkeit selbstherrlich auftreten. Alles, was er nicht kontrollieren kann, ist ihm verdächtig. Er hat Feinde da draußen, das ist zwangsläufig in einer Welt des harten Wettbewerbs um die besten Rennfahrer, Ingenieure, Sponsoren und Resultate. Und als Dennis dieses Jahr auf den Spionagefall mit Selbstgefälligkeit reagierte, war „Payback-Time", wie es ein konkurrierender Rennstallbesitzer formuliert.

Alles begann damit, dass der Werkstattleiter von Ferrari, Nigel Stepney, den McLaren-Chefdesigner Mike Coughlan monatelang mit geheimen Informationen versorgte. Dennis entließ Coughlan und stritt ab, dass irgendjemand sonst bei McLaren etwas von den Ferrari-Daten gewusst habe. „Es ist unmöglich, dass bei uns etwas Illegales geschieht", sagte Dennis, ein Satz, der zur Rache geradezu verführte.

Die These vom Einzeltäter kippte schnell, auch andere bei McLaren wussten Bescheid, damit brach die Verteidigung zusammen. In einem Indizienprozess in Paris wurde McLaren vom Motorsport-Weltrat zur höchsten Geldstrafe in der Formel-1-Geschichte verurteilt. 100 Millionen, diese Buße trifft Dennis hart, als Sportsmann ebenso wie als Geschäftsmann.

Die Liste jener Leute, die Dennis gegen sich aufgebracht hatte, ist lang: Jean Todt, Generaldirektor des Erzrivalen Ferrari, fühlt sich hereingelegt, weil Dennis ihn im Frühjahr plötzlich mit einer Charme-Offensive begegnete, während bereits geklaute Daten von Italien nach England flossen; Bernie Ecclestone, der Formel-1-Vermarkter, der nicht vergessen hat, dass Dennis ihn entmachten wollte; Max Mosley, Präsident des Automobil-Weltverbands Fia, ein Internatszögling aus wohlhabendem Hause, ist der Emporkömmling seit je wesensfremd; Renault-Teamchef Flavio Briatore, dessen Weltmeister Fernando Alonso von McLaren abgeworben wurde; sogar Alonso selbst, dessen manischer Argwohn das Verhältnis zu Dennis zerrüttet hat und der jene E-Mails der Fia überließ, auf die sich die Richter beriefen.

„Ron kriegt die Quittung für die Arroganz, mit der er die Leute in all den Jahren behandelt hat", sagt Briatore. „Als Alonso bei ihm unterschrieb, wollte ich eine Woche Zeit für eine Presseerklärung. Die Antwort war, ich solle mich zum Teufel scheren."

Selten wirkte Dennis so angeschlagen wie in den Monaten des Skandals. Im Fahrerlager verzog er sich oft in den düsteren, dreistöckigen McLaren-Glaspalast, der wie ein Luxusknast die anderen Teamzentralen überragt. Er verzichtete auch auf eine Berufung. Was bleibt ihm anderes übrig, als zu zahlen? Ecclestone und Mosley deuteten an, es könne in nächster Instanz eine noch schärfere Strafe geben. Aus Stuttgart richtete die Daimler AG aus, man stehe natürlich zu ihm – wenn nun alles offengelegt sei. Nichts muss Dennis so sehr fürchten, als dass der Prozess sich endlos weiterzieht, neue belastende Details auftauchen und der mögliche Sieg in der WM einen Totalschaden erleidet.

Das Urteil hat McLarens Fahrer verschont und macht sie größer als das Team. Hamilton ist jetzt Dennis' letzter Trumpf.

Ecclestone sagt: „Lewis Hamilton hat frischen Wind in die Formel 1 gebracht und sie wiederauferstehen lassen. Wir haben mit Michael Schumacher einen Helden verloren, aber mit Lewis einen anderen bekommen. Er ist nichts weniger als jemand, der Wunder vollbringt. Meine größte Furcht ist, dass er nicht Weltmeister wird."

Schafft er es, dann rehabilitiert Hamilton seinen Chef. Und er würde die schlimmste Folge eines Irrtums verhindern.

Alonso war vor dieser Saison zu McLaren gekommen, weil er dachte, dort lägen ihm, dem Weltmeister, alle zu Füßen. Dennis hatte Alonso geholt, weil er dachte, der weltbeste Fahrer sei genau der Richtige für McLaren. Doch der Spanier kam nie damit klar, dass in dem englischen Team dem englischen Fahrer Hamilton die Sympathien gelten, und zog sich in die Isolation zurück. Dennis bezeichnet Alonso als „bemerkenswerten Einsiedler", Alonso schimpft Dennis einen Lügner. Mittlerweile geben sie sich nicht einmal mehr Mühe, ihre Feindschaft zu kaschieren.

Obwohl er einen Vertrag bis Ende 2008 unterschrieben hat, wird das Rennen in Brasilien für Alonso das letzte bei McLaren sein, wie auch immer es ausgeht. Wahrscheinlich kehrt er zu Renault und Flavio Briatore zurück.

Womöglich als Weltmeister.

Für Ron Dennis wäre das der Horror.

Detlef Hacke

FUSSBALL

Staatsfeind Nummer 9

Der gebürtige Iraner Ashkan Dejagah wollte nicht für Deutschland in Israel spielen – aus Angst vor Repressionen. Die Welle der Entrüstung traf ihn unvorbereitet.

CLAUDE PARIS / AP



URIEL SINAI / GETTY IMAGES

Spieler Dejagah, DFB-Präsident Zwanziger (l., in Jad Waschem): *Ghetto-Kid mit zwei Pässen*

Fathemeh Dejagah sitzt in ihrem Laden „Uhren, Silberschmuck, Parfum“ in einem Spandauer Einkaufszentrum. Sie trägt schulterlange braune Haare, ihre Lippen sind rot geschminkt, sie hat so gar nichts von einer religiösen Fanatikerin. Die Nachbarn von der Dönerbude und vom Internet-Café gegenüber kennen sie als die Mutter des Fußballprofis Ashkan Dejagah. Ein Mannschaftsfoto mit ihrem Sohn hängt an der Wand. Er hat für Hertha BSC gespielt, im Sommer wechselte er nach Wolfsburg, nun verdient er fast eine Million Euro im Jahr.

Aber Frau Dejagah will nicht mehr Frau Dejagah sein. Sie sei, sagt sie, bloß „eine Freundin der Familie“. Der Rummel, die Presseberichte, die Politiker, die auf allen Kanälen ihren Sohn attackieren, das alles ist zu viel. Die Familie Dejagah hat das Telefonkabel aus der Wand gezogen und ist in Deckung gegangen.

Ihr Sohn Ashkan ist ein Deutsch-Iraner, geboren vor 21 Jahren in Teheran, aufgewachsen in Berlin. Er spielt für Deutschlands Juniorennationalmannschaft U 21, er gilt als großes Talent. Aber dann hat er sich am Freitag vor einer Woche von einem Länderspiel in Israel freistellen lassen und ein wenig unglücklich von „politischen Gründen“ gesprochen. Seitdem ist Dejagah, der Auswahlspieler mit der Nummer 9, so etwas wie ein Staatsfeind. Es sei, sagt er, „als hätte ich einen umgebracht“.

Ausgelöst wurde der Skandal am vergangenen Montag durch die „Bild“-Zeitung: Wer aus politischen Gründen nicht nach Israel fliege, stand dort, dürfe „nie wieder für Deutschland spielen“. Plötzlich war Dejagah kein Fußballer mehr, sondern ein Politikum. Berlins CDU-Fraktionschef Friedbert Pflüger fand das Verhalten Dejagahs „völlig inakzeptabel“. Charlotte Knobloch, Präsidentin des Zentralrats der Juden, sprach von einem Affront. Je länger die Woche dauerte, um so hochrangiger die Politiker, die sich meldeten: CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla forderte ein Bekenntnis zur deutschen Geschichte, Innenminister Wolfgang Schäuble riet: „Es muss ja keiner in der Nationalmannschaft spielen.“

Die Skandalmaschine war angelaufen und nicht mehr zu stoppen. Dejagah ein Antisemit und ein Anhänger Mahmud Ahmadinedschads, der Israel am liebsten von der Landkarte löschen möchte? Zum Ritual gehört auch, dass niemand der Ankläger mit Dejagah selbst sprach.

Irgendwie suspekt, dieser Dejagah. Verurteilt wegen Fahrerflucht, ein Typ, der sich Schneisen ins Haar frisiert und seinen Körper mit Tattoos verziert. Während seiner Hertha-Zeit gehörte er zu einer wilden Truppe von Jungstars, fast alle Immigrantenkinder, die mit ihren Allüren den ganzen Verein durcheinanderbrachten und bald nur noch Ghetto-Kids gerufen wurden.

Dejagah hat einen deutschen und einen iranischen Pass. Iranische Staatsbürger dürfen nicht nach Israel einreisen, es drohen sonst in Iran zwei Jahre Gefängnis. Wäre er zum Qualifikationsspiel für die Europameisterschaft in Tel Aviv angetreten, hätte er wohl niemals mehr in die Heimat seiner Eltern fahren können und auch Repressionen für seine Verwandten dort befürchten müssen.

Trainer Dieter Eilts zeigte Verständnis. Auch DFB-Sportdirektor Matthias Sammer und der designierte Generalsekretär Wolfgang Niersbach stimmten zu, lehnten es aber ab, eine Verletzung zu erfinden. Bayern München hatte einst bei einem Spiel in Israel auf den Iraner Vahid Hashemian verzichtet, offiziell wegen einer Blessur.

Sogar Bundestrainer Joachim Löw wurde informiert. Doch der distanziert sich inzwischen und schiebt Eilts die Verantwortung zu, wie fast alle beim Deutschen Fußball-Bund plötzlich Abstand zu dem Spieler halten, seitdem aus Dejagahs Problem eine Staatsaffäre geworden ist.

Bevor DFB-Präsident Theo Zwanziger zusammen mit der U-21-Mannschaft nach Israel aufbrach, rief ihn Bundeskanzlerin Merkel an. Auch sie wies noch einmal auf die Brisanz der Angelegenheit hin. Inzwischen klang Zwanziger nicht mehr sehr verständnisvoll: Heute Iraner, morgen Deutscher, das gehe nicht, ein deutscher Nationalspieler habe auch Pflichten.

Nun will er bei Dejagah noch einmal „das Verantwortungsgefühl abfragen“ und entscheiden, ob er deutscher Nationalspieler bleiben darf. Er müsse als iranischer Staatsbürger „nicht seine Traditionen draußen an der Garderobe abgeben“. Aber mit dem „jungen Mann“ über seine Einstellung zu reden sei „auch ein Akt der Gerechtigkeit: Wir wissen, was wir Israel schuldig sind und was wir unserem Land schuldig sind. Dazu gehört auch, dass man, bevor man Urteile fällt, den Sachverhalt festzuhalten hat“.

Sogar der Zentralrat der Juden zeigt mittlerweile Verständnis für Dejagah. Vielleicht wäre alles vermeidbar gewesen, wenn man frühzeitig eine Sprachregelung gefunden hätte. Stattdessen erwähnte Dejagah irgendwann bei einem Gespräch mit Wolfsburger Journalisten jene diffusen „politischen Gründe“, offenbar ohne zu begreifen, wie zweideutig diese Formulierung ist. Zwanziger räumt diesen Fehler ein. „Man hätte sagen können: Bevor die Sache in der Öffentlichkeit in ein völlig anderes Fahrwasser kommt, lasst uns die Dinge selbst veröffentlichen.“

Dejagah trainiert nach einem Tag Pause wieder in Wolfsburg. Er will nichts mehr sagen. In einem Berliner Boulevardblatt hatte er vorigen Montag noch erklärt, er habe nichts gegen Israel, aber das wollte niemand mehr wissen. Der Vorgang hat ihn überrollt. Er ist ein hervorragender Fußballer, aber kein Kandidat für eine Elite-Universität. „Ashkan“, sagt ein Freund, „weiß nicht mal, was Antisemitismus überhaupt heißt.“

Wolfsburgs Trainer Felix Magath steht am Trainingsplatz und ist ein wenig erschüttert. „Der arme Junge“, sagt er. „Auf seinem Rücken werden Sachen ausgetragen, die nicht fair sind.“ CATHRIN GILBERT, JÖRG KRAMER, CHRISTOPH SCHULT

TV-SHOWS

Sternchen statt Stars

Eigentlich ist es eine alte Fernsehweisheit: Wird zu viel vom Gleichen gesendet, verlieren die Zuschauer das Interesse. ProSieben glaubte offenbar, diese Regel außer Kraft setzen zu können. Der Sender brachte bereits wenige Monate nach der äußerst erfolgreichen fünften Staffel der Casting-Show „Popstars“ eine neue Staffel – und wird nun prompt bestraft: Schon im eher konkurrenzschwachen Sommerprogramm rutschte die Sendung auf rund 16 Prozent werberelevanten Marktanteil ab. Seit Beginn der neuen Fernsehsaison vor etwas mehr als einem Monat dümpeln die Quoten um 13 Prozent. Die Vorjahresstaffel lag im Schnitt bei 23,1 Prozent. Die Popstars sind nun eher Sternchen. Fraglich erscheint daher, ob die nächste Siegerband dieselben Verkaufserfolge erzielen kann wie ihre Vorgängerin Monrose: Das erste Album der Mädchenband wurde rund 400 000-mal verkauft.



MARCELLA MERK/BRAVO/ROBA PRESS

Mädchenband Monrose



THOMAS EINBERGER / ARGUM

SV-Verlagshaus in München

VERLAGE

Goldenes Netz für SV-Manager

Der Einstieg eines neuen Eigentümers beim Süddeutschen Verlag (SV) könnte für die Geschäftsführer Klaus Josef Lutz und Hanswilli Jenke äußerst lukrativ sein. In ihre neuen Verträge, die bis Ende 2010 laufen, wurde eine sogenannte Change-of-Control-Klausel eingefügt, nach der sie bei „Stimmrechteübergang von zehn Prozent oder mehr des Gesamtkapitals“ selbst kündigen und dennoch ihre Bezüge, Fixtantiemen und eine anteilige Erfolgsprämie für die Restvertragsdauer bis 2010 einstreichen können. Beschlossen wurde dies – nachdem das Bieterverfahren bereits eingeleitet und ein Verkauf absehbar war – auf der Gesellschafterversammlung am 1. Oktober von den verkaufswilligen Altgesellschaftern gegen den Widerstand der Südwestdeutschen Medien Holding (SWMH) und der Familie Friedmann. Lutz sagt: „Herr Jenke und ich wollen beide an Bord bleiben und unseren Vertrag bis 2010 und möglichst auch darüber hinaus erfüllen. Bei einem möglichen Gesellschafterwechsel im Unternehmen ist eine solche Klausel absolut üblich.“ Der juristische Streit um den Verkauf geht indes weiter. Ein neues Gutachten der Münchner Kanzlei Heisse Kursawe Eversheds kommt zu dem Schluss, es sei bei einem Einstieg neuer Gesellschafter erforderlich, „dass die übrigen SV-Gesellschafter der Übertragung der Anteile zustimmen“. Das Gutachten liegt auch den Investmentbankern der Credit Suisse vor, die den Verkauf begleiten. Von Seiten der verkaufswilligen Altgesellschafter wird dagegen ins Feld geführt, SWMH und Altgesellschafter seien sich bereits 2004 einig gewesen, die Satzung zu überarbeiten, man habe die Änderungen dann jedoch nicht mehr durchgeführt. Die vorkaufsberechtigte SWMH hat jetzt die Investmentbank Merrill Lynch beauftragt, sie im Verkaufsverfahren zu vertreten. „Wir sind entschlossen, das Vorkaufsrecht auszuüben“, so ein SWMH-Mann.

PRINT

Post stoppt Anzeigen bei Springer

Mit sofortiger Wirkung hat die Deutsche Post ihre Anzeigen in allen Blättern des Axel-Springer-Verlags storniert. Bis Ende des Jahres sei insgesamt ein Volumen von rund 800 000 Euro zurückgezogen worden, bestätigte die Post – betroffen seien aber auch andere Verlage. Dabei gehe es vor allem um Anzeigen der Postbank, aber auch von Post-Töchtern wie DHL. „Eine irgendwie geartete Strafaktion“, heißt es im Konzern offiziell, sei das aber nicht. Vielmehr gehe es um eine „normale Überprüfung“ der Werbekampagnen am Jahresende. Die Post und Springer sind harte Konkurrenten, weil sich der Verlag die Mehrheit an der Briefzustellfirma Pin Group gesichert hat. Seit Wochen streiten die Konzerne um den Vorstoß der Post zur Einführung eines Branchen-Mindestlohns, der Konkurrenten wie Pin in Schwierigkeiten brächte. Unter Beteiligung von Springer hatten mehrere Zeitungshäuser eine Werbekampagne gestartet, in der Post und Politik gemeinsames Spiel bei der Aufrechterhaltung des Monopols unterstellt wird. „Es ist schon erstaunlich, wie offensichtlich unsouverän ein international agierender Großkonzern und Noch-Monopolist auf das unternehmerische Investment eines potentiellen Wettbewerbers reagiert“, heißt es bei Springer.

TV-Vorschau



Neubauer, Fautz in „Suchkind 312“

Der Tote am Strand

Montag, 20.15 Uhr, ZDF

Rosa (Silke Bodenbender) kehrt nach Jahren in den USA ins Elternhaus an die Ostsee zurück. Noch verlorener als die verlorene Tochter, so muss sie feststellen, sind die Verhältnisse zu Hause. Der Vater (Hans-Peter Hallwachs) wird erschossen, die Mutter (Monica Bleibtreu) hat einen Lover, der Bruder stiehlt Geld, die Schwester (Birge Schade) hat ihren Mann (Matthias Brandt) nie geliebt, der Kommissar (Stephan Kampwirth) wirkt ratlos. Buch (Daniel Douglas Wissmann) und Regie (Martin Enlen) vertrauen zu sehr auf das grausige Finale und übersehen den Leerlauf der Szenen davor.

Allein unter Töchtern

Dienstag, 20.15 Uhr, Sat.1

Die Mutter ist tödlich verunglückt. Die drei Töchter leben allein zu Haus. Zugegeben: TV-Komödien haben schon heiterer angefangen. Aber was



Jaenicke, Teska, Gummich, Monka

sich dann entwickelt, ist ein tragikomisches Glanzstück (Buch: Carolin Hecht, Regie: Oliver Schmitz). Der geschiedene Vater (Hannes Jaenicke) kehrt ins Drei-Mädel-Haus zurück. Er ist ein zackig-hölzerner Berufssoldat und muss bald begreifen, dass der Erziehungsfeldzug daheim eine „mission impossible“ ist. Die Mädchen (Karoline Teska, Nina Gummich, Nina Monka) sind nicht durch Disziplin zu zähmen, sondern, nun ja, nur durch Liebe und Verständnis. Das kann man nicht beim Militär lernen, sondern nur an der Herzensfront. Die Töchterdarstellerinnen sind mit ihrem trockenen Witz und ihrer gleichzeitigen Verletzlichkeit hinreißend. Tagesbefehl an die Eigenproduktionsabteilungen der Privaten: Weitermachen!

Suchkind 312

Freitag, 20.15 Uhr, ARD

Der „Hörzu“-Fortsetzungsroman vom Wiederfinden eines totgeglaubten Kriegsvaters (Timothy Peach) und eines Kriegskindes (Janina Fautz) war schon 1954 ein ziemlich peinlicher Illustriertenschmarrn. Entschuldigt war das „Suchkind 312“ allenfalls durch das zeitnahe Kriegstrauma, das mit dem damals herrschenden Heile-Welt-Familienkitsch betäubt werden wollte. Was aber zwingt gebührenfinanziertes Fernsehen, die abgestandene Süßigkeit wiederaufzutischen? Mehr als 50 Jahre sind vergangen, in denen die historischen Erkenntnisse gewachsen sind. Egal – die Süßwarenabteilung der ARD spart sich die Arbeit, den Figuren in der Sicht von heute Kontur zu verleihen. Gelungen ist lediglich die Kunst der Maske, die die sympathische Schauspielerin Christine Neubauer optisch perfekt in eine Fünfziger-Jahre-Ehefrau verwandelt.

Kommando Bagdad

Freitag, 21.15 Uhr, Phoenix

Es sind erschreckende Kontraste: US-Soldaten, die lachend beobachten, wie ihre irakischen Kollegen verhaftete Zivilisten verprügeln; wenig später Hotdog-Wettessen und kalifornische Pool-Partys im Camp Anaconda, einem der größten US-Truppenstützpunkte im Irak. Ashwin Raman hat für seine mutige Dokumentation über den alltäglichen Schrecken in der Region Bagdad so manches Filmverbot überschritten und Interviews mit allen Beteiligten geführt.

TV-Rückblick

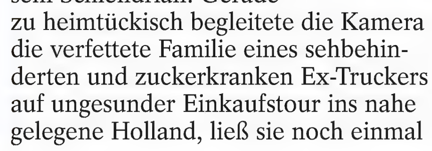
Der große Gesundheits-Check

8. Oktober, WDR

Bewegen Sie sich mehr, achten Sie freundlicherweise auf eine fettarme Ernährung, denken Sie an Ihre vom Übergewicht belasteten Gelenke. Bitte, bitte – so wurde bisher im Fernsehen mit dem Zuschauer umgegangen. Ratgeber-Sendung hieß das. Immer freundlich, immer verständnisvoll, immer diskret und höflich. Dieser milde Ton ist in einer Sendung wie der „Der große Gesundheits-Check“ vom WDR mit der Psychologin Silke Brand und dem Mediziner Thomas Kurscheid einer ungeahnten Strenge gewichen. Vergangenen Montag zeigte sich eine ganz neue Schärfe, der Beginn von Null-Toleranz mit adipösem Schlendrian. Geradezu heimtückisch begleitete die Kamera die verfettete Familie eines sehbehinderten und zuckerkranken Ex-Truckers auf ungesunder Einkaufstour ins nahe gelegene Holland, ließ sie noch einmal

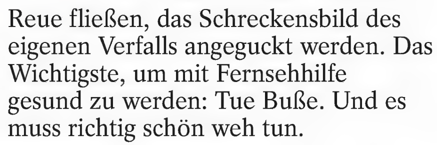


Mediziner Kurscheid (r.)





völlern und schlemmen, um dann über die Familie Gericht zu halten. Der schlanke Doktor fischte die Dickmacher aus dem Familienkühlschrank und hielt sie den armen Fresssäcken unter die Nase. Das erinnerte an den unvergesslichen Charme des DDR-Zolls. Den Unglücklichen wurden Zukunftssimulationen ihres Aussehens im Falle anhaltenden Gespachtels vor Augen gehalten: Monster blickten einen an. Diese Horror-Piggy-Schau verfehlte ihre Ziel nicht. Mutter und Tochter brachen in Tränen aus. Die Reise ins gelobte Land von Möhre und Knäcke sollte mit dieser gnadenlosen Methode wohl noch erlösender erscheinen. Ihr Raucher und Zuviel-Trinker, ihr könnt euch im Zeitalter der Gesundheitsrutenschwingerei auf einiges gefasst machen: Kein Gebetenwerden mehr, stattdessen müssen Tränen der Reue fließen, das Schreckensbild des eigenen Verfalls angeguckt werden. Das Wichtigste, um mit Fernsehhilfe gesund zu werden: Tue Buße. Und es muss richtig schön weh tun.







BERND MÜLLER / IMAGO

Bundesligaspiel, Fernsehproduktion bei Plazamedia: *„Vielleicht stellen wir irgendwann im Rückblick fest, dass mehr herauszuholen*

FUSSBALLRECHTE

Projekt Neustart

Dem Medienmogul Leo Kirch ist mit seiner Rückkehr in das Fernsehgeschäft mit der Bundesliga ein spektakulärer Coup gelungen. Sein Versprechen: drei Milliarden Euro und eine Bankgarantie. Ihre Sehnsucht nach Sicherheit hat die Clubs in die Arme des einstigen Pleitiers getrieben.

Weit mussten die 16 Herren am vergangenen Montagabend nicht mehr gehen, um auf ihren Coup anzustoßen. Keine 300 Meter, die Frankfurter Guiolettstraße entlang. Im überladenen Kolonialambiente des Restaurants The Ivory Club krönten Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Fußball Liga (DFL) mit einem entspannten Abendessen, was sie in den Stunden zuvor im DFL-Neubau nebenan eingestielt hatten: ein Milliardengeschäft mit dem früheren Medienpleitier Leo Kirch.

Es ist der spektakulärste Deal in der Geschichte des deutschen Profifußballs und der Triumph eines tief Gefallenen. Ausgerechnet Kirch, der mit seinem Senderimperium vor fünf Jahren die größte Pleite der deutschen Nachkriegsgeschichte hinlegte und einige Clubs damit in eine existenzbedrohende Finanzkrise riss, wird nun wieder wichtigster Partner der Liga.

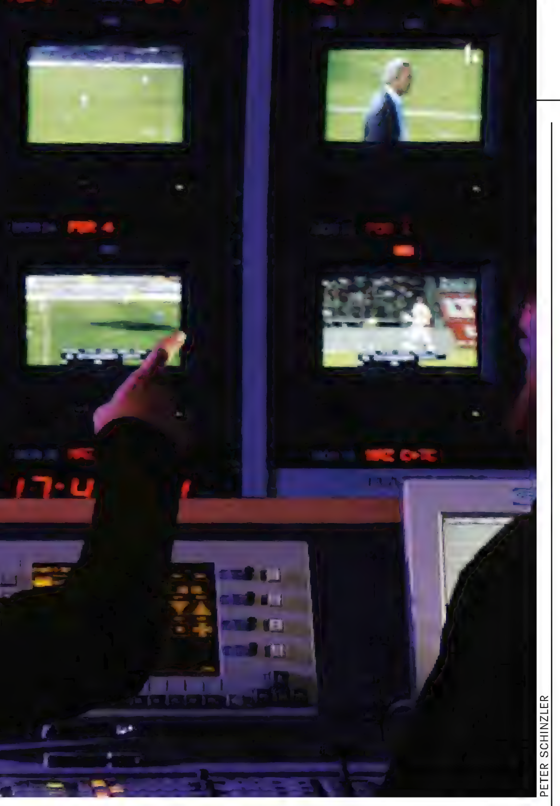
Als litten die Vereinsbosse unter kollektivem Gedächtnisschwund, besiegelten sie tags darauf im Hotel Frankfurter Hof bei einer außerordentlichen Vollversammlung, was die Liga-Führung am Vorabend abgenickt hatte. DFL-Geschäftsführer Christian Seifert erläuterte den bis dahin größtenteils ahnungslosen Clubvertretern Details des Milliarden-Deals im Schnelldurchgang. Ermattet von einer knapp dreistündigen Debatte, legten sie nach einer Kaffeepause das Schicksal des deutschen Profifußballs endgültig in die Hände Leo Kirchs: Von 35 anwesenden Vereinen – der Vertreter von Hannover 96 fehlte – stimmten 26 für den Vertrag, 8 enthielten sich der Stimme. Nur ein Club verweigerte Seifert die Gefolgschaft: der Hamburger SV.

Nun beherrschen Kirch und seine Getreuen – allen voran sein Intimus Dieter Hahn – erneut das Geschäft mit der Bundesliga. Die Kirch-Firma Sirius wird die Fernsehbilder weiterverkaufen, drei Milliarden Euro Einnahmen hat sie den Clubs garantiert. Mehr noch: Gemeinsam mit der Liga produziert Kirchs Truppe das Fußball-Programm auch gleich noch selbst.

Die Rückkehr Leo Kirchs in die Bundesliga war noch vor kurzem so wahrscheinlich wie ein gemeinsamer Badeurlaub des Milliardenpleitiers mit seinem Intimfeind Rolf Breuer, dem früheren Vorstandschef der Deutschen Bank. Nicht erst seit dem Zusammenbruch seines Fernsehreichs galt der öffentlichkeitsscheue Alte in der Medien- und Fußballwelt als Zocker, Täuscher, Trickser.

Seit voriger Woche nun ist der bald 81-jährige Entrepreneur rehabilitiert. Wo Kirch draufstehe, sei „heute nicht mehr die Kirch-Gruppe von damals drin“, versichert DFL-Geschäftsführer Seifert. Liga-Chef Reinhard Rauball, Präsident von Borussia Dortmund, frohlockte, der Vertrag mit dem Tycoon garantiere „ein Höchstmaß an Kontinuität“. Bei der Aussprache im Frankfurter Hof nahm die Lobhudelei fast schon groteske Züge an. Ein Clubmanager rief in den Raum, „dass ohne Kirch die WM nicht an Deutschland gegangen wäre“.

Das Absurde an Kirchs wundersamer Wiederauferstehung ist, dass der Medienmogul mit seinem Crash vor fünf Jahren die Voraussetzung für sein spektakuläres Comeback im deutschen Fußball erst geschaffen hat – seither nämlich sehnen sich die Clubs nach finanzieller Sicherheit. Ebendiese Sehnsucht hat die Vereine angesichts eines immer schwerer kalkulierbaren Medienmarkts nun scharenweise wieder in Kirchs Arme getrieben.


PETER SCHINZLER

gewesen wäre“

Denn ausgerechnet Kirch, der Hasardeur, lockt mit garantierten Einnahmen. Im Schnitt 500 Millionen Euro hat er der Liga von 2009 bis 2015 jährlich für die Vermarktung in Deutschland zugesichert. Das ist, gemessen an den 428,5 Millionen Euro in dieser Saison, allenfalls ein moderater Anstieg. Doch Seiferts Losung war klar: „Keine finanziellen Experimente.“

Außerdem hat Kirch eine jährliche Bankgarantie für die zugesicherten Erlöse versprochen, gestellt von einer „Triple-A-Bank“, wie es aus dem DFL-Vorstand heißt. Doch den Namen des Kreditinstituts mochte Seifert den Clubs bislang nicht preisgeben. Offen bleibt auch, ab wann die Bankgarantie wirklich greift.

Dennoch glaubt sich die Liga vollversorgt und wähnt das Risiko vor allem bei Kirch. Dafür nimmt sie in Kauf, dass der passionierte Zocker womöglich das bessere Geschäft macht. „Vielleicht stellen wir im Rückblick irgendwann fest, dass mehr herauszuholen gewesen wäre“, sagt DFL-Vizepräsident Peter Peters vom FC Schalke 04, „aber dann geht es wenigstens allen gut dabei.“

Das Modell, dem Seifert bei seiner Power-Point-Präsentation vor den Vereinsvertretern die programmatische Überschrift „Projekt ‚Neustart‘“ gab, prophezeit der Liga zwar Rekorderlöse. Doch ketten sich Deutschlands Proficlubs sechs Jahre lang an Kirch. Der hatte, ganz der Alte, zunächst sogar auf neun Jahre gepocht.

Die Verflechtung mit Kirch geht extrem weit. Mit dessen Firma Sirius will die Liga eine gemeinsame Gesellschaft gründen, an der sie 49 und Kirch 51 Prozent hält. Zweck des Unternehmens: von 2009 an Übertragungen und Hintergrundberichte von den Spielen zu produzieren. Ein „fertig konfektioniertes“ Bundesliga-Produkt, wie Seifert sagt. Das Kalkül dabei: Fußball im Bezahlsektor nicht mehr bloß an Premiere verkaufen zu können, sondern etwa auch an Kabelfirmen oder Internet-Anbieter, die sich den Aufbau eines eigenen Senders nicht leisten können.

Die Kosten für das Gemeinschaftsunternehmen soll Kirch tragen, mit 80 Millionen Euro pro Saison rechnen die Beteiligten. Dieses Geld muss Sirius mit dem Verkauf der TV-Bilder verdienen. Kirchs Firma darf im Gegenzug von den ersten 110 Millionen Euro, die sie über die Garantiesumme von 500 Millionen Euro hinaus erlöst, 90 Prozent für sich behalten. Fließt noch mehr Geld, teilen sich die Partner diesen Gewinn: 49 Prozent für die Liga, 51 Prozent für Kirch.

Seit Jahren schon träumen die DFL-Oberen von einem eigenen Bundesliga-Kanal, um sich unabhängig von einem Monopolisten zu machen. Früher hieß der Bösewicht Kirch. Heute soll ausgerechnet er der Liga helfen, sich aus der Umklammerung von Premiere zu befreien. Was dabei mit der „Sportschau“ passieren wird, ist ungewiss. Kirch will die TV-Rechte für die drei Jahre bis 2012 im nächsten Frühjahr auf den Markt bringen. Bei der ARD fragen sich die Verantwortlichen nun, ob Kirchs ambitionierte Erlöserwartungen das Aus für die Traditionssendung bedeuten. „Mit öffentlich-rechtlichen Mitteln“, sagt ein Intendant, „ist die Bundesliga auf Dauer wahrscheinlich nicht zu halten.“

Tatsächlich wurde die ARD von Kirchs Einstieg überrascht. Dabei arbeiteten der Patriarch und sein Adlatus Hahn schon seit Jahresbeginn an ihrer Rückkehr. Und das in bester Kirch-Manier: in geheimen Verhandlungen im kleinsten Kreis und in diskreter Pendeldiplomatie.

Mit von der Partie waren schon früh alte Bekannte, etwa Dejan Jocic, ein Ziehsohn Hahns und Chef des Abo-Senders Arena. Zusammen entwickelten die beiden ein Geschäftsmodell, das die Liga auch wegen der Knauserigkeit der Vereine bisher allein nicht auf die Beine gebracht hatte: nicht nur Rechte, sondern auch fertiges Bundesliga-Programm zu verkaufen.

C. STIEFLER / BABIRAD PICTURE

Medienunternehmer Kirch: *Diskrete Pendeldiplomatie*

Im März bat Hahn um ein Gespräch bei Seifert. Der Kirch-Mann witterte seine Chance. Denn Seifert befürchtete, dass es fast unmöglich sein würde, aus dem Verkauf der TV-Rechte noch einmal knapp 430 Millionen Euro pro Jahr herauszuschlagen. Ohne das ständige Schmiermittel Geld aber kann Seifert kaum auf Rückhalt hoffen bei den Clubs, die „immer schon vom Einkauf des nächsten brasilianischen Stürmers träumen, bevor das Geld dafür überhaupt auf dem Konto ist“, wie ein Medienmanager lästert.

Bei ihren Planspielen kamen die Beteiligten schnell auch mit Rainer Hüther zusammen, jahrelang Chef des früheren Kirch-Senders DSF und ebenfalls enger Bekannter von Hahn. Seifert kennt Hüther, seit er selbst im Vorstand der KarstadtQuelle New Media saß – der Warenhauskonzern war nach der Kirch-Pleite bei dem Sportsender eingestiegen.

Als Vorstand der DSF-Mutterfirma EM.Sport Media sitzt Hüther an einer entscheidenden Stelle. Zu dem Konzern gehört auch die Produktionstochter Plazamedia, die in dem neuen Konstrukt eine wichtige Rolle spielt. Sie könnte, wie

jetzt schon für Premiere, das Bundesliga-Programm produzieren. Das hat auch Kirch erkannt. Vor kurzem hat er sich 11,5 Prozent an EM.Sport gesichert.

An Fahrt gewannen die Gespräche im Sommer. Kirch, halbblind, aber geistig hellwach, war bisweilen selbst dabei. Bei den Clubs ahnten nur wenige, wie weit die Liga sich bereits mit Kirch eingelassen hatte. Selbst die Kontrollgremien blieben bis zuletzt im Unklaren. Freimütig bekennt etwa DFL-Vorstand Heribert Bruchhagen, er habe am vorigen Montag erstmals von dem Joint Venture der Liga mit der Kirch-Firma Sirius gehört.

Das war buchstäblich im letzten Moment. Der Chef des Erstligisten Eintracht Frankfurt saß in der DFL-Zentrale, neben sich Karl-Heinz Rummenigge, den Vorstandsvorsitzenden des FC Bayern München, vor sich ein „Eckpunktepapier“, in dem Seifert die wesentlichen Bestandteile der Vereinbarung mit Kirch aufgeführt hatte. Es war die Sitzung, in der Vorstand und Aufsichtsrat der DFL den Milliarden-Deal absegneten – ohne Gegenstimme.

Dass die Kirch-Pleite für die Fußballfunktionäre offenbar keine Rolle mehr spielt, zeigt, wie groß ihre Angst vor der Zukunft ist. Sorge bereitet den meisten Clubbossen vor allem die neue Unübersichtlichkeit in den Medienkonzernen. Dort bestimmen längst Finanzinvestoren und Großaktionäre den Kurs. „Da weiß man doch gar nicht, mit wem man es da zu tun hat und ob die nicht nach zwei Jahren ihr Geld nehmen und gehen“, souffliert Hahn.

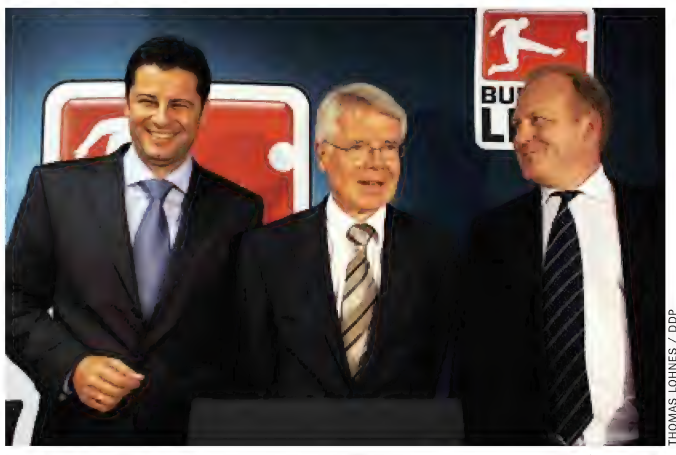
Kirch, der Haudegen, erscheint da in diesem Licht wie einer, der vielleicht an allzu großen Visionen scheiterte, aber immerhin Gutes wollte. War er es nicht, der das Bezahlfernsehen in Deutschland mit seinen Milliarden aus der Taufe hob und so den deutschen Medienmarkt voranbrachte? War er es nicht, dem die Vereine bis dahin unerreichbare Einnahmen verdankten?

Gespeist wird die Nostalgie auch aus den Erfahrungen der Nach-Kirch-Ära. Die Schweizer Rechteagentur Infront ließ die Clubs nach kurzer Zeit wieder im Stich. Und Georg Kofler, der langjährige Chef ihres Fernsehpartners Premiere, setzte sie ständig unter Druck. „Wer jetzt fragt, auf wen wir uns mit Kirch einlassen, der sollte fragen, auf wen wir uns mit Kofler eingelassen haben“, sagt ein Fußball-Manager.

Unvergessen ist in der Liga, wie der Südtiroler vor der letzten Rechtevergabe drohte: Entweder werde die ARD-„Sportschau“ ins Gute-Nacht-Programm verklappt, oder die Vereine könnten das Geld von Premiere abschreiben. Koflers Nachfolger Michael Börnicke spielt ebenfalls diese Karte, wenn auch mit größerer Sanftmut. Seiferts Lehre aber ist klar: „Die Liga darf sich nicht erpressbar machen.“

Auch wenn Seifert und Rauball den Pakt mit Kirch als „großen Schritt in die Zukunft“ priesen – ganz lassen sich die Gespenster der Vergangenheit nicht verscheuchen. Offen ausgesprochen haben ihre Skepsis am Dienstag im Frankfurter Hof allerdings nur wenige Vereinsvertreter, am energischsten äußerte sich HSV-Boss Bernd Hoffmann.

Er votiere unter Vorbehalt und werde die Rechtmäßigkeit der Abstimmung juristisch prüfen lassen, gab der Clubvorsitzende zu Protokoll. Hoffmann hält die erneute Abhängigkeit von Kirch für fatal: Warum diese Eile? Warum diese Konditionen? Warum nicht mit einem anderen Partner? Warum nicht in Eigenregie? Warum nur mit Kirch?



THOMAS LOHNES / DDP

Partner Seifert, Rauball, Hahn: *Kollektiver Gedächtnisschwund*

Doch Seifert blieb eisern. Mit Kirch oder gar nicht, machte er klar. Die Clubs folgten ihm mit verblüffender Mehrheit, wenn auch manche „mit ungutem Gefühl“, wie Erwin Staudt sagt, der Präsident des VfB Stuttgart.

Noch geht nicht allen Vereinsbossen locker über die Lippen, auf was sie sich da eingelassen haben. Für Hilfe in der Not sorgte tags darauf die DFL. Sie schickte den Clubs ein vierseitiges Fax – als „argumentative Unterstützung zu den am häufigsten gestellten Fragen“.

Eine davon lautete: „Die Liga hat mit Kirch schlechte Erfahrungen gemacht. Was stimmt Sie hinsichtlich des neuen Modells so positiv?“

Die von der DFL empfohlene Antwort: „Das ist Geschichte. Das vorliegende Business-Modell ist schlüssig. Die Liga sitzt bei dem beschlossenen Modell weiter im Fahrersitz und hat Sicherheiten durch eine Bankbürgschaft.“

Isabell Hülsen, Michael Wulzinger


PA PHOTOS

Premierminister Brown


JOHNHY GREIG / ALAMY

Reihenhaussiedlung im Süden von London

GROSSBRITANNIEN

Brown klaut beim Gegner

Premierminister Gordon Brown wirkt angeschlagen, seitdem er erklärt hat, dass er auf eine vorgezogene Parlamentswahl in diesem Herbst verzichten will. Grund für Browns Rückzieher waren die schlechten Umfragewerte in jenen Wahlkreisen, wo sich Wechselwähler für eine Initiative der Konservativen begeisterten. Die Tories hatten vorgeschlagen, die Erbschaftsteuer von 40 Prozent nicht wie bislang ab einem Immobilienwert von 300 000 Pfund zu erheben, sondern erst ab einer Summe von einer Million. Nachdem Brown den populären Vorstoß der Tories zunächst kritisierte und erklärte, er werde „ihn mit Freude sezieren“, ließ er ihn einen Tag später von seinem Schatzkanzler Alistair Darling in abgemilderter Form in den eigenen Haushaltsentwurf übernehmen. Steuerfrei sind ab sofort Immobilienerbschaften bis zu einem Wert von 600 000 Pfund, im Jahr 2010 soll der Betrag auf 700 000 Pfund ansteigen. Den kaltschnäuzigen Ideendiebstahl begleitete Brown bei Darlings Rede mit breitem Grinsen. Die Schadenfreude indes war von kurzer Dauer. Einmal, weil die geringeren Einnahmen den ohnehin schon wackligen Regierungshaushalt zusätzlich in Schieflage bringen. Zum anderen, weil Browns Kabinett auf einmal wie eine Ansammlung von ängstlichen Mitläufern wirkt, die sich bei der Konkurrenz bedienen müssen, um sich in der Wählergunst zu halten. All dies verschafft den Tories Schwung. Das offenbarte sich für die ganze Nation vergangenen Mittwoch bei der Fragestunde im Parlament, als Oppositionsführer David Cameron Brown vorführte wie einen hilflosen Bären. „Vergangene Woche hat er seine politische Autorität verloren, und diese Woche verliert er seine moralische Autorität“, verhöhnte Cameron den mutlos wirkenden Regierungschef. Der Tory-Vorsitzende wirkte mit seiner in Eton und Oxford geschulten Rhetorik derart elegant und überlegen, dass britische Kommentatoren an jenen politischen Gezeitenwechsel erinnerten, den Mitte der neunziger Jahre ein junger Oppositionsführer namens Tony Blair heraufbeschworen hatte.

LIBANON

Zwist unter Schiiten

Die wichtigste Oppositionspartei, die radikalislamische Hisbollah, steht wenige Tage vor der Präsidentenwahl im Libanon vor einem Dilemma: Soll sich die Schiitenpartei, die enge Beziehungen zu ihren Schutzmächten Syrien und Iran pflegt, eher am politischen Kurs von Damaskus oder an dem Teherans orientieren? Die Syrer lehnen derzeit einen neuen Angriff der Hisbollah auf Israel entschieden ab, sie sind an keiner weiteren Konfrontation interessiert. Anders schiitische Hardliner in Iran. Dort soll manchen eine Neuauflage des Sommerkriegs von 2006 willkommen sein, um den Druck auf das liberale Regierungsbündnis des libanesischen Premiers Fuad Siniora zu erhöhen, der vom Westen unterstützt wird. Insider berichten über hitzige Richtungskämpfe innerhalb der Hisbollah, die seit dem Ende des libanesischen Bürgerkriegs sowohl eine bewaffnete Miliz wie eine politische Partei unterhält und seit 1992 im Parlament vertreten ist. Sollten sich die Kriegstreiber in der Partei durchsetzen, dürfte Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah seinen wichtigsten Bündnispartner, den Christengeneral Michel Aun, verlieren, der ihm bisher überkonfessionellen Einfluss sicherte. Auch warnen die Realos der „Partei Gottes“, dass sich die südlibanesischen Schiiten von der Hisbollah abwenden könnten, falls ihre Dörfer erneut von Israel zerbombt würden.


MOHAMED AZAKIR / REUTERS

Hisbollah-Anhänger in Beirut

GEORGIEN

Rückkehr der Furcht

US-Präsident George W. Bush spricht gern vom „Leuchtfeuer der Freiheit“, das am Kaukasus brenne, und dass er Georgien am liebsten in der Nato sehen würde. Aber Präsident Micheil Saakaschwili, der nach einer unblutigen Revolution im Januar 2004 durch Wahlen an die Macht kam und als Musterschüler der Demokratie galt, verwandelt das Land in einen Schauplatz bizarrer Machtkämpfe, bei denen manches an Schauprozesse in der Sowjetunion erinnert. Da beschuldigte etwa Ex-Verteidigungsminister Irakli Okruaschwili, der früher ein enger Vertrauter des Präsidenten war und später eine populäre Oppositionspartei gegründet hatte, den Präsidenten Ende September, er sei korrupt und habe ihn zum Auftragsmord an einem Regie-



VANO SHLAMOV / AFP

Saakaschwili

rungskritiker gedrängt. Am Tag darauf wurde er wegen angeblicher Wirtschaftsverbrechen verhaftet. Das staatliche Fernsehen zeigte nun den Spitzenpolitiker nach anderthalb Wochen Untersuchungshaft als gebrochenen Mann. Sichtlich niedergeschlagen widerrief er seine Vorwürfe gegen den Staatschef und bekannte sich in wesentlichen Anklagepunkten schuldig. Die Staatsanwaltschaft behauptet, er sei gegen eine Kaution von 4,3 Millionen Euro freigelassen worden. Zwei weitere frühere Minister bekräftigen die Kritik am autoritären Regime des Präsidenten. Ex-Außenministerin Salome Surabischwili mahnt: „Das Land ist nicht mehr auf dem demokratischen Weg, die Furcht ist nach Georgien zurückgekehrt.“ Ex-Minister Georgij Chaindrawa wirft Saakaschwili vor, er habe ein „Banditen-Regime“ errichtet und sei „selbst ein Bandit“. Oppositionsgruppen rufen jetzt zu Protestkundgebungen vom 2. November an auf, um eine vorgezogene Parlamentswahl durchzusetzen.



M. GEORGIEV (R.); MODELL: K. HAND/FOREIGN POLICY

Apartmentgebäude im neuen US-Botschaftskomplex

USA

Der Weiße Elefant von Bagdad

So ein Botschaftsgebäude hat die Welt noch nicht gesehen: Die US-Mission in der irakischen Hauptstadt Bagdad bricht alle Rekorde. Sie steht auf einem Gelände von über 400 000 Quadratmetern, sechsmal so umfangreich wie der Uno-Komplex in New York, zehnmal so weitläufig wie die neue Vertretung in Peking, die zweitgrößte, die sich die Vereinigten Staaten leisten. Auf 592 Millionen US-Dollar ist der Komplex veranschlagt. Doch jetzt muss sich das Außenministerium in Washington mit Betrugsvorwürfen und Schlampereien am Bau herumplagen. Reparaturarbeiten machen einen Bezug der Botschaft vor Anfang kommenden Jahres unmöglich, und die Gesamtkosten könnten um 150 Millionen Dollar anwachsen. Offiziell halten die Kritiker noch still. Aber hinter den Kulissen fragen sich US-Demokraten wie irakische Spitzenpolitiker, ob das gigantische Projekt nicht zu einer gigantischen Pleite werden könnte. Edward L. Beck, früherer US-Diplomat im Irak, ist einer der wenigen, die sich aus der Deckung wagen: „Die Botschaft wird 1000 Leute hinter Sandsäcken zusammengepfercht halten. Ich weiß nicht, wie man so Diplomatie betreiben soll.“

GRENZVERKEHR

Stau ohne Ende

Es war ein Akt der Verzweiflung, als der Leiter des finnischen Grenz- und Zolldistrikts von Vaalimaa, Tommi Kivilaakso, im Sommer kurzerhand beschloss, den Übergang nach Russland dichtzumachen. Vor ihm stauten sich



INTS KALNINS / REUTERS

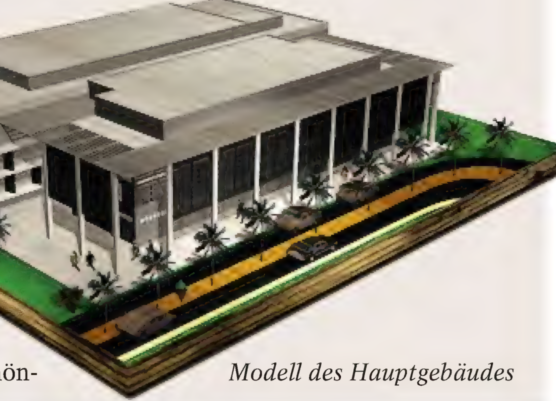
Warteschlange vor russischer Grenze

die Lastwagen in endlosen Schlangen, und das fast täglich. Die Grenze blieb dann doch offen, aber die Aufmerksamkeit von Präsidentin Tarja Halonen war immerhin geweckt. Die sprach das heikle Thema mit Kreml-Chef Wladimir Putin persönlich an. Doch geändert hat sich wenig. Nun soll ein Verkehrsgipfel zwischen der EU und Moskau Mitte November die unhaltbaren Zustände endlich lindern helfen. Bis zu 50 Kilometer lang stauen sich die Trucks vor Vaalimaa, rund 180 Kilometer östlich von Helsinki. Steigende Nachfrage der Russen nach westlichen Konsumgütern ist ein Grund, vor allem aber die schleppende Abfertigung der Russen. Nicht viel anders sieht es in Lettland an den Übergängen Terechowo und Grebnewo aus. Auch hier warteten im Sommer bis zu 2000 Laster täglich auf ihre Abfertigung. „Das Hauptproblem liegt bei den Russen“, heißt es bei den Finnen, die auch politisch motivierten Dienst nach Vorschrift vermuten. Helsinki fordert eine Vereinfachung der Abfertigung und eine „Aufstockung des Personals“. Moskau hat nun endlich angekündigt, Ende des Jahres die manuelle auf eine elektronische Abfertigung umzurüsten. So lange müssen die EU-Partner weiter improvisieren. Auch ein neuer Übergang an der Grenze von Polen nach Kaliningrad soll helfen. Die Finnen bauen erst mal einen neuen Grenzparkplatz für 1000 Trucks. Das entspricht einer Warteschlange von nur noch 30 Kilometern.



Washington tut alles, um seine Mission zu schützen – und seine Leute vom irakischen Leben fernzuhalten: Es soll im Regelfall für das US-Personal weder Grund noch Gelegenheit geben, das Gelände zu verlassen. Neben den 15 offiziellen Botschaftsgebäuden stehen auf dem Gelände 6 Apartmenthäuser mit 619 Einzimmerwohnungen, alle bombensicher gebaut. Verantwortlich zeichnet ein Architekturbüro in Kansas, die ausführende Firma hat ihren Sitz in Kuweit, die Bauarbeiter stammen aus Bangladesch und Nepal – Iraker sind nicht beteiligt. Der Komplex verfügt über ein eigenes Kraftwerk. Kino, Schönheitssalon, Tennisplatz und ein großer Pool sind ebenso vorhanden wie ein Postamt und ein Handy-Netz (Vorwahl wie in New York).

„Festung Amerika" nennt die US-Zeitschrift „Foreign Policy" die neue Botschaft, „allenfalls im Prinzip im Irak" seien die Bunker-Insassen. In Wahrheit lebten sie in einer US-Enklave, die den Blick auf die Realitäten „draußen" verstellen dürfte. Und der amerikanische Autor William Langewiesche schreibt: Mit diesem Komplex werde klar, dass es den US-Politikern nicht um die Modalitäten eines Irak-Rückzugs gehe, „sondern um das Bleiben, zu welchem Zweck, unter welchen Umständen, zu welchen Kosten auch immer".



Modell des Hauptgebäudes

SUDAN

Alleingang des Südens

Afrikas größter Staat steht offenbar vor dem Zerfall. Nachdem in der vergangenen Woche die südsudanesische Rebellenbewegung SPLA aus der Regierung ausgetreten ist, droht ein neuer Krieg zwischen dem überwiegend christlich-animistischen Süden und dem islamischen Norden. Ein Anfang 2005 in Nairobi unterzeichnetes Friedensabkommen sicherte dem Süden eine Teilautonomie zu. Die Öleinnahmen sollten geteilt werden. Weil sich immer noch nordsudanesische Einheiten im Süden des Landes befinden, Präsident Umar al-Baschir darüber hinaus die von einer Kommission vorgeschlagene Demarkationslinie zwischen Nord und Süd nicht akzeptiert, lehnt die SPLA eine weitere Zusammenarbeit mit der Regierung ab. Eigentlich sollten 2009 Wahlen stattfinden und 2011 ein Referendum darüber abgehalten werden, ob die Südsudanesen einen eigenen Staat wünschen. Nun scheinen die Politiker des Südens vorzeitig die Unabhängigkeit anzustreben. Während der Süden abdriftet, verschärft sich auch die Lage im Westen des Landes. Offenbar rüstet die Regierungsarmee zu einer Großoffensive in Norddarfur. In den vergangenen Wochen waren dort Hunderte Zivilisten getötet worden. Diverse Rebellengruppen kündigten an, Friedensgespräche zu sabotieren, die Ende Oktober in Libyen geführt werden sollen. Gleichzeitig verlegten die Aufständischen Truppenteile von Darfur in die Provinz Kordofan im Zentrum des Landes. Damit würden sie sich einer Kontrolle durch eine Friedensmission von Uno und Afrikanischer Union entziehen. Die will sich angeblich Anfang nächsten Jahres in Marsch setzen, ihr Mandat gilt aber lediglich für Darfur.



CHINA

Die Kür der Nachfolger

Die mit 73 Millionen Mitgliedern größte politische Organisation der Welt bekommt eine jüngere Führung. Auf dem 17. Parteitag der KP, der an diesem Montag beginnt, werden von den zuletzt acht Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Politbüros vermutlich mindestens drei in den Ruhestand gehen müssen. Aufsteigen wird die Generation der 50- und 60-Jährigen. Bis unmittelbar vor Beginn des Parteitags war es jedoch nicht klar, ob es Parteichef Hu Jintao auch gelingen wird, Anhänger seines Vorgängers Jiang Zemin durch Politiker seines Vertrauens zu ersetzen. Die Kür der neuen Generation ist besonders wichtig, weil unter den Aufrückern der Nachfolger Hus und der nächste Premierminister ausgesucht werden, die der nächste Parteitag im Jahr 2012 bestimmt. Sicher ist, dass Hu plant, mehrere Provinzfürsten ins Pekinger Machtzentrum zu befördern, um größere Kontrolle über die Regionen zu erlangen. Pekings KP-Spitze hatte in letzter Zeit öfter beklagt, dass örtliche Funktionäre Anweisungen ignorierten, mehr Energie zu sparen und sinnlose Infrastrukturprojekte zu stoppen. Auf dem Kongress will Hu zudem in den Parteistatuten die Aufgaben verankern lassen, die eklatanten sozialen Gegensätze besser auszubalancieren und mit der Umwelt sorgsamer umzugehen. Politische Reformen sind vom Parteitag dagegen nicht zu erwarten. Die 2217 Delegierten werden allerdings größere Freiheiten als sonst bei der Wahl des rund 200-köpfigen Zentralkomitees haben: Die Führung will rund 30 Kandidaten mehr nominieren, als Mandate zu vergeben sind.



CHINA DAILY / REUTERS

Polizeiparade vor dem Parteitag

SCHWEIZ

Ende der Kompromisse

Vier Jahre lang dominierte der Volkstribun Christoph Blocher die Regierung und schaffte das Kunststück, gleichzeitig Oppositionsführer zu sein. Nun erlebten die Eidgenossen den schmutzigsten Wahlkampf aller Zeiten – und der dreht sich allein um ihn.

Die Sonne strahlt über dem Sempachersee, und die Kuhglocken schellen laut, als der umstrittenste Politiker der Eidgenossenschaft, begleitet von seiner Frau und einem Ziegenbock, dem Maskottchen seiner Partei, in die Festhalle Seepark in Sempach, Kanton Luzern, einzieht.

Christoph Blocher ist 67, ein kleiner Mann mit Bauch, er steckt in einem grauen Anzug, in seinem bäurischen Gesicht liegt ein Lächeln. Er betritt die Halle breitbeinig und ein wenig gebeugt, ihm voran Geißbock Zottel, es folgen die Männer mit den Kuhglocken und ein Alphornbläser, dahinter Trachtenfrauen mit Blumen.

Blocher steigt auf die Bühne, er blickt auf seine Partei, knapp tausend Leute sitzen auf langen Bänken, an der linken Wand hängt ein Historiengemälde: ein Meer von Landsknechten, Speeren und Fahnen, dahinter der friedliche See.

Es zeigt die mythische Schlacht von Sempach am 9. Juli 1386, Habsburger gegen Eidgenossen, die Arnold von Winkelried entschieden haben soll, indem er Lanzen der habsburgischen Ritter packte und sich selbst aufspießte, um den Eidgenossen eine Bresche zu öffnen. „Der Freiheit eine Gasse!“ sollen seine letzten Worte gewesen sein.

Blocher lobt die Wahl des historischen Ortes, er sagt: „Winkelried war einer, der sich für das Ganze opferte, für die Gemeinschaft.“ Das habe hochaktuelle Bedeutung für ihn: „Ein guter Politiker muss sich opfern können, für das Ganze, für das Land. Er muss nicht den Tod in Kauf nehmen, aber er muss die Nachteile tragen können.“

Er ist Winkelried.

Die Schweiz, sagt Blocher, musste damals ihre Freiheit verteidigen, und das muss sie immer wieder aufs Neue. Gegen die Linken, gegen die EU. Der Saal tobt.

Blocher musste viel einstecken in diesen Tagen, aber jetzt steht er vor seiner Partei, sie feiert ihn, den Justizminister, ihren Bundesrat. Es ist in diesen Tagen wieder wie früher: er allein gegen die anderen.

Kommenden Sonntag, am 21. Oktober, wählen die Schweizer die beiden Kammern des Parlaments, und so einen Wahlkampf hat das Land noch nie gesehen. Er ist laut und gehässig, es gibt Demonstrationen und Krawalle, es geht um Geheimpläne, Komplotte und andere Verschwörungen, aber alles dreht sich letztlich nur um ihn, Christoph Blocher.

Für ihn oder gegen ihn, das ist die Frage, an der das Land sich spaltet. Soll Blocher nach den Wahlen wieder in die Regierung gewählt werden? Oder ist das Schweizer Modell am Ende, dieses Prinzip einer Koalition aller großen Parteien von links bis rechts?

Blochers SVP, die Schweizerische Volkspartei, hat das Land mit seinem Gesicht plakatiert, daneben die Worte: „SVP wählen! Blocher stärken!“ Das reicht.

Aber auch seine erbittertsten Gegner, die Sozialdemokraten, können von nichts anderem reden als von ihm, sie wollen ihn abwählen, das ist seit einem Jahr im Wesentlichen ihr Programm.



RUBEN SPRICH / REUTERS (L.); PASCAL LAUENER / REUTERS (R.)

Justizminister Blocher, Ausschreitungen am Rande

Als vorvergangene Woche 500 linke Autonome in Bern eine Demonstration von Blochers Schweizerischer Volkspartei angriffen, kam es zu gewaltsamen Ausschreitungen. Das zeigte, wie aufgeheizt die Lage ist, und die Bilder davon gingen um die Welt: Steinewerfer, Wasserkanonen, brennende Barrikaden. Seither schauen auch die Nachbarn der Schweiz auf diesen Wahlkampf in einem Land, von dem sie nicht einmal wussten, dass es Wahlkämpfe dort überhaupt gibt.

Es geht den Schweizern wirtschaftlich so gut wie selten. Aber vor der Wahl geht es jetzt um so krude Themen wie die Abschiebung von Ausländern, ein Verbot von Minaretten und um Jugendgewalt – um die Frage, die sich die Nachbarn stellen, wann nämlich die Schweiz der EU beitritt, geht es dagegen nicht. Der Widerstand in der Bevölkerung ist so groß, dass jeder, der sich dafür ausspräche, nur verlieren kann.



SALVATORE DI NOLFI / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

Umstrittenes SVP-Plakat: *Offizieller Protest der Uno*



einer SVP-Veranstaltung in Bern: *Für ihn oder gegen ihn, das ist die Frage, die das ganze Land spaltet*

Das ist zu großen Teilen Blochers Werk. Sein Erfolg in dieser Frage ist so durchschlagend, dass auch seine Abwahl wenig daran ändern würde.

Vieles spricht dafür, dass er trotz allem wiedergewählt wird. Aber dass Wahlen überhaupt einen entscheidenden Einfluss auf die Politik haben, ist eine relativ neue Erfahrung für das Land.

Erstens werden fast alle wichtigen Fragen sowieso direkt per Volksabstimmung entschieden. Und zweitens änderte sich an der politischen Zusammensetzung des Bundesrats, der Regierung, durch Wahlen bis 2003 nie etwas.

Seit 1959 hatten die vier größten Parteien des Landes die Macht nach der sogenannten Zauberformel untereinander aufgeteilt: Zwei Freisinnige (FDP), zwei Christdemokraten (CVP), zwei Sozialdemokraten (SP) und ein Mitglied der Schweizerischen Volkspartei (SVP), der Partei Blochers, bildeten die Regierung.

Dieses geheiligte Prinzip hieß „Konkordanz“, es führte dazu, dass das Land eher verwaltet als regiert wurde. Die sieben Bundesräte fällten ihre Entscheide in geheimer Abstimmung und vertraten sie gemeinsam nach außen.

Der Aufstieg Blochers und seiner SVP sprengte dieses System. Am Ende überflügelte seine Partei alle anderen so weit, dass sie ihn in die Regierung wählen mussten. Das war vor fast vier Jahren, am Ende seines Kampfes, der ein halbes Leben währte – gegen das Establishment, gegen die Europäische Union, gegen die Allmacht des Staates.

Jetzt vertritt er selbst den Staat, hat staatliche Personenschützer, lässt sich in einer staatlichen Limousine durchs Land kutschieren. Sein Büro liegt in Bern, im Bundeshaus West, zweiter Stock, ein langer Schlauch mit Aussicht, es gibt einen Schreibtisch, Ledersessel, Grünpflanzen.

Er ist neoliberal und volkstümlich zugleich – eine kuriose, aber sehr erfolgreiche Mischung.

An der Wand hängt der „Holzfäller“ von Ferdinand Hodler, zwei Meter hoch, und er schwingt seine Axt mit der ganzen Kraft seines sehnigen, gestreckten Körpers auf ein Baumstämmlein herab. Es liegt eine ungeheure Aggression in diesem Bild, und Blocher sagt jedem, der ihn besucht, das Gleiche: dass ihn dieser Anblick immer erfreue, wenn er in Papierbergen versinke. Wenn die Bürokratie ihn zu überwältigen drohe, gegen die er angetreten ist. Er sieht sich selbst darin, als Alleskleinhacker. Manchmal hat er etwas Anarchistisches.

Im Ausland vergleichen Kommentatoren ihn immer wieder mit Rechtsaußen wie Haider und Le Pen, aber Blocher stand stets den britischen Konservativen viel näher mit seinem Glauben an den freien Markt und seiner Verachtung für den Staat – diese Haltung verband sich bei ihm nur mit einem bäuerlichen Misstrauen gegen alles, was von außen kommt. Er ist neoliberal und volkstümlich zugleich, eine kuriose, aber sehr erfolgreiche Mischung.

Blocher wirkt immer noch fremd im Bundesratszimmer, in dieser Welt, in der Bundesweibel in grünen Gehröcken durch die Neo-Renaissance-Hallen schreiten und den Tee auf silbernen Tabletts servieren.

Er hängt im Sessel, stützt sich mit weitausgebreiteten Armen auf die Lehne, die Beine übereinandergeschlagen und erinnert sich an früher, an seinen Kampf 1992 gegen den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum. Immer noch benutzt er das Wort von damals: „Kolonialvertrag“. Er habe „gekämpft wie ein Löwe“, sagt er, und das Volk überzeugt. Zu 50,3 Prozent haben die Schweizerinnen und Schweizer damals mit Nein gestimmt, es war eine Entscheidung, die das Land auf Jahre und



LEHMANN / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Redner Blocher vor SVP-Anhängern in Bern: *„Ich muss mich anstrengen, so zu sprechen, dass die Leute mich verstehen"*

Jahrzehnte von der EU fernhalten würde. Und es war der Beginn seines Aufstiegs.

In den folgenden Jahren verdoppelte seine Partei ihren Stimmenanteil, sie wurde zur größten politischen Kraft im Land, die profillosen Parteien der Mitte schrumpften. Im Dezember 2003 kam es dann – für schweizerische Verhältnisse – zur Revolution: Die SVP erhielt in der Regierung einen zweiten Sitz, das Parlament wählte Blocher auf Kosten einer Christdemokratin in die Regierung. Er hatte mit dem Gang in die Opposition gedroht, falls man ihn nicht wählen würde, und davor hatten die anderen Parteien noch mehr Angst als vor einem Blocher in der Regierung.

Sie hofften, mit seiner Wahl würden sie ihn einbinden und schwächen können, aber er ließ sich nicht einbinden. Er brach die Kompromisskultur auf, dauernd gab es Streit in der Regierung, die doch eine Kollegialbehörde sein sollte. Er forderte seine Regierungskollegen heraus, indem er „Mitberichte" für ihre Geschäftsbereiche verfassen ließ und über ihre Dossiers immer bestens informiert war.

Der Bundesrat ist eine typisch schweizerische Einrichtung, und es war immer schwierig zu sagen, wer ihn dominiert. Das System zerstückelt die Macht und überträgt sie keinem Einzelnen. Aber Blocher schaffte es meist, seine Kollegen von den Parteien der Mitte auf seine Seite zu ziehen. Er gewann nicht immer, aber selten war ein einzelner Bundesrat so mächtig.

„Ich habe doch gar keine Macht", sagt er und lacht. Schwer zu sagen, ob er das wirklich glaubt oder ob er nur kokettiert.

Er zählt seine Erfolge auf: Die Schweiz hat jetzt eines der härtesten Asylgesetze in Europa. Er hat durchgesetzt, dass die Regierung den EU-Beitritt nicht länger als „strategisches Ziel" bezeichnet, sondern nur noch als „Option". Stattdessen ist die Schweiz mit zahlreichen bilateralen Verträgen an die EU angebunden, aber es ist eine rein wirtschaftliche Beziehung.

Seine Stärke ist die Schwäche der anderen. Es gibt keinen Politiker im Land, der es mit ihm aufnehmen könnte. Es schadet ihm auch nicht, dass er schon lange nicht mehr zu den einfachen, ländlichen Leuten gehört, zu denen er vorzugsweise spricht. Blocher ist Milliardär, er war Unternehmer und schuf einen hochprofitablen Konzern, die Ems-Chemie. Er wohnt über dem Zürichsee, in einer Villa mit privater Standseilbahn, er hat einen phantastischen Blick auf die Alpen.

Seine Stärke ist die Schwäche der anderen. Kein Politiker im Land kann es mit ihm aufnehmen.

Politiker ist er aus Getriebenheit, und das ist das Unheimliche an Blocher: Er kann von seinem Drang, den Staat umzubauen, nicht lassen. Er spricht gern von seinem „Auftrag". Unklar bleibt, wer diesen Auftrag erteilt hat.

In seiner Umgebung heißt es, seit seiner Wahl würden die anderen Regierungsmitglieder mehr arbeiten. Sie müssen es mit einem aufnehmen, der seit seiner Zeit als Bauernknecht jeden Tag um halb sechs aufsteht und seine sechs Kilometer rennt. Mit einem ehemaligen Oberst der Armee, dessen Führungsgrundsätze soeben als Buch erschienen sind. Zu denen gehört etwa, dass er seine Mitarbeiter nie lobt und dass Untergebene ihrem Chef keine Fragen stellen dürfen. Wer etwas von ihm will, muss einen schriftlichen Antrag stellen.

Die neue Rolle in der Regierung veränderte ihn sichtlich, er wirkte manchmal fast staatsmännisch in den letzten Jahren, aber um seine Anhänger nicht zu enttäuschen, die ihn laut und polternd lieben, gab er auch immer gern den Oppositionsführer. Die Doppelrolle schadete ihm nicht.

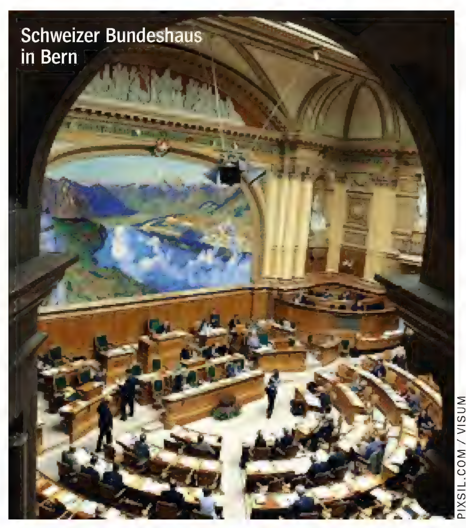
Den Wahlen hätte er eigentlich gelassen entgegensehen können, große Verschiebungen sind nach den Umfragen nicht zu erwarten, höchstens vielleicht von der einen Mittepartei zur anderen. Die Sozialdemokraten verlieren womöglich an die Grünen, die SVP wird wohl ihr Rekordergebnis von 2003 wiederholen können und darf auf 27 Prozent der Stimmen hoffen.

Stattdessen schlug seine Partei plötzlich Alarm, schaltete Ende August im ganzen Land Anzeigen, in denen behauptet wurde, es existiere ein „Geheimplan" zur Abwahl Blochers. Als eine Untersuchungskommission des Parlaments dann auch noch den Verdacht in die Welt setzte, Blocher sei in ein „Komplott" verwickelt gewesen, um den damaligen höchsten Staatsanwalt des Landes abzusetzen, was sich aber schnell als Unsinn entpuppte, schien sich die Behauptung der SVP zu bewahrheiten. Die Blocher-treue „Weltwoche" titelte: „Putsch gegen Blocher".

Auch Blocher glaubt an eine solche Verschwörung, er geht jetzt wieder ganz in seiner alten Rolle als Oppositionschef auf, auch hier in Sempach, vor den Anhängern der SVP Innerschweiz. Er steht auf dem Rednerpult, die Füße fest auf dem Boden, aber sein Körper steht nicht still, er kreist rhythmisch, er rudert mit den Armen. „Das sind die Methoden eines totalitären Staates", ruft er. Die Leute applaudieren. Er sieht sich als Opfer finsterer Mächte.

Das andere Thema seiner Partei im Wahlkampf ist die Jugendgewalt. Sie habe massiv zugenommen, sagt er jetzt, und, das sei nun mal so, die meisten Delinquenten seien Ausländer, vor allem vom Balkan, man müsse das Problem aussprechen, um es zu lösen.

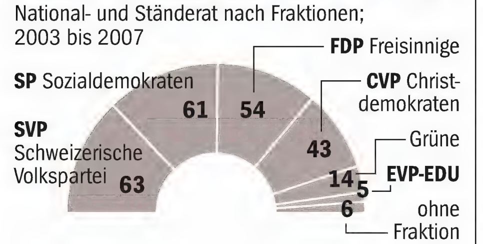
Seine Partei hat eine Volksinitiative lanciert, die sogenannte Ausschaffungsinitiative. Ausländische Jugendliche, die schwere Verbrechen begehen, sollen mitsamt ihren Eltern ausgewiesen werden können. Er will härter durchgreifen, er sagt, man lerne nur, wenn es weh tue, er redet über Kindererziehung, alles fällt bei ihm zusammen. Er wettert gegen linke Pädagogik, gegen mangelnde Disziplin an den Schulen, und so gesehen ist auch Ausländerpolitik bei ihm nichts als Pädagogik, manche würden sagen: Brachialpädagogik.

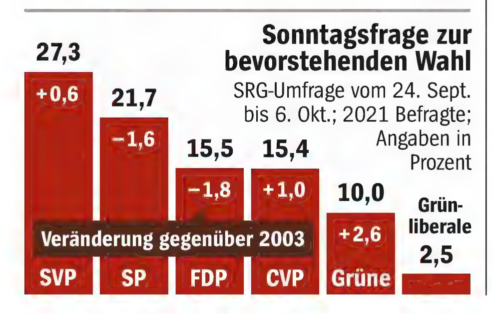

Schweizer Bundeshaus in Bern

PIXSIL.COM / VISUM

Sitzverteilung im Schweizer Parlament

National- und Ständerat nach Fraktionen; 2003 bis 2007





Er verspricht eine „konservative Wende". Danach geht ein Mikrofon um, jetzt dürfen die Zuhörer Fragen stellen, alles, was ihnen so durch den Kopf geht. Einer fragt, warum die Gefängnisse in der Schweiz so luxuriös seien. „Bitte, bleiben Sie im Bundesrat!", fleht eine alte Frau und schüttelt ihm strahlend die Hand. „Ich schaue, was ich machen kann", knurrt er.

Hinterher sagt er, seine europäischen Ministerkollegen würden staunen, wenn er ihnen von Anlässen wie diesem erzähle. „Das ist der Wert der direkten Demokratie." In Europa litten viele Bürger unter Ohnmachtsgefühlen angesichts von Politikern, die abgehoben weit oben agierten. „Im letzten deutschen Wahlkampf habe ich die Hälfte der Politikeraussagen auch nicht verstanden. Darum muss ich mich anstrengen, so zu sprechen, dass die Leute mich verstehen."

Dass er so im Mittelpunkt stehe bei diesen Wahlen, finde er auch nicht gut, aber dafür seien seine Gegner verantwortlich, die vier Jahre lang massiv auf seine Person geschossen hätten, wegen seiner Politik. Wenn man ihn abwähle, müsse er sofort in die Opposition gehen, sagt er. „Ich sähe heute viel mehr Möglichkeiten als früher. In der Schweiz ist die Opposition verlockend, weil man Volksabstimmungen erzwingen kann."

Für die „Ausschaffungsinitiative" hängen jetzt im ganzen Land Plakate; sie zeigen drei weiße Schafe, die auf einer Schweizerfahne stehen und ein viertes, ein schwarzes Schaf, wegkicken. Die politische Auseinandersetzung ist in der Schweiz selten besonders politisch korrekt, aber gegen dieses Plakat hat der Uno-Sonderberichterstatter gegen Rassismus offiziell bei der Regierung protestiert.

Blocher sagt nur: „Den Ausdruck ‚schwarzes Schaf' gibt es in jeder Sprache. Wie soll da jemand ernsthaft auf die Idee kommen, dass damit Afrikaner gemeint sein könnten? Alle wissen: Das ‚schwarze Schaf' sind die kriminellen Ausländer, die man ausschaffen muss."

Vertreter seiner Partei haben eine zweite Initiative gestartet. In der Schweiz sollen keine Minarette mehr gebaut werden dürfen. Auch dazu könne er sich nicht offiziell äußern, sagt Blocher, aber die Frage werde sein, ob das Minarett zwingend zur Moschee gehöre. „Das werden wir zu prüfen haben." Außerdem kenne er kein muslimisches Land, das Kirchtürme zulasse.

Dann muss er fort. Er geht eilig den See entlang, neben ihm seine Frau Silvia. Auf einer Rasenfläche steht ein grüner Helikopter des Schweizer Militärs, die Blochers steigen ein, und das konservative Power-Paar hebt ab. Der Mann des Volkes fliegt im Staatshubschrauber in die Alpen, ins Wochenende, in sein Zweitdomizil bei Rhäzüns im Kanton Graubünden.

Es ist ein Schloss. MATHIEU VON ROHR



Präsidentengattin Cécilia Sarkozy

CHRISTIAN LIEWIG / LIEWIG MEDIA SPORTS / CORBIS

FRANKREICH

Tief verletzt

Ehefrau, First Lady, Sonderbotschafterin – welche Rolle spielt Madame Sarkozy? Wohl keine mehr. Alles deutet auf Trennung hin.

Cécilia – sie ist das einzige Thema, bei dem Frankreichs oft ruppiger Präsident liebevolle Schwärmerei genauso wie verletzliche Dünnhäutigkeit zeigt: „Sie ist meine Stärke und meine Achillesferse zugleich“, bekannte Nicolas Sarkozy im Herbst 2003, lange vor dem Einzug in den Elysée. „Wenn sie Jackie Kennedy geliebt haben, werden sie Cécilia Sarkozy anbeten“, glaubte er noch im Frühjahr von seinen Wählern. Doch schon im Sommer war er sich nicht mehr sicher: „Sie ist meine einzige Sorge.“

Womöglich nicht mehr lange. Seit Wochen verdichten sich die Anzeichen für eine unmittelbar bevorstehende Trennung – ihre ständige Abwesenheit scheint bald nicht mehr anders erklärbar. Verglichen mit Cécilia Sarkozy ist Professor Joachim Sauer geradezu ein ständiger Begleiter seiner Gattin Angela Merkel. Die Elysée-Astrologen datieren den letzten offiziellen Auftritt des Präsidentenpaares auf den Nationalfeiertag am 14. Juli.

Zuvor hatte schon Cécilias abrupte Abreise vom G-8-Gipfel in Heiligendamm wegen „persönlicher Gründe“ verblüfft; zum diplomatischen Ärgernis geriet ihr Nichterscheinen beim Grill-Picknick mit US-Präsident George W. Bush während des Sommerurlaubs in Kennebunkport – angeblich wegen einer plötzlichen Angina. Vergangene Woche hieß es dann, Cécilia habe zunächst in einem Genfer Nobelhotel Zuflucht gesucht und sei anschließend nach London weitergereist.

Längst haben die französischen Tageszeitungen ihre Titelseiten über das Sensationsereignis fertig. Doch sie wollen das Ende nicht verkünden, bis es eine Bestätigung aus dem Präsidentenpalast gibt.

Nur der „L'Est républicain“ meldete bereits am Freitag die bevorstehende Scheidung. Ihre Gründe wolle Cécilia offenbar in einer Hochglanzillustrierten ausbreiten – die zum persönlichen Geständnis passende Fotostrecke, so das Regionalblatt, sei ebenfalls schon fertig.

Es wäre die Geschichte eines angekündigten Abschieds und das alte Lied von der vergeblichen Hoffnung, in den Medien eine Idylle zu verbreiten, ohne die Kosten für solche PR zahlen zu müssen. „Gemeinsam werden wir die Stufen der Macht erklimmen“, hatte Nicolas Sarkozy einst seiner Ehefrau versprochen, doch mit jedem Schritt nach oben wuchs der Abstand zwischen dem machtbesessenen Politiker und seiner selbstbewussten Gattin.

Dem damaligen Bürgermeister des Pariser Vororts Neuilly hatte die Heirat mit dem Ex-Model das nötige gesellschaftliche Flair verschafft. Cécilias Kontakte ermöglichten ihm den Zugang zur Pariser Society, und der Nachwuchsstar der Konservativen inszenierte sein privates Glück zielstrebig zur Beförderung seiner Karriere. Publizistisch aufbereiten ließ sich das Glamour-Paar von befreundeten Medien-Bossen, welche die beiden stets vorteilhaft in Szene setzten.

Egal, ob er gerade Innen-, Finanzminister oder Parteichef war, Cécilia blieb nie nur einfach Politikergattin. Sarkozy bescheinigte ihr stets, seine „engste Beraterin“ zu sein, stellte ihr Licht auf jeden erreichbaren Scheffel. Die perfekte Partnerschaft hielt bis zum August 2005, als Cécilia mit einem Liebhaber, dem Werber Richard Attias, auf der Titelseite von „Paris Match“ erschien – ein Scoop, der den Chefredakteur später seinen Posten kostete.

Im Sommer 2006 feierten Cécilia und Nicolas Versöhnung: Gerade rechtzeitig zum Start in den Präsidentenwahlkampf zeigten die Medien den Kandidaten wieder in trauter Eintracht mit Frau und Familie.

Nach dem Sieg am 6. Mai steigerten sich die Innenansichten aus dem Elysée-Palast zur Hofberichterstattung der Fünften Republik. Die Patchwork-Familie – fünf Kinder aus drei Ehen – musste als Beleg für die Gegenwartsnähe Sarkozys herhalten.

Doch mit ihrer Rolle, der wirbeligen Präsidentschaft ihres Mannes Eleganz zu verleihen, hat sich Cécilia offenbar nie abgefunden, genauso wenig wie mit der Aufgabe, sich als Schirmherrin für Wohltätigkeitsvereine einzusetzen oder ihren Fans zu antworten, die sie mit mehreren hundert Briefen wöchentlich eindecken. „Offizielle Dinner zu organisieren, Kleider von Dior oder Saint Laurent zu tragen genügt ihr nicht“, verriet ihre Freundin Isabelle Balkany. Ein erster großer Auftritt Cécilias auf diplomatischem Parkett geriet prompt zum politischen Eklat.

Als persönliche Emissärin hatte die Präsidentengattin bei Libyens Staatschef Muammar al-Gaddafi um die Freilassung der fünf bulgarischen Krankenschwestern gebeten – offenbar im Gegenzug für einen militärischen Millionendeal. Für ihren erfolgreichen Einsatz wurde Cécilia in Sofia als Heldin gefeiert, in Paris jedoch machte die sozialistische Opposition daraus eine Staatsaffäre: Von dieser Woche an beschäftigt sich ein Untersuchungsausschuss mit den Umständen der Mission.

Mag sein, dass Cécilia ihren Ehemann jetzt für die Vorwürfe verantwortlich macht. Denn just als Bulgariens Präsident Georgi Parwanow die Französin für ihre Tripolis-Reise feiern wollte, sagte Madame ihre Teilnahme beim Staatsbesuch in Sofia ab. Die Entschuldigung von Ehemann Nicolas klingt im Nachhinein glaubhaft: Die Polemik der politischen Gegner habe Cécilia „tief verletzt“.

Vielleicht hätte Sarkozy besser früher auf ihre zarten Hinweise gehört. Auf die Frage, ob sie es sich vorstellen könne, als Präsidentengattin in den Elysée zu ziehen, hatte sie schon früh mit entwaffnender Offenheit reagiert: „Das ödet mich an.“

STEFAN SIMONS



Sarkozy-Klatschgeschichten
„Meine einzige Sorge“

PARIS MATCH VOM 9. MAI 2007, PHILIPPE WARRIN (L.)

USA

Gott, Familie, Vaterland

Sie riskieren ihr Leben für ein Land, das nicht ihres ist. Mehr als 30 000 Ausländer kämpfen für die Streitkräfte des Pentagon, viele im Irak. Ihre Belohnung: die amerikanische Staatsbürgerschaft.

Als Anna Maria Clarke, 26, noch ein Teenager war und in Mannheim lebte, hatte sie bereits ein Faible für schmucke Uniformen, vornehmlich an amerikanischen Soldaten, und für Kriegsfilme wie „Full Metal Jacket". Ganz früh fühlte die Deutsche diese Anziehungskraft, die sie bis heute nicht losgelassen hat.

Die Eltern von Julieta Ortiz, 25, bitterarm, aber ehrgeizig, waren aus Mexico City in die USA gekommen. Sie rackerten als Erdbeerpflücker auf Obstplantagen in Kalifornien und wünschten sich ein besseres Leben für ihre Tochter. Vor vier Jahren sah Julieta den Weg auf einmal vor sich, einen gefährlichen Weg, aber einen, der nach oben führte.

Der Vater von Jose Figueira, 31, hatte sein Leben lang voller Stolz über seinen Dienst bei der portugiesischen Armee gesprochen. Nach solchem Stolz sehnte sich auch der Sohn, der in Massachusetts aufgewachsen war: „Ich wollte beweisen, dass ich ein guter Bürger bin. Dass ich für alles einstehe, was ich an diesem Land liebe."

Ihre Motive, sich den US-Streitkräften anzuschließen, unterscheiden sich, aber alle drei gehören zu den mehr als 30 000 Soldaten, die als Fremdenlegionäre für Amerika kämpfen, obwohl sie keine Amerikaner sind, sondern Mexikaner, Portugiesen – oder eben Deutsche. Ohne die Ausländer bei ihren Streitkräften wäre es für die USA zunehmend schwieriger, genügend Truppen für den Einsatz im Irak aufzubieten. Was die Fremden außerdem lockt, ist der Lohn für ihren gefährlichen Job: die amerikanische Staatsbürgerschaft.

Seit dem 11. September 2001 haben die USA 32 500 ausländische Soldaten zu US-Bürgern gemacht. Im Juli 2002 hat Präsident George W. Bush mit einem Erlass ein Gesetz erweitert, das es nun erlaubt, Ausländer, die sich als Soldaten verpflichten, besonders schnell einzubürgern. Seither melden sich jedes Jahr etwa 8000 Nichtamerikaner zum Militär.

Die Fremdenlegionäre stellen mittlerweile fünf Prozent aller Rekruten, in manchen Vierteln von New York und Los Angeles sogar die Mehrheit. Vier Jahre und 3800 US-Tote nach Beginn des Irak-Feldzugs wollen immer weniger gebürtige Amerikaner in einen Krieg ziehen, in dem die Mehrheit des Volkes keinen Sinn mehr erkennt. Gleichwohl fordern die Generäle jedes Jahr 180 000 neue Freiwillige für die Streitkräfte.

Allein die Rekrutierung lässt sich das Pentagon nun 3,2 Milliarden Dollar kosten. Inzwischen treiben sich die Streitkräfte-werber schon an den High Schools herum, wo sie 17-Jährige dazu überreden, sich ein Jahr vor Schulabschluss zu verpflichten.

Längst hat sich herauskristallisiert, dass ausländische Rekruten häufig die überzeugteren Amerikaner sind. Anna Maria aus Mannheim, mädchenhaft mit rotem Pferdeschwanz, hatte eben schon immer für das US-Militär geschwärmt. Ihr gefielen die in Deutschland stationierten amerikanischen Soldaten, die das Leben so leicht nahmen. Wenn sie sich verliebte, dann immer nur in US-Soldaten. „Ami-Anna" nannten ihre deutschen Freundinnen sie. Natürlich heiratete sie dann auch einen GI, beobachtete die Kameraden ihres Mannes heimlich beim Frühsport, zählte Liegestütze und Sit-ups. Und dann übte sie verbissen, nahm 25 Kilogramm ab, schließlich überstand sie den Aufnahmetest und das Boot Camp in Texas.



MARTIN H. SIMON

US-Soldatin Clarke (r., bei der Einbürgerung): *„Unverzichtbar für das Militär"*

Jetzt arbeitet Airman First Class Clarke in der Personalabteilung auf der Andrews Air Force Base in Maryland. Die Realität des Krieges dringt bis auf ihren Schreibtisch vor: Sie ist auch verantwortlich dafür, dass die Leichen im Irak gefallener Soldaten möglichst vollständig nach Hause überführt werden.

Natürlich müsse sie selbst jederzeit damit rechnen, in den Irak abkommandiert zu werden. Aber zur Truppe wäre sie auch ohne die neue Staatsbürgerschaft gegangen, trotzdem ist ihr die wichtig: „Immerhin kann ich für dieses Land erschossen werden. Da ist es schön, dass es jetzt auch mein Land ist." Derzeit dienen 128 Deutsche im



MARTIN H. SIMON

Irak-Veteran Figueira
„Beweisen, dass ich hierhergehöre"

US-Militär – mehr als aus allen anderen europäischen Ländern außer Großbritannien.

Die meisten ausländischen Rekruten stammen aus Lateinamerika und der Karibik. Latino-Gruppen in den USA protestieren bereits gegen den etwas anrüchigen Handel Kriegsdienst gegen Staatsbürgerschaft. Sie befürchten, dass die Immigranten als Kanonenfutter verheizt werden. Doch es sei nun mal der Lauf der Welt, „dass Einwanderer immer die schwereren Jobs haben", rechtfertigt der Militärexperte Michael O'Hanlon von der Brookings Institution die Lage. Er sorgt sich, dass viele gebürtige US-Soldaten schon zum dritten Mal an der Front sind. Die verstärkte Anwerbung von Ausländern könnte die Last verteilen helfen.

O'Hanlon hat sogar schon vorgeschlagen, potentielle Neubürger offensiv in ausgewählten Ländern zu rekrutieren – auf den Philippinen etwa oder in Uganda. Über diesen Vorschlag wird seither auch nachgedacht.

In der Immigrantenszene sind die Werber bereits heute erfolgreich. „Die Einwanderer wollen sich gegenüber der amerikanischen Gesellschaft als besonders patriotisch beweisen", sagt Bill Galvin vom linken Zentrum für Krieg und Gewissen. „Das nutzen die Rekrutierungsoffiziere und koppeln es an das Versprechen der Staatsbürgerschaft." Auch für Jose Figueira aus Portugal war das das entscheidende Argument. „Ich wollte beweisen, dass die Amerikaner mir trauen können; wollte beweisen, dass ich hierhergehöre."

Sergeant Figueira, Mitglied der Nationalgarde, ist kein Waffennarr, sondern jemand, den der Irak-Einsatz mit mehr Realität konfrontiert hat, als er erfahren wollte. Er erzählt von Bagdad, von den tückischen Sprengsätzen dort, von den Scharfschützen. Und er erzählt, wie er, nach einem Bombenanschlag, stundenlang unter Beschuss die Wagen seines Konvois reparierte. Er sah Kameraden sterben, und er weint, wenn er davon spricht. Trotzdem würde er jederzeit wieder in den Irak gehen.

Es sind Leute wie Figueira, die Immigranten „für das Militär unverzichtbar machen", sagt Margaret Stock, Dozentin an der legendären Offiziersschmiede West Point. „Sie sind erfolgreicher und geben seltener auf." Im Übrigen sind sie ein gutes Geschäft für das Militär: „You get a better bang for your buck", sagt die Rechtsanwältin – Amerika bekommt mehr Einsatz fürs Geld.

Deshalb werden Einwanderer inzwischen gezielt angesprochen. Besonders begehrt sind Rekruten, die Arabisch oder Farsi beherrschen – und eben Latinos, die größte Gruppe von Einwanderern. Corporal Julieta Ortiz aus Mexiko ging zur Marineinfanterie, „weil ich etwas aus mir machen wollte und weil mir die Staatsbürgerschaft sehr viel bedeutet". Die hilft ihr auf dem Weg nach oben, denn als Ausländerin in der Armee „konnte ich beispielsweise nicht Offizier werden". Jetzt studiert sie Architektur, will später bei der Regierung arbeiten. Mögliche Risiken eines Einsatzes im Irak wischt sie beiseite. „Das ist es mir wert."

„Wer keine Chancen hat, sieht das Militär als einen Ausweg aus der Armut an", sagt Jorge Mariscal, Professor für Latino-Studien an der Universität von Kalifornien in San Diego. Die Uniform bedeutet Einkommen, Geld fürs College und für die nächste Stromrechnung. „Die Immigranten werden ausgebeutet", behauptet dagegen Kriegskritiker Galvin, der in Washington Soldaten berät, welche die Armee vorzeitig verlassen wollen. „Wer keine anderen Optionen hat, landet besonders häufig an der Front." Wie Juan Alcantara, 22, Immigrantenkind aus Santo Domingo, aufgewachsen im New Yorker Stadtteil Washington Heights.

Ein Jahr im Irak hatte er überstanden, dann begann die jüngste Truppenaufstockung der Amerikaner, der „Surge", und per Federstrich entschied Präsident Bush, dass Corporal Alcantara noch ein halbes Jahr länger bleiben musste. Am 28. Juni hätte er eigentlich heimkommen sollen. Am 29. Juni gebar ihm seine Freundin eine Tochter. Am 6. August durchsuchte er ein Haus in Baakuba nördlich von Bagdad. Und dabei explodierte der Sprengsatz.

Jetzt sitzt seine Mutter Maria in ihrer Wohnung nördlich von Harlem und wischt sich die Tränen mit einen Tuch weg. Sie hat Juan gelehrt, was wichtig ist im Leben: „Gott, Familie, Vaterland".

Die Armee, sagt sie, habe ihm „bis zu 50 000 Dollar fürs College versprochen, dazu 20 000 Dollar als Bonus, über 200 Jobs zur Auswahl und eine Vollzeitstelle". Auf der Couchgarnitur unter dem Plastikschonbezug in ihrem Wohnzimmer habe er dann die Bewerbung ausgefüllt. Als er zum ersten Mal in seiner Ausgehuniform nach Hause kam, habe sie geweint. „Er war so elegant, so schön."

Als er in den Irak musste, betete sie. War Corporal Juan Alcantara wirklich überzeugt davon, dass er seine Heimat verteidigte? Die Mutter nickt. Sie will nur zu gern an all das glauben, was ihr die Offiziere bei der Gedenkfeier und beim Begräbnis sagten, als sie ihr eine Flagge übergaben, dazu das Purple Heart, die Auszeichnung für verwundete Soldaten – und die Staatsbürgerschaftsurkunde. Ihr Sohn, hatten alle versichert, sei ein Held gewesen.

Juan Alcantara ist der 103. ausländische Soldat, der erst nach seinem Tod im Irak-Krieg US-Bürger wurde. Seine Mutter bewahrt die gerahmte Urkunde zusammen mit den Beileidsbriefen in einem blauen Plastiksack auf. CORDULA MEYER



REUTERS

Bergung von verwundeten Soldaten im Irak: *„Wer keine anderen Optionen hat, landet an der Front"*


GAETAN BALLY / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

Staatsanwältin Del Ponte
„Die Politik hat unsere Arbeit erschwert“

KRIEGSVERBRECHEN

„Durch und durch schuldig“

Die Chefanklägerin beim Jugoslawien-Tribunal der Uno, Carla Del Ponte, 60, über Vorwürfe gegen ihre Prozessführung und die Behinderungen bei der Suche nach Kriegsverbrechern

SPIEGEL: Der Diktator Slobodan Milošević starb rechtlich gesehen als Unschuldiger. Die mutmaßlichen Kriegsverbrecher Radovan Karadžić und Ratko Mladić sind weiterhin auf freiem Fuß. Hat das Kriegsverbrecher-Tribunal für das ehemalige Jugoslawien versagt? Gilt das Motto: Die Kleinen werden gehenkt, die Großen kommen davon?

Del Ponte: Ich bin zu 80 Prozent sicher, dass Mladić spätestens bis Ende dieses Jahres verhaftet wird, möglicherweise sogar in den nächsten Wochen. Serbien will unbedingt in die EU. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist die Zusammenarbeit mit dem Tribunal.

SPIEGEL: Warum sollten es die Serben nach so vielen leeren Versprechungen diesmal ernst meinen?

Del Ponte: Ich habe erst Mitte 2006 begriffen, dass sie ihn nie selbst verhaften wollten. Er sollte in persönlichen Gesprächen gezwungen werden, sich zu stellen. Bei zahlreichen anderen Kriegsverbrechern hat dieses Verfahren auch wirklich funktioniert. Erst seit Anfang 2007 existiert ein ernsthafter Plan, ihn in seinem Versteck in Belgrad festzunehmen. Nach vielen Schwierigkeiten unterstützt auch Premier Vojislav Koštunica diesen Plan. Probleme gibt es derzeit noch bei der Zusammenarbeit des militärischen mit dem zivilen Geheimdienst.

SPIEGEL: Ende 2008 soll das Tribunal alle Verfahren in erster Instanz abgeschlossen haben. Was passiert, wenn Mladić oder Karadžić dann immer noch in Freiheit sind?

Del Ponte: Dann gibt es ein Problem. Der Sicherheitsrat müsste beschließen, das Tribunal bis zu ihrer Verhaftung in verkleinerter Besetzung weiterarbeiten zu lassen. Die Beweise gegen beide sind so gravierend, dass der Prozess zügig durchgeführt werden könnte …

SPIEGEL: … vorausgesetzt, die internationale Gemeinschaft ist daran wirklich interessiert. Ihre ehemalige Sprecherin Florence Hartman behauptet in einem neuen Buch, das Tribunal sei gegründet worden, um nicht zu funktionieren, und sei permanent von den USA, Großbritannien und Frankreich behindert worden. Amerikanische Diplomaten sollen Ihnen gedroht, die EU monatelang alle Gespräche mit Ihnen eingefroren haben.

Del Ponte: Das ist ihre Interpretation, nicht meine. Meine Version werde ich in einem eigenen Buch veröffentlichen, das im kommenden Jahr erscheint. Aber natürlich hat sich die Politik in unsere Arbeit eingemischt und diese erschwert. Ich habe mich beim Sicherheitsrat wiederholt über mangelnde Unterstützung der internationalen Gemeinschaft beschwert.

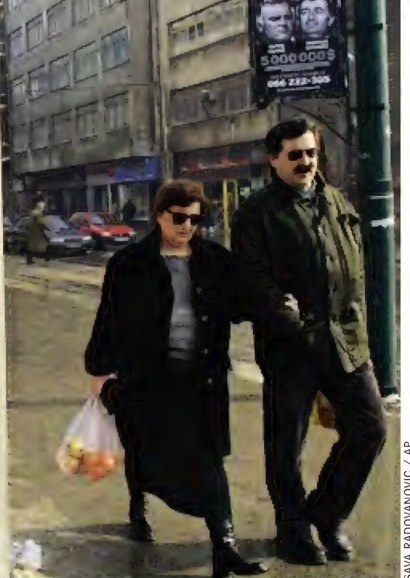
SPIEGEL: Dass viele ausländische Staaten Karadžić vor einer Verhaftung bewahrt haben, ist gar nicht zu leugnen. Warum diese Unterstützung für einen Mörder?

Del Ponte: Natürlich hätte man Karadžić bis 1998 mühelos verhaften können, es wollte eben niemand. Begründet wurde dies mit der Angst vor neuen Unruhen, bei denen womöglich eigene Soldaten in Gefahr geraten wären. Wir wollen zuerst Frieden schaffen, hieß es immer.

SPIEGEL: 2005 äußerten Sie den Verdacht, es gäbe womöglich eine Vereinbarung zwischen dem damaligen US-Vermittler Richard Holbrooke und Karadžić, die ihm Schutz vor dem Tribunal zusichert.

Del Ponte: Ich hatte entsprechende Hinweise. Aber ich bin Staatsanwältin und deshalb auf belastbare Beweise angewiesen. Die habe ich bisher nicht gefun-




SAVA RADOVANOVIC / AP

Fahndungsplakat für Mladić, Karadžić in Sarajevo: *„Immer noch Helden“*

den. Jetzt ermitteln die Serben selbst in dieser Angelegenheit.

SPIEGEL: Karadžićs Tochter Sonja behauptet, ihr Vater habe sich 1999 selbst stellen wollen und dem Tribunal 300 Seiten entlastendes Material zukommen lassen. Im Gegenzug habe das Gericht ihm zugesagt, den Prozess kurz nach Beginn wieder einzustellen.

Del Ponte: Es ist richtig, dass Karadžić 1999 einem unserer Ermittler erklären ließ, er werde sich freiwillig stellen. Dann änderte er plötzlich seine Meinung. Alle anderen Behauptungen sind Blödsinn.

SPIEGEL: Wie hätte Ihr Schlussplädoyer im Fall Milošević gelautet: War er das Hirn hinter allen Verbrechen, welches waren seine Ziele?

Del Ponte: Natürlich war ich wütend über seinen Tod. Für mich bedeutete das vier Jahre mühsame Arbeit ohne juristische Genugtuung. Milošević war an allen Ereignissen beteiligt. Er trieb eine reine Expansionspolitik mit kriminellen Mitteln voran, niemals ging es um die Verteidigung der Serben. Mladić und Karadžić fuhren zwei- bis dreimal wöchentlich nach Belgrad, um mit Milošević zu sprechen. Das sagt doch alles!

SPIEGEL: Wusste er von den Massakern bei Srebrenica?

Del Ponte: Er war mitverantwortlich. Mladić ist doch wohl kaum eines Morgens aufgestanden und hat einen Völkermord beschlossen. So etwas wird vorher abgesprochen. Man kann nicht in vier Tagen 8000 Menschen ermorden, ohne das vorher zu organisieren.

SPIEGEL: Die USA sollen nahezu alle Gespräche Miloševićs abgehört haben, darunter auch solche, die sich um Srebrenica drehten. Ihnen jedoch wurde nur ein Teil davon zur Verfügung gestellt und das erst mit jahrelanger Verspätung. Videoaufnahmen sollen vor der Weitergabe an das Tribunal manipuliert worden sein.

Del Ponte: Einige Bänder haben wir. Ich habe aber alle Länder aufgefordert, mir ihre entsprechenden Aufzeichnungen zu geben. Die Reaktion war gleich null.

SPIEGEL: Viele Prozessbeobachter glauben, das Verfahren gegen Milošević sei vor allem deshalb nicht abgeschlossen worden, weil Sie es mit zu vielen Anklagepunkten überfrachtet hätten. Manche glauben sogar, er wäre freigesprochen worden.

Del Ponte: Ich bin ganz sicher: Er wäre verurteilt worden. Wenn mir allerdings der Sicherheitsrat aufgetragen hätte, die Anklagepunkte zu reduzieren, um ein schnelleres Urteil zu erreichen, hätten wir das getan. Dann wären eben nur Srebrenica oder der Scharfschützenterror von Sarajevo verhandelt worden. Ansonsten vertrete ich als Staatsanwältin alle Opfer. Nur



Angeklagte Milošević (in Den Haag 2001),

wenn alle Fakten auf den Tisch kommen, kann das Tribunal dazu beitragen, Frieden zu schaffen.

SPIEGEL: Serbien fühlt sich nach wie vor als Opfer einer einseitigen politischen Justiz. Es gibt kaum Schuldbewusstsein.

Del Ponte: Die Frage der Schuld weiterer Angeklagter wird doch in anderen Prozessen beleuchtet. Derzeit steht beispielsweise der ehemalige bosnische Armeechef Rasim Delić vor Gericht. Dabei geht es auch um gewalttätige Mudschahidin-Einheiten. Wir können beweisen, dass der muslimische bosnische Präsident Alija Izetbegović sogar zahlte, damit sie ins Land kamen. Er brauchte Waffen und Soldaten.



RAPHAEL GAILLARDE / GAMMA / STUDIO X (L.); REUTERS (R.)

Haradinaj (in Priština 2005): *„Mühsame Arbeit ohne Genugtuung“*

SPIEGEL: Der ermordete serbische Premier Zoran Djindjić war Ihr einziger wahrer Verbündeter. Kurz vor seinem Tod hatte er Ihnen noch die sofortige Auslieferung Mladićs versprochen. Musste er deshalb sterben?

Del Ponte: Es könnte sein – aber der Prozess konnte das nicht klären. Djindjić wollte Militär, Polizei und Geheimdienst neu organisieren. Deshalb fürchteten genau dieselben Personen, ihre Macht zu verlieren, die auch Mladić schützten.

SPIEGEL: Sollte das Tribunal nicht verlängert werden, müssten nationale Gerichte gegen Karadžić und Mladić verhandeln. Wäre das überhaupt möglich?

Del Ponte: Um Himmels willen, nein. Das gäbe unvorstellbare politische Probleme. Mehr als die Hälfte der Serben verehren die beiden immer noch als Helden.

SPIEGEL: Daran haben die Anklagen des Tribunals nichts ändern können?

Del Ponte: Leider nein.

SPIEGEL: Im Kosovo wurden in den vergangenen Monaten mehrere Zeugen gegen den als Kriegsverbrecher angeklagten ehemaligen Premier Ramush Haradinaj ermordet.

Del Ponte: Im Prozess gegen Haradinaj laufen mir die Zeugen davon. Sie werden massiv bedroht. Die Albaner sind da schlimmer als die Serben. Wir haben zwar ein Zeugenschutzprogramm, das solchen Personen in einem anderen Land eine neue Identität gewährt. Aber die meisten Albaner wollen das Kosovo nicht verlassen.

SPIEGEL: Jetzt kandidiert Haradinaj sogar aus dem Scheveninger Gefängnis heraus für die kommenden Wahlen …

Del Ponte: … was mich wirklich erzürnt.

SPIEGEL: Daran ist doch das Tribunal selbst schuld. Es hatte ihn bis zum Prozessbeginn auf freien Fuß gesetzt und ihm politische Tätigkeit erlaubt.

Del Ponte: Das haben die Richter des Tribunals entschieden. Ich habe schärfstens widersprochen.

SPIEGEL: Es könnte noch schlimmer kommen – wenn er nämlich aus Mangel an Zeugenaussagen freigesprochen wird.

Del Ponte: Ich hoffe nicht. Er ist durch und durch schuldig, ich habe die Beweise.

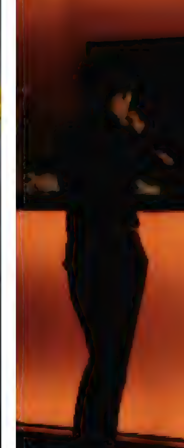
SPIEGEL: Können internationale Gerichte abschreckende Wirkung erzielen, solange die USA sich weigern, ihre Soldaten an solche Instanzen auszuliefern – etwa für Verbrechen im Irak?

Del Ponte: Der Internationale Strafgerichtshof hat die Aufgabe, nur dann einzuschreiten, wenn die betreffende Nation selbst nichts unternimmt. Meiner Meinung nach ist das ein Konstruktionsfehler. Erst wird ein Staat beschuldigt, dass er seine Kriegsverbrecher nicht anklagt, und anschließend dann um Zusammenarbeit gebeten. Das kann schwierig sein.

INTERVIEW: RENATE FLOTTAU







Danziger Oberbürgermeister Adamowicz, Galeristin Charzyńska, Gastwirt Szydlowski: *„Wir kehren dem deutschen Erbe heute nicht den*

POLEN

Besonderer Geist

Mit nationalen Parolen haben die Kaczyńskis die Stimmung aufgeheizt und die Nachbarn genervt. Doch die urbane Elite des Landes kümmert das wenig: Sie sorgt sich ums Geldverdienen.

Der Stadtpräsident residiert in einem Verwaltungsbau aus den sechziger Jahren, abseits der herausgeputzten historischen Altstadt. Im Treppenhaus hängen Kabel von den Wänden, Behörden-Tristesse schwängert die Luft. Vielleicht hat Pawel Adamowicz grade deshalb besondere Sorgfalt darauf verwandt, sein Amtszimmer in einen veritablen Museumsraum zu verwandeln.

So wohnten zur Hansezeit die Danziger Pfeffersäcke: rot gestrichen die Wände, gewaltige, geschnitzte Möbel aus fast schwarzem Holz. Kupferstiche zeigen historische Amtsvorgänger des 41-Jährigen: Der Stadtvorsteher Gabriel von Bömeln beispielsweise lebte von 1658 bis 1740, Carl Groddeck von 1699 bis 1774. Die meisten Männer in dieser Ahnengalerie sprachen Deutsch. Seit dem Mittelalter unterstand Danzig dem Deutschen Orden, avancierte zur Hansestadt, fiel später an Preußen, war von 1920 an Freie Stadt und wurde erst nach Kriegsende endgültig polnisch. „Wir kehren dem deutschen Erbe heute nicht den Rücken zu“, sagt Adamowicz.

Solche Bekenntnisse erfordern in Polen fast schon Mut, seit in Warschau die Kaczyński-Zwillinge herrschen, die gegenüber den westlichen Nachbarn einen scharfen, nationalen Ton anschlagen. Doch Adamowicz lehnt gelassen auf seinem Alt-Danziger Ratsherrenstuhl: „Kein Politiker kann kaputtmachen, was über Jahre gewachsen ist.“ Das Verhältnis seiner Stadt zu den Deutschen bleibe blendend, deutsche Investoren ließen sich nicht abschrecken von den verkrampften Beziehungen zwischen Warschau und Berlin. Und auch die Touristen kommen weiterhin – in Massen wie eh und je.

Oberbürgermeister Adamowicz strotzt vor Selbstbewusstsein. Seit neun Jahren regiert der liberale Politiker seine Stadt. „Wir profitieren vom EU-Beitritt“, sagt er. Mit Hilfe aus Brüssel kann er auf einer künstlichen Insel vor der Stadt einen neuen Containerhafen anlegen lassen. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 4,5 Prozent.

Und Danzig ist nur ein Beispiel von vielen: Während in Warschau innen- wie außenpolitisch das Chaos regiert und auch die Neuwahlen am Wochenende kaum stabile Verhältnisse bringen werden, boomt das Land. Um mehr als sechs Prozent wird die polnische Wirtschaft dieses Jahr wachsen. Seit dem EU-Beitritt ist die Arbeitslosenquote von 19 auf 12 Prozent gesunken.

Besonders den Städten geht es gut im neuen Polen: Danzig, Breslau, Posen nähern sich der Vollbeschäftigung. Diese Zentren werden regiert von Pragmatikern, die auf Distanz achten zum Parteienhader in Warschau. Die Wähler danken es ihnen mit verlässlicher Unterstützung. Während in den vergangenen Jahren in der Hauptstadt kaum eine Regierung eine stabile Mehrheit hinter sich bringen konnte, freute sich etwa Breslaus Bürgermeister Rafal Dutkiewicz über eine Wiederwahl mit fast 85 Prozent der Stimmen.

In den meisten polnischen Großstädten haben die Kaczyński-Brüder und ihre Partei „Recht und Gerechtigkeit“ schlechte Chancen bei den Wahlen, die Anhänger der Zwillinge leben auf dem Land. Die Mehrheit der Bürger von Posen, Krakau oder Kattowitz will den Aufschwung genießen, ihr geht die permanente nationale Anspannung, in welche die Kaczyńskis ihr Land gestürzt haben, auf den Geist. Ihre EU-Feindlichkeit und die kalkulierten Affronts gegen Deutschland gelten als rückständig.

Die Städte kommen jedenfalls ohne den ewigen Rekurs auf die Vergangenheit aus.

Hier ist Zukunft angesagt. Professor Renata Głośnicka etwa ist die Chefin eines



Jaroslaw-Kaczyński-Wahlwerbung in Warschau

CZAREK SOKOLOWSKI / AP



FOTOS: WITOLD KRASSOWSKI

Rücken zu“

Start-up-Unternehmens in der Wachstumsbranche Biotechnologie, was ihr aber niemand ansieht. Die Medizinerin ist 71 Jahre alt und eigentlich pensioniert. Sie hat sich für eine zweite Karriere entschieden. Ihre Firma Immunolab produziert Impfstoffe für Hühner und beherrscht kaum zwei Jahre nach der Gründung schon die Hälfte des polnischen Marktes.

Professor Glośnicka kann mit Begeisterung über die Salmonellen-Varianten referieren, denen ihre Medikamente den Garaus machen sollen. „Wenn die Tiere geimpft sind, bleiben die Menschen gesund“, sagt sie. Noch als Forscherin an der Danziger Universität hat sie den Impfstoff erfunden und 1991 patentieren lassen.

Immunolab hat sich im neugeschaffenen Pommerschen Wissenschafts- und Technologie-Park im Nachbarort Gdynia, einst Gdingen, niedergelassen. Die Städte Danzig, Zoppot und Gdingen sind zusammengewachsen, arbeiten auch wirtschaftlich eng zusammen, so dass die Polen von der „Dreistadt“ sprechen. Dank EU-Geldern wurde ein Straßenbahndepot mit viel Holz und Glas modernisiert, um Firmen wie Immunolab beste Startbedingungen zu bieten. In dem skandinavisch anmutenden Bau arbeiten bereits mehr als 60 kleine Unternehmen: Computerfirmen, Hightech-Labors, Kommunikationsspezialisten.

Auf eine Karriere, von der die meist jungen Mitarbeiter dort träumen, kann Maciej Grabski schon zurückblicken. Der 38-Jährige ist Millionär und hat sich ein Haus im Danziger Villenviertel Wreść, früher Langfuhr, gekauft. Grabski will das fast hundert Jahre alte Gebäude restaurieren, und die deutsche Aufschrift über dem Postschlitz, „Briefe und Zeitungen“, stört ihn nicht im Geringsten. Innen ist er schon gut vorangekommen. Im unteren Stockwerk sind die Wände in hellem Gelb gehalten, spärlich, aber erlesen möbliert ist das Arbeitszimmer. In der Sitzecke werden grüner Tee und Bio-Kekse gereicht.

Grabski hat Ende der neunziger Jahre das Internet-Portal Wirtualna Polska aufgebaut. Innerhalb von drei Jahren wuchs die Firma von 5 auf 350 Mitarbeiter. 2001 verkaufte Grabski sie an die France Télécom für 200 Millionen Euro. Seitdem finanziert er Investmentfonds. Die Geschäfte

gehen gut: „Seit zwei Jahren kann man sich als Unternehmer in Polen wieder sicher fühlen“, sagt er, und das hat auch mit den Kaczyńskis zu tun. „Früher musste man immer damit rechnen, dass Konkurrenten ihre Kontakte zur Macht in Warschau ausnutzen. Ich habe das halbkorrupte Geflecht aus Politik und Business selbst noch erlebt. Das gibt es nicht mehr“ – ein Verdienst der Zwillinge, die solche Mauscheleien unterbunden haben.

Ansonsten hofft er darauf, dass die sozialen Versprechen der Brüder Wahlkampfparolen bleiben. „Wir brauchen eine Flat Tax, einen einheitlichen Steuersatz für alle“, sagt Grabski, so wie es ihn in der Slowakei oder in Estland schon gibt.

Brunon Baranowski arbeitet nur einige Kilometer von der Villa Grabskis entfernt, doch könnten ihre Welten kaum weiter voneinander entfernt sein. Baranowskis Job auf der berühmten Danziger Werft ist wieder einmal in Gefahr. Das war schon häufiger so.

Meister Baranowski hat ein gesundes, rundes Gesicht. Der Schweißer schreit seinen Gesprächspartnern auch dann ins Gesicht, wenn es um die kleine Bauhütte in Halle PK2 gerade mal still ist. „Ich war bei allen Streiks dabei, von hier aus nahm das Ende des Kommunismus seinen Lauf.“

Einst hatte Baranowski 17 000 Kollegen, heute ist die Belegschaft auf 3000 geschrumpft. Die meisten, die mit ihren Streiks 1980 die Zulassung der Gewerkschaft Solidarność erzwangen, sind heute, nach etlichen Umstrukturierungen arbeitslos. Männer wie Baranowski fühlen sich als Opfer der Herrscher in Brüssel, die ihrer Meinung nach klammheimlich die Macht im Staat übernommen haben.

Derzeit ärgern ihn vor allem die Tauben maßlos. Sie kacken auf die frischgeschweißten Schiffsteile. „Früher haben wir die vergiftet, heute ist das verboten. Da haben sich ein paar europäische Ökologen was Schönes ausgedacht“, schimpft er.

Zurzeit streitet die Regierung in Warschau wieder einmal mit der EU über staatliche Beihilfen für die Schiffbau-Anlage. Unterliegen die Kaczyńskis, könnte es eng werden für die einstige Werft von Lech Walesa. „Unser Betrieb ist ein Denkmal, ein Symbol für die Freiheit. Er muss erhalten bleiben“, sagt Baranowski.

„Es gibt zu viele Denkmäler in diesem Land“, grummelt dagegen ein junger Mann im Café Ferber in der Langgasse, der Touristenmeile in Danzigs Zentrum.

Immer mehr junge, erfolgreiche Städter denken so. Das kann auch Jadwiga Charzyńska bestätigen, die die Galerie Laznia leitet: „Die moderne Kunst in unserem Land hat keine nationale Tönung mehr.“ Das heldenhafte Leiden des polnischen Volkes, seine Opfer während der Teilungen im 18. und 19. Jahrhundert oder im Zweiten Weltkrieg kommen nicht mehr vor: „Die polnische Martyrologie ist kein Thema mehr“, sagt Charzyńska.



OSTALSKI / REPORTER / EASTWAY

Schriftsteller Grass in Danzig: *Tür zur unbekannten Geschichte der Stadt*

Im Café Ferber führt die Familie Szydlowski einen unverkrampften Umgang mit der Geschichte vor. Von der Wand blickt Maurycy Ferber, der Spross einer Danziger Kaufleute-Dynastie, die im späten Mittelalter in der Stadt den Ton angab, in den modern gestylten Raum.

Pawel Szydlowski, 28, dunkler Anzug, ist der Manager. Die Idee zum Café Ferber hat er aus London mitgebracht. Dort hat er, wie viele unternehmenslustige Polen, drei Jahre lang gearbeitet, unter anderem in einer Sushi-Bar.

Die Gäste – es kommen immer weniger Touristen, dafür mehr Polen – wissen den kabellosen Internet-Anschluss zu schätzen genauso wie die italienische Küche. „Bis vor kurzem haben die Polen ihre Freizeit zu Hause verbracht. Jetzt wollen sie schick ausgehen und alles nachholen.“

Trotzdem macht sich Pawel Szydlowski Sorgen: Ein Café zu gründen sei noch immer ein ähnlich umständlicher und bürokratischer Akt wie in sozialistischen Zeiten: „Über 40 Ämter muss man ansprechen, das dauert Monate. In England geht das in eineinhalb Stunden“, sagt er.

Und noch etwas liegt ihm auf der Seele: das Verhältnis zu den Deutschen. Zwar hätten sich die Touristen durch den gereizten Ton zwischen Warschau und Berlin in den vergangenen zwei Jahren nicht abschrecken lassen, doch: „Auf Dauer kann uns das nur schaden.“

In einer Intellektuellenwohnung im Danziger Stadtteil Oliva wohnt jemand, dem gute Nachbarschaft ähnlich am Herzen liegt. Bücher stapeln sich bis unter die Decke, an den Wänden hängen historische Karikaturen. Nur der Laptop verrät, dass der Schriftsteller Pawel Huelle mit der Zeit geht. Huelle sagt über den gebürtigen Danziger Günter Grass, dass der ihm die „Tür zur unbekannten Geschichte der Stadt“ aufgestoßen habe.

Wie sein großes Vorbild schreibt Huelle Bücher über das untergegangene Danzig, als hier noch Juden, Deutsche, Polen und Kaschuben eng beieinanderlebten. Seine Werke wie „Weiser Dawidek“ sind in Polen Bestseller. „In Danzig herrscht ein besonderer Geist“, sagt Huelle: „Wir sind das Anderssein gewohnt. Deshalb haben es die Kaczyńskis hier so schwer.“

Huelle hatte sich als einer der Ersten an die Seite von Bürgermeister Adamowicz gestellt, als der sich vor einem Jahr dagegen gewehrt hatte, dem Literaturnobelpreisträger die Ehrenbürgerwürde der Stadt abzuerkennen. Das nämlich hatten Politiker der Kaczyński-Partei gefordert, nachdem Grass gestanden hatte, einst Dienst in der Waffen-SS getan zu haben. 72 Prozent der Danziger stimmten in einem Referendum gegen diese Forderung.

Auch der Friedensnobelpreisträger, Solidarność-Gründer und Danziger Ehrenbürger Lech Walesa – sonst kein Freund der national-konservativen Zwillinge –, hatte damals zunächst scharf auf die Grass-Enthüllung reagiert. Wenn der Schriftsteller nicht freiwillig seine Auszeichnung zurückgebe, werde er eben die seine abgeben. Mit einem SS-Mann könne er eine solche Würde nicht teilen.

Doch zum achtzigsten Geburtstag des Dichters, der vorvergangene Woche in der Stadt bereits ausgiebig gefeiert wurde, zeigte sich der einstige Arbeiterführer milde. Bei einer Podiumsdiskussion mit Grass sagte er: „Ich hatte zuerst reagiert wie jemand, der seinen Vater im Krieg verloren hat. Aber dann gewann der Glaube an die Versöhnung die Oberhand.“ Jan Puhl



Kabuls Kinder

Global Village: Warum ein Spielfilm über Afghanistan Angst und Schrecken verbreitet, obwohl er noch gar nicht im Kino läuft

Sie stehen da, wie zwei Stars ihrer Welt zu stehen gelernt haben, ganz ruhig und breitbeinig drehen sie ihren Oberkörper im Licht und lächeln. Ihre Hemden und die Anzüge sind schwarz, der Autor, Khaled Hosseini, trägt Fünftagebart, und der Regisseur, Marc Forster, trägt Glatze, und immer noch lächeln sie, der Applaus dauert an. Bis gerade wurde geweint im Publikum, gelacht wurde auch, die Leute hier sitzen auf Stühlen und Stufen und in den Gängen; man konnte den Film nur hier sehen, im Kinosaal der Directors Guild in Midtown Manhattan, und auch nur heute, erst mal.

Die Vorlage zum Film ist ein großer Roman über den Verrat einer Freundschaft, „Drachenläufer", 8 Millionen Mal verkauft, und nun ist ein warmer, romantischer Film entstanden, 18 Millionen Dollar teuer; der Film sollte Toleranz nach Afghanistan tragen, Menschlichkeit, das war der Plan.

Es ist ein Desaster geworden. Noch hat kein Mensch in Afghanistan den Film gesehen, aber das Land hasst ihn schon.

Der Mann, der möglicherweise eine Mitschuld an der ganzen Aufregung hat, ist heute weit weg. Meere und Gebirge liegen zwischen ihm und Manhattan, er trägt Schnauzbart und rissige Hemden, jedenfalls zeigen ihn Fotos so. Man kann den Mann von New York aus auf einem Mobiltelefon anrufen, dann sagt er: „Die Leute meines eigenen Volkes werden sich gegen mich richten. Und was werden sie meinem Sohn antun? Sie können unsere Hälse durchschneiden, sie können uns foltern. Hier kann alles passieren."

Der Mann sitzt in Kabul, Afghanistan, er heißt Ahmed Jaan Mahmidzada. Sein Sohn heißt Ahmed Khan, er ist zwölf Jahre alt und spielt den Hassan im „Drachenläufer". 1500 Dollar bekam Ahmed pro Drehwoche, 1500 Dollar sind Kleinkram in Manhattan, aber für die Familie Mahmidzada bedeuten 1500 Dollar Reichtum. Hat der Mann in Kabul dafür seinen Sohn verkauft? Oder hätte Marc Forster ahnen müssen, was passiert, war er naiv, dreist, war es Hybris? Der Regisseur sagt, der Vater habe das Drehbuch gekannt, der Vater sagt: Nein, ich kannte es nicht, jedenfalls nicht die Einzelheiten.

Die Szene, um die es geht, ist der Schlüsselmoment in Film und Buch, um diese Szene kreist alles, was folgt in dieser Geschichte von Schwäche und Sühne. Die Freunde Hassan und Amir haben das Drachenturnier gewonnen, Hassan rennt nun durch die Gassen Kabuls, als der Nachbarsjunge Assef, schon als Teenager ein Talib, mit zwei Helfern vor ihm steht. Assef verlangt von Hassan, diesem kleinen Helden vom Volk der unterdrückten Hazara, den Drachen. Aber Hassan rückt den Drachen nicht heraus, weil er ihn für Amir erlaufen hat, seinen reichen Freund von den Paschtunen.

DEFD

Filmszene aus „Drachenläufer": *Eine Hose, die rutscht*

Das Buch erzählt die Szene so:

Assef kniete sich hinter Hassan, packte dessen Hüften mit den Händen und hob so sein nacktes Hinterteil. Er ließ eine Hand auf Hassans Rücken liegen und öffnete mit der anderen seine Gürtelschnalle. Dann machte er den Reißverschluss seiner Jeans auf. Zog seine Unterhose herunter. Brachte sich hinter Hassan in Stellung. Hassan wehrte sich nicht. Gab keinen Laut von sich. Er bewegte nur einmal kurz den Kopf, und ich erhaschte einen Blick auf sein Gesicht. Sah die Resignation darin.

Der Film deutet das alles nur an. Ein Gürtel, der sich löst, eine Hose, die rutscht, ein Gesicht am Boden, und dann humpelt Hassan heim, und Blut tropft in den Sand von Kabul, mehr sieht man nicht. Der zwölfjährige Ahmed spielt Hassans Angst und Hassans Mut wie ein Profi, eigentlich spielt er nur mit den Augen. Marc Forster war nicht roh und nicht zynisch, ohne die Szene gäbe es den ganzen Film nicht, was hätte er tun können?

Das Problem ist, dass Raubkopien so oft schneller in Afghanistan sind als die Originalfilme im Kino. Schon bei „Kabul Express" hatte es Morddrohungen gegen einen der Hauptdarsteller gegeben. Das Problem ist auch, dass John Kiriakou, ehemaliger CIA-Mann, für die Produktionsfirma Paramount nach Kabul flog und inzwischen sagt, die Gefahr für die Kinder sei real. Die Paschtunen, als Vergewaltiger dargestellt, würden die Jungs hassen. Die Hazara, als Vergewaltigte dargestellt, würden die Jungs hassen. Und erst die Taliban!

Regisseur Forster, geboren in Ulm, aufgewachsen in Davos, Regisseur des „Monster's Ball" und des nächsten James Bond, sitzt nach der Vorführung auf einer kleinen Bühne, trinkt Wasser, er sagt: Alle, die er vorher gefragt habe, hätten ihm erklärt, Afghanistan sei „reif für diesen Film", sei „bereit für Heilung und Befreiung".

Neben Forster sitzt der Autor Khaled Hosseini, geboren in Afghanistan, seit 27 Jahren im Exil in Kalifornien, und Hosseini sagt: Literatur und Film „erzählen eben nicht von glücklichen Menschen, die an herrlichen Orten glückliche Dinge tun. Sie erzählen von dem, was wichtig ist. Es klingt ein bisschen, als sei nicht die Botschaft das Problem, sondern der Bote. Als ob der ‚Drachenläufer' diese Dinge erfunden hätte".

Aber dann fragt Jon Lee Anderson, ein Autor des „New Yorker": „Seid ihr denn auch bereit, die Konsequenzen zu tragen?"

Und nun schweigen beide. Dann sagt Hosseini: „Wenn die Konsequenzen darin bestehen, dass die Darsteller verletzt werden, dann sind sie nicht akzeptabel." Der Film sollte am 2. November ins Kino kommen, Paramount verschiebt den Start nun auf den 14. Dezember – die Jungs sollen das Schuljahr zu Ende machen und dann außer Landes gebracht werden.

„Drachenläufer" endet auch so. Ein Junge wird gerettet, er fliegt von Pakistan nach Kalifornien. Der Junge spricht nicht mehr, lacht nicht, er lässt es einfach geschehen.

Klaus Brinkbäumer

ZOOLOGIE

Schlafen für ein Jahr

Der Weltmeister im Winterschlaf heißt Dickschwanz-Schlafbeutler und bewohnt den Südosten Australiens. Wie Fritz Geiser von der University of New England im australischen Armidale im Fachblatt „Naturwissenschaften“ berichtet, kann das Tier bis zu 367 Tage am Stück in eine Art Starre fallen, die es ihm ermöglicht, Trockenheiten oder Phasen extremer Nahrungsknappheit zu überdauern. Geiser mästete fünf Schlafbeutler im Labor mit einer Mischung aus Getreideflocken, Honig, Vitaminen, Mineralien, Nüssen und Äpfeln. Anschließend steckte er die Tiere ohne Nahrung in eine sieben Grad kalte Klimakammer, in der sie innerhalb eines Tages einschliefen. Die Körpertemperatur der Beuteltiere sank auf etwa fünf Grad, der Energiebedarf auf lediglich 2,5 Prozent des Normalen. Nur kurze Aufwachphasen – wie bei Winterschläfern üblich – unterbrachen den Energiesparmodus. Am Ende hatten sie mehr als die Hälfte ihres Gewichts verloren.



KATHIE ATKINSON / OSF / OKAPIA

Dickschwanz-Schlafbeutler

„Dies ist das erste Mal, dass Winterschlaf von bis zu einem ganzen Jahr beobachtet wird“, berichtet Geiser. Der Schlafbeutler habe die Fähigkeit, bei gutem Nahrungsangebot „sehr schnell enorm fett zu werden“. Gleichzeitig werde der Energiebedarf minimiert, sobald die Nahrung knapp sei. Anders als klassische Winterschläfer könne das Tier dabei jederzeit in den Stand-by-Modus fallen – eine Anpassung an das unberechenbare australische Wetter.

SEXUALITÄT

Profitable Hormone

Wenn Frauen fruchtbar sind, scheinen sie subtile Signale auszusenden – und Männer reagieren darauf. Das haben US-Forscher herausgefunden, die in den Nachtclubs von Albuquerque, New Mexico, recherchierten. Über 60 Tage hinweg ließen Geoffrey Miller und Kollegen von der University of New Mexico Stripperinnen Details ihres Monatszyklus und die Höhe ihres täglichen Trinkgelds protokollieren. Während die Tänzerinnen in den Tagen um ihren Eisprung herum durchschnittlich 335 Dollar pro Fünfstundenschicht erhielten, waren es während der Menstruation nur 185 Dollar. Tänzerinnen, die die Antibabypille nahmen, verdienten weniger als Kolleginnen, die darauf verzichteten. Noch können die Forscher nur vermuten, auf welche Signale die Nachtclubgäste reagierten. „Können die Männer den Geruch der Fruchtbarkeit wahrnehmen?“, fragt Millers Kollege Randy Thornhill. „Oder ändern die Frauen ihr Verhalten?“ Frühere Experimente hatten gezeigt, dass Männer Gesicht, Duft und Kleidung von Frauen in den Tagen um deren Eisprung attraktiver einschätzen.



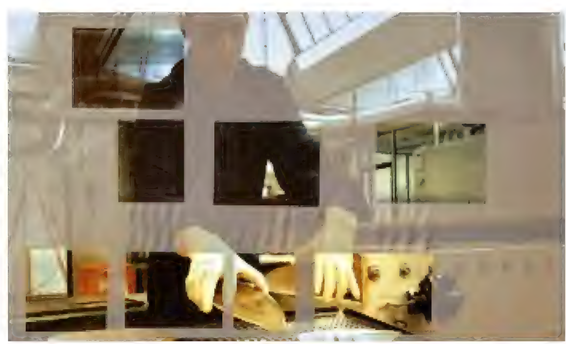
DOMINE JEROME/GAMMA/HACHETTE PHOTOS PRESSE

Stripteasetänzerin

NANOTECHNOLOGIE

Projektion bei Tageslicht

Besitzer teurer Videoprojektoren sitzen oftmals im Dunkeln: Nur hinter zugezogenen Gardinen funktioniert die Technik, anders ist das Bild auf der Leinwand kaum zu erkennen. Abhilfe könnte eine von der Zweibrückener Firma Engineered NanoProducts Germany (EPG) hergestellte Folie bringen. Die sogenannte Lichtmanagementfolie enthält optisch wirksame Nanopartikel, die mikrometerfeine Lichtröhren quer zur Folienebene bilden. Durch diese winzigen Lichtkanäle treffen die von vorn einfallenden Lichtstrahlen des Projektors auf eine dahinterliegende Spiegelfolie. Gebündelt werden sie in Richtung Betrachter zurückgeworfen. Von der Seite einfallendes Umgebungslicht dagegen verschluckt die Folie gleichsam, weil es nicht in die winzigen Röhren eindringen kann. „Das Nanomaterial ermöglicht helle und kontrastreiche Fernseh- und Kinoprojektionen auch bei Tageslicht“, verspricht EPG-Chef Helmut Schmidt. Auch für Computerhersteller ist die Folie interessant. In Displays eingebaut, kann sie bei gleicher Helligkeit bis zu 30 Prozent Energie sparen.



Wiedergabe ohne und mit Lichtmanagementfolie


Computeranimation des Biereinschenkens

ETRI / CSIRO

INFORMATIK

Virtuelles Bier

Es ist eine der größten Herausforderungen der Computeranimation: das virtuelle Einschenken einer Maß Bier. Informatikern der australischen Forschungsorganisation CSIRO und des südkoreanischen Electronics and Telecommunications Research Institute ist das Kunststück nun gelungen. Mit Hilfe einer neuen Software, die selbst Blasen, Spritzer, Schaumteppiche und Wellen automatisch und damit besonders kostengünstig berechnet, schenkten sie ein virtuelles Bier ein (Video unter http://www.csiro.au/files/files/pf10.asx). „Wird Bier in ein Glas gegossen, sieht man zunächst Blasen an der Glaswand; die Blasen werden größer, wandern nach oben, kollidieren miteinander und bilden schließlich den Schaum auf der Oberfläche“, umreißt der CSIRO-Forscher Mahesh Prakash die Geheimnisse der Bierwerdung. Nun wagen sich die Computerspezialisten an die nächste Herausforderung. Prakash: „Guinness ist noch schwieriger zu animieren.“

GESUNDHEITSSYSTEM

Zorn gegen die Medizin

Seit der Chirurg Julius Hackethal an Krebs gestorben ist, war der Thron des ersten ärztlichen Kritikers verwaist. Jetzt schwingt sich Bernd Schottdorf, Labormediziner in Augsburg, auf: Der Doktor hat „in heiligem Zorn“ aufgeschrieben, „wie Deutschlands Medizin ruiniert wird“. Sein Buch „Das Gesundheitsspiel“ (ABW Wissenschaftsverlag, Berlin; 134 Seiten; 9,95 Euro) ist eine Attacke wie zu Hackethals besten Zeiten: Nach Schottdorfs Diagnose werde die „Substanz unseres Gesundheitssystems“ einem „unumkehrbaren Abbau preisgegeben“. Die Schuldigen sind rasch ausgemacht: erstens die Gesundheitsminister seit 1961, von denen niemand jemals beruflich irgendetwas mit der Heilkunst zu schaffen gehabt habe. Dazu kommen ärztliche Standespolitiker in diversen Mauschelgremien, die ihre finanziellen Pfründen verteidigten. Um diese Koalition herum verdienten vor allem Pharmaindustrie und die Apotheker viele Milliarden an den Zwangsbeiträgen der Versicherten. Schottdorf, mittlerweile 67 und seit 40 Jahren dabei, schlägt rabiate Therapien vor, etwa die Aufhebung der Zunftstruktur der Apotheken. Medikamente gäbe es dann für einen Bruchteil der heutigen Festpreise. Ersparnis für Patienten und Kassen laut Schottdorf: gut 20 Milliarden Euro pro Jahr.




Leipziger Bodensanierungsanlage

ANDRE KÜNZELMANN / UFZ

UMWELTTECHNIK

Altlast in der Mikrowelle

Tankstellen, Fabriken für Lacke und Farben oder chemische Reinigungen hinterlassen nicht selten giftige Altlasten im Boden, die nur durch aufwendigen Bodenaustausch wieder zu entfernen sind. Ein Team um Ulf Roland und Frank-Dieter Kopinke vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Leipzig hat nun eine Methode entwickelt, bei der das verdreckte Erdreich erwärmt und so effektiv gesäubert wird. Die Forscher versenken dazu ein Stahlrohr ins verseuchte Erdreich, das Radiowellen mit hoher Intensität in alle Richtungen abstrahlt. Dabei wird die Erde wie in einem Mikrowellenofen auf über hundert Grad Celsius erwärmt. So entsteht im Boden Wasserdampf, der die Schadstoffe gleichsam austreibt und nach oben trägt. Dort werden die giftigen Chemikalien einfach abgesaugt. „Wir können die Energie sehr gezielt einsetzen und auch Verunreinigungen entfernen, die tief im Boden oder unter Gebäuden liegen“, sagt Kopinke. Inzwischen sind die Forscher eine Partnerschaft mit der englischen Firma Ecologia Environmental Solutions eingegangen. Mit der RF-Heating genannten Methode sollen nun zunächst ein Industriestandort bei London und eine Tankstelle in der Grafschaft Kent von Chemikalien wie Naphthalin, Ethylbenzol und Benzinrückständen gereinigt werden.



Nachwuchswissenschaftler in deutschen Forschungslabors

Untersuchung von Nanostrukturen mit einem Rastertunnelmikroskop am Forschungszentrum Jülich

Kultivierung von Mikroalgen im Institut für Getreideverarbeitung bei Potsdam

Züchtung von Zebrabärblingen am Dresdner Max-Planck-Institut für Molekulare Zellbiologie und Genetik

Entwicklung photonischer Systeme am Forschungszentrum Karlsruhe



V.L.N.R.: STEPHAN ELLERINGMANN / LAIF; RAINER WEISFLOG; SVEN PAUSTIAN / AGENTUR FOCUS; JÜRGEN LÖSEL / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Aufbruch im Labor

Erstmals seit 34 Jahren gewannen deutsche Forscher den Nobelpreis in gleich zwei Disziplinen. Die Ehrungen geben der gebeutelten Wissenschaft hierzulande Auftrieb, die derzeit den grundlegendsten Wandel ihrer Nachkriegsgeschichte erlebt.

Das große Forschungszentrum Jülich hatte schon etliche Sonderlinge gesehen. Auch ein Mann, der in die Eigenheiten sehr dünner Metallschichten vernarrt ist, durfte hoffen, hier freundlich geduldet zu werden.

Die wenigsten der tausend Kollegen hätten seinerzeit sagen können, was dieser Physiker namens Grünberg da eigentlich trieb in seiner Studierstube. Wer mochte sich damals schon abgeben mit so langweiliger Materie wie dem magnetischen Verhalten von Eisen- und Chromschichten?

Die Physik erlebte gerade tolle Zeiten. Eine neue Wundertechnik, eben erst entdeckt und postwendend mit dem Nobelpreis geadelt, verhieß billigen Strom und rasend schnelle Eisenbahnen: Die „Hochtemperatur-Supraleitung" war das Großforschungsthema der Stunde. Von einem „Woodstock der Physik" war die Rede.

Auch Geld floss in Strömen. Hunderte Millionen wurden vergeben. Die wichtigen Leute in Jülich warfen sich mit Eifer auf das aufregende neue Forschungsgebiet. Das war Ende der achtziger Jahre.

Peter Grünberg blieb bei seinen Metallschichten. Immerhin, für den Mann war im Budget stets etwas Spielgeld übrig – gerade genug für ein paar Apparate und ein kleines Team aus preisgünstigen Doktoranden. Im Übrigen ließ man ihn machen. Die Grundlagenforschung, das galt als ausgemacht, muss auch Platz für Käuze haben.

Und plötzlich machte Grünberg die Entdeckung seines Lebens. Die Metallschichten zeigten ungeahnte magnetische Talente: „Mir war gleich klar, dass ich etwas Wichtiges gefunden hatte."

Der Forscher hat recht behalten: Vergangene Woche, fast 20 Jahre nach dem großen Moment, bekam Grünberg für seinen Fund den Nobelpreis für Physik zugesprochen, zusammen mit dem französischen Kollegen Albert Fert.

In der Zwischenzeit wurde nämlich offenkundig, wer seinerzeit in Jülich tatsächlich der Zukunft zugearbeitet hat: Grünbergs Entdeckung hat so ziemlich die gesamte Welt der Computer umgewälzt. Sie erlaubte es, Datenträger drastisch zu schrumpfen. Die Rechentechnik, bis dahin von abschreckender Klobigkeit, wurde plötzlich klein, leicht und mobil. Riesige Datenmengen passten auf einmal in die Hosentasche.

Tragbare Musikspieler zum Beispiel – ohne Grünberg kaum vorstellbar. Der famose iPod wäre groß wie ein Ziegelstein. Und wenn heute ein leichter Klapprechner neben der Fotosammlung noch hundert Filmstunden fasst, dann ist auch das dem stillen Tüftler aus Jülich zu verdanken. In so gut wie jedem Computer, groß oder klein, steckt ein bisschen Grünberg.



MARKUS SCHREIBER / AP



OLIVER BERG / DPA

Nobelpreisträger Ertl, Grünberg
„Schon wieder!"

Die Industrie hat mit der Neuerung Milliarden umgesetzt (siehe Seite 164).

Die Geschichte von Grünbergs Entdeckung zeigt, wie schwer es ist, den Erfolg in der Wissenschaft zu planen. Die ehedem umjubelte Supraleitung ist heute kaum mehr ein Thema. Die großen Förderprogramme sind ausgelaufen, die Träume ausgeträumt. Den Triumph hingegen trägt nun der erzsolide Grundlagenforscher davon, der sich von den Moden seines Fachs nicht beirren ließ. Ist dies die Frucht geschickter Forschungspolitik?

Vergangene Woche zumindest wollten es viele so sehen. Die Berliner „B.Z." feierte den „Mann, auf den wir Deutsche heute stolz sind". Die Kanzlerin freute sich, dass „wieder einmal ein deutscher Wissenschaftler" diese „großartige Auszeichnung" errungen habe.

Wie sehr musste sie sich bestätigt fühlen, als gleich darauf der nächste Knüller folgte: Auch der Chemie-Nobelpreis geht an einen Deutschen, an Gerhard Ertl, den ehemaligen Leiter des Fritz-Haber-

Instituts in Berlin, und sogar an ihn ganz allein.

„Deutschland Nobelpreisland“, titelte nun auch die „Frankfurter Allgemeine“. „Schon wieder!“, frotzelte die „taz“, und Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) sprach von einer „sensationellen Nachricht“.

Es war eine denkwürdige Szene: Gerhard Ertl, ein gemütlich wirkender, weißhaariger Herr im bescheidenen braunen Sakko, steht strahlend auf der Terrasse vor der Villa des Institutsgründers Fritz Haber, umringt von Fotografen und Kameraleuten. Geduldig und mit leiser Stimme, ohne falsche Bescheidenheit, ohne auftrumpfenden Stolz sagt es auch er: „Die deutsche Forschung wird manchmal schlechtgeredet, aber sie braucht sich nicht zu verstecken.“

Ein Doppelsieg in gleich zwei Disziplinen, das hatte kaum einer für möglich gehalten. Beim Frühstück hatte Ertl noch zu seiner Frau gesagt: „Gestern war es ein Deutscher, da wird es heute nicht wieder ein Deutscher.“ Dann verließ Ertl an diesem seinem 71. Geburtstag wie immer pünktlich das Haus, um sich in sein Büro ein paar Straßen entfernt zu begeben. Erst als er dort auf dem Display seines Telefons die Vorwahl 0046 sah, wusste er Bescheid: Schweden.

„Wir haben versucht, aus einer Art schwarzer Kunst eine Wissenschaft zu machen.“

Nun, meint er, werde er sich nach einem Ersatzmann für den 13. Dezember umsehen müssen. Eigentlich wollte er da am Cembalo sitzen und mit einem Chor Händels „Messias“ aufführen. Aber jetzt ist er ja verabredet mit Schwedens König Carl Gustaf in Stockholm.

Ertl, lässt das Nobelkomitee wissen, stehe für traditionelle deutsche Forschertugenden. In der Tat wirkt er an jenem Institut, mit dessen Gründung Fritz Haber 1911 die Blütezeit der deutschen Chemie eingeläutet hatte. Insgesamt sieben Nobelpreise heimsten die Mitarbeiter im Laufe der Jahre ein. Weltweit gilt „Das Fritz“, wie es unter den Forschern genannt wird, als Mekka der Oberflächenchemie.

Und auch chemisch trat Ertl die Erbschaft des Institutsgründers an: Vor rund hundert Jahren entwickelte Haber die großtechnische Synthese von Ammoniak, die entscheidende Voraussetzung für die Produktion von Kunstdünger. Doch erst Ertl konnte diesen chemischen Prozess im Detail erklären: „Wir haben versucht, aus einer Art schwarzer Kunst eine Wissenschaft zu machen“ (siehe Interview Seite 160).

Auch von anderen höchst bedeutsamen Vorgängen gelangen Ertl einzigartige Mikroskopaufnahmen. So machte er sichtbar, wie Kohlenmonoxidmoleküle in Abgasen wie konzentrische Wellen über die Platinoberfläche eines Katalysators oszillieren – „fast wie der Pulsschlag eines Menschen“.

Unterm Strich zeigen die Nobelpreise: Die Umwälzung der Computerwelt und die Beherrschung der Katalyse erhielten entscheidende Impulse aus deutschen Labors. Der Forschungsstandort, so scheint es, ist längst nicht so schlecht wie sein Ruf. „Die deutsche Wissenschaft steht besser da, als sie in den letzten Jahren wahrgenommen wurde“, sagt etwa Peter Strohschneider, der dem Wissenschaftsrat vorsitzt. „In der Forschung wird hierzulande mit relativ knappen Mitteln enorm viel geleistet“, bestätigt Wilhelm Krull, Generalsekretär der Volkswagen-Stiftung.

Vor allem die großen Forschungszentren der Max-Planck- und der Fraunhofer-Gesellschaft sowie der Helmholtz- und der Leibniz-Gemeinschaft müssen sich im internationalen Vergleich nicht verstecken. Gleichgültig ob Astronomie, Hirnforschung, Mikrobiologie oder Festkörperphysik – überall mischen Max-Planck-Forscher an der Weltspitze mit.

Auch im weltweiten Wettbewerb um die besten Köpfe können die 79 deutschen Max-Planck-Institute und Forschungseinrichtungen mithalten, meist weit besser als die Universitäten. Die Forschungsstätten der Wissenschaftsorganisation, die vor mehr als 50 Jahren aus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hervorgegangen ist, bieten Bedingungen, die selbst Koryphäen aus Stanford oder Harvard verlockend erscheinen.

Max-Planck-Direktoren, von denen viele selbst aus dem Ausland kommen, stehen meist internationalen Wissenschaftlerteams vor. Im Vergleich zu deutschen Unis sind die Budgets fürstlich, weder Hochschulbürokratie noch Lehrverpflichtungen stören den Alltag.

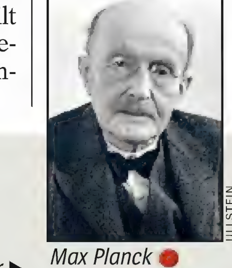
So ist es kein Zufall, dass auch das Berliner Fritz-Haber-Institut, an dem das Verständnis der Katalyse gelang, zu der illustren Gesellschaft gehört. Mit seiner Trophäe reiht sich Ertl ein in eine lange Liste von Nobelpreisträgern der Max-Planck-Gesellschaft.

Von Garching bei München aus führte Max-Planck-Physiker Theodor Hänsch die Welt ins Zeitalter der Hightech-Laser. Am Max-Planck-Institut für Entwicklungsbiologie knackte Christiane Nüsslein-Volhard das Rätsel, wie aus einer befruchteten Eizelle ein Organismus hervorgehen kann. In Mainz kam Max-Planck-Chemiker Paul Crutzen dem Geheimnis des Ozonlochs auf die Spur. Alle drei wurden für ihre Leistungen mit dem Nobelpreis geehrt.

Doch trotz allen Jubels ist es gefährlich, sich vom Glanz der Stockholmer Preise zu sehr blenden zu lassen. Zwar belegen sie, dass Spitzenforschung in Deutschland möglich ist. Doch können sie leicht darüber hinwegtäuschen, dass vor allem die deutschen Universitäten, die eigentlich die Brutstätten von Innovation und Entdeckergeist sein sollten, seit Jahren schwächeln.

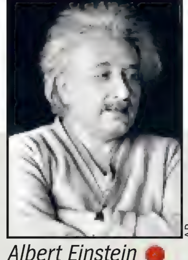
„Spitzenforschung an den Universitäten wird viel zu wenig gefördert“, erklärt Funktionär Strohschneider. „Die Forschung an den Unis muss mit den außeruniversitären Einrichtungen auf Augenhöhe gebracht werden“, ergänzt Matthias Kleiner, Chef der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).

Ausgerechnet in dem Land, in dem einst Wilhelm von Humboldt die Forschungsuniversität erfand, sind die Universitäten zu den Sorgenkindern der Forschungslandschaft geworden. Während sich in Rankings, die unter anderem wissenschaftliche



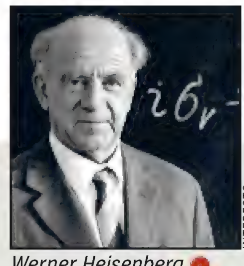
ULLSTEIN

Max Planck (1918)



AP

Albert Einstein (1921)



INTERFOTO

Werner Heisenberg (1932)



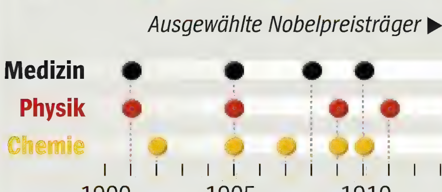
MAX EHLERT / DER SPIEGEL

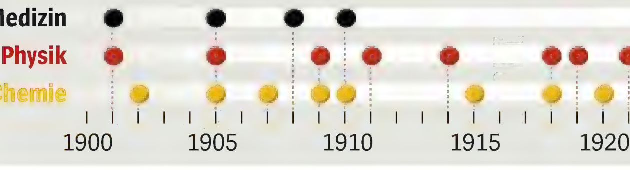
Otto Hahn (1944)

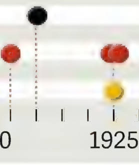
Deutsche Nobelpreisträger

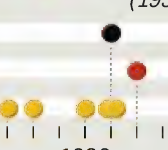
in ● Medizin, ● Physik und ● Chemie

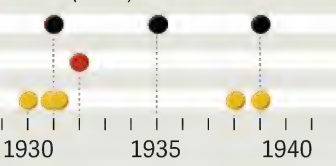
Ausgewählte Nobelpreisträger ▶











Kanzlerin Merkel, Top-Wissenschaftler*: *Wahres Talent ist eine knappe Ressource*

HANS-CHRISTIAN PLAMBECK

Leistungen messen, die Universitäten in Oxford, Cambridge oder Zürich in der Spitzengruppe behaupten, während in den Listen auch asiatische Einrichtungen, etwa in Tokio oder Kyoto, vor Deutschland rangieren, taucht der erste deutsche Name selten vor dem 50. Platz auf.

Wenige andere Länder leisten sich ein ähnliches Zweiklassensystem, in dem zwei Wissenschaftswelten weitgehend nebeneinanderher existieren. Das ist auch ein Föderalismusproblem: Die außeruniversitären Forschungsstätten werden vom Bund finanziert, die Unis sind Ländersache – und damit dem Spardiktat der jeweiligen Finanzminister und den bürokratischen Gängelungen der Landeshochschulgesetze unterworfen.

Ein deutscher Uni-Professor verbringt mitunter mehr Zeit damit, Anträge für neue Geräte zu schreiben, als damit, im Labor an ihnen zu forschen. Noch immer wandern viele hoffnungsvolle Nachwuchswissenschaftler in die außeruniversitäre Forschung ab – oder sie gehen gleich ins Ausland.

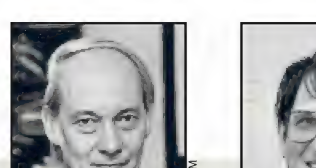
Dabei sind sich die Forschungspolitiker weitgehend einig: Die Universitäten bilden die Nachwuchswissenschaftler aus und begeistern diese für die eigenständige Forschung; deshalb sind sie es, die letztlich die Innovationskraft eines Landes hervorbringen müssen.

Ihre Vernachlässigung rächte sich in sinkenden Absolventenzahlen, vor allem in Zukunftsbranchen wie den Ingenieurwissenschaften, aber auch in den Nobelpreisfächern Physik und Chemie.

Und noch etwas bereitet Sorgen: In der postindustriellen Wissensgesellschaft werden vor allem diejenigen Nationen ihren Wohlstand sichern können, die es verstehen, gute Ideen auch zu guten Produkten werden zu lassen. Dafür braucht es mehr als Forschergenie.

Es reicht nicht, wie Grünberg den Grundstein für Festplatten mit hoher Speicherkapazität zu legen; man muss sie dann auch bauen. Notwendig dazu sind Freiheit, Phantasie und Unternehmertum, Risikokapital und Wagemut, offene Labortüren

* Beim Symposium „Global Sustainability“ am 9. Oktober in Potsdam.



ISOLDE OHLBAUM

Manfred Eigen (1967)



BURGHARD HUDIG

Klaus von Klitzing (1985)



ULLSTEIN

Christiane Nüsslein-Volhard (1995)



DPA

Wolfgang Ketterle (2001)





DPA

Theodor Hänsch (2005)

und Neugierde daran, was hinter ihnen geschieht. An vielem davon hapert es in Deutschland.

Es sind gewichtige Probleme, die das deutsche Forschungssystem plagen. Und doch geht neuerdings wieder Optimismus um in den Instituten. Die Beteiligten haben die Mängel erkannt, voller Elan haben sie sich an einen Umbau des deutschen Wissenschaftsbetriebs gemacht, der sich als einer der größten seiner Geschichte erweisen dürfte. Lange waren Begriffe wie Wettbewerb, Exzellenz und Elite verpönt; nun sind sie plötzlich zu den Schlagworten einer neuen deutschen Wissensgesellschaft geworden.

Im Konkurrenzkampf um neue Fördergelder geht es auf den Fluren deutscher Labors im Augenblick ungewöhnlich geschäftig zu. In gemeinsamen Anträgen auf Fördergelder verschwimmen erstmals im großen Stil die Grenzen zwischen der außeruniversitären Forschung und der an den Hochschulen. Für viele Projekte haben sich Unis mit Max-Planck-Instituten oder Helmholtz-Forschungszentren zusammengetan.

Alles ordnet sich neu, Dämme brechen, Menschen kooperieren, die vorher selten miteinander sprachen; und mit etwas Glück werden in diesem Umbruch sogar für Deutschland ungewohnte Einstellungen entstehen, die zum Beispiel Chancen höher bewerten als Bedenken.

Die Umwälzung in der deutschen Forschungslandschaft geschieht zu einem Zeitpunkt, zu dem sich die Gewichte auch global radikal verschieben. Vorbei sind die Zeiten, da fast nur Forscher aus den USA die Spalten der großen Fachzeitschriften beherrschten und in fast allen Fächern die Akzente setzten.

Im neuen Zeitalter wird es nicht mehr eine wissenschaftliche Supermacht geben, sondern mehrere.

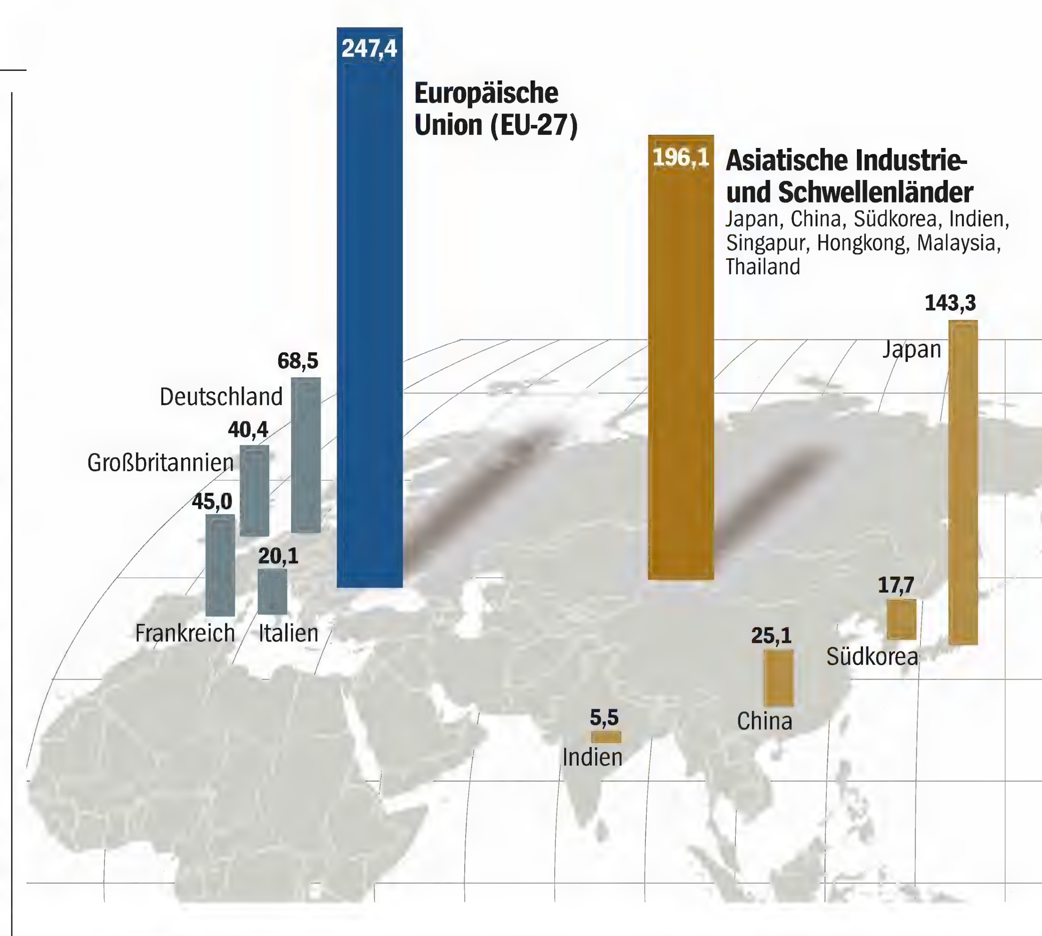
Nicht nur in Europa und Japan ist ihnen Konkurrenz erwachsen. Auch ganz neue Akteure drängen aufs Spielfeld. Das boomende China investiert Milliarden in seine Bildung und Forschung; Indien, Singapur, Malaysia und Südkorea stehen kaum nach. Funkelnde Labors entstehen allerorts in Asien, und die Fördertöpfe, von denen sie leben, sind mitunter sogar besser gefüllt als die der Konkurrenten in Europa und Amerika.

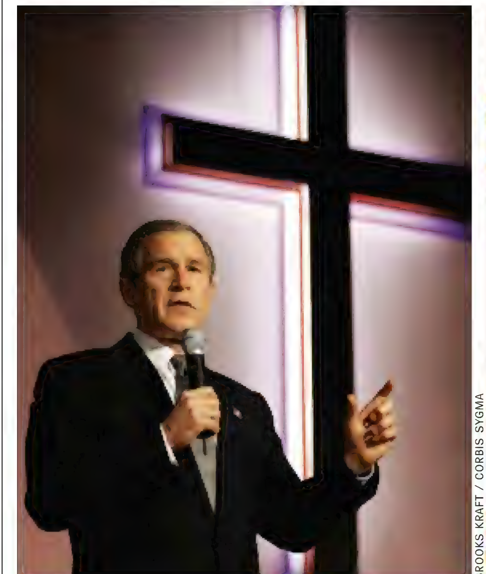
Fast alle Riesenkonzerne unterhalten inzwischen Forschungs- und Entwicklungsstätten in China, Indien oder Südostasien – und was sie lockt, sind nicht nur niedrige Löhne, sondern vor allem auch die Talente, auf die sie glauben nicht verzichten zu können.

Im neuen Zeitalter, das sich da ankündigt, wird es nicht länger nur eine wissenschaftliche Supermacht geben, sondern mehrere. Lange wird es nicht mehr dauern, bis Nordamerika, Westeuropa und asiatische Länder gleich viel in die Wissenschaft investieren. Die Schlüsselfrage aber lautet: Wer wird am meisten aus seinen Investments herausholen? Welcher Geistesacker wird der fruchtbarste sein?

Noch gilt Amerika als Brutstätte der Kreativität. Nirgends werden so viele neue Ideen geboren – doch nirgends auch gehen sie im raschen Wettbewerb so schnell wieder unter. Die Europäer hingegen punkten, wenn es um Systematik und Gründlichkeit geht. Sie mühen sich, an die Traditionen anzuknüpfen, die sie einst groß gemacht haben. Die Asiaten wiederum gehen hemmungslos utilitaristisch, oft auch dirigistisch vor. Sie wollen Patente sehen, Produkte und Rendite; da es ist kein Wunder, dass Singapur seine staatliche Forschungsbehörde „A*Star“ dem Wirtschaftsministerium unterstellt hat.

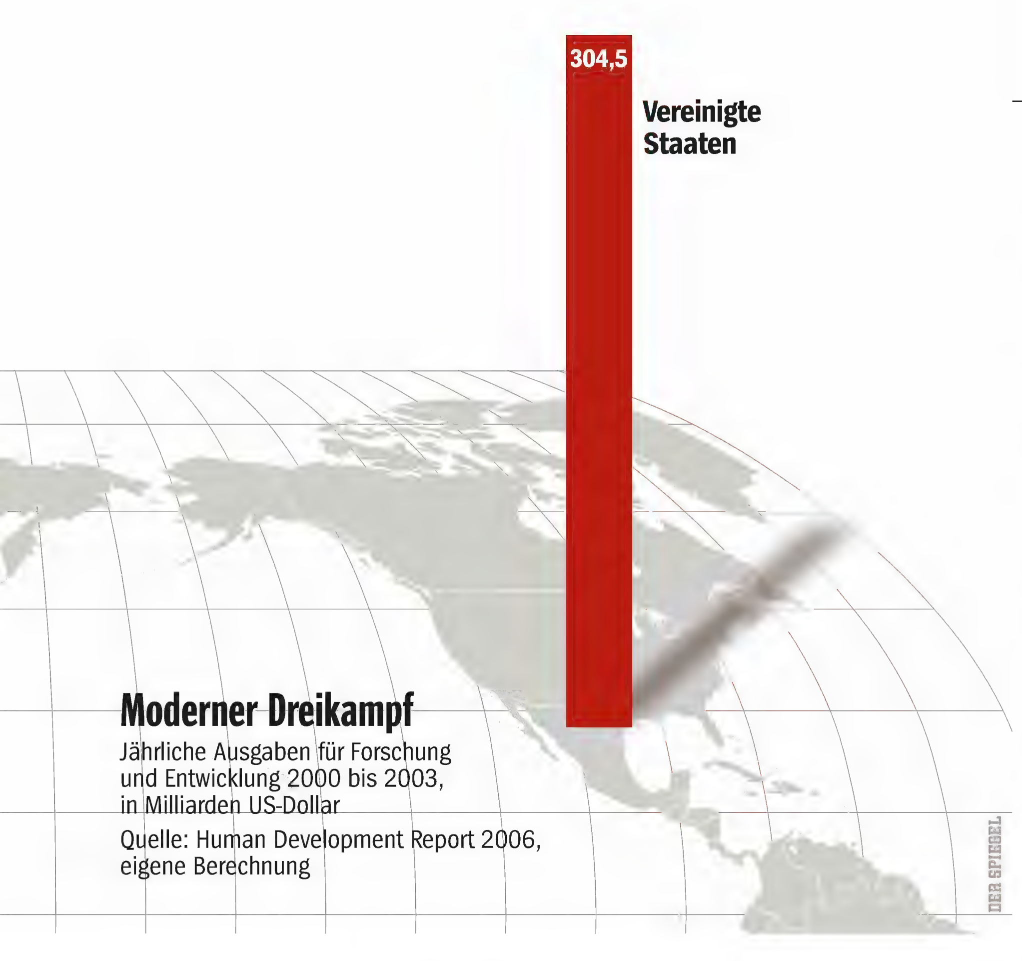
Doch für alle Forschungsmächte gilt gleichermaßen: Wahres Talent ist eine knappe Ressource, wertvoller als Öl, gesuchter als Gold. Erfolg ist langfristig dem beschieden, der diese seltenen Talente an sich zu binden, sie zur Entfaltung und zur Blüte zu bringen vermag.




BROOKS KRAFT / CORBIS SYGMA



US-Präsident Bush, „Biopolis“ in Singapur: *Absteigende Supermacht, erwachender Riese*



Wie entscheidend der Kampf um kluge Köpfe ist, das zeigt der Fall USA. Nur weil die amerikanischen Eliteschmieden ihre Denkstuben immer wieder aus Übersee auffrischten, konnten die Regionen um Boston und San Francisco zu den führenden Wissenschaftsregionen der Welt aufsteigen. Und dessen sind sich die US-Unis durchaus bewusst: Um begabte Studenten zu finden, lassen sie ihre Anwerber ganz gezielt in China, Japan, Indien und Taiwan, aber auch in Osteuropa fahnden.

Dem Heer der Wissenschaftsmigranten verdankt Amerika auch seine wirtschaftliche Stärke. Sie bevölkern die Seminarräume von Harvard, Yale und Berkeley ebenso wie die Think-Tanks wissensbasierter Giganten wie Microsoft, Google, Genentech, Boeing oder IBM. Ohne den Zustrom ausländischer Gehirne ginge bei diesen Firmen das Licht aus, denn viel zu wenige Amerikaner lassen sich heute auf ein ingenieur- oder naturwissenschaftliches Studium ein.

Dass genau dies sogar die scheinbar so übermächtige US-Forschung verwundbar macht, zeigt sich seit dem 11. September 2001. Denn nicht nur dass die öffentlichen Forschungsbudgets, die Ausgaben für Rüstung und Heimatschutz einmal herausgerechnet, sinken, weil Präsident George W. Bush das Geld für seine Kriege in Irak und Afghanistan braucht; weitaus empfindlicher noch trifft die US-Wissenschaft, dass seither vielerorts der geistige Nachschub fehlt.

„Unsere wissenschaftlichen und technischen Kapazitäten welken, während andere Nationen darin an Stärke gewinnen", heißt es in einer Stellungnahme der „National Academy of Sciences". Und die Harvard-Physikerin Lisa Randall urteilt: „Seit etwa fünf Jahren leidet unser Status als führende Wissenschaftsnation – er ist nicht mehr unangefochten."

Selbst die besten Adressen wie Princeton oder Stanford bleiben von der neuen Entwicklung nicht verschont: Für Ausländer ist es beschwerlich geworden, ein Visum für die USA zu bekommen. Die meisten US-Universitäten berichten von dramatischen Einbrüchen bei der Zahl ihrer internationalen Bewerber um Studienplätze oder Professuren. Die weichen unterdessen aus – vor allem nach Kanada und Großbritannien, nicht selten aber auch nach Deutschland.

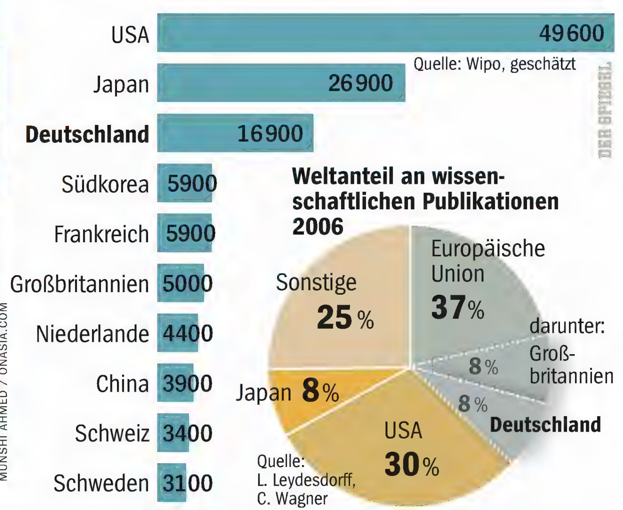
Hinzu kommt, dass sich klassische Einwanderer neuerdings heimatverbunden zeigen. Hunderttausende haben sich in den vergangenen Jahren nach Ausbildungen im Ausland wieder in China, Taiwan, Singapur oder Indien niedergelassen. Die Chinesen nennen sie „hai gui", an den Strand heimkehrende Meeresschildkröten. Ihnen bieten sich in Wissenschaft und Unternehmen derart gute Chancen, dass sie dafür das ehemals so erstrebenswerte Leben in den USA oder in Europa gern aufgeben.

Edison Liu ist so eine Schildkröte. Früher war er Direktor am nationalen Krebsforschungsinstitut der USA, jetzt leitet er das „Genome Institute" von Singapur, eines der besten Labors des autoritär gelenkten und ehrgeizigen Stadtstaats. Das Schildkrötenzählen ist hier mittlerweile eine mühevolle Aufgabe geworden. Das Genome Institute ist Teil der 2003 eröffneten „Biopolis", eines Prestigeprojekts der Regierung; auch hier finden sich Rückwanderer zuhauf, aber auch viele Einwanderer aus Europa. Was das Forscherherz begehrt – hier finden sie es.

Private und staatliche Labors und Denkfabriken liegen fußläufig beieinander in einer Anlage. Die Zahl der Forscher, die hier arbeiten, darunter Bioinformatiker, Bioingenieure, Molekularbiologen und Genforscher, soll bis 2008 auf 4000 ansteigen. In Sichtweite entsteht „Fusionopolis", ein futuristisches Doppelhochhaus für Computerwissenschaftler und Spezialisten für Fertigungstechnologie; 3500 von ihnen sollen dort 2009 ihre Labors und Büros beziehen.

Erklärtes Ziel der Biopolis-Strategen ist es, für eine Handvoll ausgewählter Schlüsselfächer die weltbesten Wissenschaftler nach Singapur zu holen. Sie locken mit bestausgestatteten Labors und hohen Gehältern (selbst Postdocs verdienen in man-

MUNSHI AHMED / ONASIA.COM



chen Labors umgerechnet 60 000 Euro im Jahr). Außerdem müssen die Wissenschaftler nicht so strenge ethische und gesetzliche Regeln befolgen wie in der EU.

Selbstbewusst zeigen sich auch die Forscher in China. Im Konferenzraum des „Beijing Proteome Research Center“ liegen bunte Infomappen aus. Auf der Großbildleinwand läuft ein Film, es ist ein Meisterstück moderner PR-Kunst: In diesen Hallen, das ist die Botschaft, herrscht Zuversicht. Hier regiert eine menschenfreundliche Forschung, hier entsteht Gutes. Es gibt grünen Tee, Angestellte schenken fortwährend nach; dann ergreift der Chef das Wort. Er präsentiert sich als wortgewandter Optimist, der stolz ist auf seine Fachartikel in den internationalen Wissenschaftszeitschriften.


ANTONIO BELLO U. WOLFGANG KNAPP / THEMA

Chemiestudenten (in Karlsruhe): *Eine ganze Legion neuer Betreuer*

Sein Institut, ein moderner, großzügiger Bau in der Pekinger Innenstadt, gehört zur HUPO, der „Human Proteome Organisation“, einem Zusammenschluss internationaler Zentren zur Proteomforschung. Im Oktober 2005 eröffnet, steht der chinesische Ableger als ein Beispiel für die neue Weltoffenheit der chinesischen Gesellschaft. Das Institut ist eines von weltweit 80 Labors, in denen Wissenschaftler bis 2010 die Proteine der menschlichen Leber erfassen wollen. 30 Millionen Dollar war das der chinesischen Regierung bisher wert.

Der Elite-Wettkampf macht Schluss mit der Lebenslüge, dass alle Universitäten gleich seien.

Eine Supermacht im Westen und ein erwachender Riese im Osten – es wird nicht leicht für Deutschland (und Europa), sich in der Forschungswelt der Zukunft zu behaupten. Die Max-Planck-Institute allein, so herausragend ihre Ergebnisse auch sein mögen, werden dafür nicht reichen. Deshalb knüpft sich enorme Hoffnung an eine Entscheidung, die an diesem Freitag fallen soll. Dann nämlich geht der mit insgesamt 1,9 Milliarden Euro ausgestattete Exzellenz-Wettbewerb der Bundesregierung zu Ende. Feierlich verkündet wird, welche Universitäten künftig als neue Leuchttürme der deutschen Hochschullandschaft besonders gefördert werden sollen.

Zwar erscheint der Betrag selbst lächerlich gering. Allein das weltberühmte Massachusetts Institute of Technology (MIT) bei Boston kann alljährlich 2,2 Milliarden Dollar ausgeben. Was sind da 1,9 Milliarden Euro, verteilt auf bis zu zehn Unis und zahllose Teilprojekte, und das über fünf Jahre?

Doch wichtiger noch als die Fördergelder ist die Aufbruchstimmung, die die Unis erfasst hat, seit die Deutschen von Harvards an der Spree und Stanfords an der Isar träumen.

Seit zwei Jahren bewerben sich die Akademikerschmieden um sogenannte Exzellenz-Cluster, Verbünde von interdisziplinär arbeitenden Forschern. Sie schreiben Anträge auf Graduiertenschulen für den wissenschaftlichen Nachwuchs und entwerfen „Zukunftskonzepte“, in denen sie darlegen, wie sie zur international anerkannten Elite-Universität mutieren könnten. Dieser Ausleseprozess zwang die Forschungsstätten, erstmals darüber nachzudenken, wo ihre Stärken liegen und wie sie sich am überzeugendsten darstellen lassen.

Denn neu bei den Exzellenz-Anträgen war, dass die ganze Hochschule gefordert ist. „Die Unis müssen sich als Institution um den Status einer Exzellenz-Uni bewerben“, erklärt Peter Strohschneider vom Wissenschaftsrat, dessen Gremium zusammen mit der DFG über den Ablauf des Wettbewerbs wacht.

Wissenschaftler aus aller Welt begutachten die Bewerbungen, nur vereinzelt dürfen auch Deutsche mitentscheiden – ein „weltweit einzigartiges Verfahren“, lobt der Generalsekretär des Deutschen Akademischen Austausch Dienstes (DAAD), Christian Bode, das strenge Reglement. „Die Unis haben sich erstmals als Gesamtunternehmen verstanden – dieser neue Geist wird sicher auch über den Wettbewerb hinaus Bestand haben“, glaubt Bode.

Das Schaulaufen der Unis macht zugleich Schluss mit der großen Lebenslüge bundesdeutscher Bildungspolitik: „Durch den Wettbewerb ist zum ersten Mal ausgesprochen worden, dass eben nicht alle Universitäten gleich sind“, sagt Horst Hippler, Rektor der Universität Karlsruhe.

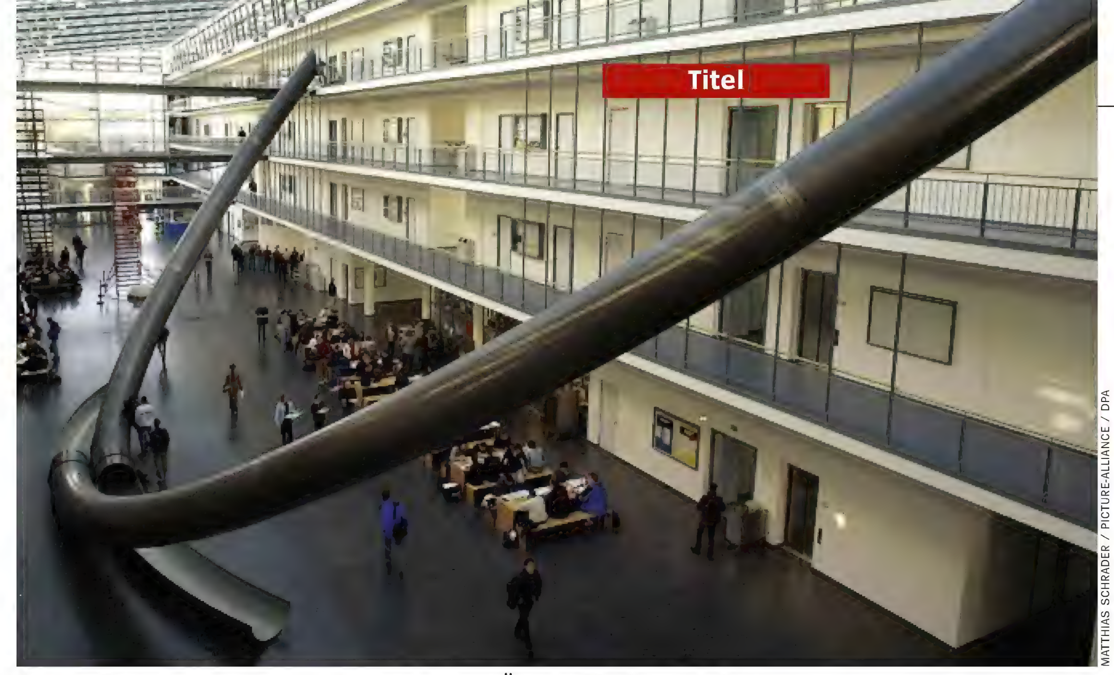
Schon jetzt zeichnet sich ab, dass der Elite-Wettkampf die Hochschulen verändern wird wie keine politisch verordnete Reform zuvor. Zwar lieferten Uni-Rankings und Drittmittelquoten schon lange Hinweise darauf, wie weit einige Unis ihre Konkurrenten hinter sich gelassen haben. Doch offiziell mochte sich niemand dazu bekennen, dass es unter Deutschlands Unis gute und schlechte gibt.

Das erledigt jetzt der Wettbewerb. „Die neue Konkurrenz zwischen den Hochschulen macht Differenzen sichtbar und verschärft sie“, sagt Strohschneider. Und das sei durchaus gewollt.

So scharf solche Parolen auch klingen mögen: Widerspruch kommt selten auf, wenn Strohschneider und Co. die neue Elite feiern. Meistens ist es nur einer, der gegen die Möchtegern-Oxfords aufbegehrt: Michael Hartmann, Soziologe an der TU Darmstadt. „Dieser Wettbewerb macht die deutschen Unis nicht besser, sondern schlechter“, nörgelt der Forscher.

In unzähligen Interviews, Aufsätzen und Kommentaren läuft Hartmann Sturm gegen den „Größenwahn aus Wissenschaft und Politik“, der in der Exzellenzinitiative versammelt sei. „Deutschland gewinnt dabei überhaupt nichts und zerstört nur die Forschung an den kleineren Unis“, glaubt der Sozialwissenschaftler. Die Jurys belohnten schiere Größe: „Der kreative Einzelkämpfer aus Osnabrück dagegen fällt hintenüber.“

Zumindest eines ist sicher: Die Kluft zwischen reichen und armen Unis wird tiefer. Denn schon jetzt zeigt sich, dass der Elite-Status den Hochschulen auch finanziell weit mehr einbringt als nur die direkt gewonnenen Fördergelder. Der TU München etwa, die bereits in der ersten Runde des Exzellenzwettbewerbs zum Sieger gekürt wurde, spendierte der Autobauer BMW jüngst zehn Millionen Euro für den Neubau eines „Institute for Advanced Study“. Und viele ausländische Hochschulen


MATTHIAS SCHRADER / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Informatikgebäude an der TU München: *„Neue Ära des Wettbewerbs“*

wollen schon jetzt am liebsten nur noch mit den neuen Leuchttürmen kooperieren: „Spitzen-Unis in China zum Beispiel sehen die deutschen Elite-Unis als ihre natürlichen Partner“, hat DAAD-Mann Bode auf seinen Reisen erfahren.

Auch für die Studenten ändert sich vieles: „Ähnlich wie in den USA kommt es nicht mehr nur darauf an, für welches Fach man sich entscheidet“, sagt Bernd Huber, Rektor der Ludwig-Maximilians-Universität München. „Noch wichtiger wird sein, wo man es studiert.“ Sein Kollege Wolfgang Herrmann von der TU München sieht das genauso: „Die Exzellenzinitiative hat eine völlig neue Ära des Wettbewerbs an den Hochschulen eingeläutet.“

Die Uni-Chefs Hippler, Herrmann und Huber haben gut reden: Ihre drei Hochschulen haben es bereits im ersten Anlauf in den erlauchten Kreis der Superunis geschafft. Deshalb lässt sich in Karlsruhe und München schon heute besichtigen, wie sich deutsche Forschungsstätten zur internationalen Spitze aufmachen – acht weitere Unis machen sich noch Hoffnung, dass ihnen Ende dieser Woche Elite-Millionen zugesprochen werden (siehe Grafik).

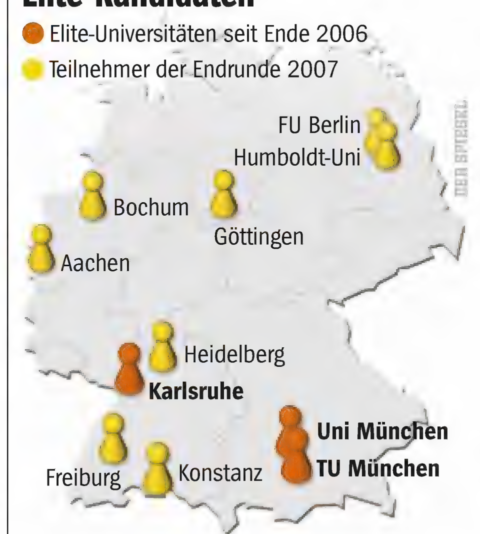
In Karlsruhe etwa steht seit kurzem die präziseste Waage der Welt: In einer eigens dafür gebauten Halle auf dem Gelände des Forschungszentrums ruht auf vier Betonpfeilern das silberne Hauptspektrometer von „Katrin“, dem Karlsruher Tritium Neutrino Experiment. Im Hochvakuum des 24 Meter langen Edelstahlgiganten, der eher aussieht wie ein Zeppelin, will ein internationales Forscherteam künftig eine der Schlüsselfragen der modernen Physik klären: Was wiegt ein Neutrino?

Seit Jahrzehnten sind Kosmologen, Teilchen- und Astrophysiker dem Elementarteilchen auf der Spur, doch erst durch Katrin soll es nun seine genaue Masse offenbaren und beispielsweise Informationen über die Entstehung des Universums liefern. 14 Universitäten und Forschungseinrichtungen, darunter auch das Bostoner MIT, werden künftig Wissenschaftler nach Karlsruhe schicken.

Katrin ist längst nicht das einzige Forschungsprojekt von Weltrang, mit dem sich die Karlsruher schon heute schmücken können. Das wissenschaftliche Profil der Fridericiana hat im vergangenen Jahr die Gutachter der Exzellenzinitiative so überzeugt, dass sie die Hochschule zum Überraschungssieger des Programms kürten: Mit der ehrwürdigen Lehranstalt in Heidelberg hatte die Fachwelt gerechnet oder mit der Humboldt-Uni, die den Hauptstadtbonus genießt. Nur die Karlsruher selbst wussten schon lange, dass sie die Auszeichnung verdient haben. „Uns kam der Wettbewerb gerade recht“, verkündet Rektor Hippler selbstbewusst.

Vieles in Karlsruhe ist anders, seit die Uni offiziell zur Elite zählt. Rund 30 Prozent mehr Schulabgänger bewerben sich um einen Studienplatz an der Fridericiana, die ersten Doktoranden forschen in den neueingerichteten Graduiertenschulen,

Elite-Kandidaten



und jeder Taxifahrer weiß, dass die Stadt jetzt auch im Ausland für ihre Spitzenakademiker berühmt ist.

Vor allem aber überzeugte die internationale Jury die Vision eines „Karlsruher Instituts für Technologie“ (KIT) – ein Novum in Deutschlands zergliedertem Wissenschaftssystem. Die Universität will mit dem Forschungszentrum, wie Jülich eine ehemalige Kernforschungseinrichtung, fusionieren. Sie würde damit ihren Haushalt – und zugleich auch die Anzahl der Wissenschaftler und Mitarbeiter – gleichsam über Nacht verdoppeln. Mit rund 600 Millionen Euro Jahresetat wäre das KIT dann finanziell etwa ebenso gutgestellt wie die aus Deutschland oft neidvoll betrachtete ETH in Zürich.

Die KIT-Gründung soll zugleich mit dem Grundproblem aufräumen, dass hierzulande Spitzenforschung meist nur an außeruniversitären Einrichtungen stattfindet. Dieses Zweiklassensystem wird es, wenn bis Ende des Jahres der Gründungsvertrag unterschrieben ist, in Karlsruhe nicht mehr geben.

Dass das Forschungszentrum Karlsruhe zur Helmholtz-Gemeinschaft gehört und damit weitgehend aus Bundesmitteln finanziert wird, während die Uni vom Land Baden-Württemberg unterhalten wird, stört derzeit noch ein wenig bei der Vereinigung. „Die Fusion ist ein Experiment, das es so in der deutschen Forschungslandschaft noch nicht gegeben hat“, sagt Uni-Rektor Hippler.

Auch der Nachwuchs werde profitieren, glaubt Eberhard Umbach, der Chef des Forschungszentrums. „Die Studenten können jetzt von Anfang an Großforschung hautnah miterleben“, sagt der Physiker. Und sie dürfen sich über eine ganze Legion neuer Betreuer freuen, denn die Mitarbeiter des Helmholtz-Zentrums sollen auch in der Lehre eingesetzt werden.

Umgekehrt kann das Zentrum vielversprechende Studenten als spätere Doktoranden an sich binden. Trotzdem wäre es ohne den Wettbewerb wohl nie zur Fusion gekommen: „Für ein solches Experiment ist das deutsche System viel zu träge und starr“, sagt Umbach.

Von der neuen Allianz erhoffen sich Hippler und Umbach auch ganz neue Projekte. So wollen die KIT-Gründer die Batterieforschung wiederbeleben. „Das Feld haben wir fast komplett den Japanern überlassen“, sagt Umbach, „heute gibt es da aber vor allem in der Autoindustrie einen großen Forschungsbedarf.“

Ein weiteres Versprechen: An der neuen „Karlsruhe School of Optics and Photo-

„Wir sind Romantiker und Realisten“

Chemie-Nobelpreisträger Gerhard Ertl, 71, über seinen Weg zum Erfolg



GEORG HILGEMANN / ACTION PRESS

Nobelpreisträger Ertl: *„Die deutsche Wissenschaft muss sich nicht verstecken“*

SPIEGEL: Herr Ertl, wie würden Sie Ihrer 14-jährigen Enkeltochter erklären, woran Sie forschen?

Ertl: Das ist eigentlich ganz einfach. Wir untersuchen, was im Maßstab von Atomen passiert, wenn Stoffe aufgespalten werden und sich zu neuen Molekülen verbinden. Mit diesem Wissen kann zum Beispiel die Industrie die Herstellung von Dünger oder Benzin effizienter und billiger machen oder bessere Katalysatoren entwickeln, um Schadstoffe aus Autoabgasen zu filtern.

SPIEGEL: Aber patentieren konnten Sie Ihre Erkenntnisse nicht, anders als Physik-Nobelpreisträger Peter Grünberg?

Ertl: Nein, wir betreiben Grundlagenforschung. Die von uns beschriebenen chemischen Reaktionen lassen sich nicht patentieren. Dieses Wissen kann Grundlage für neue Erfindungen werden. Woran es aber in unserem Land mangelt, sind Ideen zur Umsetzung auf Seiten der Industrie. Schauen Sie sich mal den Etat für Grundlagenforschung bei Konzernen wie IBM an. Die haben verstanden, dass das eine sinnvolle Investition in die Zukunft ist.

SPIEGEL: Ist die Kritik an der deutschen Forschung übertriebene Nörgelei?

Ertl: Die deutsche Wissenschaft muss sich nicht verstecken. Wir stehen recht gut da, auch im internationalen Vergleich. Und wer gute Ideen hat, bekommt dafür in Deutschland auch genug Geld.

SPIEGEL: Aber die Forschungsausgaben liegen mit nur 2,5 Prozent des Bruttosozialprodukts deutlich unter der angepeilten Marke von 3 Prozent.

Ertl: Das mag sein. Ich muss aber gestehen, dass ich selber von dieser Knappheit nie etwas mitbekommen habe. Manchmal werde ich den Verdacht nicht los, dass das Gejammer über zu wenig Geld nur ein Vorwand ist für Leute, denen es eher an guten Ideen mangelt.

SPIEGEL: Was halten Sie von der Exzellenzinitiative, mit der für 1,9 Milliarden Euro Eliteuniversitäten aufgebaut werden sollen?

Ertl: Ich sehe das nicht so positiv. Unterm Strich wird man mit diesen Beträgen keine Uni international konkurrenzfähig machen können. Schauen Sie sich das mal an: Normalerweise wird für einen Studenten pro Jahr eine Summe von rund 10 000 Euro aufgewendet. Gefördert von Exzellenz-Geldern, käme man auch nicht auf entscheidend mehr. Man sollte dieses Geld lieber der Deutschen Forschungsgemeinschaft geben, die das gezielt und sinnvoll einsetzen kann.

SPIEGEL: Ein weiteres Problem ist, dass in den Schulen noch immer zu wenig Wert auf die Naturwissenschaften gelegt wird.

Ertl: In der Tat, ich bin teilweise entsetzt über den naturwissenschaftlichen Analphabetismus. Bei „Wer wird Millionär“ wusste ein Kandidat nicht einmal, dass Gips die Elemente Kalzium, Schwefel und Sauerstoff enthält. Der hat den Telefonjoker benutzt, aber der konnte ihm auch nicht weiterhelfen. Dann hat er noch mit Jauch gemeinsam rumgerätselt. Dieser Kandidat war auch noch Lehrer!

SPIEGEL: Wann haben Sie denn selbst begonnen, sich für die Forschung zu begeistern?

Ertl: Ich hatte als Kind ein schönes Buch mit dem Titel: „Chemische Experimente, die gelingen“. Ich habe all diese Rezepte durchprobiert, von der Kristallzüchtung bis hin zu Feuerwerkseffekten. Ich hatte in meinem Kinderzimmer eine ganze Chemikaliensammlung. Aber das war nicht immer ganz geruchlos. Irgendwann hat es dann meiner Mutter gestunken, ganz wörtlich, und sie hat mir die Chemieexperimente verboten.

SPIEGEL: Damit wurde Ihre Karriere als Chemiker jäh unterbrochen.

Ertl: Ja, ich stieg auf meine Märklin-Eisenbahn um und begann, Funkgeräte zu basteln. Und da ich gut in Mathe war, bin ich später einfach bei der Physik geblieben – und landete trotzdem in der chemischen Forschung.

SPIEGEL: Bis vor drei Jahren waren Sie Direktor am Fritz-Haber-Institut in Berlin, das vielen als Mekka der deutschen Chemie gilt.

Ertl: Das Institut ist wirklich einmalig. Fritz Haber, der Gründer, hatte einen Schüler, der wiederum meinen Doktorvater betreut hat. Insofern gibt es da eine Art direkte akademische Genealogie, wenn Sie so wollen.

SPIEGEL: Fritz Haber ist immer noch sehr umstritten, weil er im Ersten Weltkrieg maßgeblich an Entwicklung und Einsatz von Chemiewaffen beteiligt war.

Ertl: Er war sicher eine zerrissene und tragische Persönlichkeit. Aber auch ein großartiger Wissenschaftler. Und seinen Nobelpreis für die Ammoniaksynthese bekam er direkt nach dem Krieg. Er hoffte, dass die von ihm mitentwickelten Waffen Leid ersparen könnten, indem sie den Krieg schneller beenden.

SPIEGEL: Später musste er wegen seiner jüdischen Herkunft vor den Nazis nach England fliehen.

Ertl: Er war ja ein großer Patriot und tief verbittert darüber, wie man ihn behandelt hatte. Er starb kurze Zeit später. Mit seinem Weggang und dem Exodus vieler anderer Wissenschaftler ging leider diese Blütezeit der deutschen Chemie zu Ende.

SPIEGEL: Was war für Sie der Ansporn, sich inhaltlich auf die Spuren von Fritz Haber zu begeben und seine berühmte Methode, Vorprodukte von Sprengstoff oder Kunstdünger zu synthetisieren, genauer zu untersuchen?

Ertl: Jahrelang wusste man, dass das sogenannte Haber-Bosch-Verfahren funktioniert. Aber niemand wusste, was genau sich dabei abspielt. Mit unseren neuen physikalischen Methoden konnten wir zeigen, wie dieser Prozess auf der atomaren Ebene abläuft. Wir haben versucht, aus einer Art schwarzer Kunst eine Wissenschaft zu machen.

SPIEGEL: Allerdings munkelt manch einer, dass Ihr Fachgebiet, die Oberflächenchemie, ihren Höhepunkt bereits überschritten hat. Angeblich werden immer wieder Forschungsanträge aus diesem Bereich abgelehnt.

Ertl: Das sehe ich gar nicht so. Es gibt viele unerforschte Gebiete, auf denen unsere Methoden entscheidende Fortschritte bringen könnten. Die größten Hoffnungen setze ich auf die Biologie: Wie sehen die genauen Wechselwirkungen von Molekülen mit Körperzellen aus? Das ist noch völliges Neuland.

SPIEGEL: In Ihrem Büro befinden sich neben Fachbüchern auch Aufnahmen von Jazzmusikern wie Nat „King" Cole. Haben Sie diese Musik extra mitgebracht, um den Nobelpreis zu feiern?

Ertl: Nein. Als Student habe ich sehr viel Tanzmusik gemacht. Ich habe im Wesentlichen mein Studium mit Musik finanziert. Das lief damals noch ganz ohne Verstärker ab. Ich saß am Klavier, mein Bruder hat Klarinette gespielt. Ich liebe diese Musik noch immer. Aber am liebsten spiele ich heute Mozart oder Bach.

SPIEGEL: Von Mozart bis Jazz, das klingt ja schon fast etwas beliebig.



KNORR U. HIRTH / SÜDDEUTSCHER VERLAG

Institutsleiter Haber (um 1925): *Nobelpreisträger, Patriot und Entwickler von Chemiewaffen*

Ertl: Nein, das ergänzt sich hervorragend. Auch in der Wissenschaft gibt es unterschiedliche Schulen, zum Beispiel die Romantiker und die Realisten. Romantische Forscher stehen gleichsam auf einer großen Wiese und suchen sich einzelne Blümchen aus. Realisten dagegen gehen systematisch wie mit einem Rasenmäher vor und versuchen, alles abzugrasen.

SPIEGEL: Und zu welchem Lager gehören Sie und Ihre Kollegen?

Ertl: Wir sind beides, Romantiker und Realisten. Wir haben viele Felder aufgegriffen, die gleichsam am Wegesrand lagen, wie es Romantiker machen. Aber dann haben wir diese „Blümchen" systematisch kultiviert, ganz realistisch also.

SPIEGEL: Ist Musik für Sie eher ein Ausgleich zu Ihren wissenschaftlichen Interessen oder auch deren Fortsetzung?

Ertl: Ich sehe viel Verbindendes zwischen Chemie und Musik. Viele Forscher sind ähnlich veranlagt wie Künstler. Ein schönes Ergebnis oder ein schönes Muster oder eine schöne Formel bereiten mir immer auch ästhetisches Vergnügen.

SPIEGEL: Was werden Sie mit Ihrem steuerfreien Preisgeld von 1,1 Millionen Euro machen?

Ertl: Sie würden doch einen Fußballprofi wie Ballack auch nicht fragen, was er mit seinen Einkünften macht.

INTERVIEW: HILMAR SCHMUNDT

nics" sollen Jungforscher aus aller Welt in den Genuss einer ganz neuen Form der Doktorandenausbildung kommen. „Normalerweise geht man als Doktorand ins Labor und kommt nach drei Jahren wieder raus", erklärt Physikprofessor Uli Lemmer, Leiter der Graduiertenschule. Seine Mitarbeiter forschen nun von Anfang an gut vernetzt mit der Industrie, regelmäßige Managementkurse gehören fest zum Programm.

Die enge Verschränkung von Forschung und Industrie könnte helfen, das zweite große Manko der deutschen Forschungslandschaft zu beheben: den Mangel an Technologietransfer.

Immer wieder klagen die Experten: Es fehle den Forschern ja nicht an Einfällen; es hapere nur an der Umsetzung, an der Verwandlung der Idee in ein marktreifes Produkt. Allzu oft werde die Erfindung zwar in Deutschland gemacht – das Geschäft aber woanders. Der Fernseher (1931), das Faxgerät (1956), der Hybridmotor (1973), die MP3-Datenkomprimierung (1992): Bahnbrechende Innovationen wurden in Berlin, Aachen oder Erlangen ausgetüftelt. Dann aber griffen amerikanische oder japanische Unternehmen sie auf, wagten den Schritt auf den Massenmarkt und ernteten die Früchte der Forschung.

Vor einigen Generationen, in der Gründerzeit des ausgehenden 19. Jahrhunderts, hatten deutsche Wissenschaftler die Verwertbarkeit ihrer Forschungsergebnisse noch klarer im Auge. Damals gewannen aufstrebende Unternehmen wie Siemens, Krupp, AEG, BASF oder Mannesmann gerade deshalb solche Bedeutung, weil sie enge Beziehungen zu den Universitäten unterhielten, vor allem zu den damals neuen Technischen Hochschulen.

Die Unternehmen nutzten deren akademische Expertise und erarbeiteten sich so



PASSIG / DAVIDS

Elektronik-Fachmesse (in Berlin): *Die Erfindung wird in Deutschland gemacht, das Geschäft woanders*

einen Vorsprung gegenüber ihren globalen Wettbewerbern. Oft stammten die Firmengründer selbst aus dem wissenschaftlichen Milieu, etwa Werner von Siemens, der 1866 das dynamo-elektrische Prinzip entdeckte: Es machte die billige Erzeugung von Strom überhaupt erst möglich.

„In keinem Land war die Verbindung zwischen Wissenschaft, Technik und Wirtschaft so eng wie gerade in Deutschland“,

„Land der Ideen zu sein ist gut, Land des tatkräftigen Unternehmertums noch besser.“

konstatiert der Bielefelder Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser. Deutschland habe es damals verstanden, neben der Großindustrie auch eine „Großwissenschaft“ zu fördern, so der Professor.

Es ist bezeichnend, dass sich seit jenen Zeiten die deutsche Unternehmenslandschaft nicht dramatisch verändert hat. Siemens, BASF oder Krupp ragen noch immer heraus, ihnen ist wenig Neues nachgefolgt, jedenfalls kaum ein Konzern von Weltrang. Die Urenkel verspüren geringen Anreiz, den Ahnen nachzueifern.

Trotz Konjunkturboom geht die Zahl der Firmengründer zurück, seit Jahren schon. Vor allem im Hightech-Sektor entstehen immer weniger Firmen, der Transfer von Wissenschaft zu Wirtschaft funktioniert offensichtlich nur mäßig.

Lediglich sechs bis sieben Prozent aller Gründungen kommen aus der Hochtechnologie, hat das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim festgestellt. Insbesondere in der Spitzentechnik, im Anlagenbau etwa oder in der Elektrotechnik, fehlt es an Gründern, ihre Zahl ist seit 1998 um fast die Hälfte gesunken. Ausgerechnet in den Branchen also, die das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bilden, bleibt der unternehmerische Nachwuchs aus.

Deutschland müsse wieder zum Weltmarktführer in Sachen Wissen werden, fordert deshalb der BASF-Chef Jürgen Hambrecht. „Land der Ideen zu sein ist gut, Land des tatkräftigen Unternehmertums zu sein ist noch besser.“

Gegenwärtig jedoch scheint Hochschulabsolventen die vermeintlich sichere Festanstellung bei BMW, Nestlé oder McKinsey allemal lieber zu sein als die wackelige Existenz als Unternehmer – ohne geregeltes Einkommen, Achtstundentag und Anspruch auf sechs Urlaubswochen. „Die unternehmerische Selbständigkeit wird in Deutschland nicht als gleichberechtigt mit der abhängigen Beschäftigung angesehen“, sagt Rolf Sternberg, Wirtschaftsgeograf in Hannover.

Nur wenige Wissenschaftler kommen überhaupt auf die Idee, dass es nach dem Examen oder der Promotion noch etwas anderes geben könnte als einen Bewerbungsparcours. Zu Beginn jedes Semesters fragt der Berliner Soziologe Andreas Knie seine Studenten routinemäßig, wer es sich vorstellen könnte, ein Unternehmen zu gründen. „Das Ergebnis war bisher immer gleich null“, sagt der Professor.

Warum sollten sie auch: Wer erst mal Fuß gefasst hat im wissenschaftlichen Betrieb, der verspürt wenig Interesse, sich zu verändern. Einmal in der Industrie tätig, führt selten wieder der Weg zurück. Und wer will schon die Seite wechseln, wenn er dann seinen Pensionsanspruch verliert?

Am ehesten noch wagen Wissenschaftler an den renommierten Einrichtungen der Spitzenforschung den Übergang in die Industrie. Die Mitarbeiter der Fraunhofer-Institute zum Beispiel sind ausgesprochen rege: Pro Jahr riskieren rund 50 von ihnen den Sprung in die Selbständigkeit – in ganz verschiedenen Feldern: Medizintechnik, Software, Kommunikations- oder Solartechnik.

Aber auch Einrichtungen, die sich eher der Grundlagenforschung verschrieben haben, bringen immer wieder Firmen hervor. Aus den Instituten der Max-Planck-Gesellschaft zum Beispiel sind seit 1990 fast 80 Start-ups entstanden, eines davon ist Menlo Systems in Martinsried bei München. Dort hat das Physikerduo Michael Mei und Ronald Holzwarth ein Produkt entwickelt, dessen Name klingt, als entstammte es Raumschiff Enterprise.

Mit ihrem „Fiber Laser“ können sie die Frequenz einer elektromagnetischen Strahlung messen, auf 15 Stellen hinter dem Komma genau. Abnehmer dieses Instruments sind unter anderem Eichinstitute, die damit Zeit und Entfernungen bestimmen, „tausendmal präziser als mit einer Cäsium-Atomuhr“, so Mei.

Vor sechs Jahren gründeten die beiden Wissenschaftler das Unternehmen, unterstützt von ihrem Doktorvater Theodor Hänsch, dem Physik-Nobelpreisträger des Jahres 2005. Zuletzt stieg der Umsatz jährlich um 30 bis 40 Prozent, aus dem Zweimannbetrieb ist ein Unternehmen mit 25 Angestellten geworden und einem weltweiten Kundenkreis.

Geholfen auf ihrem Weg hat ihnen die Max-Planck-Innovation GmbH, eine Tochterfirma der Max-Planck-Gesellschaft, die sich vorwiegend darum kümmert, Ausgründungen zu betreuen. Sie bewertet Erfindungen auf ihre Patentfähigkeit und schließt Lizenzverträge ab; daraus allein sind in den vergangenen fünf Jahren rund hundert Millionen Euro erzielt worden.

In ähnlicher Weise unterstützen auch die anderen Forschungseinrichtungen Existenzgründer. Die Fraunhofer-Gesellschaft hat mit ihrer „Venture-Gruppe“ schon mehr als 140 Spin-offs in die Selbständigkeit begleitet. Und am Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) muss jeder Forscher einen ganz besonderen Test bestehen: Nach zehn Jahren soll er, so die Vorgabe, im Schnitt drei neue Arbeitsplätze geschaffen haben.

Fast 50 Unternehmen sind bereits aus dem DFKI hervorgegangen, darunter die Xaitment GmbH, eine Saarbrücker Firma, die sich auf künstliche Intelligenz für Computerspiele spezialisiert hat. Anderthalb Jahre waren die Gründer auf der Suche nach Kapital. Erst im vergangenen Jahr

fanden sie einen Investor. Dabei verfügten die Informatiker über exzellente Referenzen, ihre Produkte sind preisgekrönt.

So geht es vielen jungen Unternehmen: Ihnen fällt es schwer, Risikokapital aufzutreiben. Der Markt für Wagnisfinanzierung in der Seed-Phase, der frühesten Phase einer Firmengründung, ist seit den Zeiten der New Economy weitgehend ausgetrocknet. Auch einst ambitioniert gestartete Konzerne wie Daimler oder Infineon haben ihre Budgets für den Einstieg bei Jungunternehmen radikal zusammengestrichen.

Allein der bundeseigene High-Tech Gründerfonds, vor zwei Jahren gegründet, steuert gegen den Trend. Immerhin 262 Millionen Euro sollen jungen Technologiefirmen zugutekommen, bereits mehr als 70 Unternehmen haben Zusagen bekommen. „Wir sind angetreten, den Markt in Bewegung zu bringen und die Stimmung zu verbessern", sagt Geschäftsführer Michael Brandkamp.

Mit der Exzellenzinitiative könnte der Gründergeist nun auch an den Unis einziehen: „Forschungsresultate in praktische Anwendungen umzusetzen" ist laut Ausschreibung ausdrücklich erwünscht. Die Elite-Siegerin TU München etwa versteht sich schon jetzt auch als ein Wirtschaftsunternehmen: Das Konzept von der „unternehmerischen Universität" überzeugte die Jury bereits im ersten Anlauf.

„Ein guter Unternehmer und ein guter Professor haben vieles gemeinsam", findet TU-Chef Herrmann – und will seine Spitzenforscher künftig von Headhuntern anwerben lassen.

Von den Exzellenz-Millionen leistet sich die Uni neuerdings zwei Patentmanager, die hauptamtlich in den Labors nach vermarktbaren Ideen fahnden. Das universitäre Gründerzentrum „UnternehmerTUM" zeigt Studenten und Professoren schon seit 2002, wie man Erfindungen zu Geld macht – allein in den vergangenen zwölf Monaten gingen so 34 junge Firmen an den Start, etwa die Bionik-Firma AMSilk, die künstliche Spinnenseide als Ausgangsstoff für eine neue Generation feuerfester Kleidung und superstabiler Fallschirmschnüre herstellt.

Auch mit dem neuen „Institute for Advanced Study" baut die TU München bewusst neue Brücken zur Wirtschaft. In der Talentschmiede arbeiten junge Hochschulforscher mit Wissenschaftlern aus der Industrie zusammen, die einige Zeit am Institut verbringen.

„Dort lassen wir unsere besten Köpfe drei Jahre lang in Ruhe forschen", sagt Wissens-Unternehmer Herrmann. „Wir befreien sie von den Bremsklötzen der deutschen Hochschulbürokratie."

Manfred Dworschak, Marco Evers, Per Hinrichs, Alexander Jung, Julia Koch, Hilmar Schmundt, samiha shafy, katja thimm



FREDRIK VON ERICHSEN / DPA

Physiker Grünberg: *Ein halbes Jahr gepokert um Kleinteile aus Metall*

Lizenz zum Löten

Ein erstaunlicher Fund des Nobelpreisträgers Peter Grünberg führte zu einem Produkt, das die Welt der Computer veränderte. Hat er sich seine Erfindung zu billig abkaufen lassen?

Fragen kann man ja mal: Was ist eine große Entdeckung eigentlich wert, wenn man Ruhm und Ehre abzieht? Also in Geld?

Im Jahr 1995 traf sich mehrmals eine Runde von Unterhändlern in Jülich bei Aachen, um diese sonderbare Frage ernsthaft zu klären. Es nahmen teil der Physiker Peter Grünberg sowie Abgesandte des US-Computergiganten IBM. Diese wollten dem Forscher aus Jülich die Idee seines Lebens abkaufen.

Den Nobelpreis für Physik hatte Grünberg damals noch nicht; davon erfuhr er erst am vorigen Dienstag. Aber er war schon ein weithin geehrter Forscher. Und schlau genug, seine große Idee, kaum dass ihm die Tragweite klar war, umgehend mit einem Patent zu sichern.

Ein halbes Jahr lang wurde also hart gepokert um die Verwertung dieser Idee. Dabei ging es nur um Kleinteile aus Metall.

Grünbergs Patent stammt von 1988. Darin ist niedergelegt, was er in seinem Labor damals herausgefunden hat: dass man höchst empfindliche Magnetfühler aus hauchdünnen Metallschichten bauen kann. Dazu eine Anleitung, wie das in etwa geht.

Auf solche Fühler wartete die Computerindustrie schon lange. Sie versprach sich davon Datenspeicher mit weit höherem Fassungsvermögen. Der PC stand Mitte der Neunziger vor seinem Durchbruch als Volksrechner, aber er lief noch viel zu schnell voll. Die Kundschaft war es gewohnt, eisern am Speicherplatz zu sparen. Das Ablegen von Fotos oder Musikstücken ohne triftigen Grund galt als Maßlosigkeit.

Theoretisch war die Lösung klar: Die Daten saßen, als magnetische Pünktchen, auf rotierenden Metallscheiben, genannt Festplatten. Dicht darüber weg flog ein empfindsames Köpfchen und besorgte das Lesen und Schreiben. Wer mehr Daten unterbringen wollte, musste sie eben dichter zusammenpacken. Aber die gängigen Leseköpfe waren dafür nicht feinfühlig genug. Sie hätten die kleineren Magnetpünktchen nicht mehr erkannt.

Grünberg war unverhofft auf die Lösung für das Speicherproblem gestoßen. Seinem Sensor aus Metallschichten entging praktisch nichts mehr. Ein riesiger Markt tat sich auf.

Die Verhandlungen versprachen lebhaft zu werden. Beide Parteien erschienen gut



gerüstet. IBM konnte auf eine Hausmacht wohltrainierter Patentanwälte zurückgreifen; der Kauf und Verkauf von Ideen gehört zum angestammten Geschäft des Großkonzerns. Hinter dem Physiker Grünberg wiederum stand das Forschungszentrum Jülich, das seiner Tausendschaft von Forschern mit einer eigenen Abteilung für Technologietransfer beisteht. Dort sitzen erfahrene Unterhändler, die sich auch auf die Finessen psychologischer Scharmützel verstehen.

IBM wollte eine Lizenz, also das Recht, von Grünbergs Patent Gebrauch zu machen. Der angemessene Preis dafür ist schwer zu bestimmen. Beide Parteien riskieren viel. Kaum jemand weiß, was am Ende aus der Sache wird: ein Welterfolg oder eine Pleite. Es gibt ja noch nicht einmal ein Produkt. Peter Grünberg, Nobelpreisträger 2007, hat die begehrten Sensoren seinerzeit nur als Einzelstücke gebaut. Sie entstanden in seinem Jülicher Labor mit Hilfe selbstgefertigter Apparate. Wegen des hohen Aufwands pro Unikat waren sie teuer wie Kronjuwelen.

Wer dagegen Produkte verkaufen will, muss sie billig, robust und in großer Zahl fertigen. Davor bedarf es langwieriger Versuchsreihen, die viel Geld kosten, selbst wenn sie gut ausgehen.

So ist die Lizenz oft eine Wette auf eine ungewisse Zukunft. Kriterien für den Preis gibt es nicht. Man trifft sich irgendwo.

Peter Grünberg wusste, dass seine Entdeckung viel wert war. Die neuartigen Sensoren sollten sogar Festplatten auslesen können, auf denen die Daten 50-mal so dicht wie bis dahin üblich liegen. Zunächst hatte er Ausschau gehalten nach hiesigen Unternehmen, auch eingedenk der Steuergelder, die jedes Jahr nach Jülich fließen. Doch gibt es in Deutschland nun einmal keine Festplattenindustrie.

Der US-Computerkonzern IBM hingegen war sofort interessiert. Nach neuartigen Sensoren hatte IBM selbst schon lange geforscht; allein der Durchbruch war ausgeblieben. Die IBM-Leute schauten sich Grünbergs Arbeiten gründlich an. Das war 1988. Und dann geschah, ein wenig verblüffend, lange Zeit gar nichts mehr. Sieben Jahre verstrichen, und niemand, am wenigsten IBM, machte Anstalten, eine Lizenz für die begehrten Leseköpfe zu kaufen.

Hinter den Kulissen tat sich umso mehr. Im kalifornischen Almaden-Labor von IBM trieben mehrere Forscherteams unter Hochdruck die eigenen Versuche voran. Nebenher prüften sie aber auch schon die Jülicher Methode eingehend auf ihre Tauglichkeit für die Produktion.

Grünberg fand das Doppelspiel amüsant. „Schon möglich“, meint er, „dass die Kollegen in den USA eine Weile versucht haben, irgendwie um mein Patent herumzukommen.“ Aber offenbar gelang das nicht. „Von da an jedenfalls“, sagt der Forscher, „hat IBM sich sehr fair verhalten.“

Für den Weltkonzern war es am Ende eine gewisse Niederlage, dass er sich zu einem Handel herbeilassen musste. Aber Grünbergs Patent lag nun einmal quer wie eine Straßensperre.

Im Jahr 1995 schließlich trafen sich erstmals die Abgesandten beider Lager zum wechselseitigen Auskundschaften. „Das kann man sich durchaus wie ein langes Pokerspiel vorstellen“, sagt Hartmut Fischer vom Forschungszentrum Jülich, der an solchen Verhandlungen hin und wieder teilgenommen hat.

Ein Forscher hat zwei Wege, zu seinem Recht zu kommen: Er kann sich – Nummer eins – am Erlös beteiligen. Dann bekommt er von jedem verkauften Stück, das auf seiner Erfindung beruht, ein paar Promille (etwa zwei Drittel davon behält wiederum die Forschungseinrichtung, die seine Arbeit bezahlt hat).

In der Regel tröpfelt eine solche Quelle mehr oder weniger ergiebig über 20 Jahre hinweg; so lange gilt das Patent. Das ist gut, wenn das Produkt ein Verkaufsschlager wird, aber schlecht, wenn es scheitert. Letzteres kommt oft genug vor: Das Forschungszentrum Jülich ist derzeit mit rund 200 Lizenzen verschiedener Art im Geschäft, und nur ein Drittel davon bringt überhaupt Geld ein.

So war es den Jülicher Unterhändlern am Ende recht, dass IBM – Lizenzvariante Nummer zwei – eine Garantiesumme bot: Der Konzern zahlte eine millionenschwere Pauschale; sämtliche Rechte sollten damit ein für alle Mal abgegolten sein. Und der Physiker Grünberg durfte zu seiner Grundlagenforschung zurück.

Kaum war das Geld überwiesen, trat die neue Speichertechnik ihren Siegeszug um die Welt an. Schon 1997 brachte IBM eine neue Festplatte auf den Markt, die eine damals unerhörte Datenmenge von fast 17 Gigabyte fasste. Damit begann nach dem großen Knausern das Zeitalter der Sorglosigkeit. Heutige Festplatten fassen Hunderte Gigabyte. In den Weiten solcher Datenräume nehmen sich selbst komplette Musiksammlungen winzig aus. Und wer alle seine Fotos dazupackt, hat immer noch viel Platz. Mit einem Wort: Es ist nun kaum mehr der Mühe wert, irgendetwas zu löschen.

Die neuen Riesenspeicher haben die Verbreitung der Computer stark befördert. Weil bald auch schon auf briefmarkengroße Festplättchen Unmengen von Daten passten, wurden ganz neue Produkte möglich. Bekanntestes Beispiel: MP3-Spieler wie etwa der iPod, dem die Weltfirma Apple ihre glanzvolle Wiederauferstehung verdankt.

Wäre das nicht in Jülich Anlass zur Reue? Hätte die Abteilung für Technologietransfer damals nicht doch härter verhandeln sollen? Die Fraunhofer-Gesellschaft etwa ist offenbar nicht so bescheiden. Sie treibt beherzt Lizenzgebühren ein für das in ihrem Labor entwickelte MP3-Dateiformat: Allein im vergangenen Jahr kamen knapp 70 Millionen Euro zusammen. Peter Grünbergs großer Fund in Jülich dagegen brachte nur einmal zehn Millionen – und darin sind die Einnahmen aus 14 weiteren Lizenzen schon enthalten,



PETER WIDMANN / ULLSTEIN BILD / IMAGEBROKER.NET



IBM

Europäisches Patentamt in München, IBM-Forscher Parkin: *In jedem Laptop stecken heute ein paar tausend Patente*

die nach dem Handel mit IBM an andere Firmen verkauft wurden. Hätte ein fixer Anteil an jeder verkauften Festplatte nicht ein Vielfaches eingespielt?

„Nicht unbedingt", sagt Unterhändler Fischer. „Wir hatten ja nur ein einziges Patent zu bieten. In jedem Laptop stecken aber Tausende davon, allein in der Festplatte ein paar hundert." Ein Computer ist in der Tat ein kaum mehr zu durchdringendes Konglomerat erfinderischer Leistungen. Noch im winzigen Lesekopf, der im Tiefflug über die rotierenden Speicherscheiben rast, haben mehrere Patente Platz.

Wichtig und begehrt ist die neue Technik, weil sie auf einen Schlag die alte entwertet.

„Und der winzige Sensor an der äußersten Abtastspitze dieses Lesekopfs", sagt Fischer: „Das ist Grünberg."

Hinzu kam seinerzeit, dass der Preiskampf in der Digitaltechnik gerade an Brutalität gewann. Ein Lesekopf kostete damals in der Herstellung etwa zehn Dollar, und IBM war dabei, diesen Preis eilends auf einen Dollar zu drücken. „Das war es, worüber am Ende verhandelt wurde", sagt Fischer: „Wie viel von diesem einen Dollar steht uns zu?"

Bei billigen Massengütern wie den Leseköpfen werden die Inhaber der beteiligten Patente üblicherweise in Promille entgolten. Selbst bei einer Milliarde verkaufter Produkte bleibt da nicht übermäßig viel übrig.

Aber ist das nicht eine Rechnung auf ganz falscher Grundlage? Hat nicht die famose Spitze des Leseköpfchens, in einer Kaskade von Folgewirkungen, den Wert der gesamten Technik vervielfacht?

„Für den Kunden ja", sagt Fischer, „aber nicht für die Firma." Das Einzige, was sich vervielfacht, ist der Gebrauchswert: Der Kunde kann 50-mal so viel speichern. Davon hat IBM jedoch zunächst gar nichts. Denn auch nach der Speicherrevolution kostete eine Festplatte durchschnittlicher Kapazität nicht viel mehr als vorher, eher weniger. Keinesfalls konnte IBM auf den 50fachen Verkaufspreis hoffen.

Obwohl der Sensor also den Markt umwälzte, ist sein Beitrag zum Marktwert einer Festplatte gering. Wichtig und begehrt ist er aus anderem Grund: Die neue Technik entwertet auf einen Schlag die alte. Sie verschafft ihrem Besitzer einen Vorsprung im Rennen um Marktanteile.

Dieser Vorsprung war es denn auch tatsächlich, der dem Computergiganten IBM aus einer heiklen Krise half. Das Unternehmen war Anfang der Neunziger vom Aufstieg der PCs überrascht worden und drohte mit seinen Großrechnern alt zu werden. Vor allem Peter Grünbergs Magnetfühlern ist es zu danken, dass IBM nun rasch zum führenden Festplattenproduzenten aufstieg; die Firma setzte Milliarden um.

Bald aber hatte sich der Schwung des Aufbruchs auch schon wieder verbraucht. Die unablässig sinkenden Preise zehrten die Gewinne auf. 2002 verkaufte IBM die Festplattensparte nach schweren Verlusten an Hitachi – und auch der Erbfolger aus Japan hat seither in keinem einzigen Jahr damit schwarze Zahlen schreiben können.

Bevor der Grünberg-Sensor überhaupt zum massenhaften Einsatz kommen konnte, musste IBM noch viel Geld und Arbeit in die Technik stecken. Im Almaden-Labor im kalifornischen San Jose nahmen sich Festplattenpionier Stuart Parkin und sein Kollege Kevin Roche der Sache an.

Die Innovation aus Jülich hatte anfangs noch keinerlei Ähnlichkeit mit einem Produkt. Als Erstes vereinfachten die Forscher rabiat das Verfahren, hauchdünne Lagen verschiedener Metalle übereinanderzuschichten.

So wurde es erst möglich, denkbare Sensoren in großen Serien zu testen. Die Forscher probierten es mit Schichten aus Chrom, Eisen und Kupfer. Und sie variierten dabei die Dünnegrade bis an die Grenze des Verschwindens. Mal waren die Lagen 8 Atome dick, mal 12, mal 16. Am Ende hatten Parkin und Roche an die 30 000 Kombinationen durchprobiert. Und noch immer waren sie von der Produktionsreife weit entfernt.

Es galt nun, den Sensor insgesamt drastisch zu verkleinern und zugleich widerstandsfähiger zu machen. Ein Lesekopf in der Festplatte muss jähe Erhitzung überstehen und gelegentlich auch einen Absturz auf die rotierende Scheibe, verursacht etwa durch einen Rempler.

Alles in allem hatten die IBM-Leute mehrere Jahre zu tun, bis ihr Lesekopf billig, solide und in ausreichend großen Mengen herzustellen war. In dieser Zeit erweiterten sie Grünbergs Innovation um etliche Tochterpatente, für deren Nutzung die Firma IBM nun ihrerseits Lizenzgebühren eintreibt. Kein Wunder, dass mitunter Forschungspreise an Peter Grünberg und seine IBM-Kollegen gemeinsam verliehen wurden.

Es kam jedoch der Tag, da war jede Partei wieder für sich allein. Es war der Dienstag vergangener Woche, als die Nobelpreisträger für Physik verkündet wurden: Peter Grünberg und sein französischer Kollege Albert Fert.

„Ganz ehrlich, ich war schon enttäuscht, als die Nachricht kam", sagt IBM-Forscher Roche. „Am Ende werden doch immer die Erfinder geehrt und nicht diejenigen, die in jahrelanger Arbeit ein kommerzielles Produkt aus deren Idee schaffen."

Seiner Hochachtung für Grünberg, versichert Roche, tue das keinen Abbruch: „Der Preis hat auf keinen Fall einen Falschen getroffen." MANFRED DWORSCHAK

TODESSTRAFE

Zucken auf der Todespritsche

Lässt sich ein Mörder wirklich human ins Jenseits befördern? Um diese Frage ist in den USA eine bizarre Debatte entbrannt.

Die Hinrichtung in Lucasville, Ohio, schien schon gelaufen, als Joseph Clark plötzlich den Kopf hob und stöhnte: „Es wirkt nicht!"

Erschrocken zogen die Henker den Vorhang vor, der sie von den Zeugen trennte, und machten sich hastig daran, dem Mörder eine zweite Giftspritze zu setzen. Nach 35 Minuten ging der Vorhang wieder auf, aber das Schauspiel war noch nicht beendet. Wieder und wieder versuchte Clark, etwas zu sagen. Erst 86 Minuten nach Beginn seiner Exekution war er tot.

Dass die US-Henker den Umgang mit der Spritze nicht beherrschen, wird immer häufiger berichtet. Im Gefängnis von Starke, Florida, etwa schnappte ein abgeurteilter Mörder auf der Todespritsche „wie ein Fisch auf dem Trockenen", ehe er 34 Minuten nach der Injektion starb.

Seit der Wiedereinführung der Todesstrafe 1976 wurden in den USA 929 Menschen durch die Giftspritze gerichtet, doch von diesen Exekutionen sind „ungefähr 40 vermasselt worden", klagt William Lanier, Anästhesiologe und Chefredakteur der Ärztezeitschrift „Mayo Clinic Proceedings". Bis zum kommenden Sommer soll nun das Oberste Gericht der USA urteilen, ob das Verabreichen einer Giftspritze eine „grausame und ungewöhnliche Bestrafung" darstellt – und damit gegen die Verfassung verstößt.

Die Untersuchung betrifft die mit Abstand häufigste Hinrichtungsmethode: Sie war bislang in 37 der insgesamt 38 US-Bundesstaaten üblich, in denen die Todesstrafe erlaubt ist.

Doch jetzt dürften die Nachforschungen des Supreme Court dazu führen, dass vorerst kaum mehr Todesurteile vollstreckt werden. So hat der Justizminister von Oklahoma das zuständige Gericht aufgerufen, keine neuen Exekutionen anzuberaumen. Und sogar in Texas, wo die Todesstrafe bisher besonders hart durchgesetzt wurde, hat ein Gericht Anfang Oktober eine Hinrichtung ausgesetzt.

Die Debatte um die „letale Injektion" offenbart das widersprüchliche Verhältnis der Amerikaner zur Todesstrafe. Einerseits sind die meisten US-Bürger dafür, überführte Mörder ins Jenseits zu befördern. Andererseits soll die Tötung nicht archaisch wirken und möglichst schmerzfrei über die Bühne gehen.

Seit Jahrzehnten suchen amerikanische Henker nach einem „humanen" Hinrichtungsverfahren. Erschießungskommandos, wie in Utah eingesetzt, galten bald als zu brutal. Das Hängen wurde ebenfalls verworfen: Bei zu geringer Fallhöhe zuckt das Opfer bis zu 45 Minuten lang am Strick; bei zu großer Fallhöhe wird der Kopf abgerissen.

Der Tod in der Gaskammer dauert zu lange. Als 1992 Donald Harding in Arizona vergast wurde, musste sich der anwesende Justizminister gar übergeben. Der elektrische Stuhl schließlich ist umstritten, weil es wiederholt zu Bränden und Verbrennungen gekommen ist. In Florida fing der Kopf zweier Delinquenten Feuer; und häufig wurden die Hingerichteten derart geröstet, dass man die Leichen abkühlen lassen musste, ehe man sie fortschaffen konnte.

Als in Oklahoma anno 1977 der elektrische Stuhl einer teuren Reparatur bedurfte, wurde deshalb Jay Chapman, oberster Leichenbeschauer des Staates, beauftragt, eine Alternative zu entwickeln. Der schrieb die Namen dreier Stoffe aufs Papier: zuerst das Narkosemittel Thiopental-Natrium, damit der Todgeweihte nichts spürt; dann das Lähmungsmittel Pancuroniumbromid, damit sein Körper nicht zuckt; schließlich das Salz Kaliumchlorid, damit das Herz aufhört zu schlagen.

Allerdings können die Substanzen nur dann wie geplant wirken, wenn sie fachgerecht in die Vene injiziert werden – und gerade daran haperte es in den vergangenen Jahren erheblich.

Viele Henker führen nur alle paar Jahre eine Exekution durch und sind im Umgang mit den Spritzen nur unzureichend ausgebildet. So kommt es vor, dass sie die Nadelspitze versehentlich ins Muskelfleisch stechen. Oder sie vermischen die Substanzen, bis diese verklumpen.

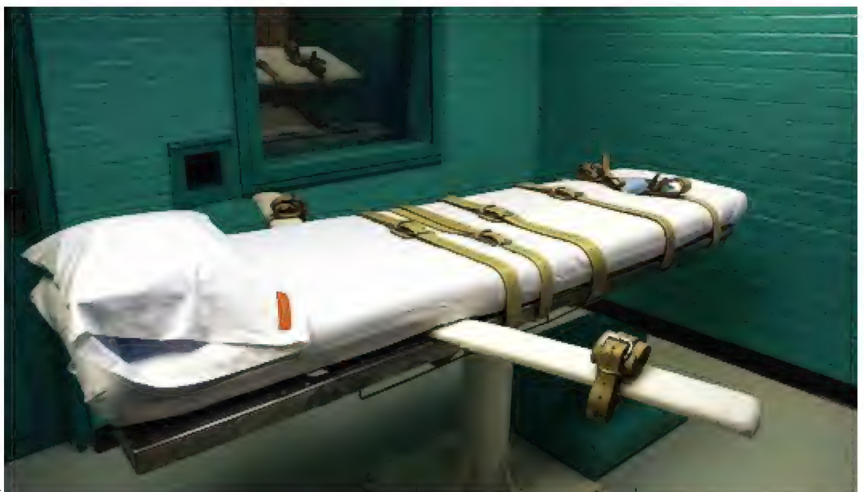
Aufgrund der Stümpereien wirkt das Lähmungsmittel manchmal zu schnell – dann stirbt der Delinquent bei vollem Bewusstsein einen langsamen Erstickungstod. In anderen Fällen wirkt das Kaliumchlorid zuerst – der Verurteilte tritt unter großen Schmerzen aus dem Leben.

Deshalb fordern jetzt manche, dass Ärzte die Arbeit der Henker übernehmen sollten. „Wenn Sie exekutiert würden, hätten Sie nicht lieber einen fachkundigen und fürsorglichen Menschen, der schnell den Zugang zur Vene findet?", fragt der Anästhesiologe David Waisel vom Children's Hospital in Boston.

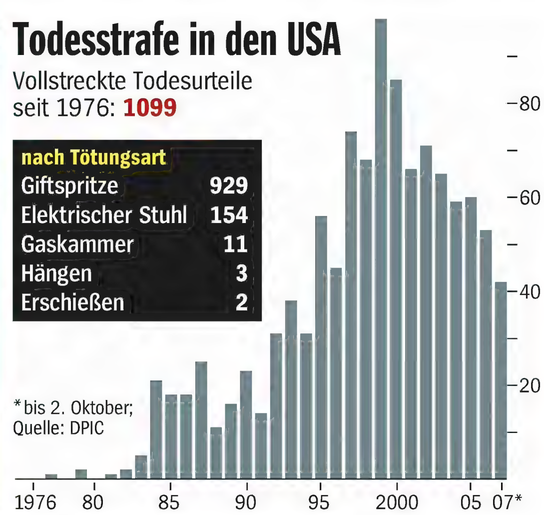
Doch Waisel ist ein Außenseiter. Sein Vorschlag verstößt gegen das Standesrecht und geht an den Realitäten vorbei: Denn etliche Verurteilte sind fettleibig und haben im Knast jahrelang Drogen gespritzt – auch dem besten Doktor gelingt es da nicht immer, eine freie Vene zu finden.

Die Todesstrafe ganz abzuschaffen wäre vielen Ärzten da lieber. Ganz gleich, wie der Supreme Court entscheiden wird, der Chirurg Leonidas Koniaris von der University of Miami ist schon jetzt überzeugt, dass die Giftspritze nicht zu retten ist: „Sie ist eine abscheuliche Perversion eines Heilmittels."

JÖRG BLECH



AP



Hinrichtungszelle im Gefängnis von Huntsville, Texas: *Ist die Giftspritze eine „grausame und ungewöhnliche Bestrafung"?*



Tropfstein-Ernte in türkischer Höhle

GERALD TRAUFETTER / DER SPIEGEL

KLIMA

Versteinertes Wasser

Geologen erkunden einen neuen Weg, das Klima der Vergangenheit zu rekonstruieren: Tropfsteine in Höhlen erlauben Rückschlüsse darauf, wie Temperaturen und Niederschlag über die Jahrtausende schwankten. Lässt sich so auch erfahren, wie das Wetter im Garten Eden war?

Nichts erinnert hier an den Wind und die Sonne, an den Zug der Wolken oder das Prasseln des Regens. „Eigentlich ein seltsamer Ort für einen Klimaforscher", sagt Dominik Fleitmann, lacht und lauscht den vielen Echos seiner Worte.

„Knipst mal die Lampen aus", weist er seine Mitstreiter an. Ein Licht nach dem anderen verschwindet. Erdrückende Dunkelheit legt sich über die kleine Gruppe. Stille verwirrt die Sinne. Einzig ein leises Tropfen dringt ans Ohr. „Hört ihr?", fragt Fleitmann in die Grabesruhe der Höhle. „Das ist das Wasser, das hier versteinert."

Der Geologe hat diesen pathetischen Moment für seine Studenten und Doktoranden zelebriert. Denn er will sie begeistern für die Zapfen, die hier in der ewigen Dunkelheit verborgen sind.

Mittlerweile hat Fleitmann seine Helmlampe wieder angeschaltet. Tropfsteine, gleich ein paar Dutzend, tauchen im Lichtkegel auf. Einige hängen von der schrägen Decke, andere wachsen aus dem von Lehm und Ton verschmierten Fels. Feuchtigkeit perlt an den gelblich grauen Kalkgebilden herunter. Ihretwegen sind die Forscher hierher ans türkische Ufer des Schwarzen Meers gekommen.

Die Tropfsteine sind das, was Fleitmann „versteinertes Wasser" nennt. Langsam, ganz langsam werden sie länger, und über die Jahrtausende ihres Wachsens zeichnen sie als stumme Zeugen das Klima auf der Welt über sich auf. Aus dem Verhältnis von Sauerstoff- und Kohlenstoff-Isotopen in den einzelnen Kalkschichten lässt sich genau rekonstruieren, wann wie viel Niederschlag durchs Erdreich gesickert ist. Sogar, ob der Regen im Sommer oder im Winter gefallen ist, verrät sich auf diese Weise.

Das Geheimnis, das er birgt, lässt einen der Stalagmiten zur Beute von Dominik Fleitmanns eisernem Hammer werden. Einige dumpfe Schläge, und das Trumm kippt zur Seite. Es landet sanft in den großen Händen des 38-Jährigen. Damit sie nicht abglitschen, hat er blaue Gummihandschuhe übergezogen.

Der gebürtige Göttinger ist Professor am Institut für Geologie der Universität Bern und gilt trotz seiner jungen Jahre als einer der führenden Experten für die Erforschung der Speläotheme, so der Sammelbegriff für Tropfsteinarten. Lange führte diese Disziplin ein Schattendasein. Die Paläoklimatologen, die das Klima der Vergangenheit rekonstruieren, nährten sich aus anderen Wissensquellen.

Da waren zunächst Baumringe und die Sedimente, die man in Seen und Meeren erbohrte. Zuletzt dominierten die Eisbohrkerne, mit großem Aufwand aus den kilometerdicken Eiskappen Grönlands und der Antarktis gebohrt. Mit verblüffender Präzision ermöglichen sie den Blick in die wechselhafte Geschichte des Planeten. Fast 800 000 Jahre zurück ging die Zeitreise und enthüllte einen wechselvollen Reigen von Warm- und Kaltzeiten.

„Für die Paläoklimatologie waren die vergangenen zwei Jahrzehnte das Zeitalter der Eiskerne. Die kommenden zwei könnten die der Speläotheme sein", prophezeit der Oxford-Gelehrte Gideon Henderson in der Fachzeitschrift „Science". Und auch Raymond Bradley, Geowissenschaftler an

IMAGNO / GETTY IMAGES

Darstellung vom Garten Eden (Gemälde von Lucas Cranach dem Älteren, 1530): *Im Paradies versiegte das Wasser*

der University of Massachusetts, gesteht den steinernen Konkurrenten zu, sie produzierten „ganz außergewöhnliche Einblicke“.

Bradley ist ein einflussreicher Klimatologe. Er zählt zu jenen, die minutiös die Entwicklung der globalen Durchschnittstemperatur in den vergangenen tausend Jahren zurückverfolgt haben. Seinen Zuhörern präsentiert Bradley gern eine Weltkarte, auf der er alle Klimaarchive eingezeichnet hat, die Eingang fanden in diese Kurve.

Dicht sind die Datenpunkte vor allem im Norden gestreut: Dort erlauben Baumringe die Klimarekonstruktion. Hinzu kommen die Daten der Eiskerne aus den Polregionen; die nordamerikanischen und alpinen Gletscher lieferten zusätzlich Informationen.

„Rund um den Äquator aber haben wir noch viele weiße Flecken auf der Landkarte“, gibt Bradley zu. In Tropenbäumen sind kaum Temperaturveränderungen archiviert, und Eis findet sich – mit Ausnahme des Kilimandscharo-Gletschers – keines. „Stalagmiten könnten die Lücken nun schließen“, sagt er.

Einer, der besonders fleißig daran arbeitet, ist Tropfsteinforscher Fleitmann. Er war schon in Saudi-Arabien, in Jemen und Oman unterwegs. Stammeskrieger kidnappten ihn mit seiner Truppe, Schlangen erwarteten sie in dunklen Schächten. Mal stieß er in den Höhlen auf steinzeitliches Essgerät, dann wieder musste er durch die stinkenden Exkremente von Fledermäusen stiefeln. Und auch auf dieser Expeditionstour lauert in der Tiefe eine Überraschung: ein Haufen Menschenknochen.

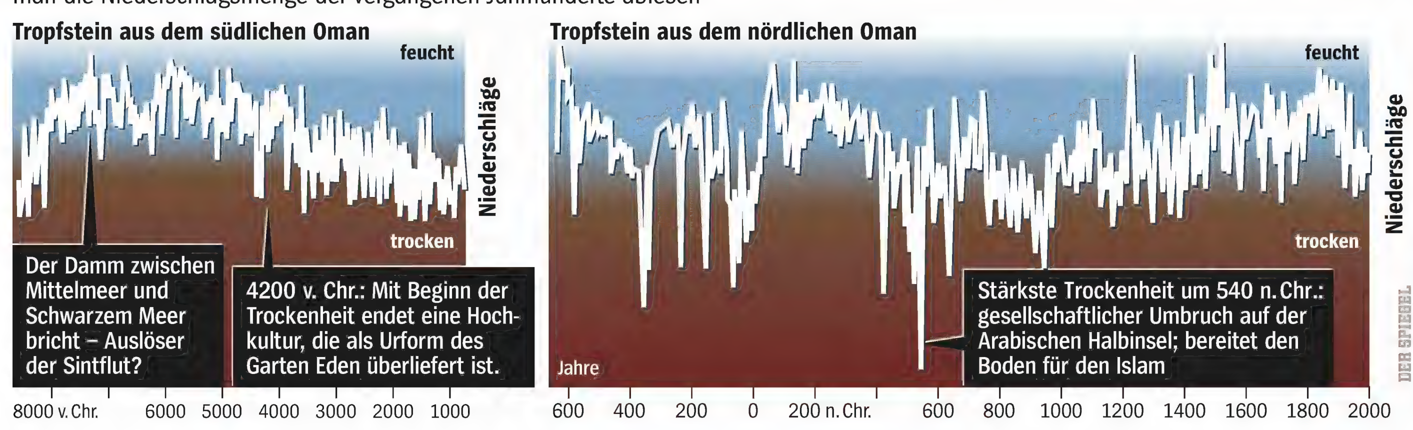
Ein wenig ratlos dreht Fleitmann die menschlichen Überreste im Licht seiner Diodenlampe. „Das ist ein Oberschenkel“, sagt er: „Hier! Das ist doch ein Becken.“ Er fotografiert den Fund, um ihn den Behörden zu melden. „Mehr können wir auch nicht machen.“

Dann wendet er sich wieder der Suche nach dem perfekten Stalagmiten zu. Die Wahl wird entscheidend sein für die Güte seiner Messergebnisse: „Er sollte geradegewachsen sein und möglichst weit weg von den störenden Einflüssen am Höhleneingang stehen.“

Zehn Grotten haben die Forscher auf ihrer sommerlichen Tour durch Nordana-

Das Regenarchiv

Aus dem Verhältnis der Sauerstoffisotope in einem Tropfstein kann man die Niederschlagsmenge der vergangenen Jahrhunderte ablesen



tolien bereits durchkämmt. Behilflich ist ihnen Okan Tüysüz, ein in der Türkei berühmter Geologe. Er widmet sich einer Bedrohung, die für die Menschen hier eine viel konkretere Bedrohung bedeutet als der Klimawandel: Erdbeben. Deshalb interessiert sich Tüysüz für genau jene Stalagmiten, die so gar nicht in Fleitmanns Beuteschema passen: die umgestürzten.

Ein besonders bizarres Exemplar dient ihm als Lehrstück für die Studenten. Es ist mehrmals umgefallen und an der Bruchkante wieder weitergewachsen. „Wir vermuten eine Regelmäßigkeit, mit der die Erdbeben hier im Norden des Landes auftreten“, sagt Tüysüz.

Um dies genauer zu ermitteln, will er gemeinsam mit Fleitmann das Alter des neugebildeten Kalks an den Bruchkanten bestimmen. Dabei kommt den Wissenschaftlern eine für die Forschung besonders wertvolle Eigenschaft der Tropfsteine entgegen: In ihnen enthalten sind geringe Mengen Uran. Dieses radioaktive Element zerfällt zu Thorium; der Grad des Zerfalls erlaubt es deshalb, das Alter der Gesteine abzulesen. „Und zwar auf einige Jahre genau“, sagt Fleitmann.

Damit ist seine Methode sogar den Baumringen und Eiskernen überlegen. Hinzu kommt, dass die Tropfsteine als sehr genauer Niederschlagsmesser gelten, und das bis mehrere hunderttausend Jahre in die Vergangenheit. Im Berner Reinstraumlabor entpuppen sich Fleitmanns Stalagmiten als spannende Chroniken vergangener Klimakapriolen, die von regenreichen Warmphasen und entsetzlichen Dürren erzählen.

In den Zacken, die das Massenspektrometer ausspuckt, spiegeln sich Aufstieg und Fall von Dynastien wider. So konnte Fleitmann nachweisen, wie den Bauern an Euphrat und Tigris vor 4200 Jahren langsam das Wasser versiegte. Das führte zum Erlöschen jener Hochkultur, die als Urbild des Garten Eden gilt.

Schlummert im Stein die Antwort auf das biblische Rätsel, ob es ein Vorbild für die Sintflut gab?

Anhand der Stalagmiten, die er in Oman geborgen hat, konnte Fleitmann nachweisen, dass die Königreiche der Arabischen Halbinsel etwa 540 nach Christus, also kurz vor der Entstehung des Islam, von einer klimatischen Achterbahnfahrt gebeutelt wurden. Vier Königreiche gingen unter, Hungersnöte suchten Mekka heim.

Fleitmann wälzte Geschichtsbücher und las darin, wie Mohammeds Großvater nach Syrien reiste, um Nahrungsmittel zu erbitten. Er sei zwar Klimaforscher und kein Religionshistoriker, meint er. „Aber ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass die Launen des Klimas nicht auch zum Aufstieg des Propheten Mohammed beigetragen haben sollen.“

In der Türkei schickt er sich nun an, eines der großen biblischen Rätsel zu lösen: die Frage, ob es ein historisches Vorbild für die Sintflut gibt. Viele Forscher vermuten, dass die natürliche Barriere zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer vor rund 9400 Jahren plötzlich kollabierte. Ein solch dramatisches Ereignis müsste Spuren im Kalkarchiv der türkischen Tropfsteinhöhlen hinterlassen haben.

Die Stalagmiten jedoch sprechen bislang gegen diese Hypothese. Die Niederschlagskurve zeigt keinerlei drastische Ausschläge. Fleitmann glaubt: „Eher ist das Mittelmeer langsam angestiegen, bis es ins Schwarzmeer überschwappte.“

Mehr noch als Sintflut und Paradies aber interessiert Fleitmann ein ganz grundlegendes Funktionsprinzip des Weltklimas, dem er sich auf der Spur glaubt: Es geht ihm um eine mysteriöse Verbindung zwischen dem Nordatlantik und dem Monsun, der jedes Jahr über die tropischen Breiten der Erde zieht.

Der Monsun fällt immer unterschiedlich stark aus; variabel ist auch, wie weit er nach Norden vorstößt. Doch wovon seine Stärke abhängt, ist noch nicht hinreichend klar. Wie, stellt sich daher die Frage, wird sich der Monsun im Treibhausklima der

Zukunft verhalten? „Davon hängt das Wohlergehen von Milliarden ab“, warnt Fleitmann.

Die Gruppe hat sich für eine kurze Pause auf den Höhlenboden niedergelassen. Bis die feuchte Kälte ihnen wieder in die Knochen steigt, hält Fleitmann ein Kurzreferat über Klimaforschung.

Einen ominösen Zusammenhang zwischen den Temperaturen des Nordatlantiks, dessen Tiefdruckgebieten und der Regenmenge in Asien habe die Wissenschaft bislang ausmachen können. Eine Art Scharnier im globalen Wettergeschehen scheint dabei die Türkei zu spielen.

Tiefdruckgebiete, die vom Nordatlantik her über das Mittelmeer gen Osten ziehen, schwenken über der Türkei entweder in nördliche Richtung ab, oder sie rauschen über den Vorderen Orient bis nach Afghanistan. „Fällt dort viel Schnee, gibt es einen schwachen Monsun“, erklärt der Forscher, während er mit seinen Fingern ein Schema dieser Vorgänge in den weichen Tonboden malt.

Aus den Messungen, die Fleitmann an den Stalagmiten der Arabischen Halbinsel vorgenommen hat, konnte er ein grundlegendes Muster erkennen: „In Kaltzeiten zieht der Monsun wesentlich weniger weit in den Norden als in wärmeren Zeiten.“

Das könnte erklären, warum einst Savannen auf der Arabischen Halbinsel blühten, warum hier riesige Seen Antilopen, Büffel und Löwen anlockten. Das heutige Syrien und der Libanon waren sogar dicht bewaldet. „Dort liegen jetzt oft nur noch Steine und Sand“, sagt Fleitmann und blickt ein wenig ratlos in die Runde.



CHRISTIAN FLIERL / PIXSIL.COM

Geologe Fleitmann, aufgesägter Stalagmit
Chronik vergangener Klimakapriolen

Was dieses Klimasystem antreibt, ist bisher unbekannt. „Vielleicht steckt die Antwort in diesem Stück Stein“, sagt Fleitmann und streicht über die raue Oberfläche aus Kalk. In Bern werden sie den erstarrten Zapfen aufsägen. Mit einem Laser werden sie ihn beschießen, bis aus ganz feinen Poren im Gestein das in winzigen Mengen eingeschlossene Wasser verdampft. Das werden sie auffangen, analysieren, daraus Niederschlag und Temperaturen der Vergangenheit rekonstruieren.

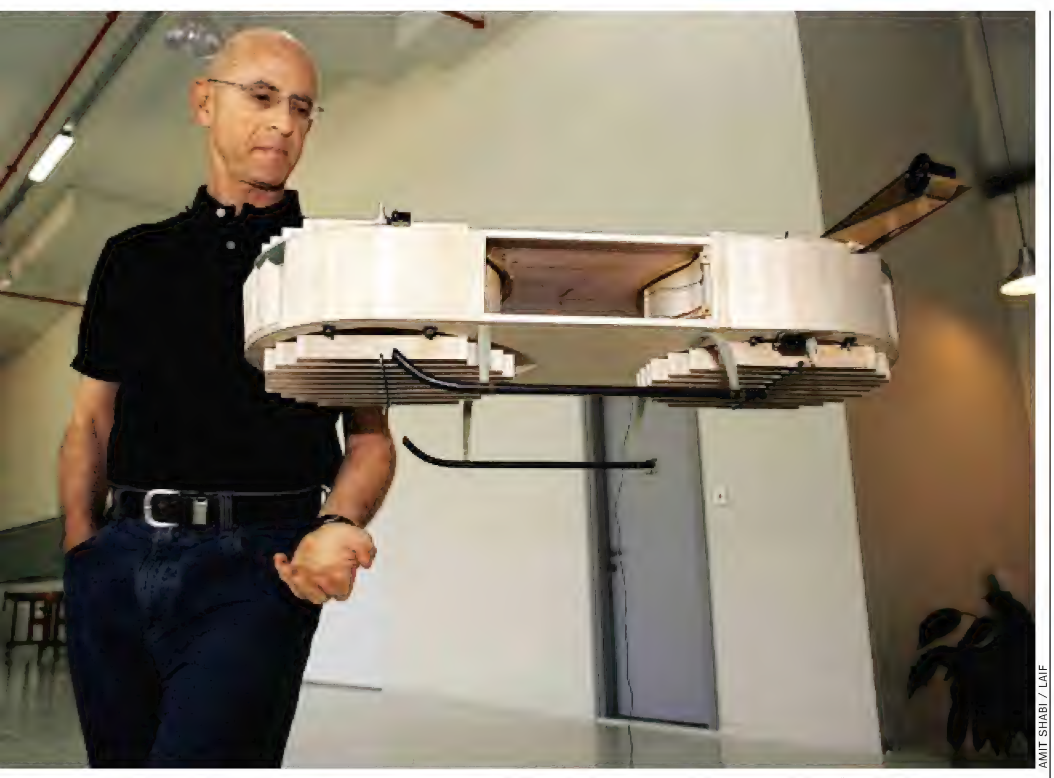
Am Höhlenausgang zeigt sich dann, dass auch die millionenteure Analytik nicht ohne das Lagerfeuer-Wissen anatolischer Ziegenhirten auskommt. Fleitmanns Truppe hat sich an Seilwinden aus der Höhle gehievt. Die Sonne kratzt bereits an den geschwungenen Bergrücken.

Da treffen die ausgelaugten Höhlenforscher auf Mehmet, der gerade seine Herde zusammengetrieben hat. Neugierig beobachtet er, wie sie die Gesteinszapfen zwischen Lorbeersträuchern und Krüppeleichen beschriften. Von Tüysüz, dem Istanbuler Professor, lässt sich der Mann den Sinn dieser in seinen Augen höchst sonderbaren Beschäftigung erklären.

Dann zeigt er mit seiner vom Wetter gegerbten Hand in die Richtung einer weiteren Höhle. „Eines meiner Schafe ist da vor ein paar Jahren hineingefallen“, sagt er und bietet den Schweizern an, sie dorthin zu führen. „Wir nennen sie den versteckten Garten“, raunt der Schäfer.

„Wäre doch schön, wenn dieser Name ein gutes Omen für uns Klimaforscher wäre“, sagt Fleitmann und verabredet sich mit dem Ziegenhirten für den nächsten Morgen.

GERALD TRAUFETTER



Erfinder Yoeli, Flugautomodell X-Hawk: *Selbst bei starken Böen stabil in der Luft*

LUFTFAHRT

Spritztour in den Himmel

Der israelische Flugzeugingenieur Rafi Yoeli entwickelt ein revolutionäres Gefährt: eine Art Seifenkiste, die fliegen kann.

Das blassgelbe Gebäude an der Autobahnausfahrt nach Yavne, 25 Kilometer südlich von Tel Aviv, sieht schon von außen skurril genug aus mit seinen schräg hervorstehenden Ecken. Noch seltsamer aber ist, was sich in seinem Inneren verbirgt: Urban Aeronautics, Ltd. steht auf dem Schild am Eingang.

In der Halle dahinter parken Flugobjekte, die der Phantasie eines schrägen Science-Fiction-Autors entsprungen sein könnten: eine rostige gelb-schwarze Schüssel mit einem eigenartigen Podest in der Mitte; daneben eine pastellgrüne Seifenkiste mit zwei Cockpits; ganz hinten kauert ein weißglänzendes Ufo auf Rädern.

Willkommen in der Welt des Flugzeugingenieurs Rafi Yoeli.

Yoeli, 56, ist ein eher schmächtiger Mann mit Glatze und abstehenden Ohren. „Ich war schon immer fasziniert von Dingen, die senkrecht in die Luft gehen, so wie Helikopter und Raketen“, sagt er und lächelt beinahe schüchtern. „Aber je länger ich mich mit Helikoptern beschäftigte, desto klarer wurde mir, welche Schwächen sie haben.“

Deshalb setzte sich der Israeli in den Kopf, eine Flugmaschine zu bauen, die besser ist als all die anderen: einfacher zu fliegen als ein Hubschrauber, ohne freiliegende Rotorblätter, die in engen Häuserschluchten oder an steilen Berghängen zum Risiko werden. Und vier Räder braucht sie natürlich, damit sie bei Bedarf auch auf der Straße fahren kann.

Seit über zehn Jahren tüftelt Yoeli bereits an seinem Traum; seinen Job als Flugzeugingenieur bei Israel Aircraft Industries hat er aufgegeben, rund zehn Millionen Dollar Sponsorengelder hat er für sich und seine sieben Mitarbeiter eingeworben. Sein jüngster, unvollendeter Prototyp ist das weiße Ufo, er nennt es X-Hawk.

Geht es nach dem Willen seines Erfinders, soll der X-Hawk ab 2010 einsatzbereit sein. Gemeinsam mit dem US-Helikopterhersteller Bell entwickelt Yoeli eine militärische Version für die amerikanische Air Force. Mit Stat MedEvac, einem der größten Luftambulanzunternehmen der USA, entwirft er ein Modell, das für Rettungseinsätze taugt. Ein Kunde habe sich schon gemeldet: Herzliya Medical Centers, ein privates Krankenhaus in Israel.

„Aber der X-Hawk wird auch für private Zwecke zu haben sein“, sagt Yoeli mit leuchtenden Augen. „Dieses Modell wird dann sexier aussehen, mit Düsentriebwerken und ungefähr so groß wie ein Auto.“ Eine Spritztour in den Himmel wird allerdings teuer: „Der X-Hawk wird in der Anfangsphase etwa so viel kosten wie ein Helikopter, also rund sechs Millionen Dollar.“

Chefingenieur Mike Turgeman soll das revolutionäre Gefährt vorführen. Der bullige Mann lässt ein zierliches X-Hawk-Modell in die Luft steigen, es ist 75 Zentimeter lang, batteriebetrieben und per Fernbedienung zu steuern. Im Halbkreis surrt es auf Yoeli zu und stupst ihn an die Brust. Beinahe zärtlich schiebt er es zur Seite. „Wer sich in der Flugbranche auskennt, der kann kaum glauben, wie stabil es fliegt“, sagt er strahlend.

Der X-Hawk funktioniert im Prinzip ähnlich wie ein Hubschrauber: Kreisende Rotorblätter sorgen für den Auftrieb, doch sitzen sie im Innern des Fahrzeugs. An den Rotorschächten befinden sich bewegliche Leitschaufeln, die den Luftstrom lenken. Zwei Propeller sitzen zudem am Heck in je einem schützenden Gehäuse. So lässt sich das Gerät so präzise navigieren, dass es selbst bei starken Böen stabil in der Luft bleibt. Im Gegensatz zum Hubschrauber kann es seitwärts fliegen, ohne um die eigene Achse zu kippen. Seine maximale Fluggeschwindigkeit soll 250 Stundenkilometer betragen.

Am Flugsimulator gleich neben dem Empfang können potentielle Investoren und Geschäftspartner die Flugeigenschaften des X-Hawk bereits testen. Am Steuerknüppel entsteht rasch der Eindruck, das Ding sei idiotensicher.

Angefangen hatte alles mit dem Hummingbird, der gelb-schwarzen Flugschüssel im Foyer. Immerhin: Der „Kolibri“ hob ab – doch in der Luft taumelte er bedrohlich.

Yoeli gab nicht auf: Umgehend machte er sich an den Nachfolger, das blassgrüne Seifenkisten-Auto Cityhawk. Es besteht aus zwei zusammengesetzten Hummingbirds, ergänzt durch das patentierte Leitschaufelsystem, das die Steuerung erleichtern soll.

Zwei Jahre lang bastelte Yoeli daran; und weil er noch keine eigene Werkstatt besaß, schraubte er daheim im Wohnzimmer. Als er fertig war, durchbrach er kurzerhand die Außenwand seiner Wohnung. Anders hätte er das Ungetüm nicht ins Freie schaffen können. Der Cityhawk enttäuschte ihn nicht: In zehn Testflügen bewährte sich das Leitschaufelsystem.

Noch allerdings gilt es mehr als nur technische Schwierigkeiten zu lösen. Auch rechtlich ist noch völlig unklar, wie der kollisionsfreie Verkehr von Flugautos im Luftraum über den Großstädten geregelt werden soll.

Aber Yoeli ist kein Mensch, der sich von derlei Lappalien abschrecken lässt. „Wir bauen hier ein neuartiges Fluggerät, für das wir eine Lizenz kriegen werden“, sagt er und schiebt trotzig die Unterlippe vor. „Deshalb können wir auch mit gutem Recht behaupten, dass wir eine Revolution starten.“

SAMIHA SHAFY

KLASSIK

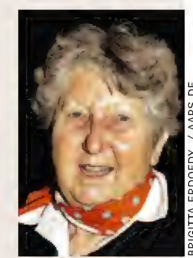
Misstöne um Orff-Erbe



UNIMEDIA INTERNATIONAL / THOMAS & THOMAS

Szenische Aufführung der „Carmina Burana“ (in Paris 2005)

Die 24 mittelalterlichen Vagantenlieder aus dem Kloster Benediktbeuern, die „Carmina Burana“, sind in der Vertonung des Bajuwaren Carl Orff (1895 bis 1982) ein Everseller. Die Kantate von 1937 wirft nach Insider-Schätzung Jahr für Jahr an die 750 000 Euro Tantiemen ab; die teilen sich vor allem die Orff-Witwe Liselotte, die vom Komponisten verfügte und 1984 gegründete Carl Orff-Stiftung und der Mainzer Verlag Schott Music. Jahrelang herrschte Eintracht unter den Kassierern. Doch nun ist die Harmonie dahin. Die Turbulenzen begannen, nachdem die 77-jährige Witwe als Vorstandsvorsitzende eine „neue Struktur“ der Stiftung angekündigt hatte. Im Februar traf sie sich unter anderem mit dem Schott-Verleger Peter Hanser-Strecker. Kuratoriumsmitglied Franz Xaver Ohnesorg, Intendant des Klavier-Festivals Ruhr, hatte danach den Eindruck, so schrieb er an Vertraute, dass es bei dem Treffen „zu übereilten Festlegungen“ und zur Unterzeichnung eines „im Kuratorium nicht beratenen erweiterten Verlagsvertrages“ gekommen sei, die die Nutzung der Orffschen Werke in Neuen Medien beträfen – wohl zugunsten des Verlages. Nun wurde es turbulent. Der verdächtigte Verleger Hanser-Strecker sprach von „gravierenden Falschdarstellungen“. Nicht lange, da wurde Ohnesorg von der Witwe als Kuratoriumsmitglied abberufen; sie wolle „kein Zerwürfnis und keine Auseinandersetzung“ mit dem Verlag. Zum 30. Juni kündigte sie Dorothe Fleege, der langjährigen Geschäftsführerin der Stiftung. Danach schmissen Vorstand Wolfgang Hartmann und die Kuratoriumsmitglieder Christoph Poppen und Hellmuth Matiasek hin.



BRIGITTA ERDOEDY / AAPS.DE

Orff-Witwe Liselotte

MUSEEN

„Akte mit Takt“



KAI JÜNEMANN

Henri Loyrette, 55, Direktor des Pariser Louvre, über die geplante Dependance in Abu Dhabi, der das Museum Leihgaben und Know-how liefert – für 400 Millionen Dollar

SPIEGEL: Monsieur Loyrette, das französische Parlament hat das Projekt Louvre Abu Dhabi gerade durchgewinkt, doch manche Ihrer Kollegen wie der ehemalige Direktor des Musée Picasso, Jean Clair, beklagen das als den „Tod des öffentlichen Museums“. Stört Sie das?

Loyrette: Nein. Ich habe aus aller Welt äußerst positive und enthusiastische Reaktionen auf das Projekt in den Vereinigten Arabischen Emiraten gehört. Einige wenige haben Bedenken vorgebracht, oft voller Nostalgie für das, was Museen in ihrer Jugend waren. Wir sind im 21. Jahrhundert, und daher muss ein Museum, wie Emile Zola sagt, „mit seiner Epoche in Einklang stehen“.

SPIEGEL: Wenn eine Stadt wie Abu Dhabi gegen viel Geld das Recht am Namen Louvre erwirbt, wird Ihr Haus dann nicht zum Markenartikel wie Lacoste oder Louis Vuitton?

Loyrette: Überhaupt nicht. Dass der Name des Louvre auf 30 Jahre mit dem Nationalmuseum von Abu Dhabi verbunden sein wird, symbolisiert seine universelle Rolle. Es ist ein Beitrag zum Dialog der Zivilisationen – und für die arabische Welt ein außergewöhnlicher Fortschritt. Wir vermitteln hierbei unserem Partner alle unsere Kompetenzen bei Verwaltung, Restaurierung, Konservierung oder Museumspädagogik.

SPIEGEL: Zur Identität Europas gehören auch Aktmalerei und christliche Motive. Werden in Abu Dhabi Besucher überhaupt derartige Kunstwerke betrachten können?

Loyrette: Es gibt keine Verbote bei der Auswahl der Werke, die wir den Vereinigten Arabischen Emiraten vorschlagen werden, wir werden Akte oder christliche Motive zeigen. Gewiss wird das wohlüberlegt und taktvoll geschehen: Der Respekt vor einer anderen Kultur bedingt den Respekt vor Glauben, Traditionen und Gebräuchen.



AFP

Modell des Louvre Abu Dhabi



BROCKDORFF / ULLSTEIN BILD



FÖRDERVEREIN BERLINER SCHLOSS E.V. / ELDACO, ROSTOCK / DDP

BERLINER SCHLOSS

Der Kampf geht weiter

Schmitz, Schloss-Neubau (Computermodell)

Jahrelang dauerte die Debatte um den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses, doch selbst nach Entscheidungen von Bundestag und Bundesregierung endet die Auseinandersetzung nicht. Nun wird um einen würdigen Ausschreibungstext für den Realisierungswettbewerb zum Schlossneubau gerungen, der vom Bundesbauministerium vorgelegt werden muss. Die Befürworter eines teilweise originalgetreuen Wiederaufbaus fürchten eine schleichende Aushöhlung der entsprechenden Bundestagsbeschlüsse – und kritisieren deshalb den vom Bauministerium vorgelegten 88-seitigen Entwurf für den Ausschreibungstext zum sogenannten „Humboldt-Forum Berlin/Stadtschloss“. Das vorliegende Papier, so Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD), sei „dem Anlass nicht angemessen“, ihm sei nicht anzumerken, dass es sich hier um ein „exzeptionelles Projekt“ handle, um „Geschichte wiederzugewinnen“. Zudem warnt er davor, bekennende Gegner des Projekts in die Jury zu berufen. Ähnlich kritisch äußert sich Berlins Kulturstaatssekretär André Schmitz in einem Brief an das Bundesbauministerium. Schmitz mahnt – wie Thierse – die „Umsetzung der Beschlüsse des Bundestages zur Rekonstruktion von drei historischen Fassaden“ an. Thierse will sich nun an der Formulierung des Wettbewerbstextes beteiligen. Das Ministerium erklärt zu den Vorwürfen, man werde sich an die Beschlüsse halten, der Text sei lediglich ein Entwurf.

Kino in Kürze

„Postal“ beschreibt einen Tag im Leben eines Durchschnittsamerikaners (Zack Ward), der Amok läuft. Offenkundig als geschmackloseste Satire aller Zeiten konzipiert, bricht der Film freudig jedes Tabu, das Autor und Regisseur Uwe Boll eingefallen ist, sei es mit der Darstellung eines Massenmords an Kindern, derben Späßen über den 11. September oder der Vergewaltigung eines Kleinwüchsigen durch eine Horde Affen. Einiges hat durchaus Witz, aber das Ganze wirkt so angestrengt skandalös, dass es schon wieder langweilig wird.



KINOSTAR FILMVERLEIH

Szene aus „Postal“

„Die drei Räuber“. 1963 erschien das gleichnamige Bilderbuch des französischen Illustrators Tomi Ungerer. Jetzt kommt der Klassiker (Regie: Hayo Freitag) erstmals in die Kinos. Nach dem Tod ihrer Eltern muss die kleine Tiffany in ein Kinderheim, das von einer bösen, alten Vorsteherin geleitet wird. Doch die Kutsche, die sie hinbringen soll, wird von den drei Räubern überfallen. Ihr Glück, denn die bösen Räuber mit Pfefferblasebalg und Donnerbüchse sind in diesem liebevoll erzählten Märchen die wahrhaft guten Menschen. Selten wurde eine Räubergeschichte so charmant und amüsant erzählt.

„Enttarnt“ rekonstruiert die internen Ermittlungen beim FBI, die im Februar 2001 zur Festnahme des Doppelagenten Robert Hanssen führten. Hanssen hatte in einem Zeitraum von mehr als 20 Jahren Geheimnisse der amerikanischen Regierung nach Moskau weitergegeben. Oscar-Preisträger Chris Cooper („Adaption“) spielt Hanssen als abgrundtief misstrauischen, erzkatholischen Misanthropen, dessen Hybris ihm zum Verhängnis wird – er hat einen jungen Kollegen (Ryan Phillippe) unterschätzt, der Beweise gegen ihn sammelt. Obwohl das Ende dieses Polit-Thrillers den meisten Zuschauern bekannt sein dürfte, gelingen Regisseur Billy Ray eindrucksvoll spannende Szenen. Das Leben des echten Robert Hanssen ist dagegen mittlerweile deutlich weniger aufregend: Er sitzt in einer Einzelzelle im Hochsicherheitsgefängnis von Florence, Colorado – lebenslänglich.

KOMMENTAR

Justiz schreibt mit

Spektakulärer und verhängnisvoller konnte die Justiz nicht hineinfunken in den Literaturbetrieb als mit diesem Urteil: Maxim Billers Roman „Esra“ bleibt verboten. Und nun gelten neue Regeln in der deutschen Literatur. Lektoren werden genauer lesen, Verleger werden Eingriffe verlangen, das Material lebensnaher Ereignisse wird vom Autor mit Kunstgriffen behandelt werden müssen, nur um möglichen Klagen zuvorzukommen. Die Justiz schreibt mit.

Der Fall: Maxim Biller hat in „Esra“, das zu seinen besseren Büchern gehört, eine gescheiterte Liebe verarbeitet, und er hat es drastisch getan und sicher nicht ohne Vergeltungsabsicht – Autoren sind von vielen Gefühlen getrieben, und Rache ist durchaus ein Antrieb.

In Billers Fall rächten sich die betroffenen, in der Öffentlichkeit wenig bekannten Frauen nicht mit eigenen Büchern, sondern sie klagten, und sie erreichten ein Druckverbot. Sie werden nun, nach der höchstrichterlichen Entscheidung aus Karlsruhe, noch zivile Schadensersatzansprüche geltend machen können. Interessant an den Rezensenten im Talar sind die Unterscheidungen, die sie treffen. Die im Buch geschilderte Mutter genießt offenbar geringeren Persönlichkeitsschutz als die Tochter. Denn die ihr geltenden Passagen bleiben unbeanstandet. In den Textstellen, die sich auf die Tochter beziehen, sind es besonders die sexuellen, die inkriminiert werden. Es ist ein absurder juristischer Rezensentenbetrieb, der sich dort ankündigt, einer, der nicht von allen mitgetragen wurde: In Minderheitsvoten sprachen sich drei der acht Richter gegen den Eingriff in die gestalterische Kunstfreiheit aus: Kunst, so argumentieren sie, lebe nun einmal von Anlehnungen an die Wirklichkeit und stehe immer in Gefahr, dass sich Personen wiedererkennen, müsse also einen kunstspezifischen Schutzraum beanspruchen können. Es ist zu hoffen, dass sich diese Einsicht in der künftigen Rechtspraxis durchsetzt. Sonst hätte wohl der Roman „Buddenbrooks“ von Nobelpreisträger Thomas Mann nie erscheinen dürfen.

Matthias Matussek



JOHANNES EISELE / DDP

Biller

KUNST

Ende einer Partnerschaft

Die Deutsche Bank besitzt mit über 50 000 Werken eine der größten Firmen-Kunstsammlungen der Welt. Zuständig war seit etwa 20 Jahren Ariane Grigoteit, in dieser Funktion eine umschwärmte Instanz auf dem Kunstmarkt. „Vom Glück langer Partnerschaften“ schrieb Grigoteit kürzlich in einem Katalogbeitrag – wenngleich sie da die Kooperation der Bank mit dem Guggenheim Museum meinte. Nun verzichtet der Konzern überraschend auf die Mitarbeit von Grigoteit. Insider sagen, die Überschreitung von Budgets und eine Beschwerde ihres Teams beim Betriebsrat wegen fragwürdiger Personalführung seien der Grund. Grigoteit war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Ein Sprecher der Bank betonte, zu Personalangelegenheiten äußere sich das Haus nicht. Ähnlich wortkarg reagierte er auf andere Gerüchte, wonach ein nennenswerter Teil der Sammlung abgestoßen werden solle. „Das wird auf absehbare Zeit nicht geschehen“, so das Dementi. Dass kleine Stückzahlen verkauft würden, sei normal, „eine Sammlung muss atmen können“. Treffen mit Vertretern des Auktionshauses Sotheby’s räumt die Bank ein, sie hätten aber nur dem Zweck gedient, eine sachkundige Meinung zur Sammlung einzuholen. Überlegungen, wie man mit der Kollektion strategisch umgehen soll, gibt es also. Deren Wert dürfte sich auf einen dreistelligen Millionenbetrag belaufen. Für das Image der Bank wäre ein Verkauf desaströs. Vergangene Woche nutzten Einkäufer des Geldhauses die Gelegenheit, auf der Londoner Messe „Frieze“ neue Kunst zu erwerben – und gaben das demonstrativ in einer Pressemitteilung bekannt. Gesprächsthema auf der Messe aber war: die Personalie Grigoteit.



TIM WEGNER / LAIF

Grigoteit

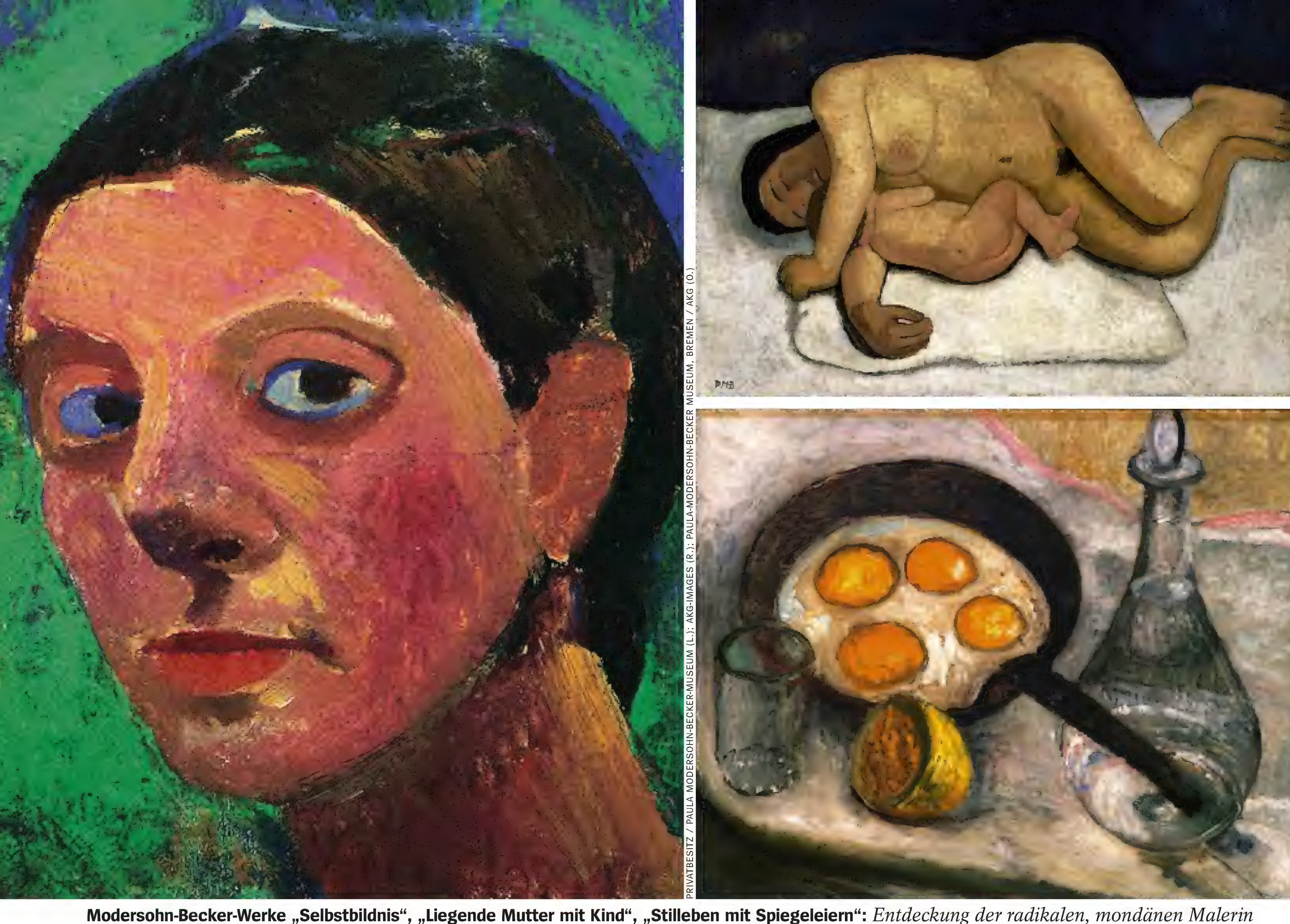
LITERATUR

Wie leben?

In der Schublade des alternden, aber immer noch einflussreichen New Yorker Intellektuellen Murray Thwaite liegt ein halbfertiges Traktat mit dem Titel „Wie man leben sollte“. Thwaites gesammelte Lebensweisheit soll das Werk dereinst enthalten – und seinen Ruhm für immer festigen. Dass es mit Thwaites Erkenntnissen nicht so weit her ist, suggeriert die US-Autorin Claire Messud, die den selbstverliebten Wichtigtuer erfunden hat, mit sanft-bissiger Lust. Messud, 41, ist viel zu klug, um den Menschen vorschreiben zu wollen, wie sie leben sollten. Sie schaut ihnen lieber beim Leben zu. In „Des Kaisers Kinder“, einem eleganten Gruppenporträt, das der Autorin in ihrer Heimat nicht nur bei der Kritik, sondern auch beim Lesepublikum den Durchbruch beschert hat, zeichnet sie ein knappes Jahr im Leben dreier Freunde um die Dreißig nach. Seit der Universität bilden Marina, Danielle und Julius eine unzertrennliche Clique. Sie verkehren in der New Yorker Kulturszene und haben das Gefühl gepflegt, zu Wichtigerem als nur einem Durchschnittsleben berufen zu sein. Doch jetzt müssen sie sich unter Mühen von dieser jugendlichen Selbstwahrnehmung verabschieden: Die Welt bringt ihnen bei, dass sie nichts Besonderes sind. Sie erfahren Scheitern und Leid und erleben den Schock des 11. September 2001. Sie werden erwachsen.

Über dem Trio thront eben jener Murray Thwaite, der Marinas Vater und Danielles Geliebter ist, Vorbild und Abschreckung zugleich – der mächtige Kaiser des Buchtitels. Er regiert das Gesellschaftsstück von Claire Messud, und auch wenn er keine Antwort zu bieten hat: „Wie man leben sollte“ ist eine Frage, der sich alle Figuren dieses Romans widerstrebend stellen müssen.

Claire Messud: „Des Kaisers Kinder“. Aus dem Amerikanischen von Sabine Hübner. Deutsche Verlags-Anstalt, München; 544 Seiten; 24,95 Euro.



Modersohn-Becker-Werke „Selbstbildnis“, „Liegende Mutter mit Kind“, „Stilleben mit Spiegeleiern“: *Entdeckung der radikalen, mondänen Malerin*

KUNST

Vorstoß ins Glühende

Zu ihren Lebzeiten verdammte ein Kritiker ihre Werke als „groben Unfug“, die Anerkennung kam erst nach ihrem frühen Tod vor 100 Jahren: Bleibt die Frage, warum Paula Modersohn-Becker als weibliche Berühmtheit in der deutschen Kunstgeschichte bis heute eine Ausnahme ist.

Sie hatte noch „Wie schade“ gesagt, das waren ihre letzten Worte, vor 100 Jahren, am 20. November 1907. Doch es war nicht einfach nur „schade“. Es war eine Tragödie: mit 31 Jahren zu sterben, ohne je eine Bestätigung dafür bekommen zu haben, etwas Großartiges, Revolutionäres geleistet zu haben.

Paula Modersohn-Becker hatte zwar geahnt, dass sie einmal „etwas werden“ würde, dass „bald die Zeit kommt, wo ich mich nicht zu schämen brauche“. Doch dass sie mit dieser Einschätzung recht behielt, sollte sie nicht mehr erfahren.

Modersohn-Becker ist eine der ganz wenigen Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts, die wirklich berühmt wurden. Dennoch wurde sie immer wieder unterschätzt, auch von ihren wohlmeinenden Interpreten. Die sahen in ihr jahrzehntelang die Bauernmalerin aus Worpswede. Später vereinnahmten sie die frühen Feministinnen als ihre Ikone – wohl auch wegen ihres schnittigen Doppelnamens.

Es war schon lange Zeit, mit ein paar Vorurteilen aufzuräumen. Nun gibt es den Anlass.

Pünktlich zu ihrem 100. Todestag präsentieren Museen und Historiker eine neue Paula Modersohn-Becker*. Etliche Biografien sind erschienen, gerade laufen mehrere große Ausstellungen an. Alle sehen in der Malerin das Jahrhundertgenie. Mit der Modernität ihrer Werke war sie vielen Künstlern in Deutschland tatsächlich 10, 20 Jahre voraus.

Die Bremer Kunsthalle ist eines der wenigen Museen, das die Werke der Künstlerin schon zu ihren Lebzeiten zeigte. Allerdings zog die junge Malerin 1899 ihre Arbeiten zurück, nachdem ein älterer Kollege ihre Bilder in einem Zeitungsverriss als

* Ausstellungen: Kunsthalle Bremen, Paula Modersohn-Becker Museum in Bremen, Landesmuseum Hannover. Alle bis 24. Februar 2008.
Kataloge: Heide Grape-Albers (Deutscher Kunstverlag), Anne Buschhoff, Wulf Herzogenrath (Hirmer), Rainer Stamm (Hirmer).
Biografien: Renate Berger (Lübbe), Barbara Beuys (Hanser), Kerstin Decker (Propyläen), Christa Murken (Dumont), Rainer Stamm (Reclam), Charlotte Ueckert (Rowohlt).

„groben Unfug“ angeprangert hatte. Jetzt, mehr als hundert Jahre später, ehrt das Haus sie mit der Schau „Paula in Paris“ – und erkennt sie als „Wegbereiterin einer radikal modernen Bildsprache“. Mindestens 150 000 Besucher erhofft man sich.

Die Malerin und ihre Kunst bieten reichlich Stoff für die Schauen und Bücher. Ungeheuerlich genug für damalige Verhältnisse, dass sie – im Jahr 1898 – einer Künstlerkommune beitrat, in Worpswede im Teufelsmoor bei Bremen, wo sich der Dichter Rainer Maria Rilke völlig in sie vernarrte und sie von nun an in seinen Gedichten anbetete.

Doch Worpswede reichte ihr nicht. Sie wollte mehr sehen, als die weltabgewandten Landschaftsmaler in der Einöde es taten.

Bereits an dem Tag, an dem sie zu den Freunden in die ländliche Kolonie im norddeutschen Tiefmoor zog, träumte sie von Frankreich. „Ich genieße mein Leben mit jedem Atemzug, und in der Ferne glüht, leuchtet Paris“, schrieb sie in einem Brief. Zwei Jahre später reiste sie erstmals für einige Monate in die französische Hauptstadt.

Es ist vor allem diese Pariser Paula, die jetzt entdeckt wird, die radikale, kosmopolitische, mondäne, lebenslustige Frau, die alle erdenklichen Verstöße gegen die Tradition geradezu als ihre Künstlerpflicht verstand. Der Paula-Modersohn-Becker-Experte Rainer Stamm bezeichnet sie in seiner jetzt erschienenen Biografie als moderne Malerin, die sich auf die Suche nach dem „großen Einfachen“ gemacht habe.

In Paris, der Hauptstadt der Avantgarde, sah sie in den Kunsthandlungen neue Stile, von denen andere deutsche Künstler, wenn überhaupt, nur vom Hörensagen erfuhren. Sie traf Auguste Rodin und, noch wichtiger für sie, Paul Cézanne. Dessen Kunst hatte sie schon vorher elektrisiert, „ein Gewitter“, „ein Ereignis“.

Paula Modersohn-Becker habe sich zwar gerade von den großen Franzosen der nachimpressionistischen Epoche inspirieren lassen, aber „dann machte sie immer etwas ganz Eigenes daraus“, sagt Anne Buschhoff, die für die Schau in der Bremer Kunsthalle verantwortlich ist. Dort hängen die Bilder jetzt neben Cézannes, Gauguins, van Goghs – und sind mindestens so intensiv, so imponierend.

Modersohn-Becker entschied mit großer Selbstsicherheit, was für sie als Vorbild taugte und was nicht. Umstrittene und auch unbekannte Künstler waren darunter, und sie konnte sich ebenso für den Naturalismus altägyptischer Mumienporträts aus dem Louvre begeistern.

Sie erkannte die Bedeutung der „Sonnenblumen“ von van Gogh, der Landschaften eines Félix Vallotton und der Stillleben eines Cézanne. Doch all diese Werke waren für sie nur ein Ausgangspunkt, sie entwickelte erstaunlich rasch einen eigenen Stil. Dabei konzentrierte sie sich auf das Wesentliche: klare Formen, wenige Farben, Verzicht aufs Idealisierende, gar Schwärmerische. Bei ihr deutete sich schon früh der Kubismus an, mit dem dann Picasso um 1907 Aufsehen erregen sollte.



PAULA-MODERSOHN-BECKER STIFTUNG, BREMEN

Malerin Modersohn-Becker mit Ehemann Otto (1901): *Mutter werden, Künstlerin bleiben*

Paul Gauguin porträtierte Frauen in bretonischen Trachten und nackte Südseeschönheiten. Paula Modersohn-Becker hielt sich an Bauern des Moordorfes – und auch an den eigenen Körper als Modell. Gerade darin zeigte sich ihre künstlerische Revolte: Sie war die allererste Frau der Kunstgeschichte, die Aktbilder von sich selbst malte. Es war Frauen nur in privaten Pariser Malerschulen möglich, das Aktzeichnen überhaupt zu lernen. Doch weil Paula Modersohn-Becker zu Lebzeiten kaum jemandem ihre Bilder zeigte, blieb ihr Mut ein Geheimnis.

Diese Inszenierung des eigenen Körpers und der eigenen Intimität machten dann viele Künstlerinnen des 20. Jahrhunderts zu ihrem Programm. Der Mythos aber, der Modersohn-Becker bald nach ihrem Tod wurde, hat sich in Deutschland nicht wiederholt. Keiner anderen Künstlerin gelang es, so bekannt zu werden.

Die Kunstgeschichte des 20. Jahrhunderts, die der Nach-Paula-Modersohn-Becker-Zeit, liest sich kurioserweise wie die Geschichte der Vor-Paula-Modersohn-Becker-Zeit, als Chronologie der ungleich verteilten Chancen.

In die Avantgarde-Kunsthochschule Bauhaus schrieben sich in den zwanziger Jahre so viele Frauen ein, dass sich Bauhaus-Chef Walter Gropius gezwungen fühlte, das „zahlenmäßig zu stark vertretene weibliche Geschlecht“ wieder loszuwerden. Schließlich wollte er nicht den Ruf seiner Akademie gefährden.

In der Malerei rückten in der Nachkriegszeit die expressiven Abstrakten, später die Jungen Wilden der siebziger Jahre nach vorn. Seit ein paar Jahren strahlen die Stars der Leipziger Schule. Aber Frauen? Fehlanzeige. Weil die Mehrzahl der Kunststudenten heute zwar weiblich, der Erfolg am Markt aber immer noch männlich ist, sprach das Kunstmagazin „Art“ von der „Lüge Emanzipation“.

In den vergangenen vier Jahrzehnten haben die Deutschen nur sechs Frauen auf die Biennale nach Venedig geschickt, vier von ihnen gemeinsam mit Männern. Und auch die Briten haben, seit sie in den Achtzigern erstmals ihren Turner Prize verliehen, nur drei Frauen ausgezeichnet.

Das Phänomen ist eben ein weltweites: Im „Kunstkompass“ des Magazins „Capital“ hat sich in den vergangenen zehn Jah-

ren nicht viel bewegt, in der Liste der 100 international erfolgreichsten Gegenwartskünstler tauchen inzwischen immerhin 25 statt 20 Frauennamen auf, die meisten aber auf den hinteren Plätzen.

Die Beweiskette ließe sich endlos verlängern, bis zu den aktuellen Londoner Auktionen für Gegenwartskunst, wo sich Werke von Künstlerinnen kaum finden lassen.

Fragt man den deutschen Malerfürsten Georg Baselitz, einen Protagonisten der Siebziger-Jahre-Wilden, welche Frauen in der Kunst weltweit bedeutsam seien, fallen ihm Modersohn-Becker und die Mexikanerin Frida Kahlo (1907 bis 1954) ein. Wenn man Baselitz weiter fragt, warum die Ausbeute so gering ist, behauptet er unverblümt, dass das „Destruktive, das Brutale, das man braucht, um sich als Maler durchzusetzen, Frauen nicht liegt".

Die Berliner Kunsthistorikerin Alma-Elisa Kittner dagegen sagt: „Der Heldenmythos in der Kunst wurde über Jahrhunderte auf Männer angewandt, das wirkt bis heute nach."

Die deutsche, in New York lebende Künstlerin Josephine Meckseper ist international erfolgreich; doch auch sie bestätigt die Schwierigkeiten und empfiehlt Ausdauer (siehe Interview).

Bleibt in Deutschland also Paula Modersohn-Becker, die in dieser Hinsicht tatsächlich nur mit Frida Kahlo vergleichbar ist – und die von sich aus fast gar nichts versuchte, um in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden, die einfach nur rauschhaft malte. Schon Paulas Freundin, die Bildhauerin und Rilke-Gattin Clara Westhoff, gehört zu den Vergessenen.

Warum Modersohn-Becker übrig blieb als die eine unter vielen begabten Frauen ihrer Zeit, das wird sich so genau nie rekonstruieren lassen. Ihre Briefe und Tagebücher, voller Lebensfreude einerseits und dunkler Ahnungen andererseits, wurden bereits 1917 veröffentlicht und dürften dazu beigetragen haben, aus der unbekannten, verstorbenen Malerin eine lebendige, schließlich fast vertraute Legende zu machen. Hinzu kommt inzwischen die Einsicht, dass ihre Bilder über alle Wendungen des Zeitgeistes hinweg Bestand haben.

Paula Modersohn-Becker brachte allerdings auch bessere Voraussetzungen mit als die meisten anderen Frauen damals. Die Eltern waren ihr zugewandt, aber auch fordernd und kritisch. So wuchs Paula Becker, 1876 in Dresden geboren, unter dem Eindruck auf, dass das Beste gerade gut genug sei.

Ihr Vater arbeitete als Ingenieur und Eisenbahnfachmann. Seiner Familie haftete ein Makel an: Sein Bruder hatte im revolutionären Überschwang 1861 versucht, den preußischen König zu ermorden.

Die Familie versuchte ein Leben lang, diesen Makel zu tilgen. Den Druck, unter dem der Vater stand, gab er an die Tochter weiter. Das spornte sie an – und es hemmte sie zugleich. Sie scheute sich, die Werke zu zeigen.

Ihren ersten Zeichenunterricht erhielt sie, als sie eine Zeitlang bei einer Tante in London lebte. Ihr Vater schrieb ihr: „Bei der anstrengenden Arbeit, den der Kampf ums Dasein mit sich bringt, muss jedes Mädchen danach streben, sich zur Not selbständig zu machen."

Und die Mutter fügte in einem späteren Brief an: „Es wäre mir die größte Freude, wenn Du wirklich etwas erreichtest, etwas mehr als das bisschen Pfuscherei, das alle Mädchen betreiben." Paula Becker besuchte später Malschulen in Berlin und Paris, und bei allem Stolz auf den künstlerischen Ehrgeiz der Tochter empfanden die Eltern deren Hervorbringungen als „Klecksen".

Dass es nur wenige Frauen schafften, aus der Malerei einen Beruf zu machen, irritierte Paula Becker nicht. Sie war unendlich neugierig auf das, was ihr die Kunst zu bieten hatte. Zu den größten Herausforderungen damals gehörte es, den Körper aus moderner Sicht neu zu entdecken, ihn endgültig von der klassizistischen, fast statuenhaften Kühle zu befreien.

In Paris besuchte die angehende Malerin auch Anatomiekurse, die eigentlich für ihre männlichen Kollegen angeboten wurden. Dort immerhin konnte sie ein Knie einmal länger studieren, auch wenn es nur das einer Leiche war: „So etwas wird uns Mädeln nirgendswo sonst so geboten wie hier."

Zu den wenigen Frauen, die offensiv auf die gleichen Rechte pochten wie die Männer, suchte sie eher sporadisch Kontakt; die lebten dann meist in Berlin und trugen Hosen. „Die modernen Frauen haben eine mitleidige höhnische Art, von den Männern zu sprechen wie von gierigen Kindern. Das bringt mich dann gleich auf die männliche Seite", vermerkte sie.

Sie selbst kleidete sich betont weiblich, trug gern weiße Kleider, behängte sich mit Korallen- oder Bernsteinketten. Sie ver-

„Die Frau ist schwierig"

Die in New York lebende Künstlerin Josephine Meckseper über die Benachteiligung der Frauen in der Kunst und den Weg zum Erfolg

Meckseper, 43, wuchs in Worpswede auf. Ihre Fotos, auf denen sie sich über Wahlwerbung lustig macht, ihre Filme und auch ihre Schaukästen zum Thema Konsum sind international bekannt.

SPIEGEL: Frau Meckseper, bei einem Blick auf Ranglisten, Auktionsergebnisse und Ausstellungskalender wird klar: Frauen bekommen in der Kunstwelt weniger Aufmerksamkeit und Geld als die Männer. Warum scheint das niemanden aufzuregen in der sonst so aufgeschlossenen Kunstszene?

Meckseper: Unter den Künstlern wird schon darüber gesprochen, und auf akademischen Veranstaltungen wird immer wieder darüber diskutiert. Doch gerade in New York ist das wichtigste Thema der Marktwert. Im Vergleich dazu ist die Gleichberechtigung als Gesprächsstoff tatsächlich eher ein Tabu.

SPIEGEL: Aber keiner würde das Problem grundsätzlich abstreiten?

Meckseper: Es ist ja eine Realität. Es gibt entsprechende Statistiken: An den hiesigen Kunsthochschulen sind über 50 Prozent der Studenten Frauen. In den großen New Yor-



Meckseper in ihrem Studio



BANCO DE MEXICO, D. RIVERA & F. KAHLO MUSEUMS TRUST./VG BILDK., BONN 2007



B. SCHMIDT/VG BILDKUNST, BONN 2007 (U.); CINDY SHERMAN (L.)

Selbstbildnisse von Kahlo und Sherman (1944, 1993): *Heldenmythos nur für Männer*

suchte, sie selbst zu sein, als wäre alles andere Zeitverschwendung.

„Ich weiß, ich werde nicht sehr lange leben. Aber ist das denn traurig? Ist ein Fest schöner, weil es länger ist? Und mein Leben ist ein Fest, ein kurzes intensives Fest“, schrieb sie mit 24 Jahren in ihrer kraftvollen, überschwänglichen, symbolistischen Sprache. „Und wenn ich drei gute Bilder gemalt habe, dann will ich gern scheiden mit Blumen in den Händen und im Haar.“

Mit 25 hatte sie 1901 den Worpsweder Landschaftsmaler Otto Modersohn geheiratet, der ein Jahr zuvor Witwer geworden war und eine kleine Tochter mit in die Ehe brachte. Glücklich waren die beiden nicht.

Modersohn unterstützte seine Frau zwar in ihrer Malerei. In Briefen aus späteren Ehejahren beklagte sich Paula Modersohn-Becker aber darüber, dass ihr Mann sie fünf Jahre lang nicht „zu seiner Frau“ gemacht habe. Zerknirscht räumte Otto Modersohn ein, dass „der Mangel an wahrem Liebesgenuss ein großer Defekt unserer Ehe“ war, und schob es auf „meine Nerven“.

„Es ist so merkwürdig, ich freue mich fast jedes Mal, wenn Otto und ich getrennt sind“, schrieb Paula Modersohn-Becker. Er kämpfte mit Briefen um sie, sie bat von Paris aus um die endgültige Trennung. Doch sie war von ihrem Mann finanziell abhängig. Und wieder mischten sich die Eltern ein, nun aber forderten sie: Eine Frau gehöre an die Seite ihres Mannes.

Also kehrte sie aus Paris nach Worpswede zurück – und wurde schwanger. Sie arbeitete wie besessen weiter. Entschieden warnte sie ihre Schwester: „Auch schreibe mir nie wieder eine Postkarte mit ‚Windeln‘ oder ‚froher Nachricht‘. Du weißt ja, ich bin eine Seele, die am liebsten die anderen Leute nicht wissen lässt, dass sie sich mit Windeln beschäftigt.“ Sie wollte Mutter werden und Künstlerin bleiben.

Am 2. November 1907 wurde ihre Tochter geboren, 18 Tage später starb Paula Modersohn-Becker an einer Embolie.

Wenig später breiteten Freunde die Werke der Verstorbenen in einer Turnhalle aus. Sie sahen erstmals die großen Pariser Akte und die Blumenstillleben, die Bilder mit den kleinen, früh erwachsenen Kindern und die Selbstporträts, aus denen Paula Modersohn-Becker forschend herausblickte. Damit hatten sie nicht gerechnet.

„Da folgte Überraschung der Überraschung“, berichtete einer der anwesenden Freunde: „Ein Lebenswerk voll unerhörten Reichtums der Ansätze, der Überwindungen und Siege breitete sich vor uns aus“ – ein „heroischer Vorstoß ins Unbekannte“.

Paula Modersohn-Becker überschritt in der Malerei viele Grenzen, wagte aber gerade mit ihren extremen Bildern nicht den Schritt an die Öffentlichkeit. Wahrscheinlich hätten die Neider und Besserwisser sie auch für verrückt erklärt.

Mit ihrem Tod war plötzlich alles möglich, Ausstellungen, Monografien, breite Anerkennung.

Doch eine andere Ironie der Geschichte bleibt bestehen: dass sich seit ihrem Sterbejahr 1907 für alle anderen Frauen in der Kunst nicht wirklich viel getan hat.

Susanne Beyer, Ulrike Knöfel

ker Galerien liegt der Anteil der Frauen aber nur zwischen 10 und 20 Prozent. Zählen Sie alle wirklich international erfolgreichen amerikanischen Künstler zusammen, sind es dann nur noch erschreckend wenig Namen von Frauen.

SPIEGEL: Wie lässt sich das erklären?

Meckseper: Die lange Geschichte der Benachteiligung lässt sich offenbar nicht mit einem Schlag beenden. In den späten sechziger und in den siebziger Jahren gab es einen ersten Schub, seit vielen Jahren ist aber ein Rückschritt spürbar. Gerade in Amerika.

SPIEGEL: Was genau hat sich verändert?

Meckseper: In den achtziger Jahren konnten sich viele Frauen erfolgreich durchsetzen, das galt für ihre Präsenz in den Galerien, auch für ihren Marktwert; ich denke an Künstlerinnen wie Cindy Sherman, Barbara Kruger und Jenny Holzer. Heute kommen die erfolgreichen Künstlerinnen meistens aus dem Ausland, zum Beispiel die Britin Cecily Brown, die Japanerin Mariko Mori. Aber es sind, insgesamt, wenige.

SPIEGEL: Gibt es Parallelen zu gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen?

Meckseper: Sicher. Viele Frauen fallen in die Rollenmodelle der fünfziger Jahre zurück. Ich habe das Gefühl, dass die Frauen in Europa mittlerweile emanzipierter sind als hier, sich nicht so beeindrucken lassen von den Ansichten der Männer. Es gilt aber weltweit immer noch: Erfolgreiche männliche Künstler sind Genies, die erfolgreiche Frau in der Kunst ist schwierig.

SPIEGEL: Warum leben Sie in den USA?

Meckseper: Ich habe Berlin als Studentin verlassen und in Kalifornien weiterstudiert, weil die Kunstausbildung im Berlin der achtziger Jahre unvorstellbar veraltet und frauenfeindlich war.

SPIEGEL: Sie sind in Worpswede als Tochter eines Malers aufgewachsen, dort ist der Mythos Paula Modersohn-Becker sehr präsent.

Meckseper: Für mein Zuhause galt das besonders. Die Familie meiner Mutter ist mit Heinrich Vogeler verwandt, der um 1900 Teil der Worpsweder Künstlerkolonie war und später zur Entdeckung Paula Modersohn-Beckers beitrug. Ich erinnere mich an viele Diskussionen, mein Vater stand der Kunst der Worpsweder Maler kritisch gegenüber, meine Mutter sah das ganz anders.

SPIEGEL: Und Sie?

Meckseper: Als Jugendliche fand ich die Bilder von Paula Modersohn-Becker interessant, aber es war aus meiner Sicht eine altmodische Kunst. Mich hat damals schon mehr der Minimalismus interessiert. Heute bin ich der Meinung, dass die Kunst von Paula Modersohn-Becker extrem eigenständig und wichtig ist. Sie wählte eine Herangehensweise an ihre Motive, die ungewöhnlich war, indem sie einen ganz neuen Realismus entwickelte.

SPIEGEL: Sie malte wie besessen, zeigte aber ihre Werke kaum. In dieser Hinsicht konnte sie also nie als Vorbild dienen. Sie selbst stellen weltweit aus, berühmte Sammler wie Charles Saatchi kaufen Ihre Arbeiten. Worauf, außer auf Talent, kommt es heute an?

Meckseper: Zu 90 Prozent auf Ausdauer, die einem hilft weiterzumachen, auch wenn die Aufmerksamkeit lange ausbleibt. Ich erlebe die Welt durch meine Kunst und habe immer versucht, mich nie abhängig zu machen von Urteilen und Vorurteilen anderer.

LITERATUR

Reale Schlachten des Lebens

Der Nobelpreis für Literatur geht an die britische Schriftstellerin Doris Lessing – obwohl ihr Werk schon ein Dokument ferner Vergangenheit ist.



SHAUN CURRY / AFP

Preisträgerin Lessing*: *Nicht ohne Humor, aber stets ans Gewissen gepflockt*

Es gibt einen Kobold in Stockholm, der an den Jurysitzungen für den Literaturnobelpreis möglicherweise regelmäßig teilnimmt, mit Sicherheit aber dessen Entscheidungen alle Jahre wieder bestimmt.

Er hat Spaß an verwirrten Gesichtern und an der gelinden Erschütterung, die speziell auf der Frankfurter Buchmesse um sich greift, wenn statt der geläufigen Namen (Updike und Roth, Nooteboom, Mulisch und Pynchon) ein neuer erst buchstabiert werden muss: Soyinka, Szymborska, Fo.

In diesem Jahr hat der sardonische Kobold der Jury eine fast 88-jährige Autorin eingeflüstert, die vor so langer Zeit für die größte Auszeichnung überhaupt gehandelt wurde, dass, wie ein Feuilletonchef bemerkte, „alle, die über sie schreiben könnten, pensioniert sind oder schon tot“.

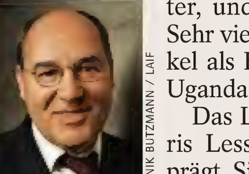
„Das goldene Notizbuch“ heißt das Werk, mit dem Doris Lessing weltweit verbunden wird – und sein Erscheinen (1962) ist beinahe ein halbes Jahrhundert her. Als es 16 Jahre nach der englischen Originalausgabe in Deutschland herauskam, wurde es auch hier schnell mehr als ein Verkaufserfolg: Der Roman über zwei „ungebundene Frauen“ (wie sie sich selbst freundlich-ironisch bezeichnen), die im London der fünfziger Jahre mit Liebschaften, Kinderaufzucht und linker Politik beschäftigt sind, war für mehr als eine Generation ein Lebenswendebuch.

„So, wie ich Joan und mich an ihrem kleinen Tisch in der Küche sehe, wo wir uns unterhalten, den neuesten Klatsch austauschen, das Leben, die Liebe, die Männer und die Politik in Ordnung bringen“, wie Lessing sich in ihrer Autobiografie mit mildem Amüsement erinnert, so nahmen

* Nach Bekanntgabe der Entscheidung am Donnerstag vergangener Woche vor ihrem Haus in London.

Ein rührendes Angebot

Gregor Gysi über seine Tante Doris Lessing



DOMINIK BUTZMANN / LAIF

Es ist ein Vorrecht von Politikern, auf Ereignisse stolz zu sein, bei denen ihr Leistungsanteil gleich null ist. Und so bin ich auch stolz auf den Literaturnobelpreis für meine Tante Doris Lessing. Erstmals traf ich sie im Frühjahr 1988, als ich nach London reisen durfte – und war von ihr beeindruckt.

In Rhodesien hatte sie den Bruder meiner Mutter kennengelernt. Er war wegen der Nazi-Diktatur nach Großbritannien ausgereist. Ihm wurde erklärt, dass er entweder nach Kanada oder nach Südrhodesien weiterziehen müsse. Er entschied sich für Südrhodesien, ein Fehler, wie Doris Lessing heute meint.

Beim Kennenlernen imponierte ihr an ihm, dass er selbst in armen Verhältnissen hochelegant angezogen war und so auch auftrat – als Kommunist. Sie heirateten, bekamen einen Sohn, meinen Cousin Peter, und trennten sich wieder. Sehr viel später wurde mein Onkel als Botschafter der DDR in Uganda bei Unruhen ermordet.

Das Leben in Afrika hat Doris Lessing und ihr Werk geprägt. Sie kennt Kriege und ihre Begründungen und lehnt sie ab.

Sie ist eine politisch engagierte Frau, hat sich aber aus politischen Bewegungen zurückgezogen, weil sie den Konflikt des Einzelnen mit der Gesellschaft thematisiert. Besonders berühmt ist „Das goldene Notizbuch“, weil sie dadurch zum Inbegriff des Feminismus wurde. Ein großer Irrtum, wie sie auch mir erklärte. Sie sei nicht feministisch, sondern habe versucht, die ungeheuer schwierige Beziehung zwischen Mann und Frau literarisch zu bewältigen. Wodurch der Roman ein wichtiges Werk für die Frauenbewegung wurde.

Besonders angenehm ist mir ein Anruf von ihr zu DDR-Zeiten in Erinnerung. Im Zusammenhang mit der Nachrüstung fürchtete sie einen Krieg in Europa und meinte, dass dieser vornehmlich in Deutschland ausgetragen würde. Deshalb bot sie meiner Mutter, meiner Schwester und mir an, doch zu ihr nach London auszureisen. Wir versuchten zwar nicht, dem nachzukommen, waren aber alle durch das Angebot gerührt.

Anfang Oktober sah ich sie in Hamburg, wo sie ihr gerade in Deutschland erschienenes Buch „Die Kluft“ vorstellte. Mit fast 88 Jahren schreibt sie an dem nächsten. Ihr Vater wollte immer Farmer werden, was ihm nie wirklich gelang. In dem Buch wird er es. Sie will das Leben ihrer Eltern und anderer Menschen in Europa beschreiben, wie es verlaufen wäre, wenn es nicht zum Ersten Weltkrieg, zum Nazi-Regime und dem Zweiten Weltkrieg gekommen wäre, wenn es keinen Hitler, keinen Mussolini und auch keinen Stalin gegeben hätte. Welch legitimer, schöner und sehr weiblicher Gedanke!

Mit Doris Lessing sprach ich über alles Mögliche, über Afghanistan, den Irak, Mugabe, Blair und Brown. Auch sagte ich ihr, dass ich hoffte, sie werde den Literaturnobelpreis erhalten.

Sie glaubte nicht daran.

ihre Leser „Das goldene Notizbuch“ auch auf: als unpathetischen Beweis, dass die Suche nach Liebesordnungen jenseits der Hausfrauenehe und nach gesellschaftlichem Engagement anstrengend, aber auch lohnend war – und nicht direkt in die Verzweiflung führte.

Das helle Gewebe aus Friedensmärschen und Frauenbuchläden, Stadtteilzeitungen und Flohmärkten, Kinderläden und Ökobewegung wurde im Geist dieses Buchs geknüpft, das bereits vor zehn Jahren ein Dokument ferner Vergangenheit war. „Inzwischen“, schrieb Lessing 1997, „hat es zwei Generationen gegeben, die nie über etwas anderes reden als über Einkäufe und den neuesten Klatsch, und wenn ich mit ihnen zusammen bin, frage ich mich, wie sie diese winzige, eng umgrenzte Welt ertragen können, in der sie leben.“

Doris Lessing weicht dem Außen nie aus. Wie Simone de Beauvoir und George Orwell gehört sie zu jenen Schriftstellern, die Extremen der Geschichte unmittelbar begegnet sind und sich aus dieser erzwungenen Erfahrung nicht in eine Formenwelt der Absurdität oder der Reduktion gerettet haben. Ihr Material sind die realen Schlachten – im Krieg, aber auch mit sich selbst und mit dem anderen Geschlecht. Immer ihrer Botschaft verpflichtet, ist ihr Stil im besten Fall unaufwendig und klar – nicht ohne Humor, aber stets ans Gewissen gepflockt. Wenn man die Wahrheit schreibe, komme sie früher oder später heraus, spottete Oscar Wilde schon vor mehr als einem Jahrhundert über diese Art Seriosität.

Die Chance dieser Erfahrungsliteratur ist die Überraschung durch ständig Neues. In ihrer ersten Lebenshälfte machte Lessing wesentliche Erfahrungen des 20. Jahrhunderts durch: In ihrer ersten Heimat Südrhodesien mit dem Rassismus, seit 1949 in London mit den Wunden des Zweiten Weltkriegs, mit einer selbstverständlichen Geringschätzung der Frau. Als überzeugte Linke verließ sie die Kommunistische Partei 1956 nach dem sowjetischen Einmarsch in Ungarn, tief erschöpft von den Prüfungen in Ignoranz und Intrige, denen sie ausgesetzt war.

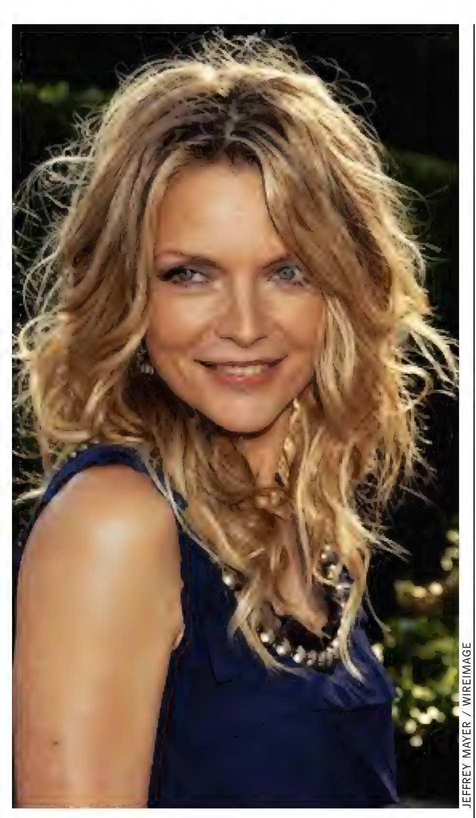
Seitdem nimmt sie ständig Neues wahr. Sie schrieb Science-Fiction-Romane, getreu ihrer Überzeugung, dass „die Naturwissenschaften der Ort sind, an dem unsere Grenzen liegen“. Sie studiert die islamische Mystik, geht ihren spirituellen Bedürfnissen nach – und schreibt darüber in wechselnden Formen und mit schwankender Konzentration.

In einem Gespräch mit dem SPIEGEL 2003 plädierte sie für politischen Pragmatismus und zeigte sich jeder „Bewegung“ abhold. In ihrer Selbstdarstellung, aber auch in ihrem geradezu schlenkernden Werk – zwischen Märchen und Fabel, „inner space fiction“, erzählendem Realismus und Gelegenheitsessay – beweist sie sich als eine freie Frau. ELKE SCHMITTER

SCHAUSPIELER

„Mein erster Prothesenfilm“

Michelle Pfeiffer, 49, über ihre Rückkehr nach Hollywood, das pervertierte Streben nach Schönheit und ein paar ungezogene Esel


JEFFREY MAYER / WIREIMAGE

Schönheitsikone Pfeiffer
„Man kann das alles haben“

SPIEGEL: Mrs Pfeiffer, Sie hatten sich für fast fünf Jahre aus Hollywood zurückgezogen. Jetzt wagen Sie Ihr Comeback. Zuerst als altgewordene Beauty-Queen in „Hairspray“, nun als eine 5000 Jahre alte Hexe in „Der Sternwanderer“. Finden Sie nicht, Hollywood hätte Ihnen etwas schickere Rollen anbieten können?

Pfeiffer: Verstehen Sie, ich wollte unbedingt wieder arbeiten. Außerdem gefiel mir die Sozialkritik, die in der Rolle der Hexe angelegt ist. Matthew Vaughn, der Regisseur, hat mir erklärt, dass meine Rolle auch als Kommentar zu verstehen ist zu unserer heutigen Besessenheit von Jugend, Schönheit und Perfektion. Meine Rolle spießt das auf. Ich spiele eine Hexe, die auf der Jagd nach ewiger Schönheit ist und dabei immer hässlicher wird.

SPIEGEL: Was genau soll das kritisieren?

Pfeiffer: Das verzweifelte Streben dieser Hexe nach Jugend ist eine Metapher für die groteske Selbstverstümmelung in unserer Gesellschaft. Ich will niemandem reinreden, der ein bisschen hier oder dort an seinem Körper hat manipulieren lassen. Aber die Leute haben doch inzwischen komplett aus den Augen verloren, was noch schön ist. Das ist die Krankheit unserer Zivilisation. Auch davon handelt der Film.

SPIEGEL: Wie geht das überhaupt: die Schönheitsikone Michelle Pfeiffer in eine Hexe zu verwandeln?

Pfeiffer: Wenn Sie wüssten! Ich hatte keine Ahnung, auf was ich mich da eingelassen hatte. „Der Sternwanderer“ war ja mein erster Prothesenfilm.

SPIEGEL: Ihr erster Prothesenfilm?

Pfeiffer: Ja, ein Film, in dem Teile des Körpers, in diesem Fall vor allem das Gesicht, aus Prothesen bestehen. Am Anfang hat es sechs Stunden gedauert, die Prothesen in meinem Gesicht anzubringen. Es sah entsetzlich aus. Als ich mich so zum ersten Mal betrachtete, rannte ich auf die Toilette und versteckte mich.

SPIEGEL: Sie bekamen nicht einfach eine Maske aufgesetzt?

Pfeiffer: Das dachte ich auch. Nun, falsch! Sie bekommen … fünf, sechs, nein, sieben Gesichtsprothesen, die alle Quadratzentimeter für Quadratzentimeter auf die Haut geklebt werden. Als die Prothesentechniker das zum ersten Mal bei mir gemacht haben, war ich mir nicht sicher, ob ich das sechs Stunden lang aushalten würde, ob ich nicht in Panik geraten würde.

SPIEGEL: Und?

Pfeiffer: Ich habe meditiert in der Zeit. Ich kann, wenn es sein muss, mich einfach aus der Realität herausziehen.

SPIEGEL: Empfanden Sie es dennoch nicht als Frevel, Sie eine Hexe spielen zu lassen? Sie galten als schönste Frau Hollywoods!

Pfeiffer: Wieso? Man muss eine gute Schauspielerin sein, um das zu spielen.

SPIEGEL: Reizt es Sie, sich von Ihrem Image als Schönheit zu distanzieren?

Pfeiffer: Zu Beginn meiner Karriere habe ich diesen Zwang stärker gespürt. Anfang der achtziger Jahre war das Vorurteil „Die ist hübsch, kann aber nicht schauspielern“ viel ausgeprägter. Ich habe deshalb oft, wenn ich die Wahl zwischen zwei Rollen hatte, die weniger glamouröse gewählt.

SPIEGEL: Sie werden bald 50. Es gibt in Hollywood nur eine Handvoll Schauspielerinnen in diesem Alter. Anders als bei den Männern scheint kein Bedarf da zu sein.

Pfeiffer: Es gibt nicht so viele Rollen, das ist richtig. Aber jene, die es gibt, sind sehr interessant. Sehen Sie, was Meryl Streep und Susan Sarandon, beide ein bisschen älter als ich, heute für tolle Sachen spielen. Sie

haben den Weg geebnet für substantiellere weibliche Rollen. Aber natürlich, es gibt für mich weniger zu tun als für eine 32-jährige Schauspielerin.
SPIEGEL: Haben Sie sich deshalb so lange aus dem Filmgeschäft zurückgezogen?
Pfeiffer: Nein. Ich war nur zu beschäftigt mit anderen Dingen. Ich bin ja umgezogen, zum Beispiel. Raus aus Los Angeles aufs Land nach Nordkalifornien. Davor habe ich mich gefürchtet: die ganze Familie, meinen Mann, meine Kinder, in eine neue, zudem sehr ländliche Gegend zu verpflanzen, wo man sich ständig verfährt. Und dann mit all den Tieren! Alle in meinem Auto.
SPIEGEL: Was für Tiere?
Pfeiffer: Als wir umzogen, hatte ich zwei Ratten, eine Katze, Baumfrösche und zwei Hunde im Auto. Später haben wir uns noch Miniatur-Esel angeschafft. Ich dachte, Miniatur-Esel seien die süßesten Tiere, die es gibt. Sie sind ungefähr so groß wie ein gigantischer Hund, eigentlich perfekt proportioniert, nur der Kopf ist vielleicht ein Stück zu groß und, nun ja, die Ohren. Riesige Eselsohren. Leider mussten wir die Esel loswerden.
SPIEGEL: Das klingt grausam.
Pfeiffer: Es ging nicht mehr. Miniatur-Esel brauchen viel Aufmerksamkeit. Wenn sie die nicht bekommen, werden sie merkwürdig. Sie haben sich vernachlässigt gefühlt und angefangen, unsere Gäste zu beißen.
SPIEGEL: Das Tier- und Familienidyll auf dem Land ist also auch keine Lösung?
Pfeiffer: Um ehrlich zu sein, Claudia Rose und John Henry – meine Kinder – fragten mich schon ziemlich bald: Mama, glaubst du, du wirst je wieder anfangen zu arbeiten? Die haben mich buchstäblich zur Haustür hinausgetrieben nach Hollywood. Was mich wunderte, denn die meisten meiner Filme haben sie nie gesehen, die sind ja nicht unbedingt für Kinder geeignet.
SPIEGEL: Sie wollen sagen, Ihre Kinder, immerhin 13 und 14 Jahre alt, kennen die Schauspielerin Michelle Pfeiffer gar nicht?
Pfeiffer: Außer in „Grease 2“. Bei dem Film wollte ich eine Ausnahme machen. Ergebnis: Nach ungefähr 20 Minuten verloren sie das Interesse.
SPIEGEL: Die Kritikerin Pauline Kael hat Sie als „paradiesisch schön“ beschrieben. Wie haben Sie sich – außer durch Ihr Aussehen – 1983 in Ihrem ersten großen Film „Scarface“ den Respekt von Al Pacino verschafft?
Pfeiffer: Ich warf bei Probeaufnahmen mit Tellern. Plötzlich spritzte Blut. Die Leute rannten auf mich zu, riefen „O Gott, die hat sich geschnitten“, untersuchten mich, fanden aber nichts. Ich schaute hinüber zu Pacino und sah: Seine Hand blutete. Das brach das Eis. Danach nahm er mich ernst. Ich glaube, er mochte mich sogar.
SPIEGEL: Trotzdem scheint es ein Höllenjob gewesen zu sein: Sie als einzige Frau unter einem Haufen Männer, die südamerikanische Gangster spielten.
Pfeiffer: Ich hatte schon ein bisschen Angst. Hier die kleine Blondine aus Orange County, dort erfahrene Schauspieler. Aber ich hatte noch größere Angst, mich zu blamieren, und das hat mich am Ende gerettet. Bis heute übrigens.
SPIEGEL: Wenn Sie arbeiten, so sagen Ihre Freunde, verschwinden Sie in einem schwarzen Loch. Können Sie sich diese Form von totaler Hingabe noch leisten, jetzt da sie Familie haben?
Pfeiffer: Das ist nun mal meine Natur. Deshalb habe ich bei vielen Rollen gezögert oder sie am Ende abgelehnt, „Basic Instinct“ zum Beispiel. Aber wenn ich mich einmal entschieden habe, ist es, als würde ich vom Erdboden verschluckt.
SPIEGEL: Sie haben Karriere gemacht, eine glückliche Ehe, Kinder und sogar Tiere. Offenbar geht das doch alles zusammen.
Pfeiffer: Man kann das alles haben. Der Trick ist, dass „having it all“ nicht heißt „doing it all“. Ich glaube, ich habe jetzt allmählich die richtige Balance gefunden.

INTERVIEW: THOMAS HÜETLIN, PHILIPP OEHMKE

* Oben: In „Der Sternwanderer“; unten: Mitte.





DAVID JAMES / PARAMOUNT PICTURES / UIP (L.); BWP / REFLEX (O.)

Hexen-Darstellerin Pfeiffer*
Sieben Prothesen ins Gesicht geklebt

OLIVIER HOSLET / PICTURE-ALLIANCE / DPA

FILM

Tief im Herzen des Feindes

Krieg, Terror, konspirativer Sex: Das Melodram „Gefahr und Begierde“ des US-Taiwaners Ang Lee erzählt von einer grausamen Liebe.

Ein Mann zum Träumen, so sanft und schön und scheu und berühmt wie in der westlichen Welthälfte Johnny Depp – in Asien ist das Tony Leung, der Hongkong-Star mit dem seelenvollen Blick, der in rund 70 Filmen vielerlei gespielt hat, Schwertkämpfer und Herzensbrecher, Dichter und Desperados. Zum ersten Mal hat im Jahr 1989 ein Film mit Tony Leung in Venedig den Goldenen Löwen gewonnen, und nun vor sechs Wochen wieder: Ang Lees „Se Jie“ oder „Lust, Caution“, der in den deutschen Kinos „Gefahr und Begierde“ heißt.

Tony Leung lässt diesmal alles hinter sich, worauf seine Fans bisher vertrauen konnten. Der als stets untadelig eleganter Gentleman auftretende Herr Yi, den er in „Se Jie“ spielt, wird zwar, mit umflortem Blick, zu einem Liebessüchtigen, geradezu Liebeskranken. Aber zugleich ist er, im Shanghai der Jahre 1941/42, der kalte, unnahbare Chef-Folterer im Dienst des japanischen Besatzungsregimes. Es errege ihn, sagt er, wenn er sich bei seinem blutigen Handwerk seine Geliebte dazuphantasiere, und er malt das der Geliebten mit dem Wunsch aus, dass es auch sie errege: Feuer und Eis.

Auf dem Brokeback Mountain in Ang Lees berühmtem vorigem Film war die Liebe ein Augenblick, gelebt im Paradies. In „Gefahr und Begierde“ ist der geheime Ort, wo die Liebenden voreinander ihre Masken fallen lassen, eine Lust-Hölle, aus der es nur einen Ausgang gibt, den Tod. Das erste Bild, mit dem der Film den Zuschauer konfrontiert, ist die Großaufnahme eines Schäferhunds, Auge in Auge – treuherzig, wölfisch, unergründlich.

Erzählt wird nicht die Geschichte des lustvoll grausamen Herrn Yi, sondern die einer Studentin ohne Familie namens Wang Jiazhi, die sich aber Herrn Yi gegenüber als verheiratete Frau Mak ausgibt: So ist ihre Bekanntschaft vom ersten Blick an ein Falschspiel. Ob zuerst er in ihren Bann gerät und dann sie in seinen oder doch umgekehrt – davon handelt die Erzählung der in ihrer Heimat hochgeschätzten Autorin Eileen Chang (1920 bis 1995), die den Film inspiriert hat.

Ang Lee beginnt mit dem hochgespannten letzten Akt des Dramas und bricht vor dem Höhepunkt ab, um in einer weit ausholenden Rückblende auszumalen, wie im Jahr 1938 in Hongkong die einsame, scheue Wang in einer Studententheatergruppe Anschluss, Geborgenheit, ja Lebensinhalt findet. So ist sie auch begeistert dabei, als die patriotische Laienspielschar sich zu einer terroristischen Vereinigung mausert. In aller Naivität plant man einen Mordanschlag auf Yi, der in der britischen Kolonie Hongkong die Kollaborationsregierung des japanisch besetzten Südchina repräsentiert. Wang soll, herausgeputzt als gelangweilte Ehefrau eines Geschäftsmanns, den schönen Lockvogel spielen, der den scheuen, stets von Leibwächtern gedeckten Yi in eine Falle lotst.


WARNER BROS.

„Gefahr und Begierde“-Stars Leung, Tang: *Die Masken fallen gelassen*

Die studentische Wohngemeinschaftskonspiration, die im ersten Augenblick wie eine Kostümkomödie zwischen Schein und Sein aussah, bekommt Züge einer grimmigen Groteske, als Wang entjungfert werden muss, um glaubhaft als verheiratete Frau auftreten zu können. Sie wird zum Horrorstück, als man ziemlich bestialisch einen potentiellen Verräter in der eigenen Reihe abschlachtet.

Was Ang Lee in diesem ersten Teil in Hongkong kühl und genau erzählt, handelt vom Fiasko der besten Absichten, vom Verlust der Unschuld und der Entdeckung des Bösen, von Selbstkorrumpierung und Selbstverrat – und dem bösen Herrn Yi wird bei alledem kein Haar gekrümmt.

Drei Jahre später aber, in Shanghai, lässt Wang alias Frau Mak sich ein zweites Mal Herrn Yi, der dort inzwischen Geheimpolizeichef ist, als Köder zuspielen. Diesmal beißt die gefürchtete Bestie an: Wang, die Schauspielerin als Falschspielerin auf Leben und Tod, entdeckt eine Art Liebe, die den Selbstverrat bis zur Selbstauslöschung treibt, sie bohrt sich dem Feind tief ins Herz hinein und erliegt ihm dann doch.

Für die Rolle dieser Wang, sagt James Schamus, Ang Lees Co-Autor und Co-Produzent seit eh und je, habe man als Gegenspielerin des Superstars Tony Leung bewusst eine Unbekannte gesucht, etwa wie Maria Schneider für „Der letzte Tango“. Die „unbekannte“ Tang Wei, eine lilienhaft sanfte, fragile Schönheit in den seidig schimmernden Etuikleidern der Epoche, meistert die Gratwanderung dieser Figur mit faszinierender Sicherheit: Sie lässt sich nichts schenken und siegt.

Die junge Schriftstellerin Eileen Chang, gleichen Alters wie ihre Heldin Wang, muss im Shanghai der Kriegsjahre, wo sie ihren ersten Erfolg hatte, eine glamouröse Erscheinung gewesen sein. Doch sie heiratete einen älteren Kollegen, der sich rasch als Weiberheld und Kollaborateur erwies – das war und blieb ihre Schande. Nach der Gründung der Volksrepublik setzte sie sich nach Hongkong ab, wo sie hauptsächlich Drehbücher schrieb, und ging dann in die USA. Die gefeierte Wiederentdeckung ihres Frühwerks in China seit den achtziger Jahren scheint sie wenig berührt zu haben; sie lebte zunehmend einsiedlerisch bis zu ihrem Tod im Jahr 1995 in Los Angeles.

Die Erzählung „Se Jie“, 1950 geschrieben, immer wieder überarbeitet und erst 1979 publiziert, hält der Taiwaner Ang Lee, der seit drei Jahrzehnten in den USA lebt, für das geheime Kernstück von Eileen Changs Werk: die Geschichte ihres eigenen Liebesunglücks, von der sie sich –„wie ein Opfer, das wieder und wieder sein Trauma neu durchleben muss“ – nicht durch Veröffentlichung trennen wollte. Lee hat „Se Jie“ als Wunschprojekt seit langem gehegt, und aus lauter Liebe ist ihm der Film (mit gut zweieinhalb Stunden Spieldauer) ein wenig zu groß geraten, denn er ist und bleibt bei aller Finesse und Opulenz der szenischen Rekonstruktion eine Zwei-Personen-Geschichte.

In seinem glühenden Kern aber, wo Liebe und Verbrechen als ein und dasselbe erscheinen, ist er grandios. Für die chinesische Literatur sei, wenn es um die Liebe geht, das Erzählen eine Kunst des Andeutens, Verbergens, Verschweigens, sagt Lee: „But movies are another animal.“ Da leckt der Schäferhund sich die Lefzen.

Urs Jenny

„Jesse James“-Kinoheld Pitt

WARNER BROS.

STARS

„Der Ruhm ist eine Falle“

Der Schauspieler Brad Pitt über Erfolg in Hollywood, seinen Ehrgeiz als Produzent und seinen nun anlaufenden Jesse-James-Film, für den er in Venedig als bester Darsteller geehrt wurde

SPIEGEL: Mr Pitt, in Ihrem neuen Film, den Sie selbst mitfinanziert haben, spielen Sie einen verwirrten, gewalttätigen, todessehnsüchtigen Banditen. Was ist so interessant an Jesse James 125 Jahre nach seinem Tod?

Pitt: Puh, ich bin noch sehr müde vom Jetlag, aber ich werde versuchen, Ihnen in ganzen Sätzen zu antworten. Jesse James wird in den USA bis heute als legendärer Held verehrt. Man sieht in ihm einen amerikanischen Robin Hood. Das ist nicht ganz falsch, weil der reale Jesse James sich zumindest zeitweise selbst in dieser Rolle begriff und tatsächlich von einer Menge Leute angehimmelt wurde, die vor allem aus der Arbeiterklasse stammten.

SPIEGEL: Aber es ist auch nicht ganz richtig?

Pitt: Ja, denn auf der anderen Seite hat dieser schon zu Lebzeiten mythologisch überhöhte Held eine Reihe sehr unvornehmer Dinge getan. Was mich reizte, war aber eine Geschichte jenseits aller Legenden, die definitiv noch nie erzählt wurde: die Anatomie seiner Ermordung, die seltsame Hassliebe zwischen Jesse James und dem jungen Kerl, der ihn erschoss.

SPIEGEL: Der Film „Die Ermordung des Jesse James durch den Feigling Robert Ford“ zeigt das Duell zweier zweifelnder, in der Seele waidwunder amerikanischer Männer und wird wie andere aktuelle selbstkritische US-Filme als Kommentar zur gegenwärtigen politischen Lage interpretiert. Ist das in Ihrem Sinn?

Pitt: Ich glaube, es war eine eher unbewusste Entscheidung, gerade jetzt diese Sorte von amerikanischen Helden zu zeigen. Aber was ist falsch daran, selbstkritisch zu sein? Für mich ist Selbstkritik etwas Positives. In erster Linie handelt der Film meiner Meinung nach von einer starken Männerfigur, die gefangen ist in der Falle ihres Ruhms. Und von einem Jungen, der um jeden Preis nach Ruhm giert, ohne zu begreifen, dass Ruhm eben eine Falle ist. Er möchte von aller Welt bewundert werden und ignoriert, welche Konsequenzen das haben wird.

SPIEGEL: Ist es das, was den Stoff heute für Sie so spannend macht – wie aus Jesse James und seinem Mörder die ersten amerikanischen Celebrity-Helden wurden, was beiden nicht gut bekam?

Pitt: Ich weiß nicht, ob sie wirklich die ersten waren, vergessen Sie nicht, dass zum Beispiel auch Mark Twain zu jener Zeit lebte. Aber es gibt viele Dinge, die mich an der Figur des Jesse James reizten. Das fängt schon damit an, dass der Kerl aus Missouri kam, aus dem Süden, und dort bin ich auch aufgewachsen. Ich kann mit dem Geruch, mit dem Geist dieser Geschichte eine Menge anfangen. Und natürlich verstehe ich Jesses Paranoia, die daraus entsteht, dass man gejagt wird. Der Unterschied ist allerdings, dass Jesse James mit Gewehren gejagt wurde, mich dagegen jagen sie nur mit Kameras.



WARNER BROS.

Ford-Darsteller Affleck
„Einfach sensationell“

SPIEGEL: Wollten Sie selbst je ein Outlaw, ein Gesetzloser sein?

Pitt: *(lacht)* Nein, absolut nicht. Ich habe mir früh vorgenommen, niemals irgendwas Illegales zu tun. Ich will mir keine Sorgen machen müssen, dass mich irgendwer drankriegt. Das ist ganz oben auf meinem Lebensplan.

SPIEGEL: Ist es unmöglich, vor dem Ruhm zu fliehen, wie es Ihr Held Jesse James versucht, den der Film in der Rolle eines geradezu spießigen Familienmenschen präsentiert?

Pitt: Ja, der Regisseur Andrew Dominik sagt zu Recht, es sei eher ein Gangsterfilm nach Art vieler Mafiageschichten als ein Western. Tatsächlich hat Jesse James ja alles Mögliche versucht, um in ein anderes Leben zu entkommen, er ist bei Pferderennen angetreten und hat als Farmer geschuftet. Aber wenn einer so weit gekommen ist wie er, kann er nicht mehr heraus aus seiner Haut. Und weil er das Ende kommen sieht, wird er

manisch und depressiv zugleich. Er ist nicht mehr Herr seiner Entscheidungen.

SPIEGEL: Stört es Sie, dass manche Kritiker homosexuelle Motive im Verhältnis zwischen dem von Casey Affleck gespielten jungen Mörder Robert Ford und dem Idol Jesse James vermuten? Am Rand der Filmfestspiele in Venedig wurde das Werk sogar für den Schwulen-Löwen nominiert.

Pitt: Nehmen Sie mich auf den Arm? Das ist jedenfalls ulkig. Aber ich glaube, es ist zu simpel, wenn man das komplexe Verhältnis zwischen Robert Ford und Jesse James auf Sexualität reduziert. Der Junge sehnt sich nach etwas, das einen Wert besitzen könnte in seinem Leben. Seine Obsession, die Heldenverehrung, wird seine Krankheit. Er wird von Jesse nicht so behandelt, wie er es sich erträumt, also mit Respekt und Zuneigung, deshalb muss er den Mann zerstören, von dem er sich zerstört fühlt.

SPIEGEL: Könnte es sein, dass es sich eher um einen Männerfilm handelt als um einen für Frauen?

Pitt: Das ist mir egal. Es ist ein Film, der mir gefällt. Er ist poetisch, er hat einen schönen Rhythmus, und Casey Affleck ist einfach sensationell.

SPIEGEL: „Die Ermordung des Jesse James“ lässt sich mit zweieinhalb Stunden Spieldauer sehr viel Zeit für einen Hollywood-Film, woraus einerseits eine tolle Intensität entsteht. Fürchten Sie nicht, dass das andererseits manche Zuschauer verschrecken könnte?

Pitt: Ich weiß, dass diese Erzählgeschwindigkeit nicht unbedingt ins heutige Filmgeschäft passt, aber mich begeistert gerade dieses langsame, psychologische, genaue Beobachten der Figuren. Und ich bin schließlich Produzent geworden aus einem einzigen Grund: um Filme zu machen, die sonst keiner gemacht hätte. Es ist toll, wenn man so viel selbst bestimmen kann und nicht nur mitspielt, wenn man beim Schneiden mitentscheidet und so weiter. In vielen der Filme, die ich produzieren will, bin ich auch gar nicht als Darsteller dabei.

SPIEGEL: Gehen Sie mit einem anderen Ernst ans Werk, wenn Sie in Filmen spielen, die von Ihnen mitfinanziert wurden, als etwa in Filmen wie „Ocean's Thirteen“, wo Sie aussehen wie jemand, der ausschließlich zum Vergnügen arbeitet?

Pitt: Darum geht es nicht. Ich habe das Kino immer geliebt, und ich liebe es bis heute. Nur sehe ich heute in der Regel lieber zu, als dass ich mitspiele. Ich habe eine Familie, ich bin begeistert davon, Vater zu sein. Deshalb mag ich nicht mehr als einen oder zwei Filme pro Jahr drehen.

SPIEGEL: Sie scheinen fast dauernd unterwegs zu sein mit Ihrer Partnerin und den Kindern. Ist das auch eine Art Flucht?

Pitt: Wir sind wirklich eine nomadische Familie. Aber wegen der Paparazzi ist es unmöglich für uns, in Los Angeles oder London oder New York zu leben. In Paris ist es ein bisschen besser, weil sie dort wenigstens etwas Rücksicht zu nehmen scheinen auf die Kinder. Das geht mir wirklich auf die Nerven, wenn sie auf die Kinder losgehen, als wären sie eine Beute. Es gibt einen Hunger nach Abschüssen im Paparazzi-Geschäft, und immer wieder drängen neue Kids mit Kameras um den Hals ins Metier, die gar nicht wissen, was für Konsequenzen ihre Arbeit hat.



FRANK TORRES / A-WAY!

Paar Pitt, Jolie: *„Nomadische Familie“*

SPIEGEL: Fast wie der Junge Robert Ford im Film. Sie haben öfter gesagt, Sie hätten das Gefühl, in der Lebenslotterie ein tolles Los gezogen zu haben. Haben Sie manchmal Angst, dass Ihre Glückssträhne jäh endet?

Pitt: Nein, so denke ich nicht. Ich tue alles, damit sich die Glückssträhne fortsetzt. Aber ich finde, und dabei will ich auf keinen Fall undankbar sein, im Kino habe ich vielleicht fast schon genug Glück gehabt. Dafür kann ich das große Los jetzt anderswo sehr gut gebrauchen. In meiner Familie zum Beispiel. Ich empfinde es als Geschenk, wie prächtig es dort eingeschlagen hat.

INTERVIEW: WOLFGANG HÖBEL

BUCHMESSE

Ein Mangel an Anarchie

Wie ich einmal fast den Deutschen Buchpreis gewann / *Von Thomas Glavinic*

Glavinic, 35, lebt in Wien und ist Autor des Romans „Das bin doch ich“.

Ich stehe auf der Shortlist zum Deutschen Buchpreis, unter den letzten sechs. Sehr erfreulich, aber da ich Österreicher bin, auch mit allerhand Seltsamkeiten verbunden. Am einschüchterndsten empfinde ich die Wette, die mir die Mitarbeiterin eines österreichischen Politikers eine Woche vor der Verleihung anträgt: „Wenn Sie gewinnen, Herr Glavinic, müssen Sie mit uns auf den Opernball gehen!“

Die Frankfurter Buchmesse beginnt inoffiziell am Montag mit der Preisverleihung. Eine Stunde davor wird man fotografiert, gefilmt, steht herum, unterhält sich mit den anderen Kandidaten. Es geht sehr amikal zu, auch wenn einige kalte Hände haben. Letzte Interviews werden gemacht, noch wird man als Buchpreisfinalist bezeichnet. Dann ab in den Saal, neben mir sitzt natürlich niemand, den ich kenne. Ansprachen.

Auf großen Bildschirmen werden Kurzporträts aller sechs Shortlist-Autoren gezeigt. Das quält mich, weil ich Neurotiker bin und weder mein Gesicht noch meine Stimme ertrage, schon gar nicht auf Bildschirmen beziehungsweise aus Lautsprechern. Als mein Porträt kommt, stöpsle ich mir die Kopfhörer meines iPods in die Ohren und drehe so laut auf, wie ich es ertragen kann, zudem senke ich den Kopf und beschatte die Augen mit der Hand. Ich glaube, auf den Sitzen ringsum eine gewisse Verwunderung wahrzunehmen, aber das ist mir gleichgültig. Nach ungefähr fünf Minuten hebe ich den Kopf, zum Glück ist schon Michael Köhlmeier dran.

Der Buchpreis geht an Julia Franck. Ich freue mich für sie, und weil ich eine slawische Seele habe und nah am Wasser gebaut bin, steigen mir beim Anblick ihrer Freude ein paar Freudentränen auf.

Mir wird relativ schnell klar, was sich die Leute so denken dürften, wenn sie einen weinenden Shortlist-Kandidaten sehen, der den Preis nicht gekriegt hat, und versuche mir Luft in die Augen zu fächeln. Einige Seitenblicke verraten mir, dass ich bei meinen Sitznachbarn von Minute zu Minute an Sympathie und Verständnis verliere.

Am Mittwoch beginnt die Messe richtig. Sie ist ein sehr großer Betriebsausflug. Es gibt drei Sorten von Messebesuchern. Die, die arbeiten, die, die auftreten, sowie die, die nicht so genau wissen, was sie wollen, und diese sind in der Mehrzahl. Man erkennt sie auf den Laufbändern, die die Besucher schneller von A nach B befördern sollen: Sie stehen darauf, werden in weniger als Schritttempo durch die Halle bewegt und sehen zu, wie links und rechts jemand schneller ist. Das nimmt man am ersten Tag mit Erstaunen hin, danach nervt es nur noch, und man fragt sich, wie Menschen, die so wenig Energie haben, überhaupt aus dem Bett gekommen sind. Daran, dass man sich solche Fragen stellt, erkennt man, dass man in der Messe angekommen ist: Man sucht nach einem Ventil.



SVEN PAUSTIAN

Messepartygast Glavinic*: *„Liederlichkeit und Unmaß“*

* Mit der Autorin Harriet Köhler.

Die Buchmesse ist: Glattheit. Hunter S. Thompson nahm sich 1972 die Freiheit, bei der Rundreise mit einem demokratischen Präsidentschaftsbewerber seine Akkreditierung für den Zug, in dem der Politiker durch Florida reiste, einem trunksüchtigen Irren zu überlassen. Thompson selbst schlief im Hotel seinen Rausch aus, während der andere im Zug aufräumte. Ein wenig wünscht man sich so einen auf der Buchmesse. Denn die Buchmesse leidet vor allem – an einem Mangel an Anarchie.

Nur für mich ist wieder einmal nichts vorhersehbar, ich stehe am Hanser-Stand, nippe an einem Rotweinglas, bis ich erkenne, dass es kein Rotweinglas ist und nicht einmal mein Glas, es ist Mineralwasser, und jemand hatte sich kurz zuvor in die Lippe gebissen. Ich führe hektische Telefonate mit Arno Geigers Freundin, die Ärztin ist: HIV? Vergiss es, sagt sie.

Die Buchmesse versteht man vielleicht am besten, wenn man die Partys besucht. Die, die richtig arbeiten, findet man dort nicht mehr, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verlage, die alles vorbereiten und organisieren und im letzten Moment improvisieren, denn die liegen da schon im Bett. Auf den Partys sind die anderen. Und sie haben recht hinzugehen, denn diese Partys sind interessant: Wie bei jedem Betriebsausflug spielen Promiskuität und Alkohol eine drastische Rolle, fast muss man sagen, hier lernt man verstehen, dass Alkohol Notwehr sein kann, denn die Buchmesse stresst. Die Reaktion der Menschen darauf ist Liederlichkeit und Unmaß, hier sieht man Berühmtheiten torkeln und Stars lallen.

Bloß bei mir ereignen sich die immer gleichen Dinge: „Herr Glawatschnig, wieso haben Sie den Deutschen Buchpreis nicht gekriegt?“ Innerhalb von zwei Tagen wird man von einem Buchpreis-Finalisten zu jemandem, der den Buchpreis nicht bekommen hat.

Und überhaupt, die Partys. Das Fischer-Fest wird bewacht von zwei Männern, die durch die Menschen in der Schlange hindurchschauen, und als ich komme, darf ich nicht mehr hinein, weil es drei Minuten nach zwölf ist und Einlass nur bis zwölf vorgesehen: „Respektieren Sie doch den Willen der Gastgeber!“ Der Fischer-Lektor Oliver Vogel steht eineinhalb Meter von mir entfernt und versucht, die Türhüter zu erweichen, und nicht nur er, einige Freunde strecken mir die Hände entgegen, so oder so ähnlich muss es an den Rettungsbooten der „Titanic“ gewesen sein.

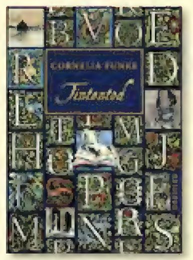
Ich habe natürlich keine Chance. Egal. Den Deutschen Buchpreis habe ich ja nicht gekriegt. Ich bin immerhin der, der nicht zum Opernball muss.

Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

1 (1) **Cornelia Funke** Tintentod
C. Dressler; 22,90 Euro



Der Abschluss der mittelalterlichen Fantasy-Trilogie über die geheimnisvolle Welt der Bücher

2 (2) **Andrea Maria Schenkel** Tannöd
Edition Nautilus; 12,90 Euro

3 (3) **Tommy Jaud** Millionär
Scherz; 13,90 Euro

4 (5) **Paulo Coelho** Die Hexe von Portobello Diogenes; 19,90 Euro

5 (8) **Jilliane Hoffman** Vater unser
Wunderlich; 19,90 Euro

6 (6) **Khaled Hosseini** Tausend strahlende Sonnen
Bloomsbury Berlin; 22 Euro

7 (11) **Cornelia Funke** Tintenherz
C. Dressler; 19,90 Euro

8 (4) **Andrea Maria Schenkel** Kalteis
Edition Nautilus; 12,90 Euro

9 (10) **Rebecca Gablé** Das Spiel der Könige Ehrenwirth; 24,95 Euro

10 (9) **Henning Mankell** Die italienischen Schuhe Zsolnay; 21,50 Euro

11 (12) **Walter Moers** Der Schrecksenmeister Piper; 22,90 Euro

12 (7) **Elizabeth George** Am Ende war die Tat Blanvalet; 21,95 Euro

13 (–) **Terry Pratchett** Schöne Scheine
Manhattan; 19,95 Euro

14 (20) **Julia Franck** Die Mittagsfrau
S. Fischer; 19,90 Euro

15 (13) **Isabel Allende** Inés meines Herzens Suhrkamp; 19,80 Euro

16 (–) **Cornelia Funke** Tintenblut
C. Dressler; 22,90 Euro

17 (15) **Joy Fielding** Nur der Tod kann dich retten Goldmann; 19,95 Euro

18 (14) **Daniel Kehlmann** Die Vermessung der Welt Rowohlt; 19,90 Euro

19 (16) **Marina Lewycka** Caravan
dtv; 14 Euro

20 (17) **Simon Beckett** Kalte Asche
Wunderlich; 19,90 Euro

Sachbücher

1 (1) **Hape Kerkeling**
Ich bin dann mal weg Malik; 19,90 Euro

2 (3) **Richard Dawkins** Der Gotteswahn
Ullstein; 22,90 Euro

3 (2) **Rhonda Byrne** The Secret – Das Geheimnis Goldmann; 16,95 Euro

4 (4) **Roberto Saviano** Gomorrha
Hanser; 21,50 Euro

5 (–) **Manfred Lütz** Gott – Eine kleine Geschichte des Größten
Pattloch; 19,95 Euro

6 (–) **Joschka Fischer** Die rot-grünen Jahre Kiepenheuer & Witsch; 22,90 Euro

7 (5) **Markus Lanz** Und plötzlich guckst du bis zum lieben Gott – Die zwei Leben des Horst Lichter
Gütersloher Verlagshaus; 19,95 Euro

8 (6) **Rüdiger Safranski** Romantik – Eine deutsche Affäre Hanser; 24,90 Euro

9 (9) **Eva-Maria Zurhorst**
Liebe dich selbst Goldmann; 18,90 Euro

10 (8) **Eva-Maria Zurhorst / Wolfram Zurhorst** Liebe dich selbst und freu dich auf die nächste Krise
Goldmann; 18,95 Euro

11 (7) **Klaus Wowereit mit Hajo Schumacher**
... und das ist auch gut so. – Mein Leben für die Politik
Blessing; 19,95 Euro

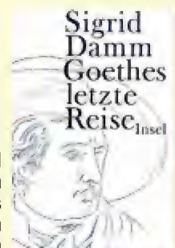
12 (10) **Alan Weisman** Die Welt ohne uns
Piper; 19,90 Euro

13 (12) **Anselm Grün** Anselm Grüns Buch der Antworten Herder; 16,90 Euro

14 (14) **Kathrin Passig / Aleks Scholz**
Lexikon des Unwissens
Rowohlt Berlin; 16,90 Euro

15 (19) **Dieter Hildebrandt / Roger Willemsen / Traudl Bünger**
„Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort!“
S. Fischer; 17,90 Euro

16 (–) **Sigrid Damm**
Goethes letzte Reise
Insel; 19,80 Euro



Der greise Goethe und der Tod – ein Psychogramm des gealterten Dichterfürsten

17 (11) **Alan Greenspan** Mein Leben für die Wirtschaft Campus; 24,90 Euro

18 (15) **Tiziano Terzani** Das Ende ist mein Anfang DVA; 19,95 Euro

19 (–) **Naomi Klein** Die Schock-Strategie
S. Fischer; 22,90 Euro

20 (17) **Benedikt XVI.** Jesus von Nazareth
Herder; 24 Euro

GEISTESGRÖSSEN (XII): Im „Jahr der Geisteswissenschaften" stellt der SPIEGEL in einer Serie herausragende Wissenschaftler und deren Arbeit vor. Die in Potsdam lehrende Germanistin Heike Wiese, 41, beschäftigt sich mit der Sprache der Jugendlichen in Berlin. Bedroht diese spezielle Form das Hochdeutsche, oder kann sie es bereichern?

SPRACHE

Lass ma krass reden!

Die Auswirkungen von „Kiez-Sprache" auf das Standarddeutsche



Grammatik sei ihr Hobby. Das hatte Heike Wiese schon gleich beim ersten Gespräch zur Eröffnung gesagt. Grammatik? Aha. Klingt wohl für die meisten ziemlich abschreckend.

Wiese kennt das, diese Pausen der Verwunderung, wenn es um ihr besonderes Spezialgebiet geht. Vor allem aber kennt sie das Murren der Studenten. „Die wollen sich fast alle in die Literaturwissenschaften stürzen, wenn sie mit dem Germanistikstudium beginnen", sagt sie. „Wenn sie dann Kurse in Sprachwissenschaften belegen müssen, ist das Entsetzen groß."

Heike Wiese steht am offenen Fenster ihres kleinen hellen Büros und schaut auf den idyllischen Campus der Potsdamer Universität. Einige junge Frauen und Männer haben Picknickdecken auf den Rasenflächen ausgebreitet, manche schieben langsam ihre Fahrräder über die Kieswege. Dass man an diesem Ort lieber über deutsche Literatur diskutiert, als sich mit spröden grammatischen Analysen zu quälen, ist verständlich.

„Ich wusste, dass ich hier ein spannendes Thema finden muss, das die Studierenden für die Sprachwissenschaften begeistert", sagt Wiese, die seit einem Jahr als Professorin für Deutsche Sprache der Gegenwart am Institut für Germanistik in Potsdam lehrt. Sie ist auf ein überraschendes, ausgefallenes Thema gestoßen, nicht gerade selbstverständlich für eine Wächterin des Hochdeutschen – „Kiez-Sprache", die Sprache der Jugendlichen unterschiedlichster Schichten, beeinflusst durch die Einwandererkinder und die Subkultur. Dass dieses – kann man es so nennen? – Forschungsgebiet gesellschaftlich so schnell relevant werden würde, damit hatte sie freilich nicht gerechnet, als sie sich ihm 2001 das erste Mal näherte.

Wiese zog los mit ihren Studenten, in die Straßen von Berlin-Kreuzberg, Wedding und Neukölln, um dort den Jugendjargon zu studieren. Ihr war klar, dass die Feldarbeit nicht leicht werden würde. Seit 13 Jahren schon wohnt sie in Kreuzberg – nur wenige Straßen von der Rütli-Schule entfernt. Die Verschlossenheit in den Ge-

NEUMANNUNDRODTMANN

Germanistin Wiese: *Einsprachige Inseln, die mit dem Hochdeutschen kaum Kontakt haben*

sichtern der Jugendlichen dort ist ihr bekannt. Die Mädchen und Jungen gaben der Wissenschaft ihre Kiez-Sprache nur zögerlich preis. Eine Sprachform, so schnell und so hart, wie man sie hierzulande wohl noch nicht gesprochen hat, und ganz anders als die angestammten Dialekte.

Faszinierend, welche Flut von Sprachkonstruktionen in den letzten Jahren bei den Jugendlichen unter dem Einfluss des Türkischen oder Arabischen entstanden sei, findet Wiese. „Wir beobachten da neue grammatische Phänomene.“ Zwar höre sich der Sprachmix für die meisten mitunter chaotisch an, tatsächlich aber sei er regelhaft und auf seine Weise korrekt.

Dafür führt Wiese einige Beispiele an: „Sätze wie ‚musst du Doppelstunde machen‘, ‚lass ma Hermannplatz aussteigen‘ oder ‚gehst du Arbeitsamt‘ funktionieren nach demselben Muster“, sagt sie. Spannend sei auch die Fülle an neuen Fremdwörtern wie „yalla“, was so etwas wie „los geht's“ bedeute, „wallah“ (ich schwöre), oder „lan“ (Kerl). Wiese ist sich sicher: Die Jugendsprache kann das Standarddeutsche um eine neue Varietät bereichern; sie zu bekämpfen ist kontraproduktiv, auslöschen lässt sie sich sowieso nicht.

Dass Politiker und Sprachhüter wie die Präsidentin des Goethe-Instituts Jutta Limbach das ganz anders sehen, ist Wiese sehr wohl bewusst. Erst kürzlich hat Limbach sich wieder besorgt über die Gefährdung der deutschen Sprache geäußert. In vielen Vierteln unserer Großstädte, so meint sie, nehme die Zahl der Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu, die weder das Hochdeutsche noch die Sprache ihrer Eltern, etwa das Türkische, korrekt beherrschten. Mit dem Ergebnis, dass aus lauter Unbeholfenheit nur noch in Infinitiven geredet werde.

Rein linguistisch gesehen, teilt Wiese diese Befürchtung nicht. „Diese Form der doppelten Halbsprachigkeit gibt es nicht“, sagt sie. Jeder Mensch erlerne im Kindesalter ganz automatisch eine Muttersprache. Dass jemand gleich mehrere Sprachen nur teilweise beherrsche, sei ihr in ihren Untersuchungen mit den Jugendlichen noch nie begegnet.

Die Panikmache um das krankende Deutsche, aber auch die Angst davor, dass andere bei uns gesprochene Sprachen erdrückend auf das Standarddeutsche wirken könnten, hält Wiese für übertrieben. „Sprache ist nicht etwas, das gottgegeben vom Himmel fällt“, meint sie. Sie sei „lebendig“ und aus gutem Grund auch „formbar“.

Die Deutschen gingen „zu verkrampft mit der eigenen sprachlichen Identität um“. In Ländern wie Schweden oder Dänemark dagegen sehe man sprachliche Evolutionen viel gelassener. Vor allem die Jugendsprache betrachte man dort eher als einen amüsanten, manchmal anregenden Dialekt.

Vor 200 Jahren schon trieb die Deutschen die Angst vor fremdsprachlichen Einflüssen auf die eigene Sprache um. Da wurden Wörter wie „Rendezvous“, „Republik“ oder „Karikatur“ mit viel Nachdruck aus dem deutschen Sprachgebrauch entfernt und durch „Stelldichein“, „Freistaat“ und „Zerrbild“ ersetzt. Noch viel früher hatten Gelehrte wie Gottfried Wilhelm Leibniz geschimpft, „dass man vielleicht, solange Deutschland steht, darin nie undeutscher und ungereimter geredet hat“. Heute glaube man, türkische und arabische Einflüsse bekämpfen zu müssen, dabei lasse sich aus sprachwissenschaftlicher Sicht nicht beweisen, dass sie dem Deutschen schadeten. Auch linguistischer Einwanderung kann die Integration gelingen.


YAVUZ ARSLAN/DAS FOTOARCHIV

Jugendliche in Berlin-Kreuzberg

„Wir gehen zu verkrampft mit der eigenen sprachlichen Identität um.“

In ihren Vorträgen und Publikationen, zum Beispiel in ihrer im letzten Jahr veröffentlichten Schrift „Ich mach dich Messer“, will Wiese nachweisen, dass Kiez-Sprache nichts zu tun hat mit einem gebrochenen, auf den Hund gekommenen Deutsch, wie viele glauben*. „Es ist nur eines von vielen Sprachregistern, die jeder Mensch im Laufe seines Lebens lernt, aber auch wieder ablegen kann“, hält sie dagegen.

Der Wechsel von einer Varietät zur anderen muss allerdings gemeistert werden. Problematisch wird es eben dann, wenn die Kiez-Sprache zum einzigen Register wird. Gerade in den sozialen Randbezirken Berlins hat Wiese beobachtet, wie sich inmitten einer Gesellschaft, die sich als multikulturell offen versteht, einsprachige Inseln bilden, die mit dem Hochdeutschen nur noch wenig Kontakt haben.

„Manche Kinder und Jugendliche begegnen dem Standarddeutschen nur noch am Vormittag in der Schule“, sagt sie. „Den Rest des Tages verbringen viele auf der Straße oder in Jugendzentren. Dort verständigen sie sich in ihrer Jugendsprache, in Kiez-Deutsch oder mit ‚krass reden‘, so wie sie es bezeichnen.“

Mit „Kanak Sprak“, dem Ausdruck, der spätestens durch Comedyshows wie „Was guckst du?“ oder „Erkan und Stefan“ geprägt wurde, habe das aber nichts zu tun, will Wiese betonen. Trotzdem gehe diese negative Stereotypisierung, die sich in der Verulkung der Migrantenkinder in solchen Fernsehformaten zeige, nicht spurlos an den Betroffenen vorüber. „Natürlich bekommen die Jugendlichen mit, wie über sie in der Öffentlichkeit gesprochen wird“, sagt sie. Mit dem Ergebnis, dass sie sich nur noch weiter innerhalb ihrer Grüppchen zurückziehen und die Kommunikation mit dem Rest der Welt meiden.

Das würde auf lange Sicht nicht nur bedeuten, dass ein stetig wachsender Anteil der Bevölkerung in Deutschland immer weiter ins Abseits gedrängt wird, sondern auch, „dass man ein gewaltiges Potential für die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt verschleudert“.

Wiese glaubt, dass die soziale Spaltung nur dort aufgehoben werden kann, wo sie beginnt: im Kindergarten oder spätestens in der Grundschule. Sie hatte gehofft, dass man sich angesichts der desaströsen Testergebnisse an deutschen Schulen zu verstärkten Sprachfördermaßnahmen durchringen werde, die in diesem Alter der Kinder sowieso fast nur noch der „Schadensbegrenzung“ dienten. Das tat man ja auch – nur, wie sie bemerkt, wohl mehr für den Englisch- als für den Deutschunterricht.

Ist also das Hochdeutsche doch in Gefahr, zwischen der familiären Subsprache und dem Englischen als internationaler Lingua franca in die Zange genommen und zerquetscht zu werden?

Zwingend ist das in keiner Weise. Wiese ist für mehrsprachige Erziehung bei Kindern. „Das menschliche Gehirn ist gar nicht angelegt auf das Erlernen von nur einer Sprache“, sagt sie.

Da ist es nur konsequent, dass Wieses knapp vierjährige Tochter zu Hause nicht nur Englisch (Wiese ist mit einem Briten verheiratet) und Deutsch spricht – sie besucht in Kreuzberg auch einen deutsch-türkischen Kindergarten. VERENA ARAGHI

* Heike Wiese: „Ich mach dich Messer“ – Grammatische Produktivität in Kiez-Sprache („Kanak Sprak“), in „Linguistische Berichte 207/2006“. Buske Verlag, Hamburg.



Walzer und Wahnsinn

Nahaufnahme: Im österreichischen Traun erinnert sich eine der letzten Überlebenden des „Frauenorchesters von Auschwitz".

Geigen, gleich sechs, ein Bass, dazu Akkordeon, Schlagzeug und Mandolinen, welch „idiotische" Besetzung, sagt selbst der musikalische Arrangeur des Abends, der Komponist Stefan Heucke. 18 junge Frauen samt Dirigentin treten in der Kulturfabrik „Spinnerei" im oberösterreichischen Traun auf. Sie haben vor den wenigen Proben noch nie miteinander gespielt – und werden es vermutlich auch nie wieder tun. Es ist eine einzigartige Formation, die hier nachgestellt wird: das einstige Frauenorchester von Auschwitz.

Sie beginnen bedächtig, der „Marche militaire" von Franz Schubert, die „Träumerei" von Robert Schumann und Johann Strauß' wohl bekanntester Walzer, gespielt mit fröhlichem Blockflöteneinsatz: „An der schönen blauen Donau". Das Frauenorchester in Auschwitz hat diese Stücke gespielt, wenn zu früher Stunde die Zwangsarbeiter das KZ verließen, und wieder am Abend, wenn sie ins Todeslager zurückstolperten, oder zu besonderen Anlässen.

Eine zynische, perverse Verwendung von Musik. Walzer und Wahnsinn.

Anita Lasker-Wallfisch weiß, dass es auch mehr als 60 Jahre nach Ende des Krieges keine richtige Erklärung für diesen wohl größten Missbrauch von Musik gibt. Sie ist eine der letzten Überlebenden des Frauenorchesters, 82 Jahre alt. Sie war die Cellistin der Lagerkapelle. Das hat ihr das Leben gerettet.

Die alte Dame setzt sich an einen Tisch und beginnt von handgetippten Seiten vorzulesen, ruhig, mit resoluter Stimme: wie es war, als die Nazis ihre musikverliebte Familie in Breslau auseinanderrissen, wie ihre Schwester Marianne im „letzten Moment" nach England flüchtete und die Eltern am 9. April 1942 deportiert wurden. Wie sie schließlich nach Auschwitz kam, an einem Donnerstag, „Auschwitz-Tag": „Ich erinnere mich an schwarze Gestalten in Umhängen, an bellende Hunde, an Geschrei und Gestank."

Der Ort, an dem die Holocaust-Überlebende nun spricht, hat auch eine NS-Vergangenheit. Die alte gelbgetünchte Weberei der Firma Graumann in Traun, einem dynamischen 25 000-Einwohner-Städtchen, produzierte im Krieg dringend benötigte Faserstoffe. Nur wenige Kilometer entfernt liegt Linz, Hitlers erklärte Lieblingsstadt.

Lasker-Wallfisch erzählt ohne Pause, ohne Pathos. Auf den linken Arm wurde ihr die Nummer 69388 tätowiert, man rasierte ihr die Haare ab. Sie erwähnte bei der Registrierung im Lager ganz nebenbei, dass sie Cello spiele – und so kam sie, gänzlich unverhofft, in die Obhut von Alma Rosé. Die Nichte des Wiener Komponisten Gustav Mahler war die Dirigentin der „Kapelle", eine hervorragende Geigerin, stolz und perfektionistisch. Sie hielt die Mädchentruppe zusammen, stachelte sie zu Höchstleistungen an: „Wenn wir nicht gut spielen, kommen wir ins Gas."



FOTOS: PETER SCHINZLER

Cellistinnen Hatibi (o.), Lasker-Wallfisch: *Wie eine Familie*

An diesem Abend in Traun wird Alma Rosé von der Italienerin Carla Delfrate gegeben; die Cellistin ist Malva Hatibi, eine Meisterschülerin aus Albanien. Es sind Musikerinnen aus den unterschiedlichsten Orchestern, die sich zusammengefunden haben, für diesen Auftritt wurden sie extra gecastet. Heute allerdings spielen sie weniger Musik, sie spielen das düsterste Kapitel deutscher Geschichte nach.

Auch für die Nazis bot die Lager-Kapelle Entspannung: Einmal spielte Anita Lasker-Wallfisch vor Josef Mengele, dem berüchtigten KZ-Arzt, er liebte Schumanns „Träumerei".

Über ihre Gefühle damals will die begeisterte Musikerin nichts sagen, ihr Gesicht versteinert sich. „Wir waren in einer anderen Welt." Dann ringt sie sich doch zu einem Bekenntnis durch: Die „Kapelle" war wie eine Familie, sie war gut „für unsere seelische Gesundheit". In einem System der Entwürdigung bot das Orchester einen letzten Halt an Würde.

Noch heute, erzählt die einstige Cellistin, gratulieren sich die Überlebenden am 15. April zum Geburtstag. Das war der Tag der Befreiung aus Bergen-Belsen, 1944 waren die Musikerinnen mit Tausenden anderen dorthin transportiert worden.

Auch danach ließ das Cello, ihre große Leidenschaft, Anita Lasker-Wallfisch nicht mehr los. In ihrer neuen Heimat England gründete sie mit anderen das English Chamber Orchestra, ihr Leben lang tourte sie durch die großen Konzertsäle der Welt. Ihr Sohn ist ebenfalls ein bekannter Cellist. Und auch ihr Enkel übe gerade, sagt die alte Dame, Schumanns „Träumerei". „Die Nazis haben vieles kaputtgemacht, aber nicht die Musik."

Dann ist das Publikum dran, Fragen dürfen gestellt werden. Aufgeregt will ein älterer Herr wissen, ob die Überlebende seine Bekannte, Lilly Kramer, kannte, sie gelte noch immer als vermisst, eine Akkordeonspielerin, auch sie soll in Auschwitz aufgetreten sein; eine andere Frau sucht nach ihrer Großtante. Nein, sagt Anita Lasker-Wallfisch, „es waren ja Tausende und Abertausende von Menschen, die nicht aussahen wie Menschen".

Lange wollte die Cellistin nicht mehr nach Deutschland zurückkehren. Heute kommt sie häufig ins Land der Täter und spricht in Schulen. Sie will Brücken bauen, Jugendlichen „die Gehirne reinigen". Sie hat eine Mission, bevor es zu spät ist, bevor die letzten Überlebenden nicht mehr da sind. Es ist noch nicht vorbei.

Zum Schluss spielen die Mädchen aus Puccinis „Madame Butterfly" und den 1. Satz aus Beethovens 5. Symphonie. Die Trauner applaudieren lange, stehend, dann gehen sie nach Hause.

Vorbei? Erst vor wenigen Wochen hat das Simon Wiesenthal Center in Jerusalem die österreichische Regierung ermahnt – wegen des Versagens der Justiz bei der Verfolgung von NS-Tätern. MARION KRASKE

SERVICE

Leserbriefe
SPIEGEL-Verlag, Brandstwiete 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln / Recherche
Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:
Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Deutschland, Österreich, Schweiz:
Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:
New York Times Syndication Sales, Paris
Telefon: (00331) 53057650 Fax: (00331) 47421711

für Fotos:
Telefon: (040) 3007-2869
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

SPIEGEL-Shop
SPIEGEL-Bücher, SPIEGEL-TV-DVDs, Titelillustrationen als Kunstdruck, die SPIEGEL-Jahres-DVD und eine große Auswahl an weiteren Büchern, CDs, DVDs und Hörbüchern unter www.spiegel.de/shop. Abonnenten zahlen keine Versandkosten.

Bestellung von Einzelheften / älteren Ausgaben
Telefon: (040) 3007-2948 Fax: (040) 3007-857050
E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Abonnenten-Service
Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 20.00 Uhr, Sa. 10.00 – 18.00 Uhr
SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg

Umzug/Urlaub: 01801 / 22 11 33 (3,9 Cent/Min.)
Fax: (040) 3007-857003

Zustellung: 01801 / 66 11 66 (3,9 Cent/Min.)
Fax: (040) 3007-857006

Service allgemein: (040) 3007-2700
Fax: (040) 3007-3070
E-Mail: aboservice@spiegel.de

Abonnenten-Service Schweiz
DER SPIEGEL, Postfach, 6002 Luzern
Telefon: (0041) 41-329 22 55 Fax: (0041) 41-329 22 04
E-Mail: spiegel@leserservice.ch

Abonnement für Blinde
Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.
Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259
E-Mail: info@blista.de

Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt Frankfurt am Main
Telefon: (069) 955124-15 Fax: (069) 5976296
E-Mail: m-kirchner@t-online.de

Abonnementspreise
Inland: zwölf Monate € 171,60
Sonntagszustellung per Eilboten Inland: € 499,20
Studenten Inland: 52 Ausgaben € 127,40 inkl. 6-mal UniSPIEGEL
Schweiz: zwölf Monate sfr 301,60
Europa: zwölf Monate € 226,20
Außerhalb Europas: zwölf Monate € 304,20
SPIEGEL DIGITAL inkl. E-Paper: zwölf Monate € 174,20
Halbjahresaufträge und befristete Abonnements werden anteilig berechnet.

Abonnementsbestellung
bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service, 20637 Hamburg – oder per Fax: (040) 3007-3070.

Ich bestelle den SPIEGEL
❑ für € 3,30 pro Ausgabe (Normallieferung)
❑ für € 9,60 pro Ausgabe (Eilbotenzustellung am Sonntag) mit dem Recht, jederzeit zu kündigen.
Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte bekomme ich zurück.
Zusätzlich erhalte ich den KulturSPIEGEL, das monatliche Programm-Magazin.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Ich zahle
❑ bequem und bargeldlos per Bankeinzug (¼-jährl.)

Bankleitzahl Konto-Nr.

Geldinstitut

❑ nach Erhalt der Jahresrechnung. Ein Widerrufsrecht besteht nicht.

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten SP07-001-WT127

DER SPIEGEL

Brandstwiete 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · **SPIEGEL ONLINE** www.spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEUR Stefan Aust (V. i. S. d. P.)

STELLV. CHEFREDAKTEURE Dr. Martin Doerry, Joachim Preuß

DEUTSCHE POLITIK *Leitung:* Dietmar Pieper, Hans-Ulrich Stoldt. *Redaktion:* Georg Bönisch, Jan Friedmann, Carsten Holm (Hausmitteilung), Ulrich Jaeger, Bernd Kühnl, Merlind Theile. *Autoren, Reporter:* Henryk M. Broder, Dr. Thomas Darnstädt, Dr. Klaus Wiegrefe

HAUPTSTADTBÜRO *Leitung:* Dirk Kurbjuweit, Georg Mascolo, Markus Feldenkirchen (stellv.), Konstantin von Hammerstein (stellv.). *Redaktion Politik:* Ralf Beste, Petra Bornhöft, Horand Knaup, Roland Nelles, Ralf Neukirch, René Pfister, Alexander Szandar. *Autoren, Reporter:* Jan Fleischhauer, Christoph Schwennicke. *Redaktion Wirtschaft:* Markus Dettmer, Alexander Neubacher, Christian Reiermann, Wolfgang Johannes Reuter, Michael Sauga, Thomas Schulz

DEUTSCHLAND *Leitung:* Clemens Höges, Alfred Weinzierl. *Redaktion:* Ulrike Demmer, Michael Fröhlingsdorf, Per Hinrichs, Guido Kleinhubbert, Sebastian Knauer, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Andreas Ulrich. *Autoren, Reporter:* Jochen Bölsche, Jürgen Dahlkamp, Gisela Friedrichsen, Bruno Schrep

BERLINER BÜRO *Leitung:* Stefan Berg (stellv.), Holger Stark (stellv.). *Redaktion:* Markus Deggerich, John Goetz, Irina Repke, Sven Röbel, Marcel Rosenbach, Caroline Schmidt, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski

WIRTSCHAFT *Leitung:* Armin Mahler, Thomas Tuma. *Redaktion:* Beat Balzli, Julia Bonstein, Markus Brauck, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Klaus-Peter Kerbusk, Nils Klawitter, Jörg Schmitt, Janko Tietz. *Autoren, Reporter:* Dietmar Hawranek, Michaela Schießl

AUSLAND *Leitung:* Hans Hoyng, Dr. Gerhard Spörl, Dr. Christian Neef (stellv.). *Redaktion:* Dieter Bednarz, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Joachim Hoelzgen, Jan Puhl, Mathieu von Rohr, Britta Sandberg, Daniel Steinvorth, Helene Zuber. *Autoren, Reporter:* Dr. Erich Follath, Marc Hujer, Susanne Koelbl, Walter Mayr

WISSENSCHAFT UND TECHNIK *Leitung:* Johann Grolle, Olaf Stampf. *Redaktion:* Dr. Philip Bethge, Rafaela von Bredow, Manfred Dworschak, Marco Evers, Dr. Veronika Hackenbroch, Julia Koch, Beate Lakotta, Hilmar Schmundt, Matthias Schulz, Samiha Shafy, Frank Thadeusz, Katja Thimm, Christian Wüst

KULTUR *Leitung:* Dr. Romain Leick, Matthias Matussek. *Redaktion:* Verena Araghi, Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Rebecca Casati, Nikolaus von Festenberg, Angela Gatterburg, Doja Hacker, Dr. Volker Hage, Dr. Malte Herwig, Ulrike Knöfel, Dr. Joachim Kronsbein, Philipp Oehmke, Elke Schmitter, Moritz von Uslar, Claudia Voigt, Marianne Wellershoff, Martin Wolf. *Autoren:* Wolfgang Höbel, Urs Jenny, Dr. Mathias Schreiber

GESELLSCHAFT *Leitung:* Matthias Geyer, Cordt Schnibben. *Redaktion:* Anke Dürr, Fiona Ehlers, Hauke Goos, Barbara Hardinghaus, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip. *Reporter:* Uwe Buse, Ullrich Fichtner, Jochen-Martin Gutsch, Alexander Osang, Barbara Supp

SPORT *Leitung:* Lothar Gorris. *Redaktion:* Cathrin Gilbert, Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer, Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger

SONDERTHEMEN *Leitung:* Stephan Burgdorff, Norbert F. Pötzl (stellv.). *Redaktion:* Karen Andresen, Annette Bruhns, Joachim Mohr, Dr. Johannes Saltzwedel, Manfred Schniedenharn, Dr. Rainer Traub, Kirsten Wiedner

PERSONALIEN Katharina Stegelmann; Petra Kleinau

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Katharina Lüken (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Gesine Block, Regine Brandt, Reinhold Bussmann, Lutz Diedrichs, Bianca Hunekuhl, Anke Jensen, Maika Kunze, Stefan Moos, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Antje Poeschmann, Fred Schlotterbeck, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka, Ulrike Wallenfels
Sonderhefte: Karl-Heinz Körner

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Claudia Jeczawitz, Matthias Krug, Claus-Dieter Schmidt, Anke Wellnitz; Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Peer Peters, Sabine Sauer, Karin Weinberg. *E-Mail:* bildred@spiegel.de
SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. (001212) 3075948

GRAFIK Martin Brinker; Cornelia Baumermann, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Tiina Hurme, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Ralf Geilhufe, Reinhilde Wurst; Michael Abke, Christel Basilon, Katrin Bollmann, Claudia Franke, Petra Gronau, Kristian Heuer, Jens Kuppi, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Ursula Stauffer, Martina Treumann, Doris Wilhelm
Sonderhefte: Rainer Sennewald

PRODUKTION Christiane Stauder, Petra Thormann

TITELBILD Stefan Kiefer; Astrid Bodo, Iris Kuhlmann, Gershom Schwalfenberg, Arne Vogt

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. (030) 886688-200, Fax 886688-222

DRESDEN Steffen Winter, Königsbrücker Straße 17, 01099 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Andrea Brandt, Frank Dohmen, Sebastian Ramspeck, Barbara Schmid-Schalenbach, Carlsplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Simone Kaiser, Christoph Pauly, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Bettina Musall, Conny Neumann, Rosental 10, 80331 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Eberhard Straße 73, 70173 Stuttgart, Tel. (0711) 664749-20, Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

AMSTERDAM Gerald Traufetter, Keizersgracht 431s, 1017 DJ Amsterdam, Tel. (0031) 203306773, Fax 203306774

BELGRAD Renate Flottau, Crnotravska 11 z, 11040 Belgrad, Tel. (0038111) 3984632, Fax 3984560

BOSTON Jörg Blech, 278 Elm Street, Somerville, MA 02144, Tel. (001617) 6281596, Fax 6283137

BRÜSSEL Hans-Jürgen Schlamp, Dr. Markus Verbeet, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

DUBAI Bernhard Zand, P.O. Box 213380, Dubai, Vereinigte Arabische Emirate, Tel. (009714) 3443605, Fax 3448089

ISTANBUL Annette Großbongardt, PK 12 Arnavutköy (Bogazici), 34345 Istanbul, Tel. (0090212) 2877456, Fax 2873047

JERUSALEM Christoph Schult, P.O. Box 9369, Jerusalem 91093, Tel. (00972) 26447494, Fax 26447501

KAIRO Amira El Ahl, Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 37604944, Fax 37607655

LONDON Thomas Hüetlin, 90 A Notting Hill Gate, London W11 3HP, Tel. (0044207) 2430889, Fax 2430899

MADRID Apartado Postal Número 10064, 28080 Madrid, Tel. (003491) 3910575, Fax 3192968

MOSKAU Uwe Klußmann, Matthias Schepp. *Autor:* Jörg R. Mettke, Ul. Bol. Dmitrowka 7/5, Haus 2, 125009 Moskau, Tel. (007495) 96020-95, Fax 96020-97

NAIROBI Thilo Thielke, P.O. Box 1361, 00606 Nairobi, Fax 00254-204181559

NEW DELHI Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel. (009111) 24652118, Fax 24652739

NEW YORK Klaus Brinkbäumer, Frank Hornig, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N Y 10036, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Dr. Stefan Simons, 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42960822

PEKING Andreas Lorenz, Sanlitun Dongsanjie Gongyu 2-1-31, Peking 100 600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

PRAG Jilská 8, 11000 Prag, Tel. + Fax (00420) 2-24220138, 2-24221524

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, Rio de Janeiro-RJ, CEP 22290-970, Tel. (005521) 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Alexander Smoltczyk, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SHANGHAI Dr. Wieland Wagner, Grosvenor House 8 E/F, Jinjiang Hotel, 59 Maoming Rd. (S), Shanghai 200020, Tel. (008621) 54652020, Fax 54653311

SINGAPUR Jürgen Kremb, Bureau Southeast Asia / Pacific, 59 A, Merryn Road, 298530 Singapur, Tel. (0065) 62542871, Fax 62546971

WARSCHAU P.O.Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL- 03-912 Warschau, Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON Cordula Meyer, Gabor Steingart, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20 045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

WIEN Marion Kraske, Herrengasse 6-8/81, 1010 Wien, Tel. (00431) 5331732, Fax 5331732-10

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Heinz Egleder, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Catrin Hammy, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Jürgens, Renate Kemper-Gussek, Jan Kerbusk, Ulrich Klötzer, Angela Köllisch, Anna Kovac, Sonny Krauspe, Peter Kühn, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Nadine Markwaldt, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Nicola Naber, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Sandra Öfner, Thorsten Oltmer, Andreas M. Peets, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Rolf G. Schierhorn, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Ursula Stiegler, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Eckart Teichert, Hans-Jürgen Vogt, Carsten Voigt, Ursula Wamser, Peter Wetter, Andrea Wilkens, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Norbert Facklam
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 61 vom 1. Januar 2007
Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007-2540
Commerzbank AG Hamburg, Konto-Nr. 6181986, BLZ 200 400 00
Verantwortlich für Vertrieb: Thomas Hass
Druck: Prinovis, Dresden
Prinovis, Itzehoe
Prinovis, Nürnberg

MARKETINGLEITUNG Christian Schlottau

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck, Matthias Schmolz

GESCHÄFTSFÜHRUNG Dr. Mario Frank

DER SPIEGEL (USPS No. 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Subscription price for USA is $330 per annum.
K.O.P.: German Language Pub., 153 S Dean St, Englewood, NJ 07631.
Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and additional mailing offices. Postmaster:
Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, PO Box 9868, Englewood, NJ 07631.

Chronik

6. bis 12. Oktober



Im Sagamore Hotel in Miami lässt der Foto-Künstler Spencer Tunick 500 Nackte 500 Flaschen Champagner köpfen.

J. PAT CARTER / AP

SAMSTAG, 6. 10.

PAKISTAN Das Parlament wählt den Militärmachthaber Pervez Musharraf erneut zum Präsidenten. Richter prüfen die Legitimität der Wahl.

SONNTAG, 7. 10.

AFRIKAREISE Angela Merkel trifft in Liberia Ellen Johnson-Sirleaf, die erste gewählte Präsidentin Afrikas.

AMOKLAUF In Crandon, Wisconsin, tötet ein Hilfssheriff auf einer Party sechs Jugendliche. Später wird er von der Polizei erschossen.

ANSCHLAG Das Feldlager der Bundeswehr im nordafghanischen Kundus wird mit vier Raketen beschossen.

MONTAG, 8. 10.

TRUPPENABZUG Premierminister Gordon Brown kündigt in einer Rede im Unterhaus an, bis Frühjahr 2008 die Zahl der britischen Soldaten im Irak auf 2500 zu reduzieren. Zurzeit sind dort 5500 Mann stationiert.

FUSSBALL Der Zentralrat der Juden fordert Sanktionen gegen den U-21-Nationalspieler Ashkan Dejagah. Er hatte sich geweigert, gegen Israel anzutreten.

DIENSTAG, 9. 10.

NOBELPREIS I Den Nobelpreis für Physik teilen sich der Jülicher Forscher Peter Grünberg und der Franzose Albert Fert.

TV-RECHTE Die Deutsche Fußball-Liga verkauft für 500 Millionen Euro pro Saison die Fernsehrechte der 1. Bundesliga an Sirius. Die Firma gehört Leo Kirch, der Vertrag läuft von 2009 bis 2015.

BAYERN Der Landtag wählt Günther Beckstein zum Ministerpräsidenten.

MITTWOCH, 10. 10.

NOBELPREIS II Der Chemie-Nobelpreis geht an den Berliner Forscher Gerhard Ertl. Der 71-Jährige wird für seine Studien von Reaktionen auf Oberflächen ausgezeichnet.

GEISEL Der in Afghanistan verschleppte Deutsche Rudolf Blechschmidt kommt frei. Der 62-Jährige war im Juli entführt worden.

KONFERENZ Die Verkehrsminister von Bund und Ländern beschließen, dass Riesenlastwagen, sogenannte Gigaliner, keine Zulassung erhalten. Zudem sollen die Geldstrafen für Verkehrsdelikte steigen.

SPENDENAFFÄRE Die Staatsanwaltschaft Wuppertal ermittelt gegen die Seniorenpartei Graue Panther. In sechs Städten durchsuchen Polizisten Büros der Partei.

DONNERSTAG, 11. 10.

NOBELPREIS III Die britische Schriftstellerin Doris Lessing wird mit dem Nobelpreis für Literatur geehrt.

FREITAG, 12. 10.

BUNDESWEHR Der Bundestag stimmt der Verlängerung des Afghanistan-Mandats für die ISAF-Truppen und der „Tornado“-Kampfflugzeuge um ein weiteres Jahr zu.

ARBEITSKAMPF Die Mitglieder der Gewerkschaft der Lokomotivführer treten in einen Streik. Der Regionalverkehr der Bahn bricht zusammen.

SPIEGEL TV

DIENSTAG, 16. 10.
23.15 – 0.10 UHR VOX

SPIEGEL TV EXTRA

Kung Fu knallhart – Junge Deutsche in der Shaolin-Schmiede
In der chinesischen Stadt Dengfeng werden Kinder und Jugendliche von buddhistischen Mönchen in chinesischer Kampfkunst unterrichtet. Strenge Erziehungsmethoden, Disziplin und Entbehrung bestimmen den Tagesablauf. Um fünf Uhr morgens beginnt ein Programm, das viele Schüler an ihre physischen und psychischen Grenzen bringt. SPIEGEL TV begleitet drei Jugendliche bei ihrer Ausbildung in einer Kung-Fu-Schule.

FREITAG, 19. 10.
21.45 – 23.50 UHR VOX

SPIEGEL TV THEMA

„Uns geht’s ja noch Gold“ – Auf der Sonnenseite des Lebens
SPIEGEL TV zeigt ein deutsches Millionärsehepaar in Monte Carlo und Saint-Tropez, beobachtet ein wohlhabendes Aufsteigerpärchen auf seiner 200 000 Dollar teuren Hochzeit in New York und gewährt Einblicke in das Lebensgefühl einer extravaganten Künstlerin aus Berlin.

SAMSTAG, 20. 10.
22.30 – 0.30 UHR VOX

SPIEGEL TV SPECIAL

Die Deutschen – Eine Alltagsgeschichte des 20. Jahrhunderts
In drei Teilen zeigt SPIEGEL TV eine spektakuläre Zeitreise: Deutschland privat in den zwanziger Jahren, während des Dritten Reichs und in der Nachkriegszeit. Amateuraufnahmen und Werbefilme zeigen deutsche Geschichte aus einer neuen Perspektive. Teil 3: 1948 – 1970

SONNTAG, 21. 10.
22.15 – 23.00 UHR RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Abschreckung statt Strafe – mehr Sicherheit auf deutschen Straßen; **Russisches Roulette –** Baden-Badens neue High Society; **Das todsichere Geschäft –** Blackwaters Söldner im Irak.



GERVASIO SANCHEZ / AP

Blackwater-Söldner in Nadschaf

GESTORBEN

Kurt Schwaen, 98. Sein acht Jahrzehnte währendes Schaffen nutzte der im oberschlesischen Kattowitz geborene Komponist, um weit über 600 Werke aller Genres – Opern, Film-, Ballett-, und Schauspielmusik – zu produzieren. Der studierte Musikwissenschaftler und überzeugte Kommunist, der während der NS-Zeit zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, verließ 1951 West-Berlin, um in die DDR überzusiedeln. Er arbeitete für den „Barrikaden-Sänger" Ernst Busch, dessen Verlag „Lied der Zeit" die Aufgabe hatte, alte Hanns-Eisler-Stücke und neue politische Massenlieder herauszubringen. Jedes Chorkind in der DDR kannte Schwaen fortan als Komponist des Liedes „Wer möchte nicht im Leben bleiben". Mit dem Schriftsteller Günter Kunert schrieb Schwaen, dessen Musik immer frisch, lebendig und ausdrucksvoll war, die Kantate „König Midas", die zensierte Hörfunkoper „Fetzers Flucht" und die Kinderoper „Die Welt im Zimmer". Auch nach Kunerts Ausreise 1979 in die Bundesrepublik verband die beiden eine innige Freundschaft. Für Bertolt Brecht, den Schwaen bewunderte, komponierte er die Musik zu dem Lehrstück „Die Horatier und die Kuratier". Lebensweise und gelassen nahm der Musikpädagoge in den Nach-Wende-Jahren zur Kenntnis, dass sein Werk kaum noch gespielt wurde. Kurt Schwaen starb am 9. Oktober in Berlin.


WINKLER / ULLSTEIN BILD

Hildegard Neef, 85. Die „Hebamme des SPIEGEL" erstellte im März 1946 unter Anleitung des britischen Besatzungsoffiziers John Seymour Chaloner einen Dummy des SPIEGEL-Vorläufers „Diese Woche". Neef, die erste Redakteurin in Hannover – und lange Zeit die einzige Frau in dieser Funktion –, war eine Ausnahmejournalistin. In Rudolf Augsteins Männerriege arbeitete sie auf Augenhöhe mit dem Chef. Bildhübsch und selbstbewusst schaffte die multilinguale Lehrertochter es als eine der wenigen SPIEGEL-Leute sogar aufs Cover: mit ihrer eigenen Titelgeschichte über den Kölner Dom im SPIEGEL 51–52/1947. Hildegard Neef starb, wie erst jetzt bekannt wurde, am 31. August in Hannover an Krebs.


LEO BRAWAND

Mehmed Uzun, 54. Nachdem er wegen Vorwürfen des Separatismus eine Gefängnisstrafe in der Türkei verbüßt hatte, floh der kurdische Autor 1977 ins schwedische Exil, wo er 28 Jahre bleiben sollte – für ihn „ein Labyrinth, das in einer dunklen Verlorenheit endet". Während dieser Zeit schrieb er mehr als ein Dutzend Bücher auf Kurdisch, Türkisch und Schwedisch und wurde zu einem der wichtigsten Streiter für die kurdischen Belange. Auf Deutsch erschienen bisher der Roman „Im Schatten der verlorenen Liebe" und eine „Einführung in die kurdische Literatur". Als er 2000 in einer Rede in der südostanatolischen Stadt Diyarbakir Kritik an dem Verbot der kurdischen Sprache im öffentlichen Gebrauch geübt hatte, wurde er erneut des Separatismus angeklagt. Nach internationalem Druck auf die türkische Regierung wurde die Klage fallengelassen. Mehmed Uzun, der vor zwei Jahren in die Türkei zurückgekehrt war, starb am 11. Oktober in Diyarbakir an Krebs.


THOMAS MÜLLER / AGENTUR FOCUS

Kisho Kurokawa, 73. Die Architektur der Moderne sei „völlig ausdruckslos", sagte der japanische Architekt einmal – eine erstaunliche Aussage für einen Angehörigen jener Generation Baumeister, die in den sechziger Jahren angefangen hat, ihre ersten Gebäude zu errichten. Er verachtete die nüchternen Kisten, die in dieser Zeit überall auf der Welt entstanden sind, und wollte mit seinen insgesamt hundert Bauten – Museen, Stadien, Flughäfen – die Beziehung zwischen Mensch und Natur sichtbar machen. So verstand er sich eher als Philosoph, als Vertreter des „Symbolismus" und „Metabolismus", der Lehren vom lebendigen und flexiblen Zusammenwirken aller Kräfte. Sein berühmtestes Gebäude entstand 1972 in Tokio: Der Nakagin Capsule Tower, ein 13-stöckiges Hochhaus mit 140 Wohneinheiten – allesamt Einzimmerwohnungen, die als austauschbare Container an zwei zentralen Stahlbetonkernen befestigt wurden wie Äste an einem Baum. Als Kurokawa einmal an der Berliner Humboldt-Uni das berühmte Marx-Zitat im Foyer las, die Philosophen hätten die Welt nur verschieden interpretiert, es komme aber darauf an, sie zu verändern, rief er aus: „Das ist es ja, was ich mein Leben lang gemacht habe!" Auch als Politiker wollte er gestalten, doch scheiterte er bei den letzten Gouverneurswahlen. Kisho Kurokawa starb am 12. Oktober in Tokio.


SUNSHINE / ACTION PRESS



Roh Moo Hyon, Kim Jong Il

Kim Jong Il, 65, nordkoreanischer Diktator, hat der in der Bourgogne lebenden Französin Marie-Florence Grim zahlreiche Kontakte zu Südkoreanern beschert. Madame Grim ist Verkaufsleiterin beim renommierten Burgunder-Weinhaus Michel Picard. Die fernöstlichen Besucher und Anrufer waren Journalisten, die nach dem Friedenstreffen von Kim mit dem südkoreanischen Präsidenten **Roh Moo Hyun,** 61, vorvergangene Woche in Pjöngjang keine Mühe scheuten, ein Geheimnis um das üppige Bankett des Empfangs zu lüften. Kim hatte – wenig vornehm – eine ganze Batterie Weinflaschen auf der festlich geschmückten Tafel aufbauen lassen, die die Neugier der Presseleute erregten. Die edlen Rotweine stammen aus den Kellern des Weinhauses Picard, und Madame Grim kann berichten, dass bei der letzten Bestellung aus Pjöngjang im März 2005 neben anderen großen Lagen der Clos de Vougeot Grand Cru 2002 ganz oben auf der Liste stand. In Deutschland ist dieser delikate Tropfen für 60 Euro pro Flasche zu haben.

Walter Lindner, 50, deutscher Botschafter in Kenia, bricht munter mit den diplomatischen Umgangsformen. Statt des üblichen Empfangs veranstaltete er ein Großkonzert im Garten seiner Residenz. 17 kenianische Rock-, Pop- und Soul-Bands spielten vor über 1300 zahlenden Gästen in Nairobi; das Fernsehen berichtete live von dem Großereignis. Lindners Nachbarn im feinen Botschaftsviertel Muthaiga mussten sieben Stunden lang die Geräuschkulisse einer 3000-Watt-Anlage ertragen, bei den Gästen war die Stimmung prächtig. Der kenianische Außenminister Raphael Tuju kam direkt von einer Amerikareise und tanzte bis nachts um zwei. Lindner, der schon als Sprecher des Außenministers Joschka Fischer einen eher unkonventionellen Hippie-Stil pflegte, griff zwischenzeitlich selbst in die Tasten des Keyboards. Gemeinsam mit einer kenianischen Band spielte er den Scorpions-Song „You and I“. Gern hätte Lindner auch noch die „Perfekte Welle“ der Band Juli präsentiert, aber da versagten die Deutschkenntnisse der Kenianer. „Ein klarer Fall für Sprachkurse im Goethe-Institut“, juxte Lindner nachher.

Tracey Emin, 44, für ihre exhibitionistischen Schock-Kreationen berühmte Künstlerin und diesjährige Repräsentantin Großbritanniens auf der Biennale in Venedig, erwählte jüngst ein Industrieprodukt zum Träger ihrer Botschaft, das aus Englands Hauptstadt zunehmend verbannt wird: das Automobil. Vier Exemplare des neuen Fiat 500 versah sie mit Zeichnungen. Zuerst war Emin versucht, die Neuauflage des Klassikers „noch niedlicher zu machen, als er ohnehin schon ist“. Aber dann entschied sie sich für Motive, die in krakeligem Pinselstrich zum Beispiel eine nackte kniende Frau zeigen. Die Cinquecentos inklusive Chauffeuren sollen während der Londoner Kunstmesse „Frieze Art Fair“ bis zum 21. Oktober für Besucher als kostenloses Transportmittel zwischen den Galerien zur Verfügung stehen. Der italienische Automobilkonzern unterstützte die Künstlerin mit einer Vorablieferung der Fahrzeuge, die in England erst im Januar in den Handel kommen, scheint aber auf Promotion dieser Art kaum angewiesen: Laut Fiat liegen bereits über 80 000 Bestellungen vor.

Emin

Alain Delon, 71, französischer Schauspieler, stellt diesen Montag im Auktionshaus Drouot in Paris einen Teil seiner privaten Kunstsammlung zum Verkauf. Der Wert der Kollektion Alain Delon – mit 40 Gemälden aus den Jahren 1950 bis 1960 von Künstlern wie Nicolas de Staël, Jean-Paul Riopelle und Jean Dubuffet – wird von Fachleuten auf fünf Millionen Euro geschätzt. Den Großteil der Werke hat Delon selbst bei Auktionen ersteigert und dabei mitunter überhöhte Preise in Kauf genommen, denn: „Ein Gemälde ist wie eine Frau“, erklärt Delon seine besondere Beziehung zu den geliebten Kunstwerken, „ich sehe sie, sie gefallen mir, und ich muss sie haben.“ Der Altstar will den Erlös der Auktion seinen Kindern zukommen lassen, „damit sie sich später einmal nicht darum streiten müssen“.

Kurt Westergaard, 72, einer der zwölf dänischen Zeichner, deren Mohammed-Karikaturen Anfang vergangenen Jahres zum Teil gewalttätige Demonstrationen auslösten, streitet mit seinen Kollegen ums Geld. Die Zeichner haben mit der weltweiten Verbreitung der von Islamisten gegeißelten Abbildungen des Propheten fast 50 000 Euro verdient. Ein eigens gegründetes Vergabekomitee soll nun eine sinnvolle Verwendung für das Honorar bestimmen. Westergaard traut dem Gremium nicht über den Weg: „Dieses Komitee besteht doch teilweise aus Weicheiern, welche die Mohammed-Zeichnungen am liebsten wieder ungeschehen machen würden. Das wäre Verrat an unseren Idealen“, beschwerte er sich in dänischen Medien. Sein Verdacht: Es solle bloß ein Wochenendseminar zum Thema Meinungsfreiheit durchgeführt werden, um dann schnell wieder zur Tagesordnung übergehen zu können. Westergaard schlägt vor, einen internationalen Preis auszuloben, der jährlich an einen Illustrator verliehen wird, der sich um die Meinungsfreiheit verdient gemacht hat.

Anna Netrebko, 36, weltberühmte Opernsängerin, hat einen mächtigen Verehrer. **Josef Ackermann,** 59, Chef der Deutschen Bank, hat die schöne Russin zur IWF- und Weltbanktagung nach Washington geladen. Das Goldkehlchen wird dort unter anderem vor einem erlauchten Kreis von Managern und Kunden des Kreditinstituts ein Solokonzert geben. Die Diva ist für ihre Spontaneität bekannt – und gefürchtet. Ackermann, der selbst professionellen Gesangsunterricht genossen hat, müsste sich aber nicht fürchten, falls die Netrebko ihn auf die Bühne holt, der Topmanager gab bereits an der Metropolitan Opera ein kleines Ständchen: Im März 2002 sang er gemeinsam mit New Yorks Ex-Bürgermeister Rudy Giuliani die Sinatra-Hymne „New York, New York“ anlässlich einer Ehrung für das Engagement der Deutschen Bank nach den Anschlägen vom 11. September. Das Publikum damals war begeistert.



Ackermann, Netrebko

Yves Leterme, 47, Sieger der belgischen Parlamentswahlen vom 10. Juni dieses Jahres, inspiriert die Werbebranche seines Landes in ungewohnter Rolle: als Lachnummer. Seit vier Monaten misslingt dem konservativen Flamen aus dem niederländischsprachigen Norden die Bildung einer Koalitionsregierung, für die er Partner aus dem französischsprachigen Süden braucht. „Mehr als zehn Millionen Sekunden ohne Regierung“, rechnet ihm nun ein kreativer Reklametexter in Zeitungsinseraten vor, die den Absatz einer Pfefferminzpastille fördern sollen. Darin, großformatig im Comic-Stil, präsentiert Leterme die Mintpastillen Marke „One Second“ zu dem Satz: „Irgendwie wusste er, es würde nur eine Sekunde brauchen, um eine Regierung zu bilden.“ Kürzer und brutaler vereinnahmt Billigflieger Ryanair den verhinderten Regierungschef in einer Anzeige für Zehn-Euro-Flüge in verschiedene europäische Städte mit der fragenden Zeile: „Lust abzuhauen?“

Günter Grass, 79, Literaturnobelpreisträger, könnte auf seinem Gabentisch zum 80. Geburtstag in dieser Woche ein wenig schmeichelhaftes Druckerzeugnis vorfinden: die Schmähschrift „Literatur als Qual und Gequalle“ – erschienen in der Edition Tiamat, Berlin. Der Verleger und Herausgeber Klaus Bittermann hat für das Bändchen über den „Kulturbetriebsintriganten“ Grass die besten „Miesmacher“ der Republik zusammengetrommelt, darunter Wiglaf Droste und Gerhard Henschel. Mit Hilfe seiner Autobiografie, für die sich der Satiriker Henschel den neuen Titel „Beim Zwiebeln des Häuters“ ausgedacht hat, sei Grass – darüber sind sich die verschworenen Autoren einig – ein einmaliges „Überrumpelungsmanöver“ gelungen. Die „sozialdemokratische Mitmischmaschine“ (Droste) habe auf diesem Wege so ganz nebenbei und ganz harmlos seine Mitgliedschaft bei der Waffen-SS unters Volk gestreut und gleichzeitig ein weiteres schlechtes Buch gut vermarktet.



Buchcover

Sébastien Chabal, 29, langhaariger französischer Rugby-Nationalspieler mit Goliath-Statur, ist zum neuen Idol der Grande Nation aufgestiegen. Die martialische Männlichkeit von „Caveman“ beflügelt nicht nur die Phantasie von Frauen, sondern auch von Kinoregisseuren. Der „Anästhesist“, wie der 1,92 Meter große und 113 Kilo schwere bärtige Koloss genannt wird, seit er einmal einen Spieler der legendären All Blacks bei einem Match in Neuseeland den Kiefer brach, lässt niemanden ungerührt: „Er hat eben einen Look, ein Kinogesicht. Man sieht ihn einmal und vergisst ihn nicht mehr“, erklärt sein Trainer in Manchester die Faszination, die seit Beginn der Rugby-Weltmeisterschaft im September ganz Frankreich erfasst hat. Schon ist von einer Rolle in einem neuen Asterix-Film und von TV-Werbespots die Rede. Chabal, dem der Rummel um seine Person langsam zu viel wird, hat inzwischen damit gedroht, sich zu rasieren und die Haare abschneiden zu lassen.



Chabal

„Jeder von uns ist eine Pfeife vor Gott“

Aus der „Fuldaer Zeitung“

Aus der „Westfalenpost“: „Mit dicken Augen unter den Ringen stiegen die deutschen Spielerinnen gut 27 Stunden nach ihrem Triumph in China aus dem Lufthansa-Jumbojet.“

Werden wir alle bald 100 Jahre alt?
Frauen leider öfter als Männer

Aus der „Hertener Allgemeinen“

Aus der „Westdeutschen Zeitung“: „Versenkbare Urinale sind nur eine von vielen Lösungsvorschlägen, um das Erscheinungsbild rund um den Kölner Dom aufzuwerten.“

Sonntag, 7. Oktober, 19.30 Uhr
Thema: „Wer will sterben?“
Wo? In der Adventgemeinde

Aus dem „Mannheimer Morgen“

Aus der „Rhein-Neckar-Zeitung“: „Als im Jahr 1600 der Theologe und Astronom Giordano Bruno behauptete, die Sonne würde um die Erde kreisen und nicht umgekehrt, verurteilten ihn die Inquisitoren zum Tod auf dem Scheiterhaufen.“

Ein musikalisches Augenzwinkern unterm Schottenrock

Aus den „Kieler Nachrichten“

Bildunterschrift in der „Frankfurter Allgemeinen“: „Unter der Last des großen Anfangserfolgs: Zoë Jenny, die erfolgreichste Schweizer Debütantin seit Max Frisch.“



Aus einer Anzeige im „Reutlinger General-Anzeiger“

Zitate

Die „Frankfurter Rundschau“ zum SPIEGEL-Gespräch „Sozialpolitik – ‚Wir müssen die Nerven behalten‘“ mit Arbeitsminister Franz Müntefering über seine Auseinandersetzung mit SPD-Parteichef Kurt Beck und die Kontroverse um den Mindestlohn (Nr. 41/2007):

Selten ist ein Streit unter SPD-Spitzenpolitikern so offen und so hart ausgefochten worden. Originalton Franz Müntefering: „Irgendwann werden wir uns alle zusammen mit der PDS treffen, gemeinsam alte Lieder singen und sagen: So, jetzt ist alles in Ordnung. Aber ich sage Ihnen, das ist falsch.“ So lästert der frühere SPD-Chef im SPIEGEL über alle, die etwa am Arbeitslosengeld etwas verändern wollen oder die solchen Plänen nicht entgegentreten: Parteifreund Beck, NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, nicht zu vergessen: Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Die „Welt“ zum SPIEGEL-Gespräch „Fußball – ‚Ein Meister im Verdrängen‘“ mit Nationaltorhüter Jens Lehmann über sein Comeback und das Profi-Leben in England (Nr. 41/2007):

Im „Kicker“ reagierte Kahn auf die jüngste Kritik von Lehmann an seiner Person: „Anstatt stillos auf frühere Kollegen loszugehen, sollte er eher dankbar sein, dass er überhaupt die Möglichkeit bekommt, in der Nationalmannschaft spielen zu dürfen, während er im Verein nicht spielt. Denn das gab es in dieser Art in der Geschichte des deutschen Fußballs noch nicht.“ Lehmann hatte Kahn zuvor im SPIEGEL vorgeworfen, dass dieser sich „halt manchmal gern wichtig“ nehme: „Ich mag es nicht, wenn sich einer glorifiziert.“ Gestern wollte sich Lehmann zu diesem Thema nicht mehr äußern. „Ich sage zu Oliver Kahn nichts mehr.“ Vielleicht ist er ohnehin besser beraten, nun vor allem Taten folgen zu lassen.

Die „Berliner Zeitung“ zum Verkaufsstart von Contergan vor 50 Jahren und zum SPIEGEL-Artikel „Medizin – Zuckerplätzchen forte“ über Nebenwirkungen des Schlafmittels (Nr. 34/1961):

Ende 1958 wurden hierzulande pro Tag eine Million Contergan-Tabletten geschluckt. „Zuckerplätzchen forte“, spottete im August 1961 das Nachrichten-Magazin SPIEGEL in einem Bericht über den unbekümmerten Schlafmittelkonsum der Deutschen. In dem Artikel war erstmals von rätselhaften Nervenentzündungen die Rede, über die Patienten nach der Einnahme von Contergan klagten.